Heft 2 Februar 2000 8,– DM

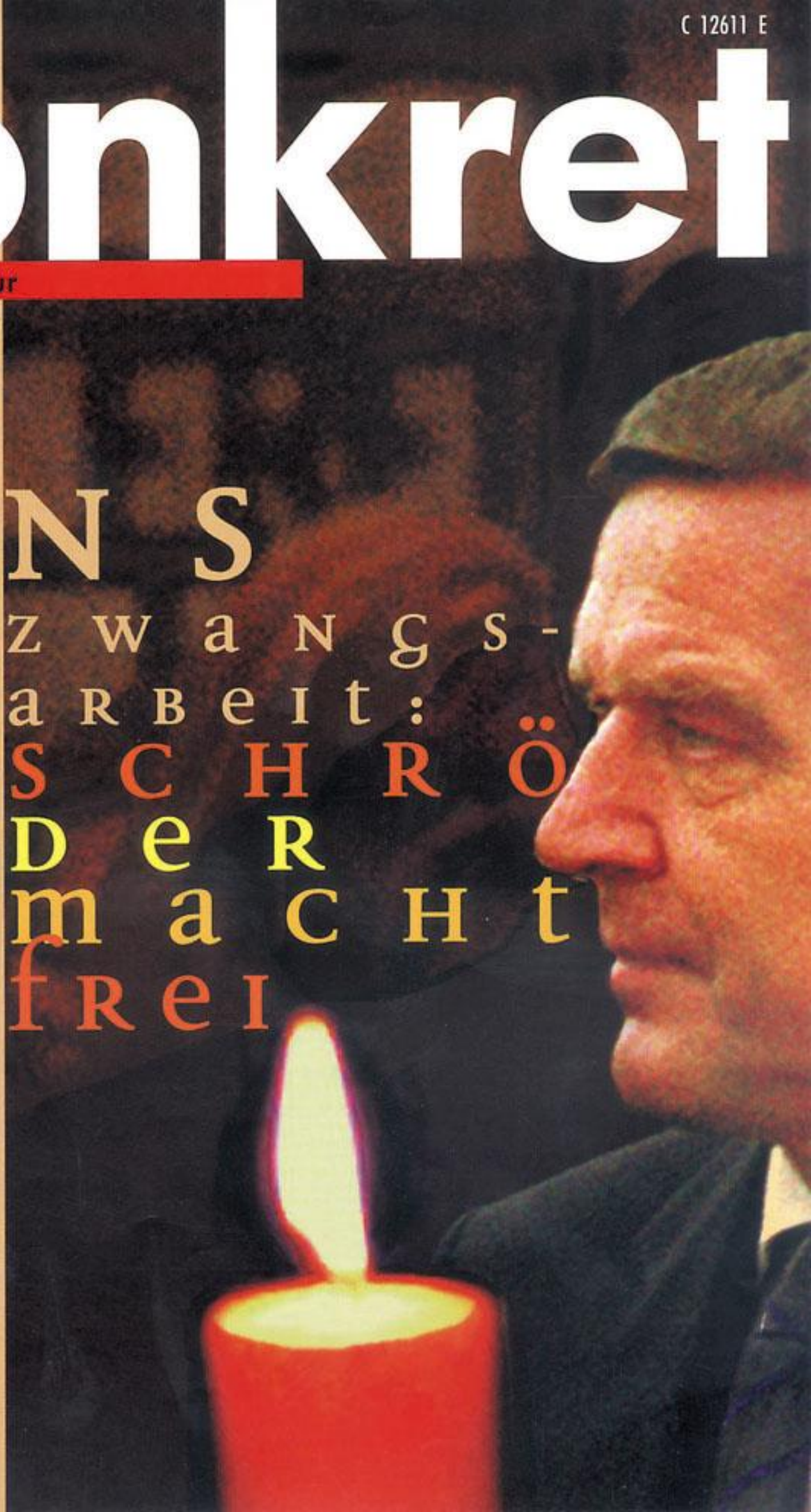
C 12611 E

# konkret

Konkret: Politik & Kultur

A 65 68 · CH sfr 8,– · I lfr 193 · I lir 10.000 · E ptas 900 · NL hfl 10,– · GR 1.600 Dr

- Politporno: Gysi liebt Luxemburg
- Korruption: Der Weltgeist hinter Schäuble
- Wunsch-maschine Putin
- Bundesbank: Putsch in Montenegro
- EU: Griff nach dem Osten
- Feminismus 2000: Erfolg macht sexy
- Seeßlen im Teletubbieland




4 391202 708006 02

# in konkret Februar 2000

**hier konkret** von Omer Bartov

Omer Bartov, Autor des Buches »Hitlers Wehrmacht. Soldaten, Fanatismus und die Brutalisierung des Krieges« (Rowohlt), ist Historiker und CoDirektor des Projekts »Utopie, Gewalt, Widerstand« am Zentrum für historische Analyse der Rutgers University, New Jersey. Er ist Mitglied der Historiker-Kommission, die das Hamburger Institut für Sozialforschung berufen hat, um jene strittigen Fotos zu begutachten, die Anlaß der Schließung der Ausstellung gewesen sind. KONKRET hat Bartov zu den Gründen dieses Moratoriums befragt

**von konkret**

**an konkret**

**Rosa Nekrophilie** von Hermann L. Gremliza

**herrschaftszeiten**

**Der große Coup** von Conrad Schuhler

Wie Deutschland sich mit einem Almosen von seinen Kriegsschulden befreite

**Ein deutsches Schnäppchen** von Conrad Schuhler, Deborah Sturman

Interview mit Deborah Sturman

**zu protokoll**

Ginge es nach dem Willen der Bundesregierung, bekäme mehr als die Hälfte der noch lebenden NS-Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter keinerlei Entschädigung. Der Rest müßte sich mit einer Summe begnügen, die weit unter der öffentlich zugesagten läge. KONKRET dokumentiert die überarbeitete Fassung eines Entwurfs des Bundesfinanzministeriums für das sog. »Stiftungsgesetz« (Stand 27.12.1999), das die Verteilung der Gelder aus dem beschlossenen Entschädigungsfonds regeln soll – und die Reaktion der Vertreter der NS-Opfer darauf

**Schreiber und der Weltgeist** von Georg Fülberth

Über den gar nicht geheimen Zweck des Parteispendenskandals

**Dresdner Possen** von Otto Köhler

Kurzer Lehrgang fürs korrekte Ankommen in Deutschland – dargeboten von hochkompetentem Dresdner Personal unter besonderer Berücksichtigung von Hannah Arendt und der Csárdásfürstin

**Alle verhaften!** von Oliver Tolmein

Acht Jahre sind vergangen, seit die »Revolutionären Zellen« sich aufgelöst haben. Die Bundesanwaltschaft weiß davon leider immer noch nichts

**Ursprung des Faschismus** von Gerhard Scheit

Über eine ideologiegeschichtliche Widerlegung der Totalitarismustheorie

**Kolonien integrieren** von Hannes Hofbauer

EU-Osterweiterung: Je mehr Kandidaten die EU nominiert, um so weniger werden es schaffen. Einstweilen sorgt EU-Kommissar Verheugen auf seine Weise für Stabilität zwischen Riga und Odessa

**Der DM-Putsch** von Jürgen Elsässer

Montenegro: Wie im Kosovo treibt die einheimische Mafia mit deutscher Hilfe die Sezession voran

**Nachschlag** von Moritz Lautenbach

**Ein Nato-Rundbrief** von Günther Jacob

**In diesem Sinne - Utes Geheimnisse** von Jürgen Elsässer

**In diesem Sinne - Mit den Waffen einer Frau** von Marit Hofmann

**In diesem Sinne - Jüdische Kassen** von Karl Selent

**Wunschmaschine Putin** von Ralf Schröder
Die Kreml-Astrologen bejubeln den Jelzin-Nachfolger – und machen ihn gleichzeitig für den »Vernichtungskrieg« in Tschetschenien verantwortlich

**Feminismus 2000** von Christel Dormagen
Statt Revolution die »Balance zwischen Arbeit und Freizeit«, statt Abschaffung der Herrschaft die Kollaboration – was als neueste Ausgabe der Frauenemanzipation daherkommt, ist der reine Revisionismus

**Kannibale im Anzug** von Rayk Wieland
Kulturkolumne

**Kunst & Gewerbe** von Fritz Tietz

**Schon faul!** von Kay Sokolowsky
Nie hatte das Feuilleton ihn so lieb wie heute: Rainald Goetz' Theaterstück »Jeff Koons« eint die Schmöcke der Nation

**Adorno campte nicht** von Jürgen Roth
Die neudeutsche Vollidiotensoziologie widmet sich dem Unternehmen, die Kritische Theorie abzuschaffen. Wie aktuell diese tatsächlich ist, läßt sich an einer Sammlung der Radiovorträge Theodor W. Adornos überprüfen

**Grass in Sibirien** von Gerhard Henschel

**Buch & Deckel** von Peter Köhler
Egon Bahr: Der Nationalstaat: überlebt und unentbehrlich. Brandt-Heft Nr. 1, herausgegeben vom Willy-Brandt-Kreis. Steidl, Göttingen 1999, 60 Seiten, 8 Mark

**Buch & Deckel** von Fritz Tietz
Bodo H. Hauser/Ulrich Kienzle: Küchenkabinett – Essen und Trinken bei Rechten und Linken. Heyne, München 1999, 352 Seiten, 39,80 Mark

**Staatlichkeit und Poesie** von André Thiele
Lebensgeschichte und lyrische Abenteuer des Bauern Hinrich Janssen (1697-1737)

**Shayne lebt** von Mark-Stefan Tietze
Die Krimis von Paco Taibo widmen sich nicht nur der Aufklärung von Morden

**Buch des Monats** von Martin Krauß
Arthur Heinrich: Der Deutsche Fußballbund. Eine politische Geschichte. PapyRossa Verlag, Köln 1999, 296 Seiten, 29,80 Mark

**Filmtheater** von Jan Pehrke

**Amokomedia** von Georg Seeßlen
oder: Das Spiel von Apathie und Hysterie. Notizen zu Teletubbies, »Glamourama« und Geschichte im Rückwärtsgang

**Melodie & Rhythmus** von Gerhard Scheit

Diverse: Zeitgenossen Ost. Hastedt Musikedition

**Unsterbliche DDR** von Mathias Wedel

Noch eine üble Folge des Mauerfalls: die Bücher, die es ohne ihn nie gegeben hätte

**Tomayers ehrliches Tagebuch** von Horst Tomayer

Konkret 02/00, S. 3

**Omer Bartov**

# hier konkret

**Omer Bartov, Autor des Buches »Hitlers Wehrmacht. Soldaten, Fanatismus und die Brutalisierung des Krieges« (Rowohlt), ist Historiker und CoDirektor des Projekts »Utopie, Gewalt, Widerstand« am Zentrum für historische Analyse der Rutgers University, New Jersey. Er ist Mitglied der Historiker-Kommission, die das Hamburger Institut für Sozialforschung berufen hat, um jene strittigen Fotos zu begutachten, die Anlaß der Schließung der Ausstellung gewesen sind. KONKRET hat Bartov zu den Gründen dieses Moratoriums befragt**

**konkret:** Vor etwas mehr als drei Monaten hat Jan Philipp Reemtsma ein dreimonatiges Moratorium für die Wehrmachtsausstellung angekündigt, um sie überarbeiten zu lassen. Diese Frist ist nun abgelaufen.

**Bartov:** Drei Monate sind selbstverständlich eine viel zu kurze Frist, um die Ausstellung neu zu gestalten, aber warum es überhaupt eine neue Ausstellung geben muß, bleibt mir unklar. Die Ausstellungsmacher vom Hamburger Institut für Sozialforschung stehen vor der Alternative, entweder ihre Aussagen vor dem Hintergrund der Kritik neu zu formulieren oder aber der Forderung zu entsprechen, Nazis und Bolschewiken tendenziell gleichzusetzen. Ich befürchte, daß sich dieser totalitarismustheoretische Ansatz durchsetzen wird.

Ich bin nach wie vor der Meinung, daß die Schließung der Ausstellung ein paar Bilder wegen ein Fehler war. Abgesehen davon, daß es nur wenige Bilder waren. Sie zeigen, was längst schon bekannt ist: Nach dem Überfall auf die Sowjetunion erschossen Angehörige des sowjetischen Geheimdienstes NKWD zahlreiche politische Gegner. Diese Erschießungen wurde schon damals von der deutschen Propaganda benutzt, um die Kriegführung im Osten zu legitimieren.

**konkret:** In Deutschland gab es auch Kritik an der Schließung. Einige meinten, es hätte genügt, die umstrittenen Fotos abzuhängen.

**Bartov:** Nicht einmal das hätte ich getan. Ich hätte die Auseinandersetzung in der Ausstellung dokumentiert und die historischen Fakten dargestellt. Unter den Menschen, die vom NKWD erschossen wurden, waren einige wenige Juden, vor allem aber ukrainische Nationalisten. Der NKWD sah in ihnen potentielle Kollaborateure, und das hat sich später auch bestätigt.

**konkret:** Könnte es nicht einfach so sein, daß der Kosovo-Krieg, der erste deutsche Krieg seit 1945, auch der Beschäftigung mit den Verbrechen der Wehrmacht Grenzen setzt?

**Bartov:** Sicher. Aber ich würde mich vor Vereinfachungen hüten. Genauso spielt hier noch der Historikerstreit der achtziger Jahre hinein, aber auch die Debatten seit der Wiedervereinigung Deutschlands. Nicht zuletzt die Walser-Debatte, die gegen Ignatz Bubis geführt wurde. Es ist besorgniserregend, wie wenig die liberalen Intellektuellen sich gegen diese Entwicklungen zur Wehr setzen. Ich hätte mir eine stärkere Reaktion gewünscht.

Im Zusammenhang mit der Wehrmachtsausstellung ist aber der wichtigste Aspekt, daß die Wehrmacht ja nicht irgendeine Organisation war, sondern die größte des Dritten Reiches; alles, was man über die Wehrmacht sagt, sagt man über die deutsche Gesellschaft. Die Wehrmacht war das wesentliche Element zur Durchsetzung von Hitlers Politik. Damit kommt man unweigerlich in die Nähe der Debatte um »Kollektivschuld« in dem Sinne, daß es ein großes Ausmaß der Beteiligung gegeben hat.

**konkret:** Wenn die historischen Fakten die Schließung der Ausstellung nicht rechtfertigen, wieso wurde sie dann geschlossen?

**Bartov:** Für mich ist das zum einen ein Anzeichen des konservativen Backlashs in Deutschland, der von einer jüngeren Generation vorangetrieben wird, die nicht mehr unmittelbar mit der Nazi-Zeit zu tun hat. Diese Leute sind zwar nicht aggressiv nationalistisch, aber sie haben einen gewissen Nationalstolz. So kehrt die Frage des Historikerstreits zurück, ob die Sowjetunion das Original und das nationalsozialistische Deutschland die Kopie war. Es geht um die Entscheidung zwischen einer vorbehaltlosen Auseinandersetzung mit der Nazi-Vergangenheit oder deren Apologie.

**konkret:** Woran machen Sie den gewachsenen Nationalstolz fest?

**Bartov:** Es ist ein langsamer Prozeß, den ich nur aus der Ferne verfolgen kann. Eine gewisse Arroganz nimmt zu; zum Beispiel wenn über Goldhagens Buch *(Hitlers willige Vollstrecker;* d. Red.) gesagt wird, es hätte in Deutschland nicht erscheinen können. Das soll im Klartext heißen, daß das Niveau der wissenschaftlichen Auseinandersetzung in den USA unter dem Deutschlands liegt. Und es gibt in Deutschland eine zunehmende Empfindlichkeit gegen Einmischungen von außen. Ich denke, die Gründe dafür liegen bei den ehemaligen Aktivisten der Studentenbewegung, die ja einiges erreicht haben und sich das Erreichte nicht madig machen lassen wollen. Schließlich sind auch sie mit zunehmendem Alter konservativer geworden. Die Forderungen nach einem weniger konfrontativen Umgang mit den Nazi-Verbrechen kommen ja nicht mehr in erster Linie von den Rechten.

**konkret:** Bleibt die Wehrmachtsausstellung geschlossen?

**Bartov:** Nach diesem Sieg der Neuen Konservativen wird es sehr schwierig sein, noch einmal an die Debatte der letzten Jahre anzuknüpfen. Als Mitglied der Kommission, die sich mit den umstrittenen Fotos befaßt, bin ich gespannt, wie die Sache sich entwickelt. Aber ich bin froh, nicht in der Position zu sein, die Neugestaltung der Ausstellung in Angriff nehmen zu müssen.

Konkret 02/00, S. 4

# von konkret

Wer aus der Friedensbewegung der achtziger Jahre noch übriggeblieben und nicht bei den intellektuellen Bodentruppen von Scharping, Fischer und Co. untergekrochen ist, verfügt offensichtlich über jene kritische Masse an oppositionellem Geist, den KONKRET den Peaceniks damals - summa summarum mehr als berechtigt - absprach. Zu diesem kleinen Fähnlein Aufrechter gehört Anton-Andreas Guha. In der "Frankfurter Rundschau" schrieb Guha über den von Jürgen Elsässer herausgegebenen Band Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik (**konkret-texte** 22): "Der Titel des Werkes ... zeigt an, daß die Autoren auch vor Polemik nicht zurückschrecken, wohl wissend, daß man sich Polemik nur leisten darf, wenn sie argumentativ gut untermauert ist ... Das Buch belegt eindringlich, wie sich ein Feindbild fortzeugt. Ohne die serbischen Gewaltakte verharmlosen zu wollen, weisen die Beiträge doch darauf hin, daß die Serben politisch und finanziell vom Westen, vor allem aber den Deutschen, benachteiligt wurden ... Schier unglaublich klingt, was Horst Pankow über bewußte Falschmeldungen und getürkte Berichterstattung enthüllt ... Und schließlich Elsässers profunde Analyse des Prinzips 'Selbstbestimmungsrecht der Völker'." Guhas Resümé: "Es wurde ein hervorragender Band, im Zorn geschrieben und aus tiefer Enttäuschung heraus, Enttäuschung über Linke und Grüne. Aber er ist sorgfältig recherchiert." Übrigens: Nachdem das Buch schon im Dezember vollständig vergriffen war, ist vor kurzem eine zweite Auflage erschienen.

Der serbische Schriftstellerverband und die britisch-amerikanische "Lord Byron Foundation" veranstalteten am 24./25. Januar in Belgrad die Konferenz "Serbst and the West: Roots of Misapprehension", an der für die KONKRET-Redaktion Jürgen Elsässer teilnahm. Ein Bericht ist für die März-Ausgabe geplant, Elsässers Rede findet sich schon vorab unter www.juergen-elsaesser.de. Vielleicht trifft Elsässer dort auch den Belgrader Handke- und Enzensberger-Übersetzer Zladko Krasni, der Günther Jacobs Beitrag "1968+1989=1999" aus KONKRET 5/99 ins Serbokroatische übertragen hat. Der Text erschien Ende 1999 in der in Belgrad erscheinenden Zeitschrift "Knjizevnost" ("Literatur"). Deren Untertitel "Lettre International" verweist nicht nur auf eine internationalen Beiträgen vorbehaltene Rubrik des Literaturmagazins, sondern erinnert auch daran, daß etablierte westliche Literatur- und Kulturzeitschriften die Beiträge langjähriger jugoslawischer Mitarbeiter heute ganz Nato-konform ausgrenzen, wenn sie sich nicht zu der vom Westen betreuten Opposition bekennen.

Ende Februar erscheinen in der **konkret-texte**-Reihe zwei neue Bücher. Der von Wolfgang Schneider herausgegebene Band *Wir kneten ein KZ. Aufsätze über Deutschlands Standortvorteil bei der Bewältigung der Vergangenheit* (**konkret-texte** Bd. 24) enthält Originalbeiträge über die großen vergangenheitspolitischen Diskussionen der letzten Jahre und ihren Nutzen für eine Nation, die nun nicht trotz, sondern wegen Auschwitz wieder Krieg führt. Hermann L. Gremliza, Günther Jacob, Gerhard Scheit, Rayk Wieland, Rolf Surmann, Heiner Möller und Joachim Rohloff analysieren u.a. die Debatten um die NS-Zwangsarbeiter-Entschädigung, die Wehrmachtsausstellung, das Holocaust-Mahnmal, die Walser-Bubis-Kontroverse, Daniel Goldhagens Thesen und den Anteil ehemaliger Linker an der Wiedergutwerdung der Deutschen.

Im **konkret-texte**-Band 25 - *Anschließen, angleichen, abwickeln. Die westdeutschen Planungen für die Übernahme der DDR 1952-1990* - zeigt Karl Heinz Roth anhand von Dokumenten aus dem Bundesarchiv, daß die Wiedervereinigung nach Vorgaben vollzogen worden ist, die bereits in den 50er Jahren von Wissenschaftlern ausgearbeitet worden waren, die zuvor ihre planerischen Fähigkeiten in den Dienst des Nationalsozialismus gestellt hatten. Der Band enthält einen ausführlichen Dokumentenanhang. Beide Bücher haben einen Umfang von ca. 180 Seiten, kosten je 22,80 Mark (im Abonnement 15,80 Mark) und können ab sofort beim Verlag bestellt werden.

"Spiegel"-Redakteur Reinhard Mohr hat sich und die Leserschaft im November mit der Frage gequält: "Was also ist die deutsche Linke?" Im Editorial bluffte die Redaktion, Mohr habe "kein Problem damit, heute in den Spalten von 'Taz', KONKRET, 'Junge Welt' und 'Süddeutsche Zeitung' immer wieder mal als opportunistischer Anpasser geschmäht zu werden". Im Heftinnern erwies sich das Gegenteil: Seitenlange Angstbeisserei gegen alle wirklichen oder eingebildeten Feinde des armen Mohren. An Jürgen Elsässers Slogan "Kein Blut für Joschka" konstatierte er "in deutscher Selbsthaßliebe lodernde Inländerfeindlichkeit und ein(en) hilflos wütende(n) Zynismus", Wolfgang Pohrts Artikel über "deutsche Massengrabstories" (KONKRET 9/98) war ihm "ein ebenso infames wie irrwitziges Verschwörungsszenario", auch Thomas Ebermann bekam sein Fett ab. Unerbetene Hilfeleistung erhielten die Genannten dann im Dezember von Diedrich Diederichsen in der Berlin-Beilage der "FAZ", dem Zentralorgan der Querdenker und Postmodernen. Diederichsen plädierte gegen Mohrs "Rundumschlag" und "für die Patchworks aktueller linker Koalitionen" vom "Linksfoucauldianer"

bis zu "linke(n) black nationalists". Mit Verlaub: Sollten sich nicht eher Patch und Patachon zusammentun?

Eine Möglichkeit, das Titelthema dieses Heftes in der Diskussion mit Autoren zu vertiefen, bietet die von der Antifaschistischen Gruppe Frankfurt a.M. und dem Asta Referat für Politische Bildung initiierte Veranstaltungsreihe "Vom Täter zum Wohltäter - Deutschland beschließt seine Vergangenheit (Aspekte deutscher Entschädigungsrealität)": Am 2.2. informiert KONKRET-Autor Rolf Surmann zusammen mit Alfred Jachmann über die Entschädigungsdebatte. Lothar Evers vom Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte referiert am 4.2. über Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Am 7.2. zeigt der Initiativkreis Entschädigung antisemitische Stereotype in der Entschädigungsdebatte auf, und zum Abschluß spricht KONKRET-Autor Günther Jacob am 9.2. zum Thema "Deutschland erinnert sich - Wehrmachtsausstellung, Gedenken und die Berliner Republik". Alle Veranstaltungen beginnen um 19 Uhr und finden im Festsaal des Studierendenhauses der J.-W.-Goethe-Universität (Mertonstr. 26-28, Frankfurt a.M.) statt. Eine weitere Veranstaltung zur Geschichtsentsorgung im neuen Deutschland findet, unterstützt von KONKRET, unter dem Titel "Lieber eine Bombe auf den Kopf als nach Auschwitz ..." am 3.2. in Dresden statt (Einzelheiten s. Anzeige S. 7 und "Termine", S. 32).

Das Gemischte Doppel Tomayer/Gremliza ist wieder unterwegs: Am 22.2. tritt es um 20 Uhr im Zakk, Fichtenstr. 40, 40233 Düsseldorf auf; am 23.2. um 20 Uhr in der Fabrik K 14, Lothringer Str. 64, 46045 Oberhausen.

Konkret 02/00, S. 6

# an konkret

Statt Atlantis

KONKRET 1/2000: Titelthema Amok

Sozialismus oder Barbarei? Die Frage wird noch einmal gestellt werden, in Amerika, dem einzigen Ort, wo die Revolution z. Zt. noch eine Chance hat, aufgrund eines im Weltmaßstab entwickelten Kapitalismus (Amerika hat die Chance der letzten, von der westlichen Konkurrenz durch den Rückfall ins kolonialistische Wirtschaftssystem verschenkten, zehn Jahre seit dem Ende des Kalten Krieges für den entscheidenden technologischen Vorsprung genutzt, während das vom wiedervereinigten Deutschland geführte Alte Europa damit beschäftigt war, den Brüdern und Schwestern im östlichen Teil des »Europäischen Hauses« Ideologieramsch, Tinnef und Glasperlen zu verkaufen, ein Warenspektrum, das die u. a. einst berühmten Made-in-Germany-Qualitätsmaßstäbe längst abgelöst hat, und das auf den Weltmärkten, seit die Kauflust im Osten nachläßt, niemand mehr haben will.)

Sie wird in China beantwortet werden, wo für ein mögliches, noch erst entstehendes progressives Amerika der entscheidende globale Machtfaktor sich behauptet, um gegen das zukünftige reaktionäre Europa ein Übergewicht zu gewinnen, und es besteht die Hoffnung, daß der Pazifik, der Atlantis als Mittelpunkt der Menschheit ablöst, seinem Namen Ehre macht.

*Markus Schmidt*

*Berlin*

Statt Vergessen

KONKRET 1/2000: »Katastrophe Weltmarkt« von Fidel Castro

Das »späte Gift vom Völkischen« (Salomon Korn) hat KONKRET nun gerade nicht in der Rubrik »Herrschaftszeiten« serviert, sondern als kubanische Knoblauchkette gegen den *Ansturm der Spekulanten* (Führer Fidel) und *die Wölfe der Weltordnung, die in Rudeln und auf Computerprogramme gestützt angreifen* (FF), empfohlen. *Die Spekulationsgeschäfte betrugen vor vierzehn Jahren ein Zweitausendstel der heutigen* (FF) und *das System, das unseren Planeten in ein gigantisches Kasino verwandelt und die Funktion des Geldes verfälscht hat* (FF), verdanken wir den *internationalen Finanzorganen* (FF). So kommt’s, daß *es unmöglich ist zu vergessen, daß der Kampf um die Märkte die Ursache für das Massenmorden beider Weltkriege war* (FF) und nicht etwa die sagenhafte Vergeßlichkeit der Deutschen, daß sie selbst nur und Juden auch Menschen sind. Möglich ist ferner, daß die »deutsche Linke« sich im anstehenden WC-Jahr erleichtert und – eingedenk ihres zwiefach gemeuchelten Volkes – sich KONKRET erinnert, welche charakterlosen Weltdrahtzieher unser Unglück sind.

*Edgar Seidensticker*

*Kassel*

Statt Entschädigung

KONKRET 1/2000: Herrschaftszeiten

Dankenswerterweise berichtet ihr (unter der Überschrift »Lambsdorffs Little Helpers«) vom Urteil des Arbeitsrichters Dr. Dieter Worbs. Folgendes ist zu korrigieren bzw. zu ergänzen: Worbs ist Richter am Koblenzer Arbeitsgericht. Ihr hattet ihn irrtümlicherweise nach Stuttgart versetzt. In der Verhandlung ging es nicht, wie von euch berichtet, um die Entscheidung, ob einem ehemaligen Zwangsarbeiter Entschädigungsleistungen zustehen oder nicht, sondern darum, ob der Kläger mit Prozeßkostenhilfe gegen »seinen« ehemaligen »Arbeitgeber« rechnen kann oder nicht. Dies verneinte das Koblenzer Arbeitsgericht.

Mit diesem Urteil wird dem Kläger die Möglichkeit genommen (falls er nicht das Geld für den Prozeß doch noch zusammen bekommen sollte), seine Ansprüche geltend machen zu können. In seiner Urteilsbegründung zeichnet Worbs, im übrigen auch Gerichtsdirektor, ein lebendiges, deutsches Geschichtsbild. Während der Kläger 1941 »ins Reich« gebracht worden sei, seien »Deutsche durch die Rote Armee zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert worden.« Wir hören,

daß die »6. Armee untergegangen sei« und zwar nicht bei Stalingrad, sondern bei »Volgograd«. Schon Hitler hatte Probleme mit diesem Stadtnamen und ließ seine Truppen u. a. aus Prestigegründen Stalingrad zerstören. Ausführlich beschrieben sind die Leiden der deutschen Kriegsgefangenen: »... von denen Jahre später nur noch rund 8.000 zurückkehrten, (sie) waren erfroren, verhungert, Seuchen erlegen oder gar erschlagen, erschossen und ... ertränkt worden«. Solche Zeichen des Mitgefühls mit dem mittlerweile 79jährigen ehemaligen Zwangsarbeiter sucht man in der Begründung vergebens. Bemerkenswert auch: »Im Unterschied zu dem Arbeitseinsatz der Deutschen im Ausland haben nicht alle Ausländer in Deutschland Zwangsarbeit verrichtet.« Nein, ein großer Teil erholte sich in deutschen Konzentrationslagern, möchte man Worbs argumentativ zur Hilfe eilen. Im übrigen, so Worbs, sei »der eigentliche Zweck der vorliegenden Klage: ... daß mit ihr und den anderen bundesweit erhobenen Klagen ehemaliger Zwangsarbeiter im ›Dritten Reich‹ im Ergebnis nur die BReg dazu genötigt werden soll, zusammen mit deutschen Unternehmen einen Entschädigungsfond zu errichten.« Den gibt’s ja mittlerweile.

*Ulrike Winkler*

*per e-mail*

Statt Rufmord

KONKRET 1/2000: Gremlizas Express

Der »Mitteleuropäische Wirtschaftstag« (MWT) war keine Organisation der Nazis, sondern eher ein Konkurrenzunternehmen – bei ähnlichen Zielen, was die »Gestaltung« Südosteuropas zum Nutzen Deutschlands anbetrifft. Nach 1933 und insbesondere nach dem Tod des agilen Geschäftsführers (und SA-Mitglieds) Max Hahn 1939 verschwand der MWT in der Versenkung.

Alfred Sohn-Rethels Tätigkeit für den MWT war untergeordnet (Recherchen für Max Hahn, Aufbereitung von Statistiken) und von kurzer Dauer: Nach einer Razzia wurde er für einige Tage in Haft genommen – er wohnte in der »falschen« Gegend, dem als »rot« verschrienen Laubenheimer Platz in Berlin – und als Sekretär zum »Deutschen Orient-Verein« weitergereicht. Seine letzte Arbeitsstelle in Deutschland – Geschäftsführer der »Ägyptischen Handelskammer« – gab er 1936 auf und zog in die Schweiz, um möglichen Schwierigkeiten zu entgehen, die ihm wiederum ein Kompetenzgerangel zwischen der Partei (in Person des in Alexandria geborenen Alfred Heß, dem stellvertretenden Leiter der AO und Bruder von Rudolf Heß) und der Kammer einzubringen drohte.

Gremlizas »Kritik« an Sohn-Rethel mag man »rufmörderisch« oder »stalinistisch« nennen, sicher ist, daß sie nicht gerade von großer Sachkenntnis geprägt ist.

*Carl Freytag*
*Berlin*

Statt Waschpulver

KONKRET 10/99: »Es rettet euch kein Billiglohn« von Norbert Trenkle, KONKRET 12/99: »Aszendent Marx« von Ralf Blendowske, KONKRET 1/2000: Leserbrief von Ulrich Berger und Christoph Stein

»Worum geht’s ’n eigentlich?« (müßte nach Blüm gebabbelt werden), muß der »Amateur-Linke« die »Profis« jetzt mal fragen. Geht es darum, ob Marx den kapitalistischen Wirtschaftskollaps prognostiziert hat oder eben nicht? Oder geht es ungeachtet dessen, ob Marx das getan hat oder nicht, darum, ob der Kollaps eintritt oder nicht? Oder geht es ungeachtet dessen, ob er eintritt oder nicht und ob Marx es richtig prognostiziert hat oder nicht, darum, ob die Linke die Vorstellung eines Kollapses braucht oder eben nicht und zwar ungeachtet, ob er eintritt oder nicht und Marx es prognostiziert hat oder nicht? Wenn die Linke den kapitalistischen Wirtschaftskollaps braucht, ist sie arm dran. Was verspräche man sich davon z. B. Mitte des nächsten Jahrzehnts? Daß sich dann in nahezu epidemischer Geschwindigkeit der Sozialismus (und natürlich ein besserer, als ihn gerade die »Weihräuchler«, »Räucherstäbler« und »Esoterischen Öliker« im Osten aufgemischt haben) ausbreiten würde? Nach der Gehirnmassage durch Elternhaus, Kindergarten und Schulen sowie durch einheitliche »Meinungsfreiheit« in Presse und dreißig Waschpulversendern ist die Gefahr oder Hoffnung relativ gering!

*Hermann Hestermann*

*Hamburg*

Zum Thema »Ende der Arbeit« bemängeln Berger/Stein in ihrem Leserbrief meine fehlende historische Bildung. Darin haben sie recht. Jede Phase des Kapitalismus hielt bisher eine Planstelle für eine werttheoretische Variante einer

Zusammenbruchstheorie bereit (Ricardo, Luxemburg, Grossmann u. a.). Gegenwärtig wird diese Position von der Krisis-Gemeinde mit Erfolg verwaltet. Wen allerdings andere als eschatologische Aspekte der Werttheorie interessieren, sei auf die Webseite der »International Working Group on Value Theory« verwiesen: www.gre.ac.uk:80/~fa03/iwgvt/.

*Ralf Blendowske*
*Frankfurt/a.M.*

Konkret 02/00, S. 9

**Hermann L. Gremliza**

# Rosa Nekrophilie

Wie gefällt die Vorstellung, Heinz G. Konsalik, der Arsch von Stalingrad, wäre in Begleitung seiner treuesten Leser alljährlich zum Todestag von Heinrich Heine nach Paris gereist, um auf des Dichters Grab ein Gebinde abzulegen: "Dem verehrten Lehrer – Sein treuer Schüler"? Gefällt nicht so recht? Fiele unter den Paragraphen gegen die Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener? Weil Heine nicht direkt der Erfinder des deutschen Landserromans ist?

Und doch nehmen Leute, die solcher Meinung heftig beipflichten werden, klaglos hin, daß jedes Jahr am 8. Januar eine Riege von Parteiführern, mit roten Nelken bewaffnet, einen Umzug zu den Gräbern zweier Revolutionäre anführt, die zu ihren Lebzeiten über ihre Ansicht betreffend Erscheinungen wie die Herren Gysi, Bisky, Bartsch und Brie nicht den geringsten Zweifel haben aufkommen lassen. Diesmal kam Gysi geradewegs von einem Treffen mit dem Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehr-Verbandes, einem Oberst Bernhard Gertz, der die PDS für ihre "sicherheitspolitischen Kurskorrekturen" gelobt hatte.

Der Rosa Luxemburg haben sie's geschworen, dem Oberst Bernhard reichen sie die Hand. Aber bevor sie ihren Choral anstimmen konnten, mußten sie erst noch mal nach Hause gehen und, vor allem, in sich. Der Innensenator von Berlin, ein ehemaliger Chef der Stasi (West), hatte den lustigen Einfall, die Drohung eines verwirrten jungen Mannes, er werde die Trauergemeinde mit Handgranaten empfangen, zum Anlaß zu nehmen, die verfassungsmäßige Zuverlässigkeit der politischen Vereinigung PDS einer Sonderprüfung zu unterziehen, die sie aber mit Auszeichnung bestand. Petra Pau, die Vorsitzende des Berliner Landesverbands der Partei, der den Trauerzug angemeldet hatte, zeigte der Polizei voller Stolz, wie gut sie im staatsbürgerlichen Unterricht aufgepaßt und was sie alles gelernt hat. "Es gab", sprach Frau Pau, "eine ernsthafte Drohung. Am Sonnabend mittag hat die Polizei deshalb die Ehrung in Friedrichsfelde verboten. Wir haben unsere Anmeldung nicht zurückgezogen, sondern die Veranstaltung auf den 15. Januar verlegt. Ich erwarte, daß die Polizei bis dahin ein schlüssiges Sicherheitskonzept entwickelt." Karl Liebknecht hätte es nicht besser sagen können.

Womit eigentlich haben die beiden Toten den Hohn und Spott verdient, der da an jedem 8. Januar in Friedrichsfelde über sie ausgeschüttet wird, seit vielen Jahren? Was bringt brave Freunde der jeweils herrschenden Verhältnisse dazu, das Grab zweier Revolutionäre einmal im Jahr mit Nelken zuzuschmeißen? Warum fühlen ausgerechnet professionelle Mitläufer sich dort so wohl – und zwar Mitläufer aller Couleur: Die Gockel von der PDS, auch als sie sich noch anderen zur Mitarbeit verpflichtet fühlten als dem Innensenator von Berlin, wie die Hühner aus der Bürgerrechtsbewegung, die in ARD-gerechter Haltung "Rosa, Rosa" krähten, bevor sie ihre Liebe zur Revolution als großdeutsche Kolonialbeamtin oder Bundesbeauftragte für dies und das vollenden konnten.

Das Hauptverdienst der beiden Toten ist zweifellos, daß sie sich haben totschlagen lassen. Von allen Revolutionären winkt dem erfolglosen der größte Ruhm, die Hitliste der T-Shirt-Kommunisten führt keinen Lebenden. Die leben, die gesiegt haben, sind bösartige Gewaltherrscher; die nicht gesiegt und doch nicht aufgegeben haben, werden vom Innensenator beobachtet, vom Staatsschutz eingesperrt und von der Parteiführung ausgeschlossen. Der sozialdemokratische Bundesminister Horst Ehmke hat seinerzeit das Porträt der Rosa Luxemburg auf eine Briefmarke der Bundespost drucken lassen. Wenn seine Regierung eine wie sie lebend erwischt hat, pflegte die Ehrung am Fensterkreuz einer Stammheimer Zelle zu enden.

Ein kluges Wort - und schon bist du Kommunist. Ein dummes (oder von Deppen mißzuverstehendes) - und schon bist du Sozialdemokrat. Der Satz von der Freiheit, die immer die Freiheit des anders Denkenden sei, hat Rosa Luxemburg zu vielen seltsamen Bettgenossen verholfen. Als hätte sie je gemeint, Freiheit existiere nur, wo der Peter Boenisch seine Meinung mit dem Rudolf Augstein austauschen darf, wurde die kommunistische Revolutionärin zur Schutzheiligen der bürgerlichen Meinungs- und Stimmungsfabrikanten befördert. Gemeint hatte sie natürlich gerade nicht die Freiheit von Interessenten, dieser anders Denkenden als Handelnden, sondern die Freiheit der anders denkenden revolutionären Genossen, der Parteiführung zu widersprechen. Das erste, was die Spaktakisten bei ihrem Aufstand 1919 besetzten, war der Verlag des "Berliner Tageblatt".

Doch das hilft ihr nicht mehr. Zu preiswert ist der Adel, den der Bezug auf die mißdeutete Märtyrerin verleiht (Liebknecht kommt nur als Alliteration vor, in der PDS-Zeitung "Neues Deutschland" als Buchstaben im Kürzel "LL-Demo"). Wer Rosa verehrt, muß es tief im Herzen irgendwie ehrlich meinen und irgendwie auch kommunistisch, zumindest

"singvogelkommunistisch" (Peter Hacks), mag er auch gestern mit dem Bundeswehrverband gekegelt haben oder morgen mit der Luftwaffe zu einer humanitären Aktion aufbrechen. Aus Rosa Luxemburg haben sie das Schmalz gewonnen, auf dem die frühen Revoluzzer aller Art (von Karsten Voigt und Gerhard Schröder bis Andrea Nahles, von Joschka Fischer bis Gregor Gysi, und diese Reihe endet nie) in den späteren Zivilstand als Lampenputzer geräuschlos hinübergleiten.

Keiner ihrer Texte könnte die Zustimmung des Parteivorstands finden, keines ihrer Postulate hätte eine Chance, ins nächste Wahlprogramm aufgenommen zu werden. Es ist nicht allzu wild spekuliert, wenn man annimmt, daß Luxemburg von der "Sicherheitspartnerschaft" zwischen Partei und Polizei, welche die PDS bezüglich der jährlichen Gedenkdemonstration anstrebt, vermutlich abgeraten hätte. Und obwohl also schwer zu bestreiten sein wird, daß der Geschäftsführer der PDS sich zur Gründerin der KPD nicht anders verhält wie "Liebesnächte in der Taiga" zu "Deutschland, ein Wintermärchen", erklärt dieser Dietmar Bartsch, man lasse sich "die große linke Demonstration" von niemandem kaputtmachen. Gegen wen oder was da groß und links demonstriert wird? Gegen die herrschende Klasse? Gegen die Staatsgewalt? Gegen den deutschen Imperialismus? Gegen den Antisemitismus? Gegen den Krieg? Aber das könnte das Verhältnis zum Deutschen Bundeswehr-Verband trüben. Der 8. Januar ist einfach der höchste religiöse Feiertag der jüngsten deutschen Sozialdemokratie: ihre heiligen zwei Könige.

Kritik an der PDS, hieß es in der Parteizeitung anläßlich der Kritik an der "Sicherheitspartnerschaft", führe zur "Spaltung der linken Bewegung". Aber "die linke Bewegung" gibt es nicht, und die es gibt, gehört gespalten: in die Feinde des neuen Deutschland und in seine Sicherheitspartner. Was speziell Rosa Luxemburg angeht, so muß einer ihrer ältesten Genossen, der "Spiegel", leider zugeben, daß es "besonders friedlich in einem Sozialismus à la Luxemburg kaum zugegangen" wäre: "Sie lehnte das nationale Selbstbestimmungsrecht ab und wollte den neu gegründeten Staaten wie Polen oder Georgien sofort 'den Hals umdrehen'." Und das Deutschland-Magazin erinnert daran, welchen Titel sie der SPD nach der Gewährung der Kriegskredite verliehen hatte: "ein Haufen organisierter Verwesung". Die PDS, die Sicherheitspartnerschaft und die sicherheitspolitischen Kurskorrekturen sind nicht ausdrücklich erwähnt.

Konkret 02/00, S. 10

# herrschaftszeiten

Königsberg ist unser

28. Oktober 1999, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, »Aktuelle Analyse« Nr. 45:

*Kaliningrad – eine russische Enklave innerhalb der Europäischen Union ... Weiter als in den anderen Regionen Rußlands ist im Gebiet Kaliningrad die marktwirtschaftliche Infrastruktur entwickelt, Marktverhältnisse werden schneller eingeführt, und die Bevölkerung ist marktwirtschaftlicher orientiert ... Über 1.600 ausländische und gemeinsame Unternehmen sind hier registriert ... Großes Augenmerk richtet die Gebietsverwaltung auf die Vervollkommnung des Mechanismus der Sonderwirtschaftszone und auf den Zustrom ausländischer Investitionen, auf den Bau von Montagestätten für Autos (einschließlich eines neuen Großprojekts zur Montage von BMW)... Bekanntlich richten die EU-Länder in Grenzzonen Euroregionen ein, zu denen auch benachbarte Territorien von Nicht-EU-Ländern gehören ... Das Gebiet Kaliningrad beteiligt sich schon am Projekt der Euroregion »Baltica«, es bekundet Interesse an der Euroregion »Neman« und an der neuen lettischen Initiative für die Euroregion »Saule«. Theoretisch besteht auch die Möglichkeit, daß das Gebiet Kaliningrad (selbstverständlich als Teil der Russischen Föderation) der EU beitritt. Diese Möglichkeit scheint uns, ungeachtet mancher Schwierigkeiten bei der Realisierung, nicht ausgeschlossen ... So kann Rußland die EU-Integration mit dem Gebiet Kaliningrad beginnen, das dafür nicht nur die geographischen, sondern auch einige sozial-ökonomische Voraussetzungen mitbringt ...*

National-Sozialist (I)

7. Dezember 1999, »Frankfurter Allgemeine«, Originalbeitrag des PDS-Vorsitzenden Lothar Bisky:

*Und pünktlich zum SPD-Parteitag gibt Gerhard Schröder sich dermaßen europäisch, daß ich gar nicht anders kann, als ihn zu fragen, ob er denn so sicher sei, wirklich zu wissen, wozu der Nationalstaat, die Nation selbst historisch noch imstande sein kann.*

Zwei Pleiten

16. Dezember 1999, »Frankfurter Allgemeine«:

*Der ehemalige trotzkistische Studentenführer Cambalélis schloß sich in den siebziger Jahren Mitterrand an, heute ist er, hinter dem Vorsitzenden Hollande, die Nummer zwei in der Parteihierarchie ... Erstaunlich ist allerdings, wie gründlich der ehemalige Trotzkist das revolutionäre Ziel inzwischen aus den Augen verloren hatte. Er verdingte sich für 14.000 Franc netto im Monat als Berater (ohne daß eine Tätigkeit belegt wäre) bei einem Unternehmen, das miese Wohnungen für Einwanderer verwaltete, von einem ehemaligen Funktionär von Le Pens Front National geführt wurde und inzwischen betrügerischen Bankrott gemacht hat.*

Stasi-Killer

24. Dezember 1999, »Frankfurter Allgemeine« über den Ceausescu-Sturz 1989:

*Nach den jüngsten Angaben des Obersten Staatsanwaltes der Armee, Brigadegeneral Vionea, der seit dem Regierungswechsel von Ende 1996 die Umstände des Umsturzes untersucht, kamen in den Tagen der Revolution 1.104 Menschen ums Leben. Entscheidend ist, daß mit 942 Menschen die meisten Toten erst nach dem 22. Dezember zu beklagen waren – als Ceausescu schon mit dem Hubschrauber vom Dach des Zentralkomitees zu fliehen versucht hatte und noch am gleichen Tag von der Armee festgenommen worden war ... Staatsanwalt Voinea ... spricht heute offen von der »Terroristenlüge«: Die Securitate-Killer, schon gar die berüchtigten aus »arabischen Staaten«, habe es gar nicht gegeben.*

Lapsus administratoris

24. Dezember 1999, »Freitag«, Interview mit Tom Koenigs, stellvertretender UN-Administrator für das Kosovo:

*Vor dem 24. März hatten wir (im Kosovo, Anm. KONKRET) Apartheid mit zehn Morden pro Woche und die Unterdrückung einer gewaltigen Mehrheit.*

Anmerkung 1: Zehn Morde pro Woche vor dem Kosovo-Krieg – das würde auf ein Jahr umgerechnet etwa 520 ergeben. Haben Nato und UCK bisher nicht immer behauptet, im Zeitraum von März 1998 bis März 1999 seien 2.000 Morde verübt worden?

Anmerkung 2 (vgl. Herrschaftszeiten, KONKRET 1/2000): Die »International Crisis Group«, ein von EU-Kommission und US-Regierung finanzierter Braintrust, hat für die zwei Monate vor Kriegsbeginn ermittelt, daß »im Durchschnitt 10-15 Serben und etwa die gleiche Zahl von UCK-Kämpfern bei verschiedenen Angriffen getötet« wurden. Hat Koenigs die toten Serben unterschlagen, weil deren gleich hohe Opferzahl nicht zu seiner These von der Apartheid gepaßt hätte?

Anmerkung 3: Die »International Crisis Group« schreibt im nächsten Satz, seit Anfang September 1999 »ist diese Zahl (der Opfer, Anm. KONKRET) jetzt immer noch ungefähr ebenso hoch«. Meint Koenigs das, wenn er im Interview sagt: »Wir haben unser Bestes versucht, die Massaker zu stoppen. Das haben wir erreicht.«

*»Freitag«: Bei den Morden, die seit dem 14. Juni (Tag des Nato-Einmarsches, Anm. KONKRET) passiert sind, kam es in einem einzigen Fall zu einer Anklage. Bei den über 70 Kirchenbrandstiftungen gab es keine einzige Verhaftung.*

*Koenigs: Ich weiß nicht, was Sie wollen.*

Anmerkung 4: Die Nato hat 50.000 Soldaten im Kosovo stationiert – sollen die etwa die ganze Zeit der UCK nachstellen? Außerdem haben die westlichen Präfekten im Kosovo, wie der »Spiegel« am 17. Januar am Beispiel Bodo Hombachs notierte, ein Jahresgehalt von 500.000 Mark – soll man sich etwa für dieses lumpige Salär den Arsch für die Sicherheit der Serben aufreißen?

Export ist Mord

27. Dezember 1999, »Neues Deutschland«:

*Unter Rot-Grün Rüstungsexport mehr als verdoppelt ... Einen Wert von 3,2 Milliarden Mark soll der Rüstungsexport Deutschlands im nun zu Ende gehenden Jahr betragen ... Im Vorjahr addierte man 1,383 Milliarden Mark ... Auch die Empfängerstaaten entsprechen nicht der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Absicht: »Der nationale deutsche Rüstungsexport außerhalb der Nato und der EU wird restriktiv gehandhabt.« Der Bundessicherheitsrat ... genehmigte unter anderem die Lieferung von U-Booten und vier Meko-Korvetten nach Südafrika, Indien bekam Minenjäger, Indonesien Nachschub für die Seestreitkräfte. Ägypten steht auf der Lieferliste, Südkorea, Taiwan, Saudi-Arabien sollen geordert haben. Der Nato-Partner Türkei erhielt ebenfalls U-Boote sowie einen Testpanzer Leopard 2 ...*

LQI

29. Dezember 1999, »Hamburger Abendblatt«:

*Lawine bei Galtür tötet neun Deutsche.*

Gottseidank. Hätten ja auch Menschen sein können.

Joijoijoi, mein Führer

29. Dezember, »Zeit«-Interview mit dem NS-Tanzmariechen Marika Rökk:

*»Zeit«: Was würden Sie ändern im zurückliegenden Jahrhundert, könnten Sie die Zeit noch einmal zurückdrehen?*

*Rökk: Da fällt mir nichts ein.*

*»Zeit«: War es für Sie das richtige Jahrhundert? Oder würden Sie, wenn Sie es sich aussuchen könnten, lieber in einem anderen leben?*

*Rökk: Nein. Es hätte schöner nicht sein können. Es war wunderschön.*

*»Zeit«: Gab es etwas in der Geschichte dieses Jahrhunderts, das Ihnen mißfallen hat, das besser anders gewesen wäre?*

*Rökk: Nein. Ich habe alles immer selbstverständlich gefunden ... Ich habe dafür Sorge getragen, daß ich rundherum Sonne habe.*

Freiheitskämpfer (I)

3. Januar 2000, »Süddeutsche Zeitung«:

*Nach schweren Kämpfen in Grosny haben die dort verschanzten Rebellen nach russischen Militärangaben hochgiftige Chemikalien freigesetzt.*

Verfolgende Unschuld

6. Januar 2000, »Frankfurter Allgemeine«:

*Wenige Tage vor der Veranstaltung einer »Holocaust-Konferenz« in Stockholm wird die schwedische Regierung kritisiert ... Die deutsche Regierung wandte sich mehrmals an die Regierung in Stockholm, um gegen eine »einseitige« Darstellung Deutschlands einzuschreiten ... In Gesprächen des Auswärtigen Amtes mit der Regierung in Stockholm wurde vor allem moniert, daß im Zuge der Aufklärung über den Holocaust an schwedischen Schulen Vorurteile gegen Deutschland aufgebaut würden. Darin werde, so wurde aus Berlin kritisiert, die Geschichte Deutschlands ohne den Widerstand gegen das Hitlerregime dargestellt. Mit keinem Wort werde außerdem die Mühe erwähnt, mit der die nationalsozialistischen Greuel nach 1945 in Deutschland aufgearbeitet worden seien. Auch die Leistungen Deutschlands zur sogenannten Wiedergutmachung der nationalsozialistischen Verbrechen kämen in der Broschüre nicht vor. Deutschland werde vielmehr auf ein »Nazi-Deutschland« reduziert.*

Daß Fischer und seine Staatssekretäre so drauf sind, war bekannt. Aber daß die Schweden den Gegenpart bilden – wer hätte das gedacht? Wenn auch nur die Hälfte davon stimmt, bitten wir um baldige Übersendung der Asyl- bzw. Immigrationsformulare. Ob die Quartiere von Bertolt Brecht, Peter Weiss und – wenn's sein muß – Willy Brandt noch frei sind?

Neues aus dem Mini-Wahr

6. Januar 2000, »Frankfurter Rundschau«:

*Nato zeigte verfälschte Videos über Kosovo-Krieg ... Ein Computer der US-Air Force hat zwei Videos des Bombenangriffes auf einen Zug während des Kosovo-Krieges beim Überspielen gekürzt. Die Nato benutzte diese zu schnell laufenden Videos, um zu beweisen, daß die Bombardierung des Zuges wegen dessen schnellen Erscheinens ein unvermeidbarer Unfall war. Bei dem Angriff starben mindestens 14 Menschen ... (Demnach) hätte der WSO (Waffensystemoffizier der US-Maschine, Anm. KONKRET) mindestens 6,9 Sekunden Zeit für eine Reaktion gehabt statt der (im Video, Anm. KONKRET) dargestellten 2,3 Sekunden – die (Nato-Oberbefehlshaber, Anm. KONKRET) Clark überdies als »weniger als eine Sekunde« beschreibt.*

Freiheitskämpfer (II)

8./9. Januar 2000, Interview der »jungen Welt« mit Willy Wimmer, Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und Bundestagsabgeordneter der CDU:

*Wimmer: Seit Jahren muß eine sehr begründete Sorge der Russischen Föderation darin bestehen, daß aus Tschetschenien heraus mit Zielrichtung Kasan an der Wolga eine Spaltung der Russischen Föderation in der Absicht derjenigen stand und steht, die sich in Tschetschenien selbst aus vielen Ländern zu einer bewaffneten Formation zusammengeschlossen hatten ... Ich muß das sehr ernst nehmen, und ich bin relativ sicher, daß die amtierende Bundesregierung über diese Umstände genauestens im Bilde ist.*

*»junge Welt«: Nichtsdestotrotz richten sich die Mahnungen der deutschen Regierung, auch anderer westlicher Regierungen, in allererster Linie einseitig an Moskau. Wie bewerten Sie die derzeitige deutsche Rußlandpolitik?*

*Wimmer: Ich meine, daß wir sehr viel deutlicher alle mit Tschetschenien verbundenen Aspekte behandeln müssen, weil uns das ansonsten in eine Schieflage bringt ...*

National-Sozialist (II)

17. Januar 2000, »Der Spiegel«:

*Lob von der Truppe. Die PDS-Führung will ihr Verhältnis zur Bundeswehr normalisieren. Kurz vor Weihnachten traf sich Bundestagsfraktionschef Gregor Gysi zu einem vertraulichen Gespräch mit Oberst Bernhard Gertz, dem Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehr-Verbandes. Der lobte die »sicherheitspolitischen Kurskorrekturen« der PDS, unter anderem bei Uno-Blauhelm-Einsätzen, die von den PDS-Realos um Gysi nicht mehr generell abgelehnt werden.*

Da hat der »Spiegel« Gysi wieder einmal unterschätzt: Er befürwortet nicht nur Uno-Blauhelm-Einsätze, sondern auch Kampfeinsätze nach Artikel VII der UN-Charta.

Teuflische Russen

17. Januar 2000, »Bild«:

*Er meidet alle Spiegel in seiner Wohnung. Wenn er sich aus dem Haus wagt, trägt er eine weite Pelzmütze mit Ohrenklappen – damit man seine Hörner nicht sieht. Dieser junge Russe aus der Provinzhauptstadt Ulan-Ude am Baikalsee ... Die Hörner wachsen links und rechts aus seinen Schläfen. Ganz ähnlich wie bei einem jungen Stier, etwa sieben Zentimeter lang.*

Da die »Bild«-Zeitung die Einzelfall-Story mit der generalisierenden Überschrift »Gen-Defekt – Russen wachsen Hörner« versehen hat, ist nun endlich biologisch erwiesen, was bisher nur die Goebbels-Presse behauptet hatte: Der Iwan ist der Teufel. Demnächst auf dem deutschen Boulevard: »Israelis trinken Baby-Blut als Aphrodisiakum«.

Konkret 02/00, S. 12

**Conrad Schuhler**

# Der große Coup

**Wie Deutschland sich mit einem Almosen von seinen Kriegsschulden befreite**

Die »Münchner Abendzeitung« erklärte ihn im Dezember 1999 zum Politiker der Woche: Graf Lambsdorff, den alten, wegen Bestechung vorbestraften FDP-Profi. Der Graf hatte das Abkommen über die Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter über die Bühne gebracht. zehn Milliarden DM – fünf von der öffentlichen Hand, fünf von der Wirtschaft – sollten, hieß es, die Opfer des Nazi-Programms »Vernichtung durch Arbeit« und andere Zwangsarbeiter bekommen. Endlich, freuten sich die Kommentatoren der liberalen Medien, ein Sieg der Menschlichkeit. Lang lebe Rot-Grün.

In der Tat, was die Regierung da vollbracht hat, ist keine Kleinigkeit: Unter dem Vorwand, etwas für die letzten überlebenden NS-Sklaven- und Zwangsarbeiter zu tun, schaffte sich Deutschland im Dezember 1999 mit Hilfe des korrupten Grafen alle Schulden aus seinem vorläufig letzten großen Krieg und alle sonstigen Verbindlichkeiten aus der Zeit des Nationalsozialismus vom Hals. Nie hatte die Bundesrepublik Reparationen zahlen müssen für den Nazikrieg, der 60 Millionen Menschen das Leben kostete und die halbe Welt verwüstete. Auf der Londoner Schuldenkonferenz 1952/53 wurden den Deutschen alle Schulden gestundet – bis zur Wiedervereinigung und einem endgültigen Friedensvertrag. Man brauchte die Bundesrepublik als Basis und Stoßtrupp gegen den kommunistischen Teil Europas. Man wollte sie in der Nato haben, um den Sozialismus kaputt zu kriegen. Das hat prima funktioniert. Aber dann kamen der Mauerfall, der »2-plus-4-Vertrag«, die Wiedervereinigung. Was war jetzt mit den Reparationen, Zwangsarbeit inklusive, die damals in London so großzügig gestundet worden waren?

Man bedenke, allein die Tschechische Republik hat Forderungen in Höhe von 70 Milliarden DM gegen das wiedervereinigte Deutschland errechnet. Nimmt man die Russen, Polen, Ukrainer, Belorussen, Ungarn, Jugoslawen, Griechen usw. dazu, kommt man leicht über eine Billion DM. Nicht zu vergessen die Forderungen von Juden und anderen Verfolgten wegen Arisierung und Versicherungsbetrug, wegen Vermögensschäden aller Art. Womit immer noch nicht die Rede ist von den Millionen und Abermillionen Menschen in Osteuropa, denen Nazi-Deutschland Schäden an Körper und Gesundheit, an Freiheit und beruflichem Fortkommen zugefügt hatte, die aber von Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) ausgenommen worden waren, weil die Schäden ihnen außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches zugefügt wurden und sie überdies in sozialistischen Staaten lebten. Man stelle sich vor, die Welt hätte Deutschland nach der Wiedervereinigung wenigstens finanziell zur Rechenschaft gezogen wegen der Nazi-Verbrechen! Das wäre teuer geworden. Vielleicht zwei Billionen DM, ein Drittel dessen, was die Erben in den Jahren um die Jahrtausendwende von der Kriegs- und Wirtschaftswundergeneration an Vermögenswerten einstreichen können. Nun aber wird das Ganze mit einer höhnisch betitelten Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« und mit zehn Milliarden DM abgefertigt.

Die rotgrüne Regierung hat mit der Zwangsarbeiter-Stiftung den größten Deal der Nachkriegsgeschichte hingekriegt – für die Konzerne, für die sie anschafft, und für die Zukunft eines großen Deutschland, das mit der Stiftung alle Fesseln der Vergangenheit abstreifen will.

## Rechtslage nach Herrenmenschenart

Die Rechtslage nach dem verlorenen Krieg war eindeutig und für die Bonner Republik sehr unpassend. Das Internationale Militärtribunal in Nürnberg verurteilte z. B. die Verantwortlichen der IG Farben 1945/46 als Kriegsverbrecher. Dasselbe Urteil fällte die US-Militärregierung über die Vorstände von Dresdner und Deutscher Bank. Der Hauptankläger der USA, General Talford Taylor, nannte die Industrie- und Bankchefs die Hauptschuldigen der NS-Barbarei. Die Alliierten forderten, daß keiner dieser Wirtschaftskapitäne je wieder eine Rolle im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands spielen dürfe.

Dies hinderte Konrad Adenauer, den ersten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, nicht, die Nummer eins der Deutschen Bank, Hermann J. Abs, zu seinem Chefberater in Fragen der Wirtschaft zu machen. Abs war im NS-Staat Aufsichtsratsmitglied der IG Farben gewesen, die ein eigenes Konzentrationslager in Auschwitz unterhielt, wo allein 30.000 KZ-Häftlinge im Programm »Vernichtung durch Arbeit« zugrunde gingen. Im Hauptberuf war Abs Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, welche SS-Anlagen in Auschwitz inklusive der Verbrennungsöfen finanzierte. Selbst konservative Historiker, die im Auftrag der Deutschen Bank das Wirken von Abs erforschten, meinen, daß man davon auszugehen hat, daß Abs auch von den letzten Unmenschlichkeiten des NS-Systems gewußt haben muß, wie zum Beispiel davon, daß ein Teil des von der Deutschen Bank für den NS-Staat verkauften Goldes aus den Gebissen in Auschwitz vergaster KZ-Opfer stammte.

Dieser Abs nun wird aparterweise der Leiter der deutschen Delegation bei der 1952/53 stattfindenden Londoner Schuldenkonferenz, wo es um die Regelung der deutschen Kriegs- und Nachkriegsschulden geht. Der Kalte Krieg ist mit dem Krieg in Korea heiß geworden, die Westmächte wollen, daß die Bundesrepublik militärisch aufrüstet und eine tragende Rolle in der Nato gegen den Sowjetblock spielt. Dafür soll ihre Finanzkraft geschont werden. Den Deutschen wird nur eine pauschale Tilgung der Nachkriegsschulden von 7,3 Milliarden DM auferlegt, die sie in wenigen Jahren bezahlt haben. Für die schier unermeßlichen Kriegsschulden, darunter auch die Zwangsarbeit, wird ihnen ein Moratorium bis zu einem Friedensvertrag und zur Wiedervereinigung Deutschlands gewährt. Der entscheidende Artikel 5 des Abkommens lautet: »Eine Prüfung der aus dem Zweiten Weltkrieg herrührenden Forderungen von Staaten, die sich mit Deutschland im Kriegszustand befanden oder deren Gebiet von Deutschland besetzt war, und von Angehörigen dieser Staaten ... wird bis zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage zurückgestellt.«

Individuelle Entschädigungsansprüche, geregelt per Bundesentschädigungsgesetz (1953 und 1956) und Bundesrückerstattungsgesetz (1957) wurden ebenso listig minimiert. Anspruchsberechtigt waren nur solche Personen, denen das Unrecht in den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 widerfahren war. Auch kamen nur Menschen in Betracht, die während der sehr knappen Antragsfristen in Staaten lebten, mit denen die BRD diplomatische Beziehungen unterhielt, also niemand aus den osteuropäischen Staaten, aus denen mindestens 80 Prozent der Zwangsarbeiter stammten. Wer all diese Hürden überspringen konnte und wessen Antrag genehmigt wurde, der erhielt eine pervers niedrige Entschädigung: fünf DM für einen Tag KZ-Haft. Ein Jahr KZ, ein Jahr Prügel und Unterernährung, ein Jahr Sklavenarbeit und Todesangst – 1.800 DM. Für »Zwangsarbeit als solche« gab es gar nichts. Auch der Bundesgerichtshof befand, daß Zwangsarbeit eine »allgemeine Begleiterscheinung von Krieg und Besatzungsherrschaft« sei. Ein zeitgenössischer Kommentar zum BEG (Becker/Huber/Küster) bekam einen Schreck: »Man bedenke etwa, daß zivilrechtliches Schmerzensgeld schon für ›Kummer, Sorgen, Unbehagen‹ geschuldet wird, ja ›für die Versetzung eines Beamten in den Ruhestand, den Entgang des Jagdvergnügens‹ und vergleiche die Haftentschädigung von ganzen 150 DM für einen Monat geschundenen, verzweifelten Daseins, die überdies alle Martern und alle bleibenden Entstellungen mit abgilt, wenn sie die Erwerbsfähigkeit nicht um mindestens 30 Prozent gemindert haben.« Im zuständigen Bundestagsausschuß erklärt der Regierungsvertreter ohne Umschweife, daß nach den zuständigen Vorschriften über Amtsunrecht »die Verpflichtungen weiter gingen, wenn es keine Wiedergutmachungsgesetzgebung gäbe«.

Die weithin entschädigungslose Zeit endet für die Bundesrepublik Deutschland und ihre Konzerne auch 1990 nicht, dem Jahr der deutschen Wiedervereinigung. Zwar hatten die Sowjets gefordert, die Frage der Reparationen in den »2-plus-4«-Vertrag aufzunehmen. Aber Kohl, der Kanzler der Einheit, wehrte sich dagegen, und auch hier hatte Gorbatschow nichts zu melden. Doch dann kam der 3. Mai 1996. An diesem Tag entschied das Bundesverfassungsgericht über eine Vorlage des Landgerichtes Bonn, wo Klagen jüdischer Zwangsarbeiter gegen die Bundesrepublik Deutschland auf Nachzahlung von Lohn anhängig waren. Zwar mochte sich das Gericht nicht im einzelnen zu den Fragen der vertraglichen Regelungen Deutschlands mit dem Ausland zur Entschädigung von NS-Opfern und zum Reparationsrecht äußern, aber in einem zentralen Punkt erklärte es die bisherige Rechtsauffassung der Bundesregierung für irrig. Die Meinung, die Forderung nach Entschädigung für den Lohnausfall bei Zwangsarbeit sei als Reparationsfrage nur zwischen ehemals kriegführenden Staaten selbst zu verhandeln, sei falsch. Die individuell Geschädigten könnten vielmehr auch individuell Schadenersatzansprüche einklagen.

## Nachhilfe-Unterricht aus der Neuen Welt

Für die deutsche Rechtslandschaft war der Spruch des Bundesverfassungsgerichts zunächst ohne Bedeutung. Wer hier individuell Schadenersatzansprüche anmelden wollte, sah sich, wie beispielsweise die ungarische Jüdin Hannah Mandel, dem VW-Konzern gegenüber. Frau Mandel hatte zwar nachweisbar viele Monate als Zwangsarbeiterin für VW am Band gestanden, keinen Lohn erhalten und ständig unter Haftbedingungen gelebt, aber den Nachweis mußte sie selbst im Detail erbringen und die Kosten, auch ihres Rechtsbeistands, allein tragen. Auf der anderen Seite stand ein Weltkonzern mit den besten und teuersten Anwälten des Landes. Ein überlebender Zwangsarbeiter mußte zunächst vielleicht 30.000 DM aufbringen, um möglicherweise 15.000 DM als Entschädigung zu erhalten. Was die Rechtslage in Deutschland anlangte, mußten sich Staat und Firmen in Deutschland auch nach dem 3. Mai 1996 somit nicht sorgen.

Anders aber sah die Situation in den USA aus. Dort existiert das Rechtsinstitut der »class action«, des Sammelverfahrens. Ein einziger Kläger kann für sich selbst und für alle anderen Personen klagen, die eine ähnliche Lage geltend machen können – ohne daß diese Mandanten des Anwalts oder diesem auch nur bekannt wären. Nehmen wir die Tabakindustrie: Ein New Yorker Anwalt hat drei Mandanten, die infolge Nikotingenusses erkrankt sind. Er verklagt die Tabakindustrie auf Schadenersatz, natürlich auch im Namen aller Personen in ähnlicher Lage. Das aber sind in den USA schätzungsweise 150 Millionen. Holt er für einen Mandanten 100.000 Dollar Schadenersatz heraus, dann ergibt das nicht bloß diese 100.000, sondern 100.000 mal 150 Millionen = 225 Milliarden Dollar.

Die Geschichte ist aus dem Leben gegriffen. Der New Yorker Anwalt heißt Mel Weiss, und sein Kampf gegen die Tabakindustrie trug ihm den Kriegsnamen »Camel Joe« ein. Der einzige Unterschied zu unserer Version der Story ist, daß er und seine Kollegen etwa doppelt soviel wie die berechneten 225 Milliarden Dollar erstritten. Mel Weiss ist Spezialist für Klagen gegen Großkonzerne. Er befehligt 150 Anwälte und Hunderte Spezialisten aller Art. Wenn Weiss naht, schreiben die New Yorker Zeitungen, sehen die Firmen schwarz und Weiss selbst grün, die Farbe des Dollars.

Als Weiss den Schweizer Banken nahte, weil diese Konten verstorbener Holocaust-Opfer unterschlagen hatten, sahen die beiden größten Schweizer Geldinstitute schwarz und zahlten im schnell ausgehandelten Vergleich 2,5 Milliarden DM. Weiss' wichtigste Mitarbeiterin in NS-Fällen, Deborah Sturman, führte auch die Feder bei der ersten Klage in Sachen Zwangsarbeit vor US-Gerichten, gegen den Autobauer Ford. Schnell folgten Klagen gegen alle großen deutschen Konzerne: DaimlerChrysler, BMW, Krupp, Continental, Hoechst, Bayer usw. 50 Milliarden Dollar Entschädigung für Zwangsarbeit, rechnete Mel Weiss vor, wären keineswegs zu viel. Weiss ist einer der wichtigsten »fund raiser«, Geldauftreiber, der Demokratischen Partei. Er ist der Vertraute von Hillary Clinton, die er in New York zur Senatorin machen will. Sein Wort gilt viel in Washington. Als er in seinem New Yorker Büro saß, die Truppen seiner Anwaltsfirma und seine Politik-Verbindungen aufzählen ließ, da lächelte er zufrieden und sagte: »Ich bin ein bescheidener Mensch. Aber wir können es aufnehmen mit der deutschen Regierung und den Konzernen dort. Deren Reichtum gibt es doch nur noch, weil die Zwangsarbeiter ihnen damals die Produktionsanlagen gerettet haben. Sie können zahlen, und sie müssen jetzt endlich ran.«

Das Schweizer Beispiel vor Augen, fühlten einschlägige deutsche Unternehmen sich bedrängt. Am 16. Februar 1999 begründeten zwölf Firmen, darunter jene, die Weiss und Sturman in den USA verklagt hatten, die Stiftungsinitiative »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«. Bevor US-Gerichte sie möglicherweise zu Hunderten Milliarden Dollar Schadenersatz verurteilten, wollten sie sich doch lieber freiwillig eine »humanitäre Geste« leisten und gleich alle denkbaren Ansprüche von NS-Opfern ein für allemal aus der Welt schaffen.

## Berlin vollendet, was Bonn begann

Die Präambel der Stiftungsinitiative formuliert eingangs und wegweisend jene Lüge, die schon von den Verteidigern der Wirtschaftskriegsverbrecher in Nürnberg ins Feld geführt worden war: »Deutsche Unternehmen waren ... in das NS-Regime und damit auch in das von ihm ausgelöste Unrecht eingebunden. Dabei gingen nationalsozialistische Verfolgung und Zwangsarbeit vom NS-Staat aus ... Rechtsansprüche gegen deutsche Unternehmen im Hinblick auf Zwangsarbeit und Verfolgung während der NS-Zeit bestehen nicht.« Vielmehr beabsichtige die Stiftung »freiwillige Leistungen an ehemalige Zwangsarbeiter (zu zahlen), sowie durch das Nazi-Regime verursachte, noch unbearbeitete Vermögensschäden zu regulieren«.

Ob Zwangsarbeit oder Arisierung, ob Hochrüstung oder Übernahme ausländischer Firmen und Vermögenswerte – schuldig waren nicht Unternehmen und Unternehmer, sondern der »NS-Staat«, dem man sich fügen mußte. Diese schäbige Lüge hat die rotgrüne Bundesregierung auf die Spitze getrieben, als sie im Juni 1999 dem Degussa-Konzern mit einem förmlichen Amicus-Curiae-Brief vor einem Gericht im US-Bundesstaat New Jersey zur Seite trat. Ehemalige Zwangsarbeiter hatten die größte Edelmetall-Scheideanstalt NS-Deutschlands auf Entschädigung verklagt. Das 13seitige Dokument aus Berlin beginnt mit dem Satz: »Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland unterstützt den Antrag der Beschuldigten.« Nämlich, die Klage abzuweisen. Die Kernsätze der rotgrünen Begründung lauten: »Die Industrie war gezwungen, die Vorgaben einzuhalten, die für die Produktion von Material für die Kriegswirtschaft festgelegt waren, ebenso wie alle anderen Vorgaben, die vom Nazi-Regime gesetzt wurden ... Dies gilt insbesondere für die frühere Degussa, die ein Monopol auf dem Feld der Scheidung von Edelmetallen hatte.«

Mit dieser Intervention hat es die Berliner Regierung geschafft, daß das Gericht in New Jersey sich für nicht zuständig erklärt und die Kläger auf die völkerrechtliche Ebene verwies, da es in Deutschland keine privat Haftenden für Schäden aus der NS-Zeit gebe, sondern eben nur den Staat. Rot-Grün hat sich also auch im Detail für die Belange der an NS-Verbrechen beteiligten Unternehmen eingesetzt und dabei keine Unwahrheit gescheut. Denn tatsächlich waren die deutschen Konzerne keineswegs von den Nazis gezwungen worden, sondern hatten sich danach gedrängt, von der Barbarei zu profitieren.

So gerade auch die Degussa, die eine der schrecklichsten Firmengeschichten aufzuweisen hat. Zusammen mit der IG Farben besaß sie die Degesch, die Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung. Die Degesch bemühte sich erfolgreich um Aufträge für ihr Zyklon B, mit dem die KZ-Häftlinge in Auschwitz vergast wurden. Den Ermordeten wurden die Gebisse herausgebrochen, aus denen wiederum das Zahngold entfernt und an die Degussa versandt wurde, die es zu Goldbarren einschmolz. In den Scheidbüchern der Degussa-Zweigniederlassung Berlin finden sich unter »Herkunft des Scheidgutes« Einträge wie »Jd«, »Judensilber«, »Judengold« oder »reichsfeindliches Material«. Eine damalige Volontärin berichtet, daß an dem Zahngold oft noch Gaumenteile hafteten. Das Firmenarchiv, das derzeit von dem US-Historiker Peter Hayes untersucht wird, liefert die Belege, daß die Firma sich anstrengte, an alles verfügbare Scheidgut

heranzukommen, wo immer es auch herrührte. Darin, würde die Berliner Regierung vielleicht sagen, bestand schließlich ihr Geschäft.

So wie Degussa verhielten sich andere Unternehmen auch. Die IG Farben beispielsweise errichtete nicht nur ein eigenes KZ neben ihrer Baustelle in Auschwitz, sie hätte gerne noch ein zweites gehabt. Am 27. Juli 1943 schreibt IG-Farben Direktor Krauch an Heinrich Himmler, den Reichsführer SS: »Sehr geehrter Herr Reichsführer! ... ich habe es besonders begrüßt, daß Sie gelegentlich dieser Besprechung angedeutet haben, eventuell den Ausbau eines weiteren Synthesewerkes, ... ähnlich wie Auschwitz, durch die Zurverfügungstellung von Insassen aus Ihren Lagern gegebenenfalls zu unterstützen. Ich habe im entsprechenden Sinne auch dem Herrn Minister Speer geschrieben und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieser Frage weiter Ihre Förderung und volle Unterstützung angedeihen ließen.«

Die Firmen rissen sich um die Zwangsarbeiter, die sie bei der SS schriftlich mit ausführlicher Begründung beantragen mußten. Immerhin waren elf Millionen deutsche Arbeiter in Uniform gesteckt und an immer mehr Fronten geschickt worden. Allein in Berlin gab es 500 Zwangsarbeiterlager, im ganzen Deutschen Reich mehr als 20.000. Mindestens elf Millionen Sklaven- und Zwangsarbeiter hielten die Wirtschaft in Gang – im Sommer 1944 stellten sie 46 Prozent der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, in der Industrie waren es 40 Prozent. 500.000 Deutsche waren in die Organisation dieses riesigen Arbeitsheeres einbezogen. Zwangsarbeit war ein nationales deutsches Projekt. Peter Hayes stellt fest, daß im letzten Kriegsjahr, als den meisten führenden Managern klar war, daß der Krieg verloren war, die Nachfrage nach Arbeitskräften noch dringender und ruchloser wurde. Die Unternehmer wollten ihre Produktionsanlagen unter die Erde schaffen, um sie vor den Luftangriffen zu schützen. Hayes' Fazit: »Man kaufte sich Chancen für die eigene Zukunft mit dem Leben anderer in der Gegenwart.« Und auf die Frage, wieso die grausamen und mörderischen Pläne der Nazis zum Gesamtprojekt der deutschen Gesellschaft hatten werden können, gibt er die Antwort: »Der Weg dahin war nicht einfach durch Gleichgültigkeit geebnet, sondern durch Selbstinteresse.« Dieses Selbstinteresse war im Fall der deutschen Unternehmen gewaltig. Nach einer Untersuchung der »Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts« haben die deutschen Arbeitgeber ihren Zwangsarbeitern – auf den heutigen Wert umgerechnet – 180 Milliarden DM an Lohn vorenthalten.

Warum aber hat sich die so kostenbewußte deutsche Wirtschaft bereit erklärt, Geld zu einem Entschädigungsfonds beizusteuern, wenn doch das Gericht in New Jersey die Klage gegen Degussa abgewiesen hat? Wieder landen wir bei US-Anwalt Mel Weiss. Auf sein Betreiben brachten die Senatoren Schumer und Toricelli im November 1999 eine Gesetzesvorlage im US-Senat ein, die verlangte, daß Entschädigungsklagen von NS-Opfern künftig von US-Gerichten entschieden werden müßten und nicht mehr auf die völker- bzw. staatsrechtliche Ebene abgeschoben werden dürften. Auf der Pressekonferenz zur Einbringung der Vorlage in Washington erklärte Mel Weiss, für die im Januar 2000 anstehende Abstimmung im US-Senat gäbe es bereits eine klare Mehrheit.

Die deutsche Wirtschaft glaubte ihm aufs Wort. Der Sprecher ihrer Stiftungsinitiative, Wolfgang Gibowski, sprach bereits vom Ende der gemeinsamen Initiative und davon, »daß dann Krieg herrscht«. Es wäre ein kostspieliger Krieg für die deutsche Wirtschaft geworden. Da legte man doch lieber noch ein paar Milliarden auf die Offerte drauf, um noch vor dem Januar 2000 zu einem Deal zu kommen. Gerade noch rechtzeitig, eine Woche vor Weihnachten, war's vollbracht. Unter dem Druck der Regierung der USA und Israels willigten die US-Anwälte ein: Für zehn Milliarden DM konnten die Deutschen mit einem Schlag alle Schulden aus der Nazi-Zeit loswerden und sich auch noch als Helden der Humanität feiern lassen.

## Der Zehn-Milliarden-DM-Schwindel

In den acht Verhandlungsrunden des Jahres 1999 hat die deutsche Seite, allen voran Graf Lambsdorff, den US-Anwälten immer wieder vorgeworfen, mit ihren hohen Forderungen eine schnelle Einigung zu verhindern, die aber nötig wäre, um den betagten Opfern noch helfen zu können. Auch die Vertreter der Wirtschaft ließen sich kaum übertreffen an Mitleid für die armen Alten, die ihre Entschädigung doch noch erleben müßten. In Wahrheit sind nicht einmal die völlig unzureichenden zehn Milliarden DM für die überlebenden Opfer der Zwangsarbeit reserviert. Vielmehr kaufen sich der deutsche Staat, die deutschen Unternehmen und überhaupt alle Deutschen damit von jedem Unrecht aus der Zeit der Nazi-Herrschaft frei.

In ihrem »Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung ›Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‹«, die für die Vergabe der zehn Milliarden zuständig sein wird, proklamiert die Bundesregierung: »Zweck der Stiftung ist es, über Partnerorganisationen Finanzmittel zur Gewährung von Leistungen an ehemalige Zwangsarbeiter und von Arisierung oder anderem Unrecht aus der Zeit des Nationalsozialismus Betroffene bereitzustellen.« An vielen anderen Stellen bekräftigt der Entwurf die eigentliche Intention von Bundesregierung und Wirtschaft: ein für allemal Schluß zu machen mit Forderungen von NS-Opfern. Damit da kein Zweifel bleibt, heißt es in der »Begründung« des Gesetzentwurfs: »Die Stiftung soll zur Jahrtausendwende ein abschließendes Zeichen für die umfassende Wiedergutmachung und Entschädigung nationalsozialistischen Unrechts in der Bundesrepublik Deutschland setzen. Die bisherigen Regelungen und Leistungen

ergänzend, soll sie die Diskussionen über weitere Maßnahmen beenden und allen Beteiligten Rechtsfrieden einräumen. Daher übernimmt die Stiftung alle möglichen Ansprüche aus nationalsozialistischen Unrechtsmaßnahmen. Ansprüche gegen Dritte werden mit Inkrafttreten des Gesetzes ausgeschlossen.«

»Abschließendes Zeichen«, »umfassende Wiedergutmachung«, »Ansprüche gegen Dritte ausgeschlossen« – so schreibt sich »Schlußstrich« im Jahr 2000. Was aber bleibt für die Opfer? In diesen Wochen wird ausgehandelt, welche Kategorie von Opfern wieviel erhalten soll. Als das deutsche Angebot bei sechs Milliarden DM lag, sollten für ehemalige Zwangsarbeiter rund vier Milliarden zur Verfügung gestellt werden. Auf zehn Milliarden hochgerechnet sind das rund 6,3 Milliarden DM. Die von der Bundesregierung selbst bestallten Historiker haben festgestellt, daß heute noch rund 2,4 Millionen ehemalige Zwangsarbeiter am Leben sind. Die Entschädigungssumme pro Kopf betrüge demnach rund 2.700 DM.

Dies erschien selbst der deutschen Seite etwas wenig. Was sie aber nicht etwa auf die Idee brachte, die Summe zu erhöhen, sondern auf den Einfall, den Kreis der Berechtigten einzuengen. Leistungsberechtigt ist nur, wer in einem Konzentrationslager oder einem Ghetto »unter vergleichbaren Bedingungen« mindestens zwei Monate inhaftiert und zur Arbeit gezwungen war (Kategorie A) oder wer aus seinem Heimatstaat in das Gebiet des Deutschen Reichs in den Grenzen von 1937 deportiert, mindestens zwei Monate inhaftiert und zur Arbeit gezwungen worden ist (Kategorie B). Kategorie A umfaßt nach Angaben regierungsamtlicher Historikern 250.000 noch lebende Opfer, die je 15.000 DM bekommen sollen. Kategorie B beträfe 750.000 Personen, für die man je 5.000 DM zahlen will. Da man damit statt bei 6,3 bei rund 7,5 Milliarden DM wäre, wird man die Kopfquoten kürzen müssen: A-Opfer werden mit maximal 12.000 DM rechnen können, B-Opfer mit 4.000 DM.

Gar nichts erhalten werden Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft, denn sie waren in der Regel nicht in Lagern inhaftiert. Ebenso leer ausgehen werden Menschen, die außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 gequält wurden, immerhin zwei bis drei Millionen damals. Und natürlich bekommt die große Mehrheit – alle, die man damals umgebracht hat und alle, die seit damals gestorben sind – nichts. Denn: » Leistungen ... sind höchstpersönlich und nicht vererbbar.«

Auch wer alle Hürden innerhalb der vorgeschriebenen Frist von sechs Monaten nehmen kann – den behördlich bestätigten Nachweis, daß er nach den Kategorien A und B Sklaven- bzw. Zwangsarbeit in den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 geleistet hat – , erhält noch längst nicht die zugesagte Summe. Zwar muß er schon bei der Antragstellung die Erklärung abgeben, »daß er mit Erhalt einer Leistung nach diesem Gesetz auf jede weitere Inanspruchnahme der öffentlichen Hand und der deutschen Unternehmen aus dem Zusammenhang mit nationalsozialistischem Unrecht unwiderruflich verzichtet«. Aber die Leistung, die er dann vielleicht erhält, beträgt nur 30 Prozent (nach der 2. Fassung des Stiftungsgesetzes 35 bis 50 Prozent) der in Aussicht gestellt Summe. Den Rest wird er erst »nach Abschluß der Bearbeitung aller Anträge« erhalten, »wenn und soweit dies im Rahmen der verfügbaren Mittel möglich ist«. Die Bearbeitung der Anträge kann natürlich dauern, jedes Jahr sterben 10 bis 15 Prozent der Antragsteller, und weil das Sterbetempo der sehr alten Menschen sich natürlich beschleunigt, kann da noch manche Mark gespart werden.

Überdies ist es fraglich, ob weitere Zahlungen »im Rahmen der verfügbaren Mittel möglich« sind. Denn mit den Stiftungsgeldern soll ja, wie gesagt, alles NS-Unrecht zur Gänze abgegolten werden. Ausdrücklich zum Beispiel auch die Arisierungen, also die Aneignung jüdischen Vermögens. Die Deutsche Bank allein hatte im Juli 1938 700 Arisierungen bis dahin jüdischer Unternehmen in der Planung, 300 solcher Arisierungen hatte sie bis August 1938 bereits durchgeführt. Mit anderen Banken zusammen machte sie den Nazi-Behörden Vorschläge, wie das Arisierungsprogramm zweckdienlicher ausgestaltet werden kann. Mit dem Vorrücken der deutschen Truppen blieb es für die Deutsche Bank nicht mehr bei der Enteignung jüdischen Vermögens: 1938, die Nazis besetzten die Tschechei und schlossen Österreich an, übernahm sie die Böhmische Union-Bank und die Deutsche Agrar- und Industriebank in Prag sowie die Österreichische Creditanstalt Wiener Bankverein. Sie expandierte im Gefolge der Wehrmacht weiter: In Kroatien, Rumänien, in Polen und Frankreich kassierte sie das örtliche Bankwesen.

Kein Wunder, daß die Deutsche Bank zu den Gründungsmitgliedern der »Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft« gehört. Schließlich war auf einer internationalen Konferenz 1998 in Washington festgelegt worden, daß den Holocaust-Opfern bis zum Jahr 2000 elf bis vierzehn Milliarden Dollar an geraubten Vermögenswerten zurückgegeben werden müsse, also bis zu 27 Milliarden DM. Im jetzigen Abkommen sind allerdings lediglich rund 1,1 Milliarden DM für den Komplex »Arisierung« vorgesehen.

Zu den Gründungsmitgliedern der Initiative gehört auch die Allianz-Versicherung. Mit der Stiftung macht sie ein ebenso gutes Geschäft wie die Deutsche Bank. Gegen die Allianz sind nämlich 55,9 Prozent aller Forderungen von Holocaust-Opfern bzw. deren Erben gerichtet, die von Versicherungen um ihre Policen betrogen wurden. Nach einem geheimen Bericht der »Internationalen Kommission über Versicherungsansprüche aus der Holocaust-Zeit« hat die Allianz bislang überhaupt nur auf 28 Prozent dieser Forderungen geantwortet, von denen sie wiederum über 80 Prozent abgelehnt hat. Erst eine Boykottdrohung jüdischer Organisationen hat die Allianz Ende 1999 zu dem Versprechen gebracht, ihre Bücher aus

der Nazi-Zeit offenzulegen. Nun wird sie auch dies nicht mehr tun müssen, deckt die neue Stiftung doch auch dieses Feld ab.

180 Milliarden DM, die Summe, die allein den NS-Zwangsarbeitern an Entschädigung für entgangenen Lohn zusteht, entsprechen einem knappen Prozent des Vermögens, über das das reichste Zehntel der Bundesrepublik Deutschland verfügt. Die jetzt bewilligten zehn Milliarden der Stiftung sind 0,05 Prozent dieser Mittel.

**Ausgewählte Literatur:**

Ulrich Herbert: Zwangsarbeiter im »Dritten Reich« – ein Überblick. In: Barwig/Saathoff/Weyde (Hrsg.): *Entschädigung für NS-Zwangsarbeit*. Baden-Baden 1998

Burkhard Heß: Völker- und zivilrechtliche Beurteilung der Entschädigung für Zwangsarbeit. In: Barwig/Saathoff/Weyde, a.a.O.

Karl Brozik: Einmalig und voller Lücken. Entschädigung und Rückerstattung. In: »Tribüne«, Heft 134, 2. Quartal 1995

Peter Hayes: *Profits and Persecution: German Big Business and the Holocaust*. United States Holocaust Memorial Museum, Washington 1998

Harold James: *Banks and the Era of Totalitarism: Banking in Nazi Germany. The Society for European Business History.* Frankfurt a. M. 1998

---

Conrad Schuhler schrieb in KONKRET 5/97 über die Erfolge des kubanischen Reformkurses

Konkret 02/00, S. 16

**Conrad Schuhler, Deborah Sturman**

# Ein deutsches Schnäppchen

**Interview mit Deborah Sturman**

**Deborah Sturman ist Anwältin in der New Yorker Kanzlei »Milberg, Weiss, Bershad, Hynes & Lerach LLP«, der größten »class action«-Kanzlei der USA mit 150 Anwälten und 300 weiteren Mitarbeitern. Die Firma war federführend**

**u. a. an den Prozessen gegen die US-Tabakindustrie und die Schweizer Banken beteiligt. Deborah Sturman hat zusammen mit Mel Weiss die erste Zwangsarbeiter-Klage in den USA angestrengt (gegen Ford). Erst die von Weiss/Sturman u. a. in mehreren US-Staaten eingereichten Klagen gegen deutsche Firmen hatten zur Gründung der sogenannten »Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft« geführt, mit der die deutschen Firmen den befürchteten Schadenersatz-Urteilen zuvorkommen wollten. In den Verhandlungen mit der deutschen Regierung und der deutschen Industrie über eine Entschädigung der Zwangs- und Sklavenarbeiter verdiente sich Deborah Sturman bei der deutschen Seite den Ruf, »eine Fanatikerin« zu sein, mit der man »keinen Handel abschließen könne«.**

*KONKRET: Die im Regierungsabkommen USA/Deutschland festgelegte Summe für den Entschädigungsfonds beträgt zehn Milliarden DM. Die US-Anwälte hatten vorher viel höhere Beträge gefordert: zwanzig Milliarden Dollar und mehr. Wieso haben Sie sich auf die zehn Milliarden DM eingelassen?*

Sturman: Angesichts des Alters der Opfer und der Gewißheit, daß Gerichtsprozesse noch Jahre hätten andauern können, war ein Kompromiß bei den Verhandlungen jetzt für die vielen Überlebenden besser, die in ihren letzten Lebensmonaten sind. Die Tatsache, daß die Opfer sehr alt und oft außerordentlich bedürftig sind, hat uns gezwungen, den Vergleich zu akzeptieren, obwohl wir ihn für kaum befriedigend halten. Die geringe Dimension der zur Verfügung gestellten Mittel hat einen einzigen Grund: die Weigerung der deutschen Industrie, ihre moralische und rechtliche Verantwortung zu erfüllen, nämlich die Zwangsarbeiter zu entschädigen, durch die sich die deutsche Industrie während des Zweiten Weltkriegs bereichert hat.

Wir haben dem Vergleich zum Schluß auch deshalb zugestimmt, weil wir unter enormem Druck von Seiten der US-Regierung und der israelischen Regierung standen. Diese waren der Meinung, die deutschen Firmen würden nicht weiter verhandeln und die Stiftungsinitiative auflösen. Das hätte endlose Verzögerungen herbeigeführt, was es uns unmöglich gemacht hätte, den schon sehr alten Opfern zu helfen.

*Die zehn Milliarden DM gelten ja nicht nur für die Zwangsarbeiter, sondern für alle Arten von Schäden, die NS-Deutschland Individuen und Staaten zugefügt hat und die bisher nicht entschädigt worden sind. In Wahrheit ist es die Gesamtreparationszahlung, die Deutschland noch zu leisten hat. Das ist der größte Deal, den die Deutschen je machen konnten.*

Den Deutschen geht es um Rechtssicherheit, das heißt, es dürfen keine Ansprüche mehr über den Fonds hinaus erhoben werden. Die Rechtssicherheit haben sie zum Ausverkaufspreis erworben. Die Industrie zahlt ja nur fünf Milliarden DM in den Fonds, die sie zudem zu 50 Prozent bei der Steuer geltend machen können. 7,5 Milliarden zahlt die deutsche Regierung, also der Steuerzahler. Die 2,5 Milliarden der Firmen sind weniger als allein die Schweizer Banken den Hinterbliebenen von Holocaust-Opfern zahlten.

Die Antwort muß also lauten: Ja, die Deutschen haben Großes für sich erreicht.

*In den Verhandlungen wurde festgelegt, daß nur Zwangsarbeiter der Kategorie A (KZ und bewachtes Ghetto) und B (Deportierte, die im Deutschen Reich in bewachten Lagern gehalten wurden) entschädigt werden sollen. Der größte Teil der überlebenden Zwangsarbeiter, zum Beispiel solche, die in der Landwirtschaft gearbeitet haben, geht völlig leer aus.*

Die genaue Verteilung des Fonds ist derzeit das Thema von Diskussionen zwischen den beteiligten Parteien. Eine abschließende Festlegung des Verteilungsschlüssels soll im Februar stattfinden. Der Wortlaut der Vereinbarung sowie der Verteilungsmechanismus sind zwischen und unter den Parteien zu verhandeln.

Für Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft besteht das große Problem, daß sie nicht die Möglichkeit haben, vor US-amerikanischen Gerichten zu klagen. Es wird argumentiert, daß die NS-Regierung damals zuständig war für den Einsatz der Zwangsarbeiter auf den Bauernhöfen. Ausländische Regierungen aber sind vor US-Gerichten immun. Nach unserem Recht ist die Regierung in Washington zuständig für Konflikte mit ausländischen Regierungen. Man könnte diese Konstruktion im Falle der Zwangsarbeiter rechtlich angreifen, aber der Erfolg wäre sehr zweifelhaft. – Natürlich darf man auch nicht übersehen, daß die Bedingungen, unter denen die Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft arbeiten mußten – auch wenn sie in der Regel schlimm waren – , nicht zu vergleichen sind mit dem Programm der »Vernichtung durch Arbeit«.

*Jetzt geht es um die Verteilung der Gelder: welche der geschädigten Gruppen und Nationalitäten bekommt wieviel. Welche Kriterien kann es da geben?*

Sklavenarbeiter, die dem Programm der »Vernichtung durch Arbeit« unterworfen waren, erhalten am meisten. Die anderen Zwangsarbeiter werden weniger bekommen. Darüber hinaus sollen aus dem Fonds beglichen werden: Arisierungsverluste durch deutsche Banken; Versicherungsverluste; Zahlungen an Opfer von anderen Verbrechen, z. B. Zwangsabtreibungen und pseudo-medizinische Experimente. Und sogenannte Zukunftsprojekte. Es soll keine Zahlungen an Erben geben, weil dafür der Fonds bei weitem zu klein ist. Die Vorschriften bei Sammelklagen in den USA sehen aber Zuwendungen an die Erben vor. Wir sind der Meinung, daß der Zukunftsfonds diesen Vorschriften genügen muß.

*Die Kernforderung der deutschen Seite war immer, daß mit der Einrichtung des Fonds alle weiteren Ansprüche erledigt sind. Kann diese »Rechtssicherheit« durch die angekündigte Erklärung des US-Präsidenten, das »statement of interest«, geschaffen werden?*

Wir haben die vorgeschlagene Erklärung der Regierung nicht gesehen, aber es wurde uns gesagt, daß sie sich an einen Richter der USA wenden wird, bei dem gerade eine in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg stehende Klage anhängig ist. Der Richter wird aufgefordert, die Klage abzuweisen und alle Kläger an die Stiftung zu verweisen. Insofern wird es dann in den USA für die deutschen Unternehmen Rechtssicherheit geben.

*Was ist mit den Ländern in Osteuropa und mit Deutschland selbst?*

Es gibt zur Zeit keine Pläne bei osteuropäischen Regierungen, ähnliche Erklärungen abzugeben. In Deutschland wird das Bundesarbeitsgericht bald entscheiden, ob die Klagen von ehemaligen Zwangsarbeitern für entgangene Löhne und deren Zinsen bei deutschen Arbeitsgerichten zulässig sind. Einer der Kläger hat in einem Musterprozeß einen Anspruch von 28.000 DM geltend gemacht. Wenn diese Klagen für zulässig erklärt werden, wird sich die Ausstattung des Fonds mit zehn Milliarden DM als unangemessen erweisen.

*Wie beurteilen Sie den vorliegenden Entwurf für die einzurichtende Stiftung?*

Das vorgesehene Gesetz in seiner Gesamtheit stimmt nicht überein mit den Bedingungen, die in den Verhandlungen im Laufe des letzten Jahres besprochen wurden. Dies kann nicht die Basis für die Stiftung sein. Die Kriterien für die verschiedenen Gruppen, die willkürliche Ausschließung von bestimmten Klägern, die kurze Meldefrist, die Abzüge bei aus anderem Grund bereits geleisteten Zahlungen und viele andere Punkte sind völlig unannehmbar.

*Mit Deborah Sturman sprach Conrad Schuhler.*

Konkret 02/00, S. 18

# zu protokoll

**Ginge es nach dem Willen der Bundesregierung, bekäme mehr als die Hälfte der noch lebenden NS-Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter keinerlei Entschädigung. Der Rest müßte sich mit einer Summe begnügen, die weit unter der öffentlich zugesagten läge. KONKRET dokumentiert die überarbeitete Fassung eines Entwurfs des Bundesfinanzministeriums für das sog. »Stiftungsgesetz« (Stand 27.12.1999), das die Verteilung der Gelder aus dem beschlossenen Entschädigungsfonds regeln soll – und die Reaktion der Vertreter der NS-Opfer darauf**

### *§ 1 Errichtung und Sitz*

(1) Unter dem Namen »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« wird eine rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet. Die Stiftung gilt als mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes entstanden.

(2) Der Sitz der Stiftung ist Bonn.

### *§ 2 Stiftungszweck*

(1) Zweck der Stiftung ist es, über Partnerorganisationen Finanzmittel zur Gewährung von Leistungen an ehemalige Zwangsarbeiter und von Arisierung oder anderem Unrecht aus der Zeit des Nationalsozialismus Betroffene bereitzustellen.

(2) Innerhalb der Stiftung wird ein Fonds »Erinnerung und Zukunft« gebildet. Seine dauerhafte Aufgabe besteht darin, mit den Erträgen aus den ihm zugewiesenen Stiftungsmitteln Projekte zu fördern, die der Völkerverständigung, dem Jugendaustausch, der sozialen Gerechtigkeit, der Erinnerung an die Bedrohung durch totalitäre Systeme und Gewaltherrschaft und der internationalen Zusammenarbeit auf humanitärem Gebiet dienen. In diesem Rahmen sollen auch Interessen der Erben und Hinterbliebenen von Opfern nationalsozialistischer Unrechtsmaßnahmen angemessen berücksichtigt werden.

### *§ 3 Stifter und Stiftungsvermögen*

(1) Stifter sind die in der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft zusammengeschlossenen Unternehmen, der Bund und die Länder.

(2) Die Stiftung wird einmalig mit folgendem Vermögen ausgestattet:

1. ... Milliarden Deutsche Mark, zu deren Bereitstellung sich die in der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft zusammengeschlossenen Unternehmen bereit erklärt haben, einschließlich der Vorleistungen, die deutsche Versicherungsunternehmen dem International Committee of Holocaust Era Insurance Claims zur Verfügung gestellt haben.

2. ... Milliarden Deutsche Mark, die der Bund nach Maßgabe der im Bundeshaushalt ausgebrachten Mittel sowie die Länder zur Verfügung stellen. Bund und Länder regeln die Einzelheiten der Finanzaufteilung im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung.

(3) Eine Nachschußpflicht der Stifter besteht nicht.

(4) Die Stiftung ist berechtigt, Zuwendungen von Dritten anzunehmen.

(5) Erträge des Stiftungsvermögens und sonstige Einnahmen sind nur im Sinne des Stiftungszwecks zu verwenden.

### *§ 4 Organe der Stiftung*

Organe der Stiftung sind

1. das Kuratorium

2. der Stiftungsvorstand.

### *§ 5 Kuratorium*

(1) Das Kuratorium besteht aus 20 Mitgliedern. Dies sind

1. der vom Bundeskanzler zu benennende Vorsitzende,

2. vier von den in der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft zusammengeschlossenen Unternehmen zu benennende Mitglieder,

3. je ein vom Innenausschuß des Deutschen Bundestags und des Bundesrats zu benennendes Mitglied,

4. ein Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen,

5. ein Vertreter des Auswärtigen Amtes,

6. ein Vertreter des Bundesministeriums der Justiz,

7. ein von der Conference on Jewish Material Claims against Germany zu benennendes Mitglied,

8. ein vom Weltverband der Sinti und Roma zu benennendes Mitglied,

9. ein von der Regierung Israels zu benennendes Mitglied,

10. ein von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zu benennendes Mitglied,

11. ein von der Regierung der Republik Polen zu benennendes Mitglied,

12. ein von der Regierung der Russischen Föderation zu benennendes Mitglied,

13. ein von der Regierung der Ukraine zu benennendes Mitglied,

14. ein von der Regierung der Republik Weißrußland zu benennendes Mitglied,

15. ein von der Regierung der Tschechischen Republik zu benennendes Mitglied und

16. ein von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zu benennender Rechtsanwalt.

(2) Das Kuratorium wählt aus seiner Mitte mit einer Mehrheit von zwei Dritteln, mindestens der Mehrheit der Mitglieder, den Stellvertreter des Kuratoriumsvorsitzenden.

(3) Die Amtszeit der Kuratoriumsmitglieder beträgt vier Jahre. Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, kann für den Rest seiner Amtszeit ein Nachfolger benannt werden.

(4) Das Kuratorium gibt sich eine Geschäftsordnung.

(5) Das Kuratorium ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Es faßt seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.*

(6) Das Kuratorium beschließt über alle grundsätzlichen Fragen, die zum Aufgabenbereich der Stiftung gehören, insbesondere über die Feststellung des Haushaltsplans und die Jahresrechnung. Es überwacht die Tätigkeit des Stiftungsvorstands.

(7) Das Kuratorium kann im Einvernehmen mit dem Bundesfinanzministerium bei der Beauftragung von Partnerorganisationen von den Regelungen in § 9 Abs. 2 abweichen.

(8) Über Projekte des Fonds »Erinnerung und Zukunft« entscheidet das Kuratorium auf Vorschlag des Stiftungsvorstands.

(9) Das Kuratorium erläßt Richtlinien für die Verwendung der Mittel, soweit die Verwendung nicht bereits durch dieses Gesetz geregelt ist. Die Richtlinien bedürfen der Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen.

(10) Die Mitglieder des Kuratoriums sind ehrenamtlich tätig; notwendige Auslagen werden erstattet.

### *§ 6 Stiftungsvorstand*

(1) Der Stiftungsvorstand besteht aus dem Vorsitzenden und höchstens 2 weiteren Mitgliedern. Mitglieder des Kuratoriums dürfen nicht zugleich dem Vorstand angehören.

(2) Die Mitglieder des Stiftungsvorstands werden vom Kuratorium im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen bestimmt.

(3) Der Stiftungsvorstand führt die laufenden Geschäfte der Stiftung, insbesondere setzt er die Beschlüsse des Kuratoriums um. Er ist für die Verteilung der Stiftungsmittel an die Partnerorganisationen und den Fonds »Erinnerung und Zukunft« verantwortlich und überwacht ihre zweckentsprechende und wirtschaftliche Verwendung, insbesondere, daß die Partnerorganisationen die Vorgaben dieses Gesetzes und die vom Kuratorium zur Mittelverwendung aufgestellten Richtlinien einhalten. Er vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich.

(4) Das Nähere regelt die Satzung.

### *§ 7 Satzung*

Das Kuratorium beschließt mit der Mehrheit seiner Mitglieder eine Satzung, die der Genehmigung des Bundesministeriums der Finanzen bedarf. Das Kuratorium kann die Satzung mit Genehmigung des Bundesministeriums der Finanzen ändern.

### *§ 8 Aufsicht, Haushalt, Rechnungsprüfung*

(1) Die Stiftung untersteht der Rechtsaufsicht des Bundesministeriums der Finanzen.

(2) Die Stiftung hat rechtzeitig vor Beginn eines jeden Geschäftsjahres einen Haushaltsplan aufzustellen. Der Haushaltsplan bedarf der Genehmigung des Bundesministeriums der Finanzen. Das Nähere regelt die Satzung.

(3) Die Stiftung unterliegt der Prüfung durch den Bundesrechnungshof.

### *§ 9 Verwendung der Stiftungsmittel*

(1) Mittel der Stiftung werden den Partnerorganisationen im Sinne des § 10 zugewiesen. Sie dienen der Gewährung von Einmalleistungen an die nach § 11 Leistungsberechtigten sowie zur Deckung der bei den Partnerorganisationen entstehenden Personal- und Sachkosten. Leistungsberechtigte der Kategorie A) und C) können bis zu 15.000 Deutsche Mark und Leistungsberechtigte der Kategorie B) bis zu 5.000 Deutsche Mark erhalten.

(2) Bei den beauftragten Partnerorganisationen werden für die Kategorien A) und B) folgende Höchstbeträge festgelegt. –

Stiftung Deutsch-Polnische Aussöhnung: ... Mio. DM –

Russische Stiftung »Verständigung und Aussöhnung« für ihren derzeitigen örtlichen Zuständigkeitsbereich: ... Mio. DM –

Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds: ... Mio. DM –

Ukrainische Nationale Stiftung »Verständigung und Aussöhnung« für ihren derzeitigen örtlichen Zuständigkeitsbereich: ... Mio. DM –

Weißrussische Stiftung »Verständigung und Aussöhnung« für ihren derzeitigen Zuständigkeitsbereich: ... Mio. DM –

Conference on Jewish Material Claims against Germany für jüdische Leistungsberechtigte in dem Staat Israel, den Vereinigten Staaten von Amerika und den übrigen westlichen Staaten: ... Mio. DM

Andere: ... Mio. DM

(3) Die Mittel der Stiftung sind weiterhin in Höhe von

1. ... Milliarden Deutsche Mark für Leistungen an Leistungsberechtigte der Kategorie C) und

2. ... Milliarden Deutsche Mark für Projekte des Fonds »Erinnerung und Zukunft« zu verwenden. Nicht verbrauchte Mittel für die Kategorie A) und B) fließen dem Fonds »Erinnerung und Zukunft«, nicht verbrauchte Mittel der Kategorie C) der Conference on Jewish Material Claims against Germany für soziale Zwecke zu.

(4) Die Partnerorganisationen können in Absprache mit dem Kuratorium innerhalb der Quoten für die Kategorie A) und B) Unterkategorien nach der Schwere des Schicksals bilden und entsprechend abgestufte Höchstbeträge festlegen.

(5) Die Stiftungsmittel nach Absatz 3 Nr. 1 umfassen die Beträge, die dem International Committee of Holocaust Era Insurance Claims von oder im Hinblick auf deutsche Unternehmen für Leistungen aus Versicherungsschäden zur Verfügung gestellt wurden. Soweit die Stiftungsmittel nicht durch das International Committee of Holocaust Era Insurance Claims in Anspruch genommen werden, sind sie von der Conference on Jewish Material Claims against Germany bestimmungsgemäß zu verwenden.

(6) Die Höchstbeträge nach Absatz 1 dürfen zunächst nur in Höhe von 50 vom Hundert für Leistungsberechtigte nach § 11 Abs. 1 Nr. 1 und von 35 vom Hundert für Leistungsberechtigte nach § 11 Abs. 1 Nr. 2 und 3 ausgeschöpft werden. Eine weitere Leistung bis zu 50 beziehungsweise 65 vom Hundert der in Absatz 1 genannten Beträge erfolgt nach Abschluß der Bearbeitung aller Anträge, wenn und soweit dies im Rahmen der verfügbaren Mittel möglich ist.

(7) Die bei der Bundesstiftung anfallenden Personal- und Sachkosten sind aus ihren Mitteln zu tragen.

### *§ 10 Mittelvergabe durch Partnerorganisationen*

(1) Die Gewährung und die Auszahlung der Einmalleistungen an die nach § 11 Leistungsberechtigten erfolgen durch Partnerorganisationen. Die Stiftung ist insoweit weder berechtigt noch verpflichtet.

(2) Die Stiftung und ihre Partnerorganisationen sorgen innerhalb von zwei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes für eine angemessene Bekanntmachung der nach diesem Gesetz möglichen Leistungen für alle in Betracht kommenden Gruppen von Leistungsberechtigten in den jeweiligen Wohnsitzländern. Diese beinhaltet insbesondere Informationen über die Stiftung und ihre Partnerorganisationen, die Leistungsvoraussetzungen und Anmeldefristen.

### *§ 11 Leistungsberechtigte*

(1) Leistungsberechtigt nach diesem Gesetz ist, wer

1. in einem Konzentrationslager im Sinne von § 42 Abs. 2 Bundesentschädigungsgesetz oder in einer anderen Haftstätte oder einem Ghetto unter vergleichbaren Bedingungen inhaftiert war und zur Arbeit gezwungen wurde (Kategorie A),

2. aus seinem Heimatstaat in das Gebiet des Deutschen Reichs in den Grenzen von 1937 deportiert wurde, dort zur Arbeit gezwungen wurde und sowohl während als auch außerhalb der Zwangsarbeit in einer anderen Haftstätte als Kategorie A) inhaftiert war (Kategorie B),

3. im Zuge rassischer Verfolgung unter unmittelbarer Beteiligung deutscher Unternehmen Vermögensschäden im Sinne der Wiedergutmachungsgesetze erlitten hat und mangels Erfüllung der Wohnsitzvoraussetzungen des Bundesentschädigungsgesetzes hierfür keine Leistungen erhalten konnte oder aufgrund seines Wohnsitzes oder dauernden Aufenthalts in einem Gebiet, mit dessen Regierung die Bundesrepublik keine diplomatischen Beziehungen unterhielt, nicht imstande war, fristgerecht Rückerstattungsansprüche geltend zu machen (Kategorie C). Sonderregelungen im Rahmen des International Committee of Holocaust Era Insurance Claims bleiben unberührt.

Die Partnerorganisationen werden im Rahmen der ihnen nach § 9 Abs. 2 zugewiesenen Mittel in besonderen Fällen, insbesondere bei Gesundheits- oder Freiheitsschäden, Leistungen auch solchen Opfern nationalsozialistischer Unrechtsmaßnahmen gewähren, die nicht unter eine der in Satz 1 genannten Kategorien fallen und andere als Vermögensschäden erlitten haben. Diese Leistungen dürfen nicht zu einer Minderung der für Leistungsberechtigte der Kategorie A) vorgesehenen Beträge führen.

(2) Die Leistungsberechtigung ist vom Antragsteller glaubhaft zu machen. In Zweifelsfällen können geeignete Beweismittel hinzugezogen werden.

(3) Kriegsgefangene sind nicht leistungsberechtigt.

### *§ 12 Begriffsbestimmungen*

(1) Andere Haftstätten im Sinne von § 11 Abs. 1 Nr. 1 sind solche, in denen das nationalsozialistische Ziel der Vernichtung durch Arbeit im Vordergrund stand. Kennzeichen dafür sind besonders unmenschliche Haftbedingungen, unzureichende Ernährung und fehlende medizinische Versorgung.

(2) Deutsche Unternehmen im Sinne der §§ 11 und 16 sind alle Unternehmen, die ihren Sitz im Gebiet des Deutschen Reichs in den Grenzen von 1937 hatten, sowie deren Mutter- und Tochtergesellschaften, auch wenn diese ihren Sitz im Ausland hatten oder haben.

### *§ 13 Antragsrecht*

(1) Leistungen nach § 11 Abs. 1 Nr. 1 und 2 sind höchstpersönlich. Ist der Leistungsberechtigte nach dem 16. Februar 1999 verstorben oder werden Leistungen nach § 11 Abs. 1 Nr. 3 beantragt, sind der überlebende Ehegatte und die Kinder zu gleichen Teilen leistungsberechtigt.

(2) Juristische Personen sind nicht leistungsberechtigt.

### *§ 14 Antragsfrist*

Anträge können nur innerhalb von acht Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes bei der zuständigen Partnerorganisation gestellt werden (Ausschlußfrist). Solange eine Partnerorganisation noch nicht beauftragt wurde, sind Anträge innerhalb der Frist unmittelbar an die Stiftung zu richten. Anträge, die unmittelbar bei der Stiftung oder bei unzuständigen Partnerorganisationen eingehen, werden an die jeweils zuständige Partnerorganisation weitergeleitet.

### *§ 15 Anrechnung anderer Leistungen*

(1) Die Leistungen sollen den Leistungsberechtigten für erlittenes nationalsozialistisches Unrecht zugute kommen und nicht zur Minderung von Einkünften aus der Sozialfürsorge und dem Gesundheitswesen führen.

(2) Bereits unmittelbar oder über Dritte erhaltene Wiedergutmachungsleistungen aus Mitteln der öffentlichen Hand einschließlich der Sozialversicherung werden angemessen berücksichtigt; Leistungen aus Mitteln der Rentenversicherung werden nur insoweit berücksichtigt, als sie auf Wiedergutmachungs- oder Kriegsfolgenregelungen beruhen. Das Nähere wird in der Satzung geregelt. Vergleichbare Leistungen von Unternehmen, auch wenn sie über Dritte gewährt wurden, werden angerechnet.

### *§ 16 Ausschluß von Ansprüchen*

(1) Leistungen aus Mitteln der öffentlichen Hand einschließlich der Sozialversicherung sowie deutscher Unternehmen einschließlich Unternehmen mit deutscher Beteiligung von mindestens 25 vom Hundert für erlittenes nationalsozialistisches Unrecht im Sinne von § 11 können nur nach diesem Gesetz beantragt werden. Bestehende Wiedergutmachungs- und Kriegsfolgenregelungen bleiben hiervon unberührt.

(2) Etwaige weitergehende Ansprüche aus nationalsozialistischem Unrecht sind ausgeschlossen. Das gilt auch, soweit etwaige Ansprüche kraft Gesetzes, kraft Überleitung oder durch Rechtsgeschäft auf einen Dritten übertragen worden sind.

(3) Jeder Leistungsberechtigte gibt im Antragsverfahren eine Erklärung ab, daß er mit Erhalt einer Leistung nach diesem Gesetz auf jede darüber hinausgehende Geltendmachung von Forderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich der Sozialversicherung und deutsche Unternehmen aus dem Zusammenhang mit nationalsozialistischem Unrecht unwiderruflich verzichtet. Dieser Verzicht umfaßt auch den Ersatz von Kosten anhängiger Rechtsstreitigkeiten. Das Verfahren wird im Einzelnen durch die Stiftung geregelt.

### *§ 17 Bereitstellung der Mittel*

(1) Die Auszahlung der Stiftungsmittel erfolgt nach dem Inkrafttreten des deutsch-amerikanischen Regierungsabkommens betreffend die Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«.

(2) Die Stiftung stellt den Partnerorganisationen die Mittel nach Maßgabe des § 9 Abs. 2 und 3 vierteljährlich aufgrund des nachgewiesenen Bedarfs zur Verfügung. Ihre Verwendung wird von der Stiftung in angemessener Weise überprüft.

### *§ 18 Auskunftsersuchen*

(1) Die Stiftung und ihre Partnerorganisationen sind berechtigt, von Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen Auskünfte einzuholen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Eine Auskunftserteilung unterbleibt, wenn besondere gesetzliche Verwendungsregelungen entgegenstehen oder die schutzwürdigen Interessen des Betroffenen das Allgemeininteresse an der Auskunftserteilung überwiegen.

(2) Die eingeholten Auskünfte dürfen nur für die Erfüllung des Stiftungszwecks verwendet werden.

### *§ 19 Widerspruchsverfahren*

Bei den Partnerorganisationen sind unabhängige und keinen Weisungen unterworfene Widerspruchsstellen einzurichten. Das Verfahren vor den Widerspruchsstellen ist kostenfrei. Kosten des Antragstellers werden nicht erstattet.

### *§ 20 Inkrafttreten*

Dieses Gesetz tritt in Kraft, sobald sichergestellt ist, daß die in § 3 Abs. 2 Nr. 1 genannten Mittel der Stiftung in vollem Umfang zur Verfügung gestellt werden. Das Bundesministerium der Finanzen gibt den Tag des Inkrafttretens im Bundesgesetzblatt bekannt.

Brief der Opfervertreter an die Regierungsbeauftragten der USA und Deutschlands

*11.1.2000*

*An Dr. Otto Graf Lambsdorff, Bonn*

*An Stuart E. Eizenstat, Deputy Secretary of the Treasury, Washington*

Sehr geehrte Herren Lambsdorff und Eizenstat,

die unterzeichneten Länder, Organisationen und Rechtsanwälte schreiben Ihnen im Namen der Opfer der Nazi-Verfolgung, um Sie daran zu erinnern, daß vereinbart worden ist, es werde weder eine abschließende rechtliche Regelung von Forderungen gegen die deutsche Wirtschaft geben, die aus dem Zweiten Weltkrieg stammen, noch einen Freibrief seitens der Vereinigten Staaten (»Statement of Interest«), solange die Regelungen eines deutschen Gesetzes zur Gründung einer Stiftung nicht mit den Regelungen und Bedingungen für die Mittelverteilung sowie den Kriterien für die Anspruchsberechtigung, wie sie von den Unterzeichneten gewollt werden, übereinstimmen. Der Gesetzentwurf des deutschen Finanzministeriums, der im Bundestag beraten werden soll und der versucht, diese Bedingungen festzulegen, ist unakzeptabel. Unter diesen Umständen wird es keinen Rechtsfrieden geben, und Sie werden unsere Zustimmung zum Inkrafttreten eines »Statement of Interest« nicht erhalten.

Hochachtungsvoll (unterzeichnet von den Vertretern der Ukraine, Polens, Tschechiens, Weißrußlands, von Rechtsbeiständen der Opfer und von Vertretern der Opferverbände)

Konkret 02/00, S. 21

**Georg Fülberth**

# Schreiber und der Weltgeist

**Über den gar nicht geheimen Zweck des Parteispendenskandals**

*Frage an Radio Eriwan: »Trifft es zu, daß der Waffenhändler Schreiber in der ersten Hälfte der neunziger Jahre die CDU-Politiker Kohl und Schäuble geschmiert hat, um 1999/2000 die rotgrüne Bundesregierung zu retten?«*

*Antwort: »Im Prinzip ja. Doch handelt es sich nicht um eine Verschwörung, sondern um das Walten des Weltgeistes.«*

Daß Regierungsparteien nicht nur mit legalen Geldzahlungen ausgehalten werden müssen, sondern auch mit illegalen, steht schon, wenn man genau hinsieht, im Grundgesetz. Dort wird erzählt, alle Staatsgewalt gehe vom Volk aus (Artikel 20). Die Parteien – Artikel 21 – sollen an der politischen Willensbildung mitwirken. Fromme Verfassungsinterpreten beharren darauf, daß das Grundgesetz sich nicht auf eine einzige – die kapitalistische – Gesellschaft festlegen lasse.

Da haben wir das Problem.

Wenn kapitalistische Produktionsverhältnisse unter den Bedingungen des allgemeinen Wahlrechts nicht nur verteidigt – das ist heute kaum nötig – , sondern auch im Interesse einer Minderheit bis in die Einzelheiten hinein (zum Beispiel: wessen Panzer werden an wen verkauft?) gestaltet werden sollen, sind besondere Maßnahmen nötig. Faschismus ist sehr grob und funktioniert nur einige Zeit. Besser sind demokratische Massenparteien, die aber finanziell abhängig sind: entweder von Staatsknete (auch die hält zur Konformität an) oder von privaten Spenden. Soll der Klassenauftrag nicht in allen einzelnen Fällen sichtbar werden, empfiehlt sich Geheimhaltung. Die Forderung des Artikels 21, daß die Parteien »über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben« müssen, paßt nicht zur Logik von Kapitalismus und Demokratie, ist aber nötig, damit es wenigstens korrekt aussieht, und das gehört zu den Voraussetzungen der ganzen Veranstaltung.

Weil das so ist, wird sich kein ernsthafter Mensch weitere Gedanken darüber machen, daß Kohl und Schäuble Geld genommen haben, welches von der Schatzmeisterei ihrer Partei teils gar nicht, teils nur ohne Angabe des Spenders ausgewiesen wurde. Interessant ist allenfalls die Frage, weshalb das gerade jetzt herausgekommen ist und solchen Wirbel verursacht.

Um dies zu erklären, sollten wir bedenken, daß ein Skandal niemals die Ursache von irgend etwas ist, sondern immer nur eine Folge darstellt. Wenn jemand politisch oder ökonomisch abgewirtschaftet hat, kommt zuweilen anschließend irgendeine Affäre, die oft fälschlicherweise als Auslöser gilt. Erinnern wir uns: Die sozialliberale Koalition neigte sich Anfang der achtziger Jahre dem Ende zu, da kamen Pleite und Insider-Geschäfte der Neuen Heimat auf, durch welche das Gewerkschafts-Establishment belastet wurde. Bald danach folgte die Flick-Sache. Diese war – da auch die SPD am Rande von ihr tangiert war – ein Allparteien-Problem. CDU und FDP, die hauptsächlich diskreditiert wurden, hielt das keineswegs vom Regieren in Bonn ab. In diesem Punkt war der Flick-Skandal vom gleichen Schlag wie die weit größere Lockheed-Angelegenheit in den siebziger Jahren. Damals war herausgekommen, daß der US-amerikanische Flugzeug-Hersteller die politische Elite nahezu der gesamten westlichen Welt mit Geld versehen hatte. Da dies alle traf, konnte im Parteienwettbewerb niemand daraus einen Konkurrenz-Vorteil ziehen.

Der Flick-Skandal hat immerhin ein neues Wort hervorgebracht: »Altparteien«. Das waren – in der Rhetorik der damals aufsteigenden Grünen – alle anderen. Otto Schily klagte sie im Untersuchungsausschuß an, und Christian Ströbele führt sich heute als sein Wiedergänger auf. Der Skandal war Begleiterscheinung und Nebenresultat eines Umbruchs: Das alte Drei-Parteien-System hatte sich als nicht mehr ausreichend erwiesen.

Jetzt also Schreiber, Kiep, Kohl und Schäuble. Objektiv dient ihr Fall unter anderem dazu, das Bundestagswahlergebnis vom September 1998 abzusichern. Das war damals durchaus eine strategische Entscheidung einerseits des Wahlvolks, andererseits der Eliten. Kohl, die CDU/CSU und die FDP hatten sich als unfähig erwiesen, das magische Fünfeck (niedrige Steuern, öffentlicher Geiz, mäßige Löhne, Inflationsrate unter einem Prozent, ein paar Jobs mehr) in allen Punkten (also nicht nur in dem der Geldwertstabilität) zu realisieren. Die Schröder-Regierung versprach, dies durchzusetzen. In ihrer Lafontaine-Periode verärgerte sie die Unternehmer, in der Eichel-Phase – ausweislich der Wahlergebnisse – alle anderen. Erst die Belebung der Konjunktur, verbunden mit einer (wenngleich minimalen) Besserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt Ende 1999, half der Regierung und gab angesichts erfreulicher Steuerschätzungen dem Finanzminister Spielraum für eine Haushaltsgestaltung, welche er, befände er sich in der Opposition, als Bevorzugung der großen Unternehmen anprangern würde.

Angesichts einer solchen Gelehrigkeit der SPD wäre eine Rückkehr der CDU/CSU an die Macht unsinnig gewesen. Aufgrund der Wahlergebnisse von 1999 (Ausnahme: Bremen) sah es aber fast danach aus. Der Holzmann-Coup leitete die Wende ein, Eichels Steuervorschläge vom Dezember (unter anderem die Freistellung der Gewinne aus der Veräußerung von Beteiligungen) enthusiasmierten die Börse. Schreiber zementierte die Chose.

Vielleicht gibt es noch etwas Wichtigeres als die Stabilisierung der gegenwärtigen Bundesregierung. Das ist der anstehende Umbau der CDU. Sie ist die Nachfolgerin der interklassistischen Zentrumspartei aus dem Kaiserreich und der Weimarer Republik. Diese vereinte in sich einen mächtigen kapitalistischen und einen Gewerkschaftsflügel. Für die Jahrzehnte nach 1945 wurde das zum Erfolgsmuster, um dessen Kopie sich die SPD seit 1959 bemühte. Im Gegenzug guckte die CDU von ihr – und zwar unter Kohl seit 1973 – das Konzept der Apparatpartei ab. Mit ihrer inzwischen untergegangenen italienischen Schwesterpartei hatte die Union gemeinsam, daß sie zwecks Abwehr größerer Übel, worunter der Kommunismus verstanden wurde, vieles durch materielle Zugeständnisse an die Unterklassen und an internationale Komplizen zu regeln suchte. Gesellschafts- und außenpolitisch war Kohl der Dicke mit dem Geld. Das wird aber seit 1990 nicht mehr gebraucht und heißt neuerdings »Gefälligkeitsdemokratie«. Im Showdown zwischen Schröder und Lafontaine bewies die Sozialdemokratie, daß sie verstanden hat. Die CDU führt in höherem Maße ein Eigenleben als SPD und Bündnis 90/Die Grünen und ist deshalb durch Medien und Kapital weniger leicht lenkbar als diese – ein Apparat von gestern. So gilt das, was einst systemdienliche Zuwendung war, jetzt als Schmiergeld.

Bedeutet dies, daß die CDU den Weg der Democrazia Cristiana geht? Wahrscheinlicher ist die mühsame und skandalreiche Umstrukturierung zu einer FDP mit Massenbasis. (Schröder nennt das: »Selbstreinigung«.) Das Vorbild steht schon bereit: die CSU. Der konnte damals die Amigo-Affäre nichts anhaben. Woran sich wieder einmal zeigt, daß Skandale die nebensächlichste Sache der Welt sind.

---

Georg Fülberth gab in KONKRET 1/2000 einen kurzen Lehrgang über die Funktion von Schmiergeldern in der Marktwirtschaft

Konkret 02/00, S. 22

**Otto Köhler**

# Dresdner Possen

**Kurzer Lehrgang fürs korrekte Ankommen in Deutschland – dargeboten von hochkompetentem Dresdner Personal unter besonderer Berücksichtigung von Hannah Arendt und der Csárdásfürstin**

Der kopflose Soldat erreicht das neue Jahrtausend nicht mehr. Und auch sein in einem deutschen Stahlhelm verbliebenes Haupt, das ihm nachgetragen wird, kommt aus dem 20. Jahrhundert nicht heraus. An der Dresdner Semperoper strich der aus Hamburg importierte Wessi-Intendant Christoph Albrecht dem künstlerisch völlig unverantwortlichen Ossi-Regisseur Peter Konwitschny diese und andere Szenen aus einer Operetteninszenierung. Ein Akt der Fürsorge gegenüber den aus dem Westen anreisenden Touristen, die ohnedies seelisch arg belastet sind durch Konwitschnys Infamie, die »Csárdásfürstin« in ihrem Entstehungsjahr 1915 im Schützgraben stattfinden zu lassen.

Das ist mal gut zensiert, Herr Intendant. Gerade in dem Jahr, in dem der deutsche Soldat wieder zeigen durfte, was er kann, darf die Csárdásfürstin unseren Jungs auf dem Balkan nicht den Dolch in den Rücken stoßen, bravo!

Der Hitlerattentäter Georg Elser hätte – bevor er zwei Monate nach Kriegsbeginn im Bürgerbräukeller seine Sprengmaschine gegen den obersten Feldherrn in Gang setzte – komplizierte moralphilosophische Betrachtungen anstellen müssen, die ihn mit Sicherheit von seinem Vorhaben abgebracht hätten. Die Veröffentlichung dieser für die Zukunft unseres Gemeinwesens unentbehrlichen Erwägung des sächsischen Eingeborenen und Mitarbeiters des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung Lothar Fritze nicht verhindert zu haben, ist das Verdienst des aus der Universität Bayreuth ebenfalls nach Dresden eingeführten stellvertretenden Institutschefs Uwe Backes. Er erhob sich mannhaft gegen seinen Chef, den Institutsleiter Klaus-Dietmar Henke, der Bedenken trug, und so wurde ein Fall von übler Zensur in Dresden verhindert – Fritzes moralphilosophisches Traktat über die ethische Fragwürdigkeit von Elsers Hitler-Attentat erschien in der »Frankfurter Rundschau«.

Es ist ja auch zu schön: In demselben Jahr, in dem Dutzende, wenn nicht Hunderte, von »unschuldigen« serbischen Zivilisten von deutschen Soldaten totgebombt wurden, und kein Institut für Totalitarismusforschung kümmerte sich darum, in eben diesem Jahr erwägt ein Mitarbeiter des Instituts, das Hannah Arendts Namen benutzt und das stilsicher in einem Bau untergebracht ist, der wie eine NS-Ordensburg aussieht, ob Elsers Attentat auf Hitler sechs Jahrzehnte zuvor überhaupt moralisch legitim gewesen ist, weil dabei eine »unschuldige« Aushilfskassiererin umkam.

Lothar Fritze, der heute möglicherweise ohne mit der Wimper zu zucken, Dienst bei der Bundeswehr leisten würde, erklärt: »Elser hat mit seiner Bombe die Deckenkonstruktion des Saals teilweise zum Einsturz gebracht. Ihm mußte klar gewesen sein, daß es mit dieser Attentatstechnik unmöglich ist, zielgenau nur wenige Personen oder eine bestimmte Person zu töten. Es war daher seine Pflicht, nach einer Methode Ausschau zu halten, die treffgenauer und auch sicherer zum Erfolg führt.« Da aber Deutschland keinen Krieg gegen das serbische Volk führte, wie Regierungssprecher immer wieder versicherten, sondern nur gegen Milosevic, der heute der neue Hitler ist, gelten diese Erwägungen dann auch für die Soldaten der Bundeswehr?

Während die Justiz keinen einzigen Bundeswehrsoldaten verfolgt, der sich an der Bombardierung Jugoslawiens beteiligte (im Gegenteil: sie verfolgen im ganzen Land jeden, der die Soldaten rechtzeitig zur Verweigerung aufforderte), hält Fritze Elsers Attentat auf Hitler für »nicht zu rechtfertigen«: »Ohne nach Alternativen Ausschau zu halten (so ist zu vermuten), hat er eine Strategie gewählt, bei welcher der Tod Unbeteiligter sogar für den Fall billigend in Kauf genommen werden mußte, daß sich das Zielobjekt, die Person Hitlers, zum Zeitpunkt des Attentats gar nicht am Ort befand.« Alles in allem sei die »Qualität der Willensbildung« Elsers »negativ« zu bewerten, und man müsse annehmen, daß »der Täter seine Beurteilungskompetenz überschritten hat«.

Ob nun der Institutschef Henke (SPD) begriff, daß sich Fritzes Argumentation auch gegen seine Parteifreunde Schröder und Scharping richtet, die ihre Soldaten ohne Bedenken zum Bombardieren in die Welt schickten, oder ob er Fritzes Argumentation einfach nur für irrsinnig hält – er wandte sich gegen eine Veröffentlichung des Textes, der zuvor an der Chemnitzer Universität, wo Backes' Freund Eckhard Jesse lehrt, als Antrittsvorlesung durchgegangen war.

Klaus-Dietmar Henke hatte 1997 das sechs Jahre zuvor »auf Initiative von Gegnern des SED-Regimes« (»FAZ«) gegründete Hannah-Arendt-Institut übernommen. Der damals 49jährige hatte zuvor die Abteilung Bildung und Forschung in der Gauckbehörde geleitet, was für den Zweck des Unternehmens ein ausreichender Befähigungsnachweis sein mochte. Als guter Sozialdemokrat fühlte er sich eines konservativen Pendants bedürftig. Und glaubte, es ausgerechnet – sein Forschungshorizont war wohl doch sehr beschränkt – in dem schon damals unter Historikern und Politologen hinreichend bekannten Uwe Backes gefunden zu haben.

Henke, der sich ehrlich freut, daß »die zeitweilige Tabuisierung des Totalitarismus-Begriffes« mittlerweile »weitgehend gefallen« ist, und der darum ganz fest glaubt, daß »das Hauptmerkmal des 20. Jahrhunderts nicht die Auseinandersetzung zwischen Faschismus und Antifaschismus ist, sondern der Kampf der Demokratien mit den Feinden des demokratischen Verfassungsstaates«, leidet allerdings noch unter der Vorstellung, daß beim tüchtigen Vergleichen »weder die Nazis hinter den Kommunisten noch die Kommunisten hinter den Nazis verschwinden« dürfen. Ja, er steht nicht an, öffentlich zu erklären »daß bei diesem Vergleich der menschheitsfeindliche (nicht bloß: ›menschenfeindliche‹) Charakter der Hitler-Regimes nicht wegverglichen wird«. Doch wer im Totalitarismushaus an der offensichtlichen Gleichartigkeit von Rot und Braun zweifelt, darf sich nicht über daswundern, was am 11. Dezember 1999 geschah.

An diesem Samstag, gegen 11 Uhr, klingelt in Henkes Privatwohnung in Berlin-Weißensee das Telefon. Seine Frau Hella nimmt ab. »Frisch, Verfassungsschutz«, tönt es aus dem Hörer. Sie übergibt. Henke begreift. Er hat den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Peter Frisch höchstpersönlich, am Telefon. Und der eröffnet ihm sogleich: »Ich betrachte Herrn Backes als meinen Freund, obwohl wir uns siezen.« Frisch hatte zum Telefon gegriffen, weil er Erkenntnisse darüber zu besitzen glaubte, daß Henke an der Verfassungstreue von Backes Zweifel hege. Woher er das wisse, fragte Henke den Verfassungsschutzpräsidenten. Der antwortete frank und frei: Das habe ihm Backes persönlich berichtet. Frisch fuhr dann fort, er sei sehr froh, in Backes und auch – der gehört dabei immer dazu – in Prof. Eckhard Jesse zwei über alle Zweifel erhabene langjährige Streiter für die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu haben, die auch Geld vom Verfassungsschutz erhielten. Er, Henke, solle ja ihren Ruf nicht wegen eines institutsinternen Konflikts gefährden und sich – der Feind schläft nicht! – einmal vorstellen, welche Genugtuung das auf der anderen Seite des politischen Spektrums auslösen würde.

So weit die Darstellung des Institutsdirektor Klaus-Dietmar Henke, wie er sie am 27. Dezember in der »Süddeutschen Zeitung« gab. Henke ging sogar so weit zu erklären: »Ich habe Frisch außerdem unmißverständlich deutlich gemacht, daß ein Außenstehender wie er in Interna eines Instituts, das den Namen Hannah Arendts trägt, nicht hineinzureden habe.« Was natürlich ein Irrtum ist. Der Verfassungsschutzpräsident handelt hier schließlich in berechtigter und gebotener Fürsorgepflicht für seine Mitarbeiter, die sich ihm gegenüber nie etwas zuschulden kommen ließen.

Schon vier Tage zuvor hatte sich Frisch in einem Brief an die »Süddeutsche Zeitung« gegen den Eindruck verteidigt, daß er sich »als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz unzulässig eingemischt hätte«. Er erklärte: »Ich bin nicht mit Uwe Backes befreundet und habe dies auch nie behauptet.« Der Chef der Schlapphüte stellte öffentlich und schwarz auf weiß seine Kompetenzen klar: »Mein Anruf war geboten; denn als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz halte ich es für meine Pflicht, falsche Behauptungen über einen entschiedenen Gegner des Rechtsextremismus, der an der Leitung des Hannah-Arendt-Instituts beteiligt ist, zu widerlegen, um ihn nicht in die Gefahr zu bringen, seinen Posten zu verlieren« – ein besonders edler Zug bei einem Verfassungsschutzpräsidenten, der lange Jahre in ständig aktualisierter Auflage seinen in jeder Hinsicht erfolgreichen Bestseller *Extremistenbeschluß* herausbrachte – mit dem Untertitel »Zur Frage der Beschäftigung von Extremisten im öffentlichen Dienst mit grundsätzlichen Erläuterungen, Argumentationskatalog, Darstellung extremistischer Gruppen* und einer Sammlung einschlägiger Vorschriften, Urteile und Stellungnahmen«. Frisch an die »SZ«: »Henke versicherte mir, daß kein Zweifel daran bestehe, daß Backes fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehe und daß die Auseinandersetzung nur die verwaltungsmäßige Leitung des Instituts betreffe.«

Der VS-Chef hat sicherlich in Wahrung berechtigter Interessen seiner »Mitarbeiter« gehandelt. Ob es aber klug war, am Telefon so offen zu sprechen und die entscheidenden Passagen auch noch in einem Leserbrief publik zu machen, das wird der Bundesinnenminister entscheiden müssen. Der ist flexibel. Er hat Frisch im Amt belassen, obwohl der sich schon während seiner vorherigen Tätigkeit in Niedersachsen den Ruf einer unangebrachten Geschwätzigkeit erworben hatte. Für das Gemeinwesen dagegen sind Frischs Klarstellungen von beachtlichem Wert.

Drei Tage nach dem Henke-Brief beklagte sich Backes in der »SZ«: »Zur Agentengeschichte paßt die dem Verfassungsschutz-Präsidenten in den Mund gelegte Behauptung, Professor Eckhard Jesse und ich hätten ›Geld vom Verfassungsschutz‹ erhalten.« Diese »Behauptung« sei »unwahr«, behauptete Backes und versicherte, er wäre »wohl kaum auf die Idee gekommen, den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz um eine schriftliche Loyalitätserklärung gegenüber dem zuständigen Gremium zu bitten, wenn zuvor nicht der infame und – zumindest für die Leser meiner Publikationen – absurde Vorwurf erhoben worden wäre, ich neigte zum Rechtsrevisionismus«.

Von Neigung kann keine Rede sein. Backes ist Rechtsrevisionist. Vor dieser Feststellung kann ihn tatsächlich nur noch eben der Geheimdienstchef Frisch bewahren, der schon während seiner Zeit beim niedersächsischen Verfassungsschutz gelernt hatte, flexibel mit der Wahrheit umzugehen. Er hat schon damals alle VS-Skandale schöngeredet – vom berühmten Celler Loch bis zum VS-Agenten Lepzin, der eine Neonazi-Gruppe aufbaute und unter den Augen seiner VS-Kollegen zwei Bomben legte.

Uwe Backes aber ist nun einmal – da kann ihm Frisch attestieren, was er will – zusammen mit Eckhard Jesse und Rainer Zitelmann seit 1990 Mitherausgeber und Mitverfasser des Großen Revisionistischen Manifests *Die Schatten der*

*Vergangenheit – Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus,* das als Geburtsurkunde der jungen deutschen Revisionistenschule betrachtet werden darf. Damals stellte Zitelmann als Cheflektor von Ullstein/Propyläen den Verlag jahrelang in den Dienst rechter Geschichtsklitterer, von Ernst Nolte bis Jörg Haider – und Backes und Jesse waren fast immer als Mitarbeiter dabei (vgl. Otto Köhler: *Hitler ging – sie blieben,* konkret-texte 9). Das lief, bis Zitelmann gehen mußte, weil das auch Verlagseigner Springer zu braun wurde. Während Zitelmann als Immobilienredakteur der »Welt« strandete, machten Backes und Jesse im Osten Karriere.

Ihre Freundschaft zum Verfassungsschutz aber pflegten sie schon seit 1989 mit dem gemeinsam herausgegebenen Jahrbuch *Extremismus & Demokratie,* in dem auch Verfassungsschutzpräsident Frisch immer wieder einmal schreibt. Das Jahrbuch ist sorgfältig darauf bedacht, die bestehenden Verbindungen zwischen Rechtsextremisten und der bürgerlichen Mitte zu vertuschen. 1998 bot *Extremismus & Demokratie* eine 15seitige Darstellung über »Zehn Jahre Deutsche Volksunion« des Münchner Multimillionärs Gerhard Frey. Wissenschaftlich exakt wird darauf verwiesen, daß durch die Umgründung des »Freyschen Netzwerkes« in eine politische Partei für ebendiese ein »unmittelbarer verfassungsmäßiger Auftrag und Anspruch ... im parlamentarischen Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland« entstanden sei. Exakter Beleg in der Fußnote: »Vgl. u. a. Theodor Maunz /

Günter Dürig / Roman Herzog, *Grundgesetz, Kommentar.* Loseblattsammlung Kfg. 31, München 1994, S. 14-20« – das ist der führende Kommentar zur bundesdeutschen Verfassung.

Daß aber der Erstgenannte unter den Kommentatoren – um vom Letztgenannten, seinem Schüler und engsten Mitarbeiter, einmal abzusehen – als CSU-Mann und langjähriger Kultusminister bis zu seinem Tod 1993 ein intimer Freund von Gerhard Frey war und dessen Deutsche Volksunion mit großem Erfolg beraten hatte, unterschlägt der lange Beitrag. Dabei hatte der frühere NS-Jurist und Antisemit Maunz mit seiner vertraulichen juristischen Beratung den Erfolg der DVU erst ermöglicht und beispielsweise durchgesetzt, daß ihr Rundfunkzeit für Wahlpropaganda zugeteilt werden mußte. Oder daß die Bundespost die ausländerfeindlichen Drucksachen der DVU zu verteilen hatte. »Allwöchentlich« war »der maßgebliche Grundgesetzkommentator und führende Staatsrechtler, der Hunderttausende Juristen prägte«, so Frey in seinem Nachruf auf Maunz, »durch seine hervorragenden politischen Beiträge ohne Autorenangabe in der ›Nationalzeitung‹ vertreten.« Etwa mit einer – nach dem Tod mit vollem Autorennamen nachgedruckten – Attacke auf den sozialdemokratischen Verfassungsschutzpräsidenten Günter Nollau, wegen der »einseitigen Ausrichtung dieses Geheimdienstes zum Kampf gegen die freiheitliche Rechte«.

Doch solche Informationen – unbekannt waren sie den Jahrbuchmachern nicht – werden in *Extremismus & Demokratie* nicht geliefert: Sie verstoßen gegen das Dogma der Herausgeber, daß es keinen Extremismus der Mitte gebe. Allerdings soll in dem ursprünglich für Januar geplanten Band 12 der Fritze-Aufsatz ungekürzt abgedruckt werden, doch der Erscheinungstermin wurde erst einmal auf Februar verschoben.

Die Dresdner Bank aber hat jetzt ein Problem. Sie hat, um »geschäftlichen Schaden in Großbritannien und an der Ostküste der Vereinigten Staaten« abzuwenden, das von ihr wesentlich mitfinanzierte Hannah-Arendt-Institut damit beauftragt, unnachsichtig die Vergangenheit des Bankhauses, einschließlich der engen Beziehungen zur SS, aufzuarbeiten. Eine erste von Institutsmitarbeiter Johannes Bähr vorgelegte Untersuchung *Der Goldhandel der Dresdner Bank im Zweiten Weltkrieg* (Gustav Kiepenheuer Verlag, Leipzig 1999) scheint von Rücksichten frei zu sein. Insbesondere wird auf den ausgiebigen Handel der Dresdner Bank mit ihrem Nazibeutegold noch in den sechziger Jahren hingewiesen – sie genoß dabei die Unterstützung des damaligen CDU-Außenministers Gerhard Schröder. Aber das wird wenig nützen. Die Wahrheit kommt zu spät, noch bei ihrem kürzlichen Jubiläum hat die Dresdner Bank sich über ihre NS-Vergangenheit hinweggeschwindelt. Und nun ist dank Lothar Fritze und Uwe Backes das Hannah-Arendet-Institut auch keine gute Adresse zum Vorzeigen für das Ausland mehr.

Die eigentlichen Herren des Instituts kratzt das nicht. Selbst wenn das Engagement des Verfassungsschutzpräsidenten für seinen Mitarbeiter Backes heute etwas blamabel erscheint – gelohnt hat es sich. Am 16. Dezember tagte das Kuratorium des Hannah-Arendt-Instituts. Zwei Tage zuvor hatte der Verfassungsschutzpräsident einen Schutzbrief für Backes an einige ausgewählte Kuratoriumsmitglieder geschickt. Das Kuratorium lehnte Henkes Antrag auf Entlassung seines Stellvertreters Backes ab. Es ging schließlich um die Freiheit der Wissenschaft.

Freiheit? Davon versteht der Vorsitzende des Kuratoriums der Hannah-Arendt-Stiftung besonders viel, die nimmt er sich, wo er kann, der Kultusminister Matthias Rößler. Als Säuberungskommissar der sächsischen CDU war er schon vor seiner Amtsübernahme mitbeteiligt am Hinauswurf von 5.000 Lehrern allein wegen formaler SED-Zugehörigkeit – das Bundesverfassungsgericht hat ihn inzwischen belehrt, daß er auch materielle Gründe beibringen müßte. Den verbliebenen Rest von 12.000 (vorwiegend) Lehrerinnen zwang er (»Wer nicht mitmacht, muß mit Entlassung rechnen«) zur Senkung von Stundenzahl und Gehalt auf 57 Prozent. Hauptsache, die Schüler werden korrekt indoktriniert. Sein Lehrplan Geschichte verlangt die ausführliche Behandlung von »Gorbatschows Reformpolitik, der Bürgerrechtsbewegung in der DDR und dem Weg zu den ersten freien Wahlen«. Als im Oktober 1998 die CDU in Sachsen 15,3 Prozent ihrer Wähler verlor, rief er zum Heiligen Krieg gegen die Sozialdemokratie auf. Er verglich den SPD-Wahlerfolg mit dem Vormarsch der

in seinen Augen heidnischen Mauren auf der iberischen Halbinsel gegen das christliche Abendland vor dreizehn Jahrhunderten und rief dazu auf, die CDU müsse bei der Landtagswahl 1999 »um jedes Haus kämpfen«. Erfolgreich, wie sich zeigte – die PDS ist jetzt anstelle der pflegeleichteren SPD zweitstärkste Partei in Sachsen.

Nun muß Rößler wieder als Großinquisitor für die Freiheit der Wissenschaft gegen die gottlosen Mauren kämpfen: Um zu verhindern, daß – wie bisher – ein Vertreter der zweitstärksten Partei, jetzt also der PDS, im Kuratorium Platz nimmt, ließ er mit seiner Mehrheit die Satzung ändern. So konnte der ostdeutsche Gottseibeiuns nicht in das HAIT einziehen, wie sich das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung gern abkürzt, solange ihm noch nicht der Name der Philosophin von deren Nachlaßverwaltern entzogen ist. Was allerdings, sie zu ehren, geschehen sollte.

* in der 2. Auflage von 1976 acht linke und eine rechte Gruppe

---

Otto Köhler schrieb in KONKRET 1/2000 über die unnachgiebige Haltung der Industrie gegenüber den Forderungen der Zwangsarbeiter

Konkret 02/00, S. 25

**Oliver Tolmein**

# Alle verhaften!

**Acht Jahre sind vergangen, seit die »Revolutionären Zellen« sich aufgelöst haben. Die Bundesanwaltschaft weiß davon leider immer noch nichts**

Am 19. Dezember 1999, fast auf den Tag zwölf Jahre nach der Verhaftung der Journalistin Ingrid Strobl im Rahmen der großangelegten »Aktion Zobel«, sollte mit der Durchsuchung des Mehringhofes in Berlin, einem traditionsreichen Zentrum der Alternativbewegung, und der Verhaftung von drei Personen der Ganz Große Schlag gegen die »Revolutionären Zellen« und die »Rote Zora« gelandet werden.

Daß der nun sieben Jahre nach der Auflösung der »RZ« 1992 deutlich verspätet kommt, dürfte die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe wenig stören. Sie konzentriert sich seit Anfang der Neunziger neben der Abwicklung des realexistierenden Sozialismus vor allem darauf, das Kapitel »Militante Linke« abzuschließen. Während die Verfahren gegen die RAF in dieser Hinsicht dank der aussagefreudigen, überaus phantasievollen und kooperationsbereiten, in der DDR untergetauchten »Aussteiger« überaus erfolgreich waren, konnte Generalbundesanwalt Kay Nehm in Sachen »RZ« bislang wenig vorweisen.

Das Verfahren gegen die 1987 angesichts der »Aktions Zobel« untergetauchten und dann in Absprache mit dem Verfassungsschutz-Koordinator des Aussteigerprogramms aufgetauchten Corinna K. war für eine spektakuläre Erledigung wenig geeignet, da K. gerade nicht bereit war, die gewünschten Informationen zu liefern, ihr aber auch keine besonders schweren Straftaten zur Last gelegt werden konnten. Dagegen erwies sich die Festnahme des frühzeitigen »RZ«-Aussteigers Hans-Joachim Klein, der wegen Mordes gesucht wurde und deswegen unter falschem Namen in Frankreich gelebt hatte, als vielversprechend: Klein, der wegen seiner Beteiligung am Überfall auf die Opec-Ministerkonferenz in Wien 1975 des Mordes verurteilt werden könnte und der schon in seinem 1979 veröffentlichten Buch *Rückkehr in die Menschlichkeit* keinen Hehl daraus gemacht hatte, daß der Bruch mit seinen einstigen Genossen total und seine Zuwendung zum real existierenden Kapitalismus endgültig war, sagte nach seiner Auslieferung nach Deutschland im Frühjahr 1999 aus und belastete damit andere schwer. Er versucht, die Möglichkeiten der Kronzeugenregelung für sich zu nutzen, die auch die aussagebereiten ehemaligen RAF-Mitglieder vor lebenslangen Haftstrafen bewahren konnte. Einer, der für den Strafnachlaß, den Klein sich erhofft, möglicherweise teuer bezahlen muß, ist Rudolf Schindler, der aufgrund von Aussagen des »RZ«-Aussteigers im Spätherbst 99 in Frankfurt verhaftet worden ist. Schindler soll, behauptet Klein, wie er selbst am Überfall des internationalen Flügels der »RZ« 1975 auf die Opec-Ministerkonferenz, beteiligt gewesen sein.

Im Frühjahr 1999 war der Bundesanwaltschaft bereits eine aussagewillige Person ins Netz gegangen. Tarek M. wurde im Mai wegen zeitweiliger Unterstützung der »RZ« im Jahre 1995 verhaftet. Er kam erst unter Auflagen frei, wurde dann im November aber erneut in Untersuchungshaft genommen. Die Karlsruher Ermittler hatten nachgelegt und hielten ihm nicht nur Unterstützung der »RZ« durch Verwahrung von Sprengstoff vor. Nun wurde er als »Rädelsführer der RZ« bezeichnet, der 1986 am Anschlag auf den Chef der Berliner Ausländerbehörde Harald Hollenberg, dem in die Beine geschossen worden war, beteiligt gewesen sein soll. Außerdem soll er den Angriff auf den damaligen Vorsitzenden Richter am Bundesverwaltungsgericht Günter Korbmacher und einen Sprengstoffanschlag mitgemacht haben. Tarek M. hat in seinen Vernehmungen offensichtlich umfangreiche Aussagen gemacht. Dabei hat er, wie schon Klein, auch Schindler belastet, gegen den nun zusätzlich wegen mehrerer Aktionen in Berlin im Rahmen der »Freies Fluten«-Kampagne der »RZ« in den 80er Jahren ermittelt wird. Von Tarek M. scheinen aber auch die Hinweise zu stammen, die nun zur Verhaftung von Harald G., Sabine E. und Axel H. führten, denen ebenfalls Beteiligung an diesen Delikten zur Last gelegt wird. Daß Tarek M. – wie viele Belastungszeugen, die sich so Strafnachlaß zu verschaffen suchen – nicht gerade ein Ausbund an Glaubwürdigkeit ist, muß die Bundesanwaltschaft schon mitbekommen haben: Die gründliche Durchsuchung im Berliner Mehringhof sollte ein dort nach M.s Angaben existierendes Sprengstofflager zutage fördern, bewirkte aber lediglich einen Sachschaden von etwa 100.000 DM.

Für die späte Verfolgung der »RZ«, die im Bundesgebiet und Westberlin operiert haben, ist charakteristisch, daß ohne den Paragraphen 129a StGB gar nichts ginge. Während die konkreten Einzeltaten, die den Beschuldigten jetzt in Zusammenhang mit den Aktionen der »RZ« in den 80er Jahren vorgeworfen werden, allesamt nach Paragraph 78 StGB verjährt sind (mit Ausnahme des Überfalls auf die Opec-Ministerkonferenz), gilt das für die Mitgliedschaft in einer »terroristischen Vereinigung«, die den drei jetzt Festgenommenen vorgeworfen wird, nicht, weil hier erstens die Verjährungsfrist mit zehn Jahren doppelt so lang ist wie bei der gefährlichen Körperverletzung und weil die Bundesanwaltschaft zweitens davon ausgeht, daß die Mitgliedschaft in der »RZ« bis in die 90er Jahre hinein angedauert hat. Für die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesanwaltschaft spielen dagegen gerade die verjährten Taten eine wichtige Rolle: Schüsse in die Beine stoßen im allgemeinen auf wenig Sympathie, während die bloße Mitgliedschaft in einer Gruppe, die auch durch das Zur-Verfügung-Stellen von geklauten Behörden-Akten hervorgetreten ist, welche z. B. Aufschluß über Details einer rassistischen Ausländerpolitik geben, als vergleichsweise unproblematisch angesehen werden mag.

Für die Bundesanwaltschaft stellt sich aber neben dem Problem der Verjährung und der Schwierigkeit, bislang nur mit Aussagen eines Belastungszeugen bemerkenswert beschränkter Glaubwürdigkeit operieren zu können, noch die Frage, welche Konsequenzen die Auflösung der »RZ« 1992 für die Strafverfolgung hat. Bislang mochte die Bundesanwaltschaft darauf keine Antwort geben. Immerhin regelt das Gesetz, daß das Gericht von einer Bestrafung nach Paragraph 129a StGB absehen kann, wenn der Täter sich freiwillig und ernsthaft bemüht, das Fortbestehen der Vereinigung zu verhindern – was die »RZ«-Mitglieder, handele es sich dabei nun um die jetzt Verhafteten oder nicht, die die Auflösung ihrer Strukturen betrieben haben, zweifellos, wenngleich aus anderen als den vom Gesetzgeber erhofften Gründen, getan haben.

Für die Beschuldigten ist die Lage allerdings prekär: Sie sollen jetzt für eine Politik haftbar gemacht werden, die denen, die sie vorantrieben, angesichts der gegenwärtigen politischen Verhältnisse nicht mehr angemessen schien. Zwar war die »RZ« eine der linken Gruppen, die frühzeitig und ausweislich ihrer Texte bemerkenswert weitsichtig die Rolle der staatlichen Ausländer- und Flüchtlingspolitik für die Formierung der westlichen Gesellschaften thematisiert haben – eine Strategie dagegen zu entwickeln, ist ihnen allerdings nicht gelungen. Die Bundesanwaltschaft setzt mit ihrem nachdrücklichen Vorgehen gegen die aufgelöste Gruppe hier an: Die juristische Erledigung der »RZ« soll auch den Versuch, militante und legale Politik im antirassistischen Bereich zu verknüpfen, ahnden.

Ob das gelingt, wird sich zeigen. Da Harald G., einer der Verhafteten, ein Gründungsmitglied der Forschungsstelle Flucht & Migration in Berlin ist, mühen sich derzeit insbesondere antirassistische Gruppen um eine Unterstützung der Gefangenen. Die Resonanz darauf ist bislang allerdings verhalten. Das hat seine Ursache in der allgemeinen Schwäche linker Gruppen. Es fällt den die Solidaritätsarbeit tragenden Initiativen aber auch schwer, mit ihrem Vorstoß für die Freilassung der Inhaftierten einen klaren Akzent zu setzen und sich zu entscheiden, ob die Antirepressionsarbeit oder der Bezug auf inhaltliche Ziele im Vordergrund stehen soll. Insofern hat sich die Lage gegenüber 1987 nicht nur bezüglich der Unterstützer-Basis deutlich verschlechtert.

Aktuelle Informationen zu den Verfahren: http://www.freilassung.de. Hintergrundinformationen zu RZ und 129a auf: http://www.tolmein.de

---

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 1/2000 über die WTO

Konkret 02/00, S. 26

**Gerhard Scheit**

# Ursprung des Faschismus

**Über eine ideologiegeschichtliche Widerlegung der Totalitarismustheorie**

Das Buch von Zeev Sternhell, Mario Snajder und Maia Asheri enttäuscht die Erwartung, die der Klappentext der Hamburger Edition des Hamburger Instituts für Sozialforschung weckt: Es zeige, daß die Wurzeln des Faschismus ... in der radikalen Linken am Beginn des 20. Jahrhunderts liegen. Tatsächlich aber hebt Sternhell die radikale Differenz zwischen osteuropäischen und westeuropäischen radikalen Linken hervor, zwischen Luxemburg, Lukács und Lenin auf der einen, Sorel, de Man und Mussolini auf der anderen Seite: Während jene die Vernichtung des Kapitalismus durch das Proletariat nie aus den Augen verloren haben, verwendeten diese den Marxismus nur mehr als Markennamen, um darunter andere Ware zu verkaufen: Sorel etwa betrachtete den Marxismus insgesamt (einschließlich seines Kerns, des Werks von Marx) ... als eine Art Gefäß, das man seines ursprünglichen Inhalts entleeren und mit einer ganz anderen Substanz füllen konnte. Diese ganz andere Substanz beschreibt Sternhell als Irrationalismus, als Wendung gegen die Aufklärung, als Kampf gegen die Demokratie, und vor solchem Hintergrund fächern er und seine Co-Autoren ungemein kenntnisreich und differenziert das Spektrum vor allem der italienischen und französischen Inspiratoren und Politiker des frühen Faschismus auf (Sorel, Hervé, Mussolini, Pareto, Marinetti, de Man ... aber auch Michels!).

Doch der Hintergrund selbst läßt ein erstaunlich unreflektiertes Verständnis von Marxismus und Vernunft durchscheinen – und das hängt mit der Beschränkung der Autoren auf Ideologiegeschichte zusammen: Sternhell sieht Vernunft und Irrationalismus, Demokratie und Faschismus keineswegs im Sinne einer Dialektik der Aufklärung als Teile eines falschen Ganzen, die einander wechselseitig bedingen, vielmehr glaubt er in anthropologisierender Manier an eine Art demokratische Arbeitsteilung von Vernunft und Unvernunft im menschlichen Leben. Die frühen Faschisten hätten eben dagegen verstoßen und dem Irrationalen über alle rationalen Einschränkungen hinweg zum Sieg verholfen: Wird der Rationalismus als Grundlage der sogenannten materialistischen Systeme abgelehnt, so stehen dem Faschismus Tür und Tor offen. Das ist in gewisser Weise richtig, nur hatte Marx, wenn auch kaum der Marxismus, sichtbar gemacht, daß eine einfache Trennung von Rationalismus und Irrationalismus nicht hinreicht, eine kapitalisierte Gesellschaft zu analysieren.

Mit diesem gutbürgerlichen Aufklärungsbegriff bleibt Sternhell jedenfalls hinter seinen präzise fomulierten Erkenntnissen über die Entstehung des Faschismus vor dem Ersten Weltkrieg zurück, denn diese enthalten durchaus nützliche Irritationen des althergebrachten politischen Koordinatensystems, die mit der üblichen totalitarismustheoretischen Gleichsetzung von rechtsextremer und linksradikaler Politik nichts zu tun haben. Deutlich wird etwa, daß Begriffspaare wie Konservatismus/Reaktion versus Fortschritt/Moderne ungeeignet sind, die frühe faschistische Ideologie zu bestimmen, die sich ganz und gar vorbehaltlos der Modernisierung verschrieb. Und gerade dort, wo die Vordenker des Faschismus die Modernisierung mythisierten und ästhetisierten, konnte es zu jenen Interferenzerscheinungen kommen, die der Totalitarismustheorie Nahrung geben: So widmete Sorel 1919 die vierte Auflage seiner Schrift *Über die Gewalt* Lenin, und der revolutionäre russische Maler und Kunsttheoretiker Malewitsch bekannte sich noch 1923 zu dem Faschisten Marinetti.

Aber Sternhell kann diese Interferenzerscheinungen nur ex negativo und einzig auf der politischen Ebene begreifen – als Ablehnung der bürgerlichen Demokratie. Mythisierung und Ästhetisierung, die faschistische und bolschewistische Intellektuelle einten, verweisen darüber hinaus jedoch auf die beiden gemeinsame Bejahung eines anderen Formellen: der Durchsetzung abstrakter Arbeit. (Prä-)Faschistische und bolschewistische Intellektuelle bejahten dieses Formelle jedoch unter diametral entgegengesetzten inhaltlichen Voraussetzungen. Nicht nur daß die radikalen Linken in Osteuropa bzw. Rußland auf einem völlig anderen Niveau der Entwicklung in ihren Ländern ansetzten, sie taten es vor allem unter der Voraussetzung, Kapital und Staat aufzuheben, sie wollten also die abstrakte Arbeit durchsetzen, um Staat und Kapital zum Absterben zu bringen – und darin liegt die ganze, in bestimmter Weise tragische Paradoxie des Bolschewismus und des Staatskommunismus insgesamt. Die westeuropäischen radikalen Kritiker des sozialdemokratischen Opportunismus hingegen wurden zu (Prä-)Faschisten, indem sie – wie Sternhell hervorhebt – die Verewigung von Staat und Kapital als ihr höchstes Ziel anerkannten und, den Weg als das Ziel begreifend, mit Staat und Kapital sich emphatisch identifizierten, beide als ontologische, biologische Notwendigkeit des Daseins verherrlichten. Hier ist der wahre Ausgangspunkt der faschistischen Bewegung zu sehen und der Grund, warum Sorel die Marxsche Werttheorie von Anbeginn ablehnte: Denn den Wert zu verherrlichen und mit ihm sich zu identifizieren, um das automatische Subjekt (Marx) in das Staatssubjekt Kapital (Heinz Langerhans, 1934) zu transformieren, war das von Sorel eingeleitete und nicht zuletzt von Nietzsches Machtbegriff inspirierte faschistische Projekt.

Damit wird auch begreifbar, was Sternhell sehr richtig als entscheidende Stufe für die endgültige Formierung des Faschismus versteht: Das versagende Proletariat sollte durch jene aufstrebende Macht der modernen Welt ersetzt werden, die aus dem Fortschritt, den Unabhängigkeitskriegen und der kulturellen Integration geboren worden war: durch die Nation. Alle ihre Klassen sollten zusammengeschweißt werden im gemeinsamen Kampf gegen die bürgerliche,

demokratische Dekadenz.“ Indirekt macht Sternhell sogar deutlich, daß der Nationalismus nicht nur eine Erfindung der präfaschistischen Intelligenz war, sondern eine Ideologie, die der Integration der Arbeiter in Staat und bürgerliche Gesellschaft genau entsprach und darum in der Situation der Krise akut massenwirksam werden konnte, denn mehrmals wird darauf hingewiesen (und damit die Beschränkung auf Ideologiegeschichte durchbrochen), daß die Demokratisierung und die den Massen eröffnete politische Mitbestimmung mit einiger Notwendigkeit zur „Nationalisierung“ der Massen führten, statt – wie die ältere Sozialdemokratie hoffte – zur Internationalisierung.

Der Nationalismus erst machte die Identifikation mit Staat und Kapital handlungsfähig und die an Nietzsche und Sorel orientierte Ideologie faschistisch. Hier aber lag zugleich – nach Maßgabe seiner eigenen Wertvorstellungen – die Schwäche des Faschismus, und hier entpuppte sich schließlich die Stärke des Nationalsozialismus. Sternhell betont zwar, daß dem Antisemitismus eine vergleichsweise geringe Bedeutung bei der Formierung des Faschismus zukam, erkennt aber nicht, daß dies seine strukturelle Unterlegenheit begründete: Denn erst der Antisemitismus erlaubte die totale Identifikation mit Staat und Kapital, das hat der Nationalsozialismus durchexerziert und darum – abgesehen von seiner ökonomisch weiter fortgeschrittenen Ausgangsposition – andere faschistische Bewegungen in Europa übertrumpft bzw. unterworfen.

So wichtig es im einzelnen ist, die faschistische Ideologie in Frankreich und Italien getrennt von der nationalsozialistischen zu betrachten, die Unterbelichtung der deutschen und deutsch-österreichischen Entwicklung führt bei dem Versuch zu verallgemeinern wie auch am Rande des empirischen Forschungsgebiets zu einigen Verzerrungen. So werden etwa die Austromarxisten rundweg den radikalen internationalistischen osteuropäischen Sozialisten (Luxemburg, Lenin etc.) zugerechnet, obwohl doch Otto Bauers Nationalismus alle sozialdemokratischen Rekorde schlug und Karl Renner ungefähr so radikal war wie ein halbes Jahrhundert später Bruno Kreisky; auch wird Sigmund Freuds anerkennende Äußerung über Mussolini aus dem Jahr 1933 nicht vor dem Hintergrund der Bedrohung gesehen, die zu diesem Zeitpunkt bereits vom nationalsozialistischen Deutschland für den in Österreich, unter Mussolinis Schutz quasi, lebenden Juden ausging, sondern ausschließlich als Beleg für die Faszination des Faschismus, dem in diesem Kapitel an einigen Stellen auch der Nationalsozialismus subsumiert wird.

Sternhells Abstraktion von der deutschen Entwicklung verleitet Jochen Baumann in seiner Rezension des Buchs („Jungle World“, Nr. 52) zu einem seltsamen Revival der alten Faschismustheorien, das – die Frage der Partizipation der Massen betreffend – sogar noch hinter Reinhard Kühnl zurückfällt. Zwar hält Baumann am Beginn seiner Besprechung die Einzigartigkeit des eliminatorischen Antisemitismus im Nationalsozialismus fest, doch kommt er am Ende, um die alten politischen Koordinaten zu retten, zu einer Verallgemeinerung des faschistischen Staats, die gerade die singuläre Bedeutung des Antisemitismus bei der Herstellung der Volksgemeinschaft ausblendet: „Der Faschismus als Praxis beruhte in Frankreich, Italien und Deutschland auf der Diktatur eines Führers oder einer kleinen Elite, einer hierarchischen, ständische Prinzipien reklamierenden Gesellschaftsvorstellung, die organisch-nationalistisch verklausuliert wurde. Ihre Stützen waren das Militär und nicht die Arbeiter, die kapitalistische Klassenstruktur blieb, außer in der Rhetorik und Propaganda, unangetastet.“

Wie nahe im einzelnen auch immer der Faschismus in Italien oder Frankreich dem Nationalsozialismus war oder kam, der Nationalsozialismus in der Praxis war die Diktatur der Volksgemeinschaft; diese Diktatur bedurfte weder der „Stütze“ des deutschen Militärs noch der deutschen Arbeiter, weil beide in ihr aufgingen, soweit sie den Vernichtungskrieg vorbereiteten und ausführten. Und die Volksgemeinschaft bestand nicht aus Rhetorik und Propaganda, wo sie nur aktiviert wurde; sie realisierte sich in der Verfolgung und Vernichtung der Juden.

Zeev Sternhell/Mario Snajder/Maia Asheri: *Die Enstehung der faschistischen Ideologie. Von Sorel zu Mussolini.* Aus dem Französischen von Cornelia Langendorf, Hamburger Edition, Hamburg 1999, 480 Seiten, 68 Mark

---

Gerhard Scheit antwortete in KONKRET 1/2000 auf Matthias Küntzels Thesen zu Kritischer Theorie und Holocaust

Konkret 02/00, S. 28

**Hannes Hofbauer**

# Kolonien integrieren

**EU-Osterweiterung: Je mehr Kandidaten die EU nominiert, um so weniger werden es schaffen. Einstweilen sorgt EU-Kommissar Verheugen auf seine Weise für Stabilität zwischen Riga und Odessa**

Der Name ist Programm. Osterweiterung. Zum dritten Mal in hundert Jahren soll der Einflußbereich westlicher Herrschaft in Richtung Osten erweitert werden. Die Rechtfertigung für die europäischen Neuordnungspläne paßt sich dabei den jeweiligen politischen Bedingungen, dem jeweiligen gesellschaftlichen Konsens an.

Zu Anfang des 20. Jahrhunderts stand der Erweiterungsplan im Dienste ihrer Majestäten, der Kaiser in Wien und Berlin, geleitet vom dynastischen Gedanken und der göttlichen Einsicht, daß die christliche Welt den Mittelmächten Untertan zu sein habe. Die mitteleuropäisch-monarchische Erweiterung griff nach allen Seiten aus. Dementsprechend lauteten ihre Losungen: Serbien muß sterbien; jeder Schuß – ein Ruß; aber auch: jeder Stoß – ein Franzos; und: jeder Tritt – ein Brit.

Vor der Mitte des 20. Jahrhunderts war es dann die Idee der Nation, auf deren Geheiß von Berlin aus dem deutschen Volk mehr Raum gegeben werden sollte. Kurzfristige Erweiterung umfaßte den europäischen Südosten und Osten bis knapp vor Moskau; im Westen fielen die territorialen Gewinne der Wehrmacht bescheidener aus.

An der Wende zum 21. Jahrhundert sind Menschenrechte und Marktwirtschaft die heilsbringenden Rechtfertigungen für das neuerlich in Angriff genommene Erweiterungsprojekt. Seine Erfolgsaussichten werden wegen der gelungenen Neutralisierung der Westfront diesmal optimistischer bewertet. An die Stelle des dynastischen Gedankens und der nationalen Idee ist nun die europäische Vision getreten. Nach römisch-imperialer und römisch-christlicher Tradition bleibt das Ziel indes dasselbe: Expansion.

## Der Soldat zuerst

Die selektive Einbindung Osteuropas in die Strukturen der westlichen Wertegemeinschaft erfolgt entlang eines militärischen und eines wirtschaftlichen Stranges. Der Soldat fungiert dabei, wie bei jeder Kolonisierung in den vergangenen Jahrhunderten, als Vorhut. Dementsprechend geht die Nato-Osterweiterung der wirtschaftlichen EU-Erweiterung voraus. Polen, Tschechien und das geostrategisch bislang isolierte Ungarn sind bereits dem Brüsseler Hauptquartier untergeordnet. Amerikanische, deutsche und französische Ausbilder versehen ihren Dienst an Weichsel, Moldau und Donau. Außerdem stehen Nato-Kompanien in Albanien, Makedonien, Bosnien und Jugoslawien (Kosovo).

Nun will man zur ökonomischen Nutzbarmachung der Region schreiten. Dazu wurden von den Regierungschefs der Europäischen Union am zweiten Dezemberwochenende 1999 in Helsinki neue Leitlinien verabschiedet. Vorweg beschloß man die Rückstufung jener fünf osteuropäischen EU-Kandidaten, mit denen bereits seit einem Jahr verhandelt worden war. Tschechien, Polen, Ungarn, Slowenien und Estland bekommen neue Beitrittsbewerber als Konkurrenten um die raren Integrationsplätze vor die Nase gesetzt: Bulgarien, Rumänien, die Slowakei, Lettland und Litauen. Zusammen mit Griechisch-Zypern und Malta hat sich damit die Runde der EU-Aufnahmekandidaten auf zwölf Bewerber erhöht, die jeder auf sich gestellt mit Brüssel über die 31 Kapitel des sogenannten »aquis communautaire«, des EU-Rechtsbestandes, verhandeln werden. Die Brüsseler Bürokratie hat für den Verhandlungsmodus einen eigenen Terminus kreiert: »Regatta«-Modell heißt jener Wettlauf der zwölf EU-Willigen, nach dem der Anpassungsgrad jedes einzelnen Landes an die westeuropäischen Spielregeln in regelmäßigen Abständen bewertet wird. Von dieser Bewertung hängt es dann ab, ob und wann mit wem über welches Kapitel ein – vorläufiger – Abschluß erzielt werden kann, um eine nächste Verhandlungsrunde zu eröffnen. Beispielhaft die Praxis zur Theorie: Knapp vor der Zulassung Rumäniens zu den Erweiterungsgesprächen mußte Bukarest einen Plan zur Verhinderung von Kinderhandel vorlegen, um die EU-Behörden in menschenrechtlicher Hinsicht zu besänftigen. Ein neues rumänisches Gesetz macht seitdem aus jedem Spital eine erkennungsdienstliche Abteilung des Innenministeriums; Neugeborenen und Müttern sollen in Zukunft unmittelbar nach der Geburt Fingerabdrücke abgenommen werden. Voilà! ein kleiner Schritt nach Europa.

Wirklich ernst war es den EU-Chefs in Helsinki mit dem Aufbau der militärischen Strukturen. Eine 60.000 Mann starke Eingreiftruppe wird ab 2003 die Osterweiterung absichern, ganz nach dem Motto: Jugoslawien ist überall möglich; und die Nato ist teurer als eine eigene EU-Truppe. Notfalls stünde letztere wohl auch den rumänischen Behörden für die Durchsetzung der erkennungsdienstlichen Behandlung ihrer Babys zur Seite.

Zuletzt wurde in Helsinki noch die Warteschleife für die Türkei verlängert, der seit über 30 Jahren der Beitritt zur EG/EU versprochen wird. Apropos Warteschleife: Noch ist nicht ausgemacht, daß die ganze Debatte um die EU-Osterweiterung nicht hauptsächlich dem Zweck dient, die Länder des EU-Randes in angespannte Wartehaltung zu versetzen, sie damit gefügig zu halten für das Offenhalten ihrer Westgrenzen in Bezug auf Importe und die kontrollierte Durchlässigkeit für

quotierte Exporte und ausgewählte Migranten. Am Beispiel Türkei ließen sich die EU-Erweiterungspläne eher als ein solches taktisches Manöver erkennen, Realität sind sie jedenfalls noch lange nicht.

Zwischeneuropa

Die geplante Osterweiterung umfaßt den Raum zwischen den alten europäischen Zentren Rom, Byzanz und Moskau. Der 1683 einsetzende etappenweise Rückzug der Osmanen aus dem europäischen Südosten hat im Anschluß an den Vertrag von Sèvres (1920) zur Auflösung des Sultan-Reiches geführt. Ein neues geopolitisches bipolares System schuf sich seitdem, erst recht nach 1945, Platz auf der Landkarte. Der ungarische Historiker Jenö Szüsz beschreibt in seinem Werk *Die drei historischen Regionen Europas* dieses Kräfteverhältnis zwischen West und Ost als Ringen um die Regionen zwischen den Zentren Berlin und Moskau, als Ringen um jenes Zwischeneuropa, das nach der letzten fehlgeschlagenen Osterweiterung 1945 unter die Fittiche Moskaus geriet. Erst die Auflösung des Warschauer Pakts und des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) im Jahre 1991 machte Neuordnungskonzepte wieder denkbar. In den zwölf Staaten, mit denen nun EU-Aufnahmegespräche geführt werden, leben 106 Millionen Menschen – das entspricht 28 Prozent der EU-Bevölkerung – , die bloß 4,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Bip) der Europäischen Union erwirtschaften. Ihre Erwartungen an Brüssel beruhen auf den Struktur-, Sozial- und Agrarfonds der Union, die, einem Geldregen gleich, wirtschaftliche Krisenregionen – und davon hat der Osten mehr als genug – zu prosperierenden Zentren machen sollen. Die Wirklichkeit läßt freilich an der Ausweitung der EU-Wohlfahrt zweifeln. Nach zehn Jahren Transformation hat sich das ökonomische Desaster in Osteuropa zum Dauerzustand entwickelt. Regelmäßig erklären westeuropäische Wirtschaftsfachleute jedes Jahr ein Land des mittelost- und südosteuropäischen Raumes zum Musterschüler in Sachen Weltmarktintegration, um dann postwendend im Jahr darauf schwer vorhersehbare Rückschläge zu konstatieren, die den jeweiligen Hoffnungsträger wieder in die zweite Reihe zurückwerfen. Als Klassenbeste in der zehnjährigen Reformschule wurden bislang Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien und die Slowakei gekürt. Als ewige Nachzügler im makroökonomischen Unterwerfungsritual unter die Verwertungsinteressen der führenden Weltkonzerne gelten Rumänien und Bulgarien.

Der aktuelle Zustand Osteuropas gilt allseits als schlecht, schlechter als erwartet. »Die Wirtschaftslage in den ostmitteleuropäischen und südosteuropäischen Transformationsländern (hat sich) in den abgelaufenen zwölf Monaten fast ohne Ausnahme verschlechtert«, war am 26. August 1999 auf der Wirtschaftsseite der »Neuen Zürcher Zeitung« zu lesen. Die enttäuschenden Daten stammen vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW). Außer Polen hat nach wie vor kein Land des ehemaligen RGW das Bruttoinlandsprodukt des Jahres 1989 erreicht – wohlgemerkt dem Jahr, in dem die schwerste ökonomische Krise sämtliche Regime der osteuropäischen kommunistischen Welt hinweggefegt hatte.

1999 stehen die Länder Osteuropas mit 137,3 Milliarden US-Dollar bei westeuropäischen und nordamerikanischen Gläubigerbanken in der Kreide, allen voran bei der Weltbank und dem Währungsfonds. Die Schuldenlast hat sich in den Jahren der Transformation nochmals erhöht, allein in den drei Jahren zwischen 1995 und 1998 um zehn Prozent. An die Bedienung der Schulden ist meist nur noch zu denken, wenn es dafür einen neuen Kredit gibt.

Deindustrialisierung hat nicht verhindert, daß der Lohn für einen Arbeitsplatz – außer bei ausländischen Großinvestoren wie Volkswagen in Mlada Boleslav/Tschechien oder Bratislava/Slowakei – zum Überleben nicht ausreicht. Lohnunterschiede von 8:1 zwischen Deutschland und Ungarn oder 20:1 zwischen Deutschland und Rumänien tragen bei rasch steigenden Preisen und hohen Inflationsraten im Osten zu einer strukturellen Verarmung und zu einer wachsenden Kluft zwischen Reich und Arm bei. »Eine Zunahme der Ungleichheit ... war eine unvermeidliche – und sehr wohl eine erwünschte – Konsequenz des Übergangs von der zentralen Planung zur Marktwirtschaft«, schätzte die Weltbank in ihrem Bericht aus dem Jahr 1995 soziale Deregulierung unverblümt ein. Auf Gesundheitszustand und Lebenserwartung der Bevölkerung hat sie freilich negative Auswirkungen. Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg ist – laut einer WHO-Studie – die Lebenserwartung zurückgegangen, und zwar für ganz Europa um acht Monate pro Einwohner/in auf 72,4 Lebensjahre. 15 Millionen Menschen in den postkommunistischen Ländern haben ihren bezahlten Arbeitsplatz verloren.

Vor dieser Schreckensbilanz der Wende werden die EU-Aufnahmegespräche von den jeweiligen nationalen Regierungen zwischen Prag und Bukarest, Tallinn und Laibach als letzter Rettungsanker unters Volk geworfen. In präkommunistischer Tradition klammern sie sich an die Worte des Herrn aus dem Westen. Dieser reist zur Zeit in Gestalt von Integrationskommissar Günther Verheugen durch die Lande, verteilt Kreditversprechen und lockt mit Strukturfonds-Geldern und anderen Futtertrögen. Doch überall mangelt Entscheidendes zur Erlangung des Status europaeensis. Da fehlt es in Tschechien an der Zerschlagung der großflächigen, industrialisierten Landwirtschaft; in Polen existieren wiederum viel zu viele kleine Bauern, die an den EU-Mitteln naschen wollen; in Estland stehen demokratische Formalfehler, ein breit gestreuter einheimischer Rassismus und die nach wie vor auf russische Märkte ausgerichtete Produktionsstruktur im Weg; in Slowenien mangelt es wieder an der Bereitschaft zum Ausverkauf an westliche Eigentümer, zu viele Betriebe wurden in der Privatisierungsphase von Arbeitern und Managern in Besitz genommen; in Ungarn müßte eine zügige Bodenreform Platz greifen, bislang verhindert die Regierung den Verkauf von Grund und Boden an Ausländer; Rumänien oder Bulgarien

wiederum sind politisch und wirtschaftlich de facto bankrott.

Westliche Integration provoziert östliche Desintegration

Das Integrationsangebot der Europäischen Union an Osteuropa läuft parallel mit dem dortigen Desintegrationsprozeß. Mehr noch: Die östliche Desintegration ist Voraussetzung für die Erweiterung der westlichen Einflußsphäre. Angesichts der Hoffnung auf Aufnahme in den Kreis der Erlauchten sind die Anwärter und damit die Länder im Osten immer zahlreicher geworden. Sieben der zwölf aktuell um Teilnahme heischenden Staaten sind Zerfallsprodukte ehemals großräumiger multiethnischer Gebilde. Tschechien, die Slowakei, Slowenien und die drei baltischen Republiken (sowie Griechisch-Zypern) ethnisierten sich in den vergangenen Jahren zwecks Vorbereitung auf die europäische Neuordnung. Nur logisch, daß dieser Effekt der Westintegration nationalen Sprengstoff an den Rändern der EG/EU gezündet hat. Die nationale Frage wußte das westliche Großraumprojekt von Anfang an bestens zu instrumentalisieren. Die im Sozialismus nicht erreichte wirtschaftliche und gesellschaftliche Modernisierung wurde ab 1989 von Brüssel – mit kräftigem Anschub aus Bonn – nun territorial und ethnisch fein sortiert versprochen. Baltisch, tschechisch, slowenisch stand bald für »europäisierbar«, während dem jeweils östlich davon befindlichen Rest des ehemaligen Staates der Weg nach Brüssel als ungangbar dargestellt wurde.

Zwei Etappen der Argumentation begleiteten das Schüren nationaler Eifersüchte im Osten. Von 1989 bis etwa 1992/93 fielen ethnisch definierte Sezessionswünsche unter das positiv besetzte Stichwort »nationale Selbstbestimmung«, solange sie von Regionen und ihren Häuptlingen geäußert und durchgesetzt wurden, die der westlichen Wertegemeinschaft brauchbar schienen. Slowenien, Kroatien, die baltischen Kleinstaaten, Tschechien und später Bosnien galten von »Schwarz« bis »Grün« als selbstbestimmt; während Serbien, die Slowakei unter Vladimir Meciar, Transnistrien mit seinem Kommandanten Igor Smirnov, Weißrußland und später, nach vollbrachter ethnischer Säuberung, auch Kroatien den Vorwurf des Nationalismus zu hören bekamen. Diese in der EG/EU gesellschaftlich konsensual betriebene Argumentation mit ihrer Trennung in gute und schlechte Nationalismen machte weitere Differenzierungen in der Entwicklung unterschiedlicher osteuropäischer Regionen möglich. Deren Desintegration ist längst noch nicht abgeschlossen.

Kolonialpartner

Ausgerechnet beim Geld soll die Partnerschaft beginnen. Glaubt man den EU-Granden aus Brüssel, so werden sie demnächst den alten protestantischen Glaubenssatz, wonach beim Geld die Freundschaft aufhöre, in sein Gegenteil verkehren. Skepsis ist angebracht. Denn die Kluft zwischen EU-Europa und den östlichen Erweiterungsregionen ist enorm. Statistisch wird jedem EU-Bürger ein zehnmal so hohes Bruttoinlandsprodukt zugeschrieben wie dem Durchschnittsmenschen in den Ostgebieten. Und während zwischen Dänemark als reichstem EU-Flächenstaat und Portugal ein Verhältnis von 35.000 US-Dollar Bip pro Kopf zu 11.000 US-Dollar besteht, müssen sich die 38 Millionen Polen im Jahre 1997 mit einem Bip pro Kopf von 3.500 US-Dollar und 23 Millionen Rumänen mit 1.600 US-Dollar zufrieden geben.

Dariusz Rosati, früherer polnischer Außenminister und Professor an der Warsaw School of Economics, hat 1998 unter Anwendung allgemein anerkannter ökonomischer Parameter die Dauer für einen möglichen Aufholprozeß Osteuropas errechnet. Legt man die äußerst optimistische Annahme zugrunde, daß das jeweilige osteuropäische Land ein jährliches Wirtschaftswachstum von 5 Prozent aufweisen kann (bei gleichzeitigem 2,5prozentigen Wirtschaftswachstum im Westen), so würde Polen noch 23 Jahre brauchen, um das durchschnittliche wirtschaftliche Niveau von Griechenland, Portugal und Spanien zu erreichen; Ungarn blieben noch 22 Jahre und Rumänien gar 34 Jahre, um südeuropäisches Peripherieniveau zu erlangen. Fazit: Die Erweiterungs-Vorstellung vom ökonomischen Sprung vorwärts bleibt irreal.

Allein die Agrarförderung für Polen, Tschechien und Ungarn würde nach dem derzeitigen System jährlich 72 Mrd. DM verschlingen; das jedenfalls hat ein Wirtschaftsteam für den Amsterdamer Gipfel im Jahr 1996 errechnet. Rechnet man realistisch, so ist Osterweiterung im Stil einer Vergrößerung der Europäischen Union nicht denkbar. Wahrscheinlicher wäre eine neue Struktur der Union. Der Ausgriff nach Osten könnte von den kapitalstärksten Unternehmen und ihren Brüsseler Kommissaren genutzt werden, um Arbeits- und Agrarmarkt – als letzte geschützte Sektoren – auch in den bisherigen EU-Staaten zu deregulieren. Die Ära der Industriepolitik und des Bauernschutzes, die jenseits des Atlantik längst zu Ende gegangen ist, würde in einer erweiterten Union ebenfalls der Vergangenheit angehören.

Alternativ dazu böte sich die Einführung einer EU-Mitgliedschaft zweiter (und dritter?) Klasse an. Dies würde einen gewissen gewerkschaftlichen Einfluß im Westen – bei abgestuften Deregulierungen im Osten – weiter möglich machen. Die entsprechend unterschiedlichen Verwaltungsstrukturen für die Ostgebiete werden derzeit bereits getestet. Für Ungarn, Polen, Tschechien und die Slowakei probt Brüssel vertrauensvolle Statthalterregierungen, denen abseits von Schuldendiktat und EU-Recht freihändiges politisches Agieren erlaubt werden kann. Bulgarien und Rumänien stehen bereits unter weitgehender West-Kuratel: In Bukarest regiert seit dem letzten Besuch von Verheugen eine aus EU, IWF und rumänischer

Regierung zusammengesetzte drittelparitätische Kommission, die bis 2006 am Parlament vorbei schalten und walten kann. Und Sofia hat bereits vor einigen Jahren Nationalbank und Finanzangelegenheiten an westliche Fachkommissionen delegiert. Für noch unbotmäßigere Länder auf dem südslawischen Balkan könnte Bosnien ein Beispiel geben: Vom »Hohen Repräsentanten« der EU offiziell verwaltet, von der Nato militärisch und polizeilich kontrolliert und mit einer kuriosen Währung versehen: der konvertiblen Mark. Die Umrisse des neuen Griffs nach dem Osten sind damit bereits klar und deutlich erkennbar.

---

Von Hannes Hofbauer ist im Oktober 1999 das Buch »Balkankrieg. Die Zerstörung Jugoslawiens« im Wiener Promedia Verlag erschienen

Konkret 02/00, S. 31

**Jürgen Elsässer**

# Der DM-Putsch

**Montenegro: Wie im Kosovo treibt die einheimische Mafia mit deutscher Hilfe die Sezession voran**

In den Abendstunden des 4. November 1999 war der Flughafen in Dubrovnik schwer bewacht. Die kroatischen Sicherheitskräfte taten ihr Bestes für den Schutz einer Geheimoperation, die sowohl für die Ziele ihrer eigenen Regierung wie für deren deutsche Förderer von entscheidender Bedeutung war: durch die Amputation Montenegros einerseits Jugoslawien endgültig auf das serbische Kerngebiet zu reduzieren, andererseits die gesamte Adriaküste von Triest bis Korfu der Kontrolle der Nato zu unterwerfen.

Der Aufwand galt einem Flugzeug, sinnigerweise einer holländischen Chartermaschine, die im Auftrag der Bundesbank wertvolle Fracht ablieferte: 34,5 Tonnen Hartgeld und kleine Scheine, insgesamt 47 Millionen Deutschmark. Auf dem Rollfeld wurden die schweren Metallboxen umgeladen auf zwei LKWs und über die Grenze in die montenegrinische Hauptstadt Podgorica gebracht. Am nächsten Morgen zahlte die Regierung Montenegros erstmals die Monatsgehälter ihrer Staatsangestellten und Beamten mit dem neuen, ausländischen Geld. »Montenegro ist auf dem Weg in die Unabhängigkeit ... Die Parallelwährung dürfte das Ende des jugoslawischen Bundesstaates einläuten«, jubelte die Wochenzeitung »Monitor«, das publizistische Flaggschiff der Sezessionisten in Podgorica.

Die Nacht-und-Nebel-Aktion von Dubrovnik wurde unter anderem von den Nachrichtenagenturen AP und Reuters gemeldet. In den deutschen Medien las man jedoch kaum etwas darüber, dort wurde in der Regel nur die scheinheilige Erklärung der Bundesbank gedruckt: Sie sei »vor dem Regierungsbeschluß zur Einführung der Mark nicht konsultiert worden« (»Handelsblatt«). Auch andere Umstände der Währungsumstellung sind erklärungsbedürftig. Zwar hatten Präsident Milo Djukanovic und sein Premier Filip Vujanovic schon seit Monaten mit einem solchen Schritt kokettiert, doch schließlich erfolgte er völlig überstürzt: So nahm man in Kauf, die Novembergehälter mit einigen Tagen Verspätung auszuzahlen, anstatt noch bis Anfang Dezember zu warten und dann pünktlich zu überweisen. Völlig unverständlich erscheint auf den ersten Blick auch, daß man für die Operation den Nachbarstaat Kroatien miteinbeziehen mußte. Hat nicht auch Podgorica selbst einen Flughafen? Allerdings ist die Landebahn dort nicht nachtflugtauglich, weshalb die Transall nicht Donnerstag abend, sondern erst Freitag früh hätte landen können. Was hat die Situation so zugespitzt, daß Djukanovic nicht einmal mehr diese paar Stunden warten wollte?

Die Frage – und damit auch das künftige Schicksal Jugoslawiens – hängt eng zusammen mit dem Linienkampf in den politischen und militärischen Gremien der westlichen Staaten. Es scheint so, als ob der zunächst hegemoniale Ansatz der Nato, Montenegro zum Focus einer pro-westlichen Reform Gesamtjugoslawiens zu machen, Ende Oktober 1999 gescheitert ist, und deswegen die Reserveoption, Montenegro aus Jugoslawien herauszulösen, sehr kurzfristig und deswegen überhastet zum Zuge kam. Rekapitulieren wir die Fakten: Am 17. Mai, also auf dem Höhepunkt des Kosovo-Krieges, stellte sich Djukanovic bei einem Besuch der EU-Kommission in Brüssel »erstmals offen gegen den jugoslawischen Staatschef Slobodan Milosevic« (»Berliner Zeitung«). Zwar hatte er auch schon zuvor mit autonomistischen und sezessionistischen Sprüchen von sich reden gemacht. Neu an der in Brüssel eingenommenen Position war aber, daß Djukanovic nicht in erster Linie von der Zukunft Montenegros sprach, sondern von der Ablösung Milosevics (welche ihm im Falle der Eigenstaatlichkeit ziemlich egal sein könnte): »Eine Lösung kann mit Milosevic nicht erreicht werden.« Neben Brüssel besuchte Djukanovic auf dieser Goodwill-Tour noch die Regierungen in Bonn, Wien und Paris, stets an seiner Seite: Zoran Djindjic. Das demonstrative Auftreten mit dem serbischen Oppositionsführer war ein Sinnbild der westlichen Strategie, die die »Berliner Zeitung« in derselben Woche in der Überschrift resümierte: »Westen baut Montenegro als Kern eines neuen Jugoslawiens auf.« Zu diesem Zweck sollten Djindjic und Djukanovic ihre Kräfte vereinigen. Bezeichnenderweise wurde Djukanovic auch zur Verabschiedung des Balkan-Stabilitätspaktes Ende Juli nach Sarajevo eingeladen, und ebenso bezeichnenderweise fehlt in der dort verabschiedeten Fassung des Paktes das ursprünglich von deutscher Seite vorgeschlagene Aufwerfen neuer »Minderheiten- und Grenzfragen«. Die übrigen Nato-Staaten wollten, nachdem man den Kosovo-Krieg mit Ach und Krach gewonnen hatte, nun nicht gleich in das nächste Sezessionsabenteuer stürzen.

Mitte September traf sich dann Djukanovic auf Vermittlung des US-Balkanemissärs Robert Gelbard mit dem serbischen Oppositionspolitiker Vuk Draskovic. Der hat zwar seit April letzten Jahres zur Abwechslung einmal wieder eine Anti-Milosevic-Position eingenommen, würde aber als erklärter Monarchist keinesfalls einer Abspaltung Montenegros zustimmen. »Es scheint, daß Djukanovic dem Druck des Westens nicht widerstehen konnte, der ihn aufgefordert hatte, die Rolle eines Antreibers der serbischen Demokratiebewegung zu spielen«, kommentierte das von der US-Regierung und der EU-Kommission finanzierte »Institute for War & Peace Reporting«.

Djukanovic sollte der Belgrader Opposition nutzen, indem er Milosevic Anfang August mit der Forderung nach einem neuen Föderationsvertrag unter Druck setzte. Für die kleinere Teilrepublik – sie hat mit 630.000 Einwohnern nur etwas

mehr als sechs Prozent der Bevölkerung Serbiens – forderte er Vetorecht in allen jugoslawischen Institutionen und bei der Besetzung von Spitzenämtern sowie den Oberbefehl über das in Montenegro stationierte Militär; der Name des Gesamtstaates »Jugoslawien« sollte geändert werden. Die Regierung in Belgrad reagierte clever auf den provokatorischen Vorstoß: Sie lehnte zwar die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen ab, wollte der Bruderrepublik aber künftig alle von Jugoslawien zu besetzenden Regierungsämter überlassen.

Auch die zeitlich abgestimmt von der serbischen Opposition eingeleitete Demo-Offensive lief ins Leere: Die Polizei hielt sich weitgehend zurück und sorgte so dafür, daß sich das fragile Anti-Milosevic-Bündnis ungestört zerstreiten konnte. Die als Fanal für das ganze Land anberaumte Großkundgebung am 19. August in Belgrad geriet zum Desaster, weil Draskovic seine Rede zu Angriffen gegen seine Verbündeten nutzte. Frustriert gingen die 100.000 Teilnehmer auseinander.

Ende Oktober war der Ansatz des Westens, mit Hilfe der Allianz Djukanovic-Djindjic Jugoslawien zu »erneuern«, am Ende. Am 28. Oktober meldete das »Handelsblatt«: »Jugoslawiens Opposition ist mit ihrer Strategie gescheitert, Präsident Slobodan Milosevic durch tägliche Straßenproteste zu zwingen, den Weg für eine Übergangsregierung freizumachen. Nachdem zuletzt kaum mehr als 2.000 Demonstranten an den allabendlichen Kundgebungen in Belgrad teilnahmen, soll diese Form des Protestes nach nun 37 Tagen offenbar eingestellt werden.« Am Tag zuvor hatte die »Neue Zürcher Zeitung« konstatiert, daß auch Djukanovics Provokation verpufft war: »Der Streit zwischen Serbien und Montenegro über die Zukunft der Bundesrepublik Jugoslawien ist am Dienstag überraschend entschärft worden.«

## Der monetäre Putsch

Jetzt wurde das Vorgehen radikalisiert: 48 Stunden später, am 29. Oktober, kündigte Podgorica völlig überraschend die Einführung der D-Mark »in den nächsten Tagen« an. In den Verhandlungen mit Belgrad hatte dieser Punkt überhaupt keine Rolle gespielt, nun wurde er innerhalb weniger Tage überfallartig durchgesetzt. Mit diesem Schritt kappte man die – neben dem bis dato gemeinsamen Militär – letzte Verbindung zwischen den beiden Teilrepubliken.

Anders als in Ecuador, dessen Regierung im Augenblick die »Dollarisierung« des Landes erwägt, gab es in Montenegro weder eine Debatte noch einen Beschluß des Parlaments zur Währungsumstellung, von einer Befragung der Bevölkerung ganz zu schweigen. Jede Form von demokratischem Prozedere ist für die Separatisten ein Risiko: 1992 hatten sich bei einem Referendum satte 94 Prozent der Montenegriner für die Zugehörigkeit zu Jugoslawien ausgesprochen. Diese Mehrheit war zwar in den kommenden Jahren immer stärker abgebröckelt. Doch auch 1997 hatte Djukanovic trotz Westunterstützung und Yuppie-Bonus die Präsidentschaftswahl gegen seinen pro-jugoslawischen Mitbewerber Momir Bulatovic nur mit dem hauchdünnen Vorsprung von 5.000 Stimmen gewonnen. Auch bei den Parlamentswahlen ein Jahr später hatte sich Bulatovics Sozialistische Volkspartei mit 36 Prozent noch achtbar geschlagen (das pro-westliche Reformbündnis »Für ein besseres Leben« siegte mit 49,5 Prozent). Während der Nato-Angriffe veranstaltete die Linksopposition große Konzerte und Kundgebungen, und die Meinungsumfragen nach dem Krieg fielen – je nach Auftraggeber – wechselweise mit recht knappen Mehrheiten für oder gegen eine Sezession aus.

Der Beschluß zur Umstellung auf die Deutschmark wurde vor diesem Hintergrund von den gemäßigten Teilen des Westens nicht unterstützt. Ende Oktober hatte der neue Nato-Generalsekretär, der Brite George Robinson, bei einem Treffen mit montenegrinischen Vertretern »noch einmal eindringlich zur Geduld aufgefordert und vor einem Alleingang gewarnt«, informierte die »NZZ«. Die Wochenzeitung »Monitor« berichtete, daß sich Djukanovic »trotz der Nichtübereinstimmung mit einem Teil der ausländischen Verbündeten« zum monetären Alleingang entschlossen hatte.

Auf die deutsche Unterstützung konnte er sich dabei verlassen. Von einem Treffen zwischen Djukanovic und dem Balkanpakt-Koordinator Bodo Hombach zwei Tage vor Einführung der Deutschmark wurden keine Differenzen berichtet, und am 4. November machte der eingangs geschilderte Geldtransport klar, daß Deutschland auf der Seite der Separatisten steht. Die »Frankfurter Allgemeine« lieferte zeitgleich die publizistische Begleitmusik: »Die SJR (Bundesrepublik Jugoslawien) ist ein Kunstgebilde ... ein fiktives Jugoslawien ... Schon heute ist die SJR eine reine Fiktion ... Montenegro kann um einer besseren Zukunft willen nicht bei einem Serbien unter Milosevic bleiben ... (Die SJR) muß zerfallen, schon gar, wenn Milosevic an der Macht bleibt.« Der Nutzen für das deutsche Finanzkapital dürfte nicht vorrangig in den fälligen Transaktionsprofiten liegen – wenn Montenegro frische Deutschmark-Bestände anfordert, muß es bei der Bundesbank den Gegenwert in Wertpapieren hinterlegen, wobei deren Verzinsung die Deutschen einstreichen – , sondern in der immer stärkeren Ausweitung ihres monetären Blocks: Die D-Mark ist mittlerweile Hauptwährung im Kosovo, gleichberechtigtes Zahlungsmittel in Montenegro und Bosnien, daneben haben Bulgarien, Litauen und Estland ihr eigenes Geld über ein sogenanntes Currency Board fest an die D-Mark gebunden. Wenn diese Deutschmark-Kolonien im Jahre 2002 mit der überseeischen Franc-Zone verschmelzen, wird der Euro kaum weniger Länder dominieren als das bisherige Weltgeld Dollar – eine echte Kampfansage.

Unklar bleibt die Rolle der Vereinigten Staaten. Währungspolitischer Sherpa von Djukanovic ist seit letztem Sommer der US-Amerikaner Steve Hanke, laut »World Trade Magazine« einer der 25 einflußreichsten Menschen der Welt; er war unter

den entschiedensten Vorantreibern der Abschaffung des Dinar. Ob er im Auftrag von Washington handelt, ist allerdings eher fraglich: Als er als Berater des indonesischen Präsidenten Suharto 1998 die Anbindung der abstürzenden Rupiah an den Dollar vorschlug, war Clinton entsetzt – die deutschen und japanischen Banken dagegen unterstützten ihn. Wie sich hinterher herausstellte, war Hanke an den Spekulationen gegen die Rupiah beteiligt. Daß die USA Mitte November Djukanovic Handelserleichterungen und einen Kredit in Höhe von 55 Millionen Dollar in Aussicht stellten, legt allerdings nahe, daß sie den monetären Handstreich unterstützen.

Die Mafia-Republik

Wie im Falle aller anderen post-jugoslawischen Staatsgründungen wird auch die montenegrinische Abspaltung nicht allein durch Großmachtinteressen forciert, sondern auch durch innere Widersprüche. Ethnische Konflikte lassen sich in Montenegro aber beim besten Willen nicht feststellen, zu Serbien sind die kulturellen, religiösen, historischen und sprachlichen Unterschiede geringer als die zwischen Unter- und Oberbayern. Als 1918 das erste Jugoslawien als »Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen« gegründet wurde, verzichteten die Montenegriner im Überschwang der pro-serbischen Gefühle auf die Nennung ihrer Nationalität im Staatstitel. Wie erfreulich wurscht den meisten Söhnen und Töchtern der Schwarzen Berge der Ethno-Quatsch ist, zeigt nicht zuletzt das Beispiel der Familie Milosevic: Der jugoslawische Präsident Slobodan bezeichnet sich als Serbe, sein Bruder Borislav, zur Zeit Botschafter in Moskau, als Montenegriner.

In den letzten Jahren hat allerdings die zweite Natur, die kapitalistische Ökonomie, einen landsmannschaftlichen Unterschied hervorgetrieben: In Montenegro gibt es pro Kopf mehr Geldkapitalbesitz als in Serbien. Dieser relative Reichtum war die Grundlage des monetären Putschs: Wollte ein niederkonkurriertes Land wie Kuba, Kamerun oder Kambodscha morgen die Deutschmark einführen, würde es wohl kaum aus Berlin mit 47 Millionen Mark Startprämie belohnt werden. Notwendig für die Umstellung sind genügend eigene Reserven in der gewünschten Neu-Währung, die die Regierung in den inneren Geldkreislauf einspeisen und dadurch die angestammte Währung verdrängen kann. Dieser Devisenschatz wurde nicht von den Deutschen zur Verfügung gestellt – die Luftfracht aus Frankfurt stopfte nur die Kleingeld-Lücke in Podgorica und garantierte so die paßgerechte Auszahlung der Staatslöhne am nächsten Tag – , sondern war von Montenegro selbst angehäuft wurden: Ihre Devisenpolster sind höher als die des wirtschaftlich weitaus stärkeren Serbien, nämlich 150 Millionen Mark. Woher kommt diese stattliche Summe in einem Land, das unter UN-Embargo fällt? Sie ist »im Laufe der Jahre über Schwarz- und Graumarktoperationen zusammengebracht worden«, erklärte der Djukanovic-Berater Veselin Vukotic ungeniert der »Neuen Zürcher Zeitung«.

»Figuren wie Milosevic markieren die Gestalt der neuen Weltordnung ...: Gangster, Bandenführer jeglicher Art«, schwadroniert der Fischer-Nachwuchs im Frankfurter Studentenmagazin »diskus«, wobei die Pamphletisten den Mangel an Beweisen durch ein Übermaß an Eifer kompensieren. Ohne das letzte Wort über Milosevic sprechen zu wollen, ist doch sein montenegrinischer Rivale sehr viel offensichtlicher der Prototyp des spätkapitalistischen Raubritters und Piraten. »Seinen Ruhm begründete Djukanovic während des Bosnienkrieges. Er unterlief das Embargo gegen Restjugoslawien und betrieb einen schwunghaften Handel mit Treibstoff und Waffen, die er über den Shkodra-See verschob«, berichtete die »Berliner Zeitung« Anfang 1998. Die »Welt« ernannte ihn ohne viel Federlesens zum »Schmugglerkönig«. Mochte man in solchen Zuschreibungen noch den traditionellen Anti-Balkanismus der Mitteleuropäer wittern, so hat die italienische Justiz mittlerweile Beweise vorgelegt, daß alles noch viel schlimmer ist: Im Herbst 1999 erhob sie Anklage gegen den Außenminister Branko Perovic. Nach den Ermittlungen soll Perovic der Mittelsmann zwischen der Camorra und der Regierung in Podgorica beim großangelegten Zigarettenschmuggel gewesen sein, er persönlich soll sowohl den Waren- wie den Zahlungsverkehr gemanagt haben. Als leitender Angestellter der jugoslawischen Fluglinie JAT in Italien traf sich Perovic ab 1992 mehrfach mit einem Boß des Mazzarella-Clans, die Gespräche wurden von der Polizei abgehört. Unter der Beweislast ist Perovic mittlerweile zurückgetreten – nur um seinen Reichtum als Privatier um so ungestörter genießen zu können.

Das Ausmaß der illegalen Transaktionen ist gewaltig: Nach Berechnungen der italienischen Staatsanwälte finanziert Montenegro 60 Prozent seines Haushalts über den Zigarettenschmuggel, umgekehrt gehen Italien dadurch jährlich umgerechnet vier Milliarden Mark an Steuereinnahmen verloren. Doch es geht nicht nur um Gaunerei, sondern um Terror: Wenn Camorra und montenegrinische Mafiosi die Konterbande auf Schnellbooten von Bar und Kotor über die Adria transportieren und in Apulien auf LKWs umladen, lassen sie sich umgern von Carabinieri oder auch nur Schaulustigen stören. Mittlerweile weichen die Gangster Polizeikontrollen nicht mehr aus, sondern suchen die Auseinandersetzung, für die sie mit ihren gepanzerten Schnellbooten und Militärjeeps gut gerüstet sind. Zwischen Januar und August 1999 hat es – so die Wochenzeitung »Espresso« – 500 bewaffnete Zusammenstöße zu Wasser und zu Land gegeben, bei denen 75 Personen verletzt und zwei getötet wurden – Sachbeschädigungen mit aufgeschlitzten Motorbooten oder geschrotteten Autos nicht eingerechnet. Auch die Asylsuchenden aus dem Südbalkan sind ins Visier der Verbrecher geraten. »Der italienischen Schmugglermafia soll das gelungen sein, was Polizei und Armee seit Monaten vergeblich versuchen: Die

Schmuggler haben die albanischen Flüchtlingsboote in der Adria blockiert«, meldete die »Welt« Anfang letzten Jahres.

Kriegstrommeln

Mit dem neuen Geld schuf die Djukanovic-Mafia die Voraussetzung zur langfristigen Sicherung ihrer Schmuggelerlöse: Da sie nun ihr Kapital nicht einmal mehr teilweise und vorübergehend in schwachen Dinars halten muß, ist sie vor Inflationsverlusten gefeit. Die angelaufene »Privatisierung im Eiltempo« (»NZZ«) wird ihr im nächsten Schritt erlauben, das Schmutzgeld für den Aufkauf legaler Firmen zu verwenden und so zu waschen. Innerhalb weniger Monate wären aus steckbrieflich gesuchten Banditen angesehene Geschäftsleute geworden – der typische Konstitutionsprozeß einer Bourgeoisie.

Abgeschlossen wäre der Prozeß freilich erst nach einer erfolgreichen Staatsgründung. Solange Montenegro zu Jugoslawien gehört, besteht immer die Gefahr, daß ein entschlosseneres Regime als das Milosevics die Neureichen in Podgorica enteignet oder ihnen wenigstens wieder die Kapital- und Vermögenssteuern auferlegt, die Djukanovic längst abgeschafft hat. So sehr der monetäre Umsturz die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Abspaltung verbessert hat, so sehr hat er die gesellschaftlichen verschlechtert: Die Bevölkerung ist mehrheitlich sauer über die Einführung der D-Mark, weil sie den Preisanstieg entgegen allen Versprechungen nicht gestoppt, sondern verschärft hat.

Daß die Spannungen nicht abgenommen haben, zeigt die kurzfristige Besetzung des Flughafens von Podgorica durch die Bundesarmee Mitte Dezember. Angeblich sei alles ein Mißverständnis gewesen, erklärten nachher beide Seiten, doch es wurde auch bekannt, daß Djukanovics Polizei an der Rollbahn einen Stützpunkt errichten will. Die oppositionelle Sozialistische Volkspartei warnt jedenfalls vor einem Geheimplan der Nato: Demnach würden nach einer provozierten Auseinandersetzung zwischen Befürwortern und Gegnern einer Abspaltung Nato-Bodentruppen aus Bosnien und Kosovo in Montenegro einmarschieren und die Macht übernehmen. Für ein solches Szenario ist jedenfalls alles vorbereitet: Zum einen treiben sich Nato-Soldaten in Bar herum, weil die Regierung in Podgorica – man glaubt es kaum, aber es stand in der »NZZ« – der Kfor die Nutzung der dortigen Hafenanlagen erlaubt hat. Außerdem hat Djukanovic in den letzten Jahren seine Polizeitruppen auf 15.000 Mann vergrößert und mit schwerem Gerät ausgerüstet, so daß sie der im Land stationierten 2. Bundesarmee (24.000 Mann) fast ebenbürtig sind. Die Djukanovic-Polizisten arbeiten nicht nur mit den unberechenbaren Freischälern der »Befreiungsarmee Montenegro« (etwa 4.000 Mann) zusammen, sondern laut »FAZ« auch mit Angehörigen des Kommandos »Spinne«. Dieses Kommando besteht aus serbischen Desperados, die vor kurzem von der Belgrader Justiz angeklagt wurden, für den französischen Geheimdienst zu arbeiten. Für OSZE-Ermittler William Walker, der seit den Ereignissen in Racak im Januar 1999 nichts mehr zu tun hatte, könnte es bald schon wieder einen Auftrag geben.

Konkret 02/00, S. 33

**Moritz Lautenbach**

# Nachschlag

Bilder von Barrikaden, Bullen, Straßenschlachten, unterlegt mit einem aktuellen Hit der Toten Hosen - wenn sich die »internationale Antifa« trifft, um sich über den aktuellen Stand ihrer Arbeit zu verständigen, bedarf es zum Auftakt offensichtlich einer mutmachenden Selbstversicherung, und sei es ein pathetischer Videoclip, der die Aktivisten-Urreflexe anspricht. Unter dem Motto »Für eine starke Linke« versammelten sich am B. Januar im Kreuzberger SO 36, auf Einladung der Berliner Antifaschistischen Aktion (AAB) und der Bundesweiten Organisation der Antifaschistischen Aktion (AA/BO), linke Aktionisten aus Dänemark, Schweden, Frankreich, Tschechien und Österreich. Die Ergebnisse im Einzelnen: In Dänemark gibt es Erfolge bei der Verdrängung der Nazischläger von der Straße, aber auch einen wachsenden Fremdenhaß in der Bevölkerung. Die Schweden leiden unter der amtierenden sozialdemokratischen Regierung, die laut Einschätzung der Delegation repressiver und rassistischer vorgeht als ihre konservativen Vorgänger, und konzentrieren sich auf die verkorkste Asylpolitik. Die französische Delegation rühmte sich ihrer ausgefeilten Taktik im Streetfight - und des Nebeneffekts, damit auch arbeitslose Jugendliche aus den verslumten Vorstädten für aktive » Mitarbeit« zu begeistern. Die 1989 gegründete Antifa Prag ist täglich gewaltsamen Übergriffen von Nazibanden und Repressionen durch Staat und Polizei ausgesetzt, konnte sich selbst allerdings auch nicht auf politische Ziele, sondern nur auf ein vages libertär-anarchistisches Konzept einigen. Die rosa Antifa Wien, die sich besonders für Schwule und Lesben einsetzt, lieferte eine düstere Beschreibung der zunehmend antisemitischen Stimmung auf Österreichs Straßen. Die deutsche Antifadelegation schließlich sieht in dem Zusammenschluß der AA/BO ohnehin das einzige Aktionsfeld der »militanten deutschen Linken« seit Anfang der 90er Jahre. Fazit: Schwere Zeiten »für eine starke Linke«. Aber gut, daß man sich mal getroffen hat.

*Moritz Lautenbach*

**Vorschlag**

Zum fünften Mal werden KONKRET-Redakteur Rayk Wieland und -Autor Gerhard Henschel in ihrer monatlichen Veranstaltungsreihe mit dem irreführenden Titel »Toter Salon« das kulturelle Restpotential der von Ohnsorgtheater, Literaturhaus und sonstigen »Vergnügungs«-Etablissements beherrschten sog. Elbmetropole zum Leben erwecken. Als Gaststar tritt diesmal der Zeichner Chlodwig Poth (»Last Exit Sossenheim«) auf, der, unterstützt von seiner Frau Anna als Sprechblasenvorleserin, seine Werke präsentiert. I *Toter Salon, vol. 5, mit Gerhard Henschel, Rayk Wieland und, versehen mit den Tröstungen der Kirche, Chlodwig Poth in der Kantine des Deutschen Schauspielhauses, Hamburg, 11.2., 21 Uhr*

Konkret 02/00, S. 34

**Günther Jacob**

# Ein Nato-Rundbrief

Seit rund fünf Jahren ist das »Institut für Diaspora- und Genozidforschung« an der Ruhr-Universität Bochum (u. a. Mihran Dabag, Kristin Platt) bemüht, das Thema »Genozidforschung« in den Selbstverständnisdiskurs der Berliner Republik einzuspeisen. Eine erste Konferenz im Jahr 1995 brachte seinerzeit die begehrten Inputs an US-amerikanischen und kanadischen Genocide-Studies, einen dicken Tagungsband mit dem Titel Genozid und Moderne – Strukturen kollektiver Gewalt im 20. Jahrhundert sowie Kontakte zum Hamburger Institut für Sozialforschung.

*Doch in der jungen deutschen Genozidforschung wußte man sehr gut, daß eine »vergleichende Völkermordforschung« im Land der Täter unvermeidlich dem Verdacht einer Verharmlosung und Relativierung des Holocaust ausgesetzt ist und deswegen vorerst ein gewisses Schattendasein führen muß. Die ehrgeizige Idee vom »Anschluß an die in den USA geführte Diskussion« und von »einer Vielzahl vergleichender Arbeiten zu Genoziden« setzte zunächst viel Feinarbeit am Code voraus, etwa die politisch korrekte Abgrenzung zu einer quantitativ verfahrenden »Genozidforschung« oder Verklausulierungen wie »Genozidale Destruktivität im 20. Jahrhundert«. Die von Beginn an erhobene Forderung nach »Internationalen Strafgerichtshöfen« kam daher auch zunächst ganz UN-konform daher und berief sich auf Raphael Lemkin. Der scheinbar naive zivilgesellschaftliche Duktus änderte sich jedoch schlagartig mit der deutschen Beteiligung am Nato-Angriff auf Jugoslawien. Mit der Einrichtung eines deutschen Protektorats im Kosovo war die Zeit für eine eigenständige deutsche »Völkermordforschung« gekommen.*

*Seit Ende 1999 erscheint nun zweimal jährlich die »Zeitschrift für Genozidforschung«, herausgegeben vom erwähnten Institut und wissenschaftlich beraten von Aleida und Jan Asmann, Zygmunt Bauman, Micha Brumlik, Norbert Frei, Jörn Rüssen, Michael Wolffsohn und anderen. »Die Zeitschrift stellt internationale, interdisziplinäre Beiträge zur Genozidforschung vor mit neueren Forschungsansätzen zur komparativen Genozidforschung, zu Einzelereignissen kollektiver Gewalt.« Thematisiert werden »Fragen des Lehrens und Lernens über Genozid, Problemfelder der Früherkennung, Vorbeugung und Verhinderung«. Wem zum Thema »Früherkennung, Vorbeugung und Verhinderung« von »Völkermord« die Nato als besonders effektive Instanz einfällt, liegt nicht verkehrt, denn als eine Art wissenschaftlicher »Nato-Rundbrief« präsentiert sich das neue Magazin in der Tat. Am »Beispiel von Rwanda und Bosnien« referiert Helen Fein über »Genozid als Staatsverbrechen« und fragt dabei, woran man einen Genozid erkennen könne und was dagegen dann zu tun sei: »Zeichen, die einem Genozid vorausgehen, sind beispielsweise zunehmende Massaker oder massive Verletzungen der Menschenrechte ... Potentiellen Tätern heißt es die Botschaft zu vermitteln, daß sich Genozid nicht auszahlen wird ... Die effektivste Maßnahme wäre die frühzeitige Entwaffnung der Planer des Genozids durch die Vereinten Nationen oder die Errichtung einer multinationalen Macht noch vor Beginn der systematischen Ermordungen.« Ronit Lentin, zuständig für »Etnic and Racial Studies« in Dublin beruft sich in ihrem Beitrag »Gendering Genocide« auf den britischen »Guardian« und obskure Radiostationen, die während des Nato-Angriffs auf Belgrad berichteten, wie »serbische Soldaten schwangeren Frauen den Bauch aufschlitzten«. Ein Professor Otto Luchterhand (Uni Hamburg) mit »zahlreichen Veröffentlichungen zu nationalen Minderheiten« sieht im Kosovo einen »Fall von Völkermord« und hält das »Gewaltmonopol der UN« seit Scharpings Klarstellungen zum Thema Genozid für eine »dogmatische Lehre«.*

*»Zeitschrift für Genozidforschung«, Heft 1/99, Leske und Budrich, Opladen 1999*

Konkret 02/00, S. 35

**Jürgen Elsässer**

# In diesem Sinne - Utes Geheimnisse

Wer hat schon Bock, zwischen den Jahren zu arbeiten? Auch "Spiegel"-Redakteure nicht, die aber gleichwohl wieder ein Heft über die Feiertage produzieren mußten, und wie in jedem Betrieb wälzte man auch im Hause Augstein diese lästige Pflicht auf Schütze Arsch und die Betriebsnudel vom Dienst ab. Knüller der ersten Ausgabe im - laut "Spiegel"-Berechnung - dritten Jahrtausend sollte der Start zur Serie "Wie es wirklich war - Die Geheimnisse des Kosovo-Krieges" sein, und Redakteur Erich Follath war zunächst ziemlich bänglich, ob er das auch wirklich hinkriegen würde. Immerhin hatte ihm Stefan Aust vor seinem Abflug in die Wüste Gobi - "Zum Krafttanken, auch spirituell" - noch ein Fähnlein Erstsemester aus der Henri-Nannen-Schule unterstellt. Wirklich hilfreich aber war die Ute aus dem Hausarchiv, die ihn bei der improvisierten Weihnachtsfeier der Stallwache zur Brust nahm und mit den Worten "Das schaffst Du schon - Erich währt am längsten" in das Refugium der "Spiegel"-Datenbanken entführte. Von da an war alles ganz einfach. Suchbefehle, Textbausteine, www.auswaertiges-amt.de - und fertig war die Laube. Follath hatte den Dreiteiler tatsächlich bis Heiligabend im Kasten, den Feinschliff überließ er gegen zwei Kisten Mumm-Extra-Dry der guten Ute und den eifrigen Nannen-Novizen.

Das Ergebnis konnte sich sehen lassen. Fischers Zitate von der CD-Rom der "Zeit" - "Die Amis gaben uns null Möglichkeiten, noch irgend etwas zu beeinflussen" oder "Wir hatten nur 15 Minuten Zeit, Ja oder Nein zu sagen" - waren echt shocking, und was Rathfelder seinerzeit zum Massaker von Racak geschrieben hatte, las sich in Follaths Zusammenstellung eigentlich viel seriöser als damals in der "Taz". Ute hatte zunächst einige Bedenken, das von Joschka Fischer dem Milosevic angedichtete Diktum "Ich gehe über Leichen, und das kannst Du nicht!" in einen tatsächlich erfolgten Ausspruch des serbischen Präsidenten umzulügen, aber als Follath ihr beim Italiener einen "FAZ"-Text vorlas, in dem der bekannte Poet Peter Schneider dies ebenfalls gemacht hatte, ließ sie sich doch für den "kleinen journalistischen Kunstgriff" einnehmen. Es wurde ein mega-schöner Abend.

In den folgenden Tagen spielten sie öfters das "Madame-Albright-and-naughty-Joschka-Spiel", wie Ute es nannte, und einige Passagen daraus gaben der Serie sogar eine sublim-erotische Note. Jedenfalls: Als Stefan Aust aus dem Urlaub zurückkam, bemerkte er an Follath eine straffere Haltung und ein Glitzern in den Augen. Menschen wachsen an ihren Aufgaben, dachte der Chefredakteur versonnen.

Konkret 02/00, S. 35

**Marit Hofmann**

# In diesem Sinne - Mit den Waffen einer Frau

Kameradin Kreil! Antreten zur Glückwunschentgegennahme! Im Namen aller Geschlechtsgenossinnen, insbesondere im Namen der Wehrbeauftragten der deutschen Frauenbewegung, Alice Schwarzer, danken wir Ihnen in dieser denkwürdigen Stunde - stehn Sie bequem! - für Ihren unerschrockenen Kampf gegen das letzte Berufsverbot für Frauen, der nun vom Europäischen Gerichtshof belohnt worden ist: Gerade zur rechten Zeit, in Anbetracht der Ausweitung des Aufgabenfelds unserer Friedenstruppen, wird "endlich auch in Deutschland Frauen der Dienst an der Waffe erlaubt" ("Emma"). Nur keine falsche Bescheidenheit, Kameradin! Gut, die "Emma"-Titelzeile "Kreil gegen Deutschland" hat die Sache vielleicht nicht hundertprozentig getroffen, da Sie doch, wenn wir richtig verstanden haben, Klage einreichten, um für die Nation zu kämpfen. Genaugenommen, sagen Sie, ginge es Ihnen nur um einen sicheren Arbeitsplatz bei der Bundeswehr. Geschenkt! Immerhin ließen Sie sich nicht mit einem Posten als Marschmusikantin oder Kanonenfutter abspeisen (im Ernstfall, meinten Sie, gehen die "Sanitäter ... doch als erste drauf"), denn mehr noch als die bezahlten Adventuretours in Krisenregionen, der Realityeffekt beim Bombenabwurf, das praktische Military-Training oder die sexy Khakiuniform hatten es Ihnen die imposanten Panzer angetan. Durch Ihre Zähigkeit haben Sie, Kameradin Kreil, den Triumph der Emanzipation besiegelt.

"'Feminismus'", prophezeite Frau Prof. Gertrud Höhler erst kürzlich in der "Zeit", "das wird bald ein nostalgischer Akkord aus der alten Industriekultur sein", denn: "Frauen sind Innovationspersonal; nicht nur in Gestalt der Trümmerfrauen, im realen Geröllfeld der Kriege, sondern auch dort, wo virtuelle Strukturen in den Köpfen zerfallen." Und wer sich diesen Ergebnissen der "Hirnforschung" versperrt, verspricht unsere Schwester im Geiste weiter, der darf eben nicht mit ins 21. Jahrhundert. Wir aber, Kameradin, sind bereits angekommen, die Strukturen in unseren Köpfen sind zerfallen, die Ära der Zertrümmerfrauen kann beginnen.

Eine Ungerechtigkeit wäre da aber doch noch auszuräumen: Wie SPD-Verteidigungsexpertin Verena Wohlleben völlig korrekt anmahnt, ist die Tatsache, daß die Wehr*pflicht* nach wie vor nur für Männer gilt, "auch eine Form der Diskriminierung". Hier wäre also - notfalls mit Waffengewalt - noch ein letzter Handstreich im Dienste der Emanzipation zu tun. Also, Kameradin: Wegtreten und ran an die Waffen!

Konkret 02/00, S. 35

**Karl Selent**

# In diesem Sinne - J□ dische Kassen

Kanther und sein Finanz-Jongleur Prinz Wittgenstein werden sich schon etwas gedacht haben, als sie die undeklarierten Spenden der hessischen CDU als Schenkung jüdischer Emigranten ausgaben. Nach dem Hexeneinmaleins der Assoziationspsychologie bedient das Bild beinahe alle Stereotype des modernen Antisemiten: jüdisches Kapital, Verschiebung von Spekulationsgewinnen in Steueroasen, Verderbnis für die braven Volksgenossen, die sich mit "ihnen" einlassen. Der Protest der Jüdischen Gemeinde zu Frankfurt war berechtigt, die ausbleibende Entschuldigung der Unionisten bezeichnend.

Daß aber die Journaille nun plötzlich den Antisemitismus bei der CDU entdeckte und selbst "Bild" Kanther zur Niederlegung seines Bundestagsmandats aufforderte, ist allerdings ziemlich unappetitlich, waren es doch die Schwarzen selbst, die schon seit Wochen bei der Kommentierung der Korruptionsfälle routiniert die Ressentiments bedienten. So sprach die "Tageszeitung" Anfang Januar von einer "Bananenrepublik" und projizierte damit die beklagten negativen Eigenschaften auf das niedere Ausland. "So einer mag in Timbuktu Furore machen; Niedersachsen jedoch hat einen solchen Regierungschef nicht verdient", hatte die "Neue Osnabrücker Zeitung" schon Ende November das Finanzgebaren des gerade zurückgetretenen Ministerpräsidenten Gerhard Glogowski beklagt - auch sie sah also den Neger am Werk. Auch die "Rheinische Post" erkannte in der Korruption das Fremde, nämlich "die dekadenten Eigenschaften" wiederum "einer Bananenrepublik". Selbst die linke Wochenzeitung "Jungle World" gibt sich populistisch, identifiziert "Helmut Corleone" als "Paten" und fragt: "Sind wir in Italien oder gar (!) in Little Italy ? ... Welcher Mafia ist Kohl im Weg?"

"Bild" beschrieb die Chose mit dem aus dem Jiddischen abgeleiteten negativen Begriff der "Mauschelei", und auch das Kölner Boulevardblatt "Express" sah den "Makel des Millionen-Mauschlers auf dem Kanzler der Einheit". Die seriöse "FAZ" dagegen erhebt nicht selbst den Vorwurf, sondern kommentiert vornehm "Vorwürfe, es habe ... Mauscheleien ... gegeben". Schon im Sommer letzten Jahres hatte "Bild" geschlagzeilt: "Jeden Tag eine neue Affäre - Der Mauschel-Staat"!

Diese Projektion der eigenen Eigenschaften auf die Juden kannte bereits die Philosophin Hannah Arendt: "Nachdem es dem deutschen Bürgertum nicht gelungen war, eine politische Emanzipation zu erkämpfen ... In diesem Fall haben die Juden die Zeche bezahlt. Denn ... (es) waren ... die angeborene Neigung zum Geschäftemachen ..., welche der Adel am Bürgertum auszusetzen beliebte, den man auf andere, nämlich die Juden abschob."

Konkret 02/00, S. 36

**Ralf Schröder**

# Wunschmaschine Putin

**Die Kreml-Astrologen bejubeln den Jelzin-Nachfolger – und machen ihn gleichzeitig für den »Vernichtungskrieg« in Tschetschenien verantwortlich**

Rußlands neuer Präsident ist ein geheimnisvoller Mann. Im »Spiegel« wird Wladimir Putin respektvoll als »Experte in Sachen Verrat vorgestellt«, ein »Pokerface«: derart »der Selbstkontrolle unterworfen, daß er sogar sein Lächeln rationiert an- und absetzt.« Putin kommt vom Geheimdienst, Abteilung Auslandsaufklärung. Als KGB-Mann hat er lange Jahre in Dresden gearbeitet, wo er u. a. ausreisewütige DDR-Bürger als neue Agenten für die Betriebsspionage in Westdeutschland anwarb. Putin, in diesem Punkt sind sich die Kommentatoren einig, hat seine bisherigen Jobs meist bravourös erledigt, auch die schmutzigen. Die graue Eminenz des deutschen Spionagewesens, Mischa Wolf, attestiert ihm eine »intime Vertrautheit mit den Taktiken der Täuschung – ein Talent, das für politische Manöver große Vorteile bieten kann.«

Nach der Abschaffung der DDR arbeitete Putin zunächst als Vize bei seinem ehemaligen Lehrer Anatolij Sobtschak, dem Petersburger Oberbürgermeister. Als der 1996, mittlerweile von Bestechungsermittlungen bedroht, vorübergehend nach Paris übersiedelte, ging Putin nach Moskau und verwaltete dort die umfangreichen Immobilien des Präsidialamtes. Auf seinem nächsten Posten hatte er die Ausführung der Jelzin-Dekrete zu überwachen. Kaum zum Vizestabschef des Präsidenten ernannt, wurde er im Juli 1998 zum Chef des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB) weiterbefördert, der Nachfolgeorganisation des KGB. In dieser Funktion gewann er rasch das Vertrauen der Familie Jelzin sowie der zugehörigen Kreml-Größen; Putins spektakulärste Aktion war die Entmachtung des Generalstaatsanwaltes Skuratow: Als dieser vor einigen Monaten recht energisch in der Sache mutmaßlicher Schweizer Bestechungsgeld-Konten der Familie Jelzin ermittelte, wurde dem Fernsehen ein Videoband zugespielt, das einen »Skuratow ähnlichen Freier mit zwei Prostituierten im Bett« (»Spiegel«) zeigte. Der Ermittler wurde suspendiert und Putin wenig später zum Ministerpräsidenten ernannt. Gleich danach eskalierte der Tschetschenien-Krieg.

Schnell fanden deutsche Kommentatoren heraus, dieser sei einzig und allein entfesselt worden, um entweder die Parlamentswahlen zu sabotieren oder diese im Sinne des Kreml zu manipulieren. Ein solch sachfremder Kriegsgrund wäre natürlich an Niedertracht kaum zu überbieten. Zum Beweis dieser Niedertracht war u. a. der Rußland-Korrespondent der »Frankfurter Rundschau«, Florian Hassel, angetreten. Im Gegensatz zu den in dieser Sache fast durchweg vorsichtigeren anderen Redaktionen trieb er sich in sämtlichen vom Wahlkampf angeheizten Moskauer Gerüchteküchen herum und kolportierte gleich mehrfach, der – nicht immer, aber meist – mit Jelzin eng verbündete russische Finanzmagnat Beresowski habe durch umfangreiche finanzielle Zuwendungen an die tschetschenischen Warlords planmäßig dazu beigetragen, diese kriegsfähig zu machen. Der Überfall der tschetschenischen Islamisten auf die Nachbarrepublik Dagestan im Sommer 1999, in dessen unmittelbarer Folge der Krieg eskalierte, sei sehr wahrscheinlich von Beresowksi »bestellt« und mit 30 Millionen Dollar »bezahlt« worden. Solche Aktionen wären Beresowski durchaus zuzutrauen, bewiesen sind sie bisher nicht. Aber zu viel Bedeutung, so Hassel nun wieder im Mainstream, sei den Verschwörungsszenarien auch wieder nicht beizumessen: »Selbst wenn der Rebell Bassajew und seine Verbündeten ... keine bezahlten Provokateure Moskaus sind, sondern im Kaukasus tatsächlich ein islamistisches Regime errichten wollen, ist Moskaus Krieg ein Verbrechen.«

Groteskerweise nahm die Kritik an Rußlands Kriegsführung an Schärfe zu, je näher die russischen Soldaten den vorzüglich ausgerüsteten und trainierten Formationen der islamistischen Warlords kamen. Mit dem Vorrücken auf die in der Hauptstadt Grosny und im gebirgigen Süden gelegenen Stellungen der durchweg zu »Freiheitskämpfern« bzw. »Rebellen« geadelten Banden tauchte immer häufiger und keineswegs zufällig eine Vokabel auf, die hierzulande seit der Tournee der mittlerweile erfolgreich bekämpften Wehrmachtausstellung eine gewisse Schlagkraft hat: »Vernichtungsfeldzug« (»Taz«), »Vernichtungskrieg gegen Tschetschenien« (»FR«), »Genozid« (»FR«), »Vernichtungskrieg im Endstadium« (»Taz«), »die zweite Kaukasus-Kampagne, ein Kriegsverbrechen« (»Spiegel«), »der russische Vernichtungsfeldzug« (»FAZ«), »Völkermord in Tschetschenien« (»FR«), »Akt der Barbarei« (»Die Welt«), »Vernichtung einer nationalen Minderheit« (»FAZ«), »Ausrottungsfeldzug« (»FR«), »Vernichtungskrieg« (ARD-Brennpunkt).

Diese Wendungen stammen sämtlich aus dem vergangenen Dezember und den ersten Januartagen, aus einem Zeitraum also, in dem der russische Vormarsch stockte und zunehmend Meldungen über erfolgreiche Gegenattacken der islamistischen Mudjahedin die Berichterstattung bereicherten. Die angeblichen russischen Vernichtungskrieger, so war überall zu lesen, seien nicht nur wenig motiviert, mangelhaft ausgerüstet und für den »Häuser- und Straßenkampf gegen die erfahrenen und hochmotivierten Tschetschenen« schlecht geschult (»FR«); es komme vor, daß sie »Waffen und Munition« im Austausch gegen »Brot und Zigaretten« (»FAZ«) an die Opfer der Aggression aushändigen. Die »FAZ« (12.1.) faßte den Zustand der vermeintlichen Vernichtungsmaschinerie so zusammen: »Wie schon im ersten Tschetschenienkrieg zeigt sich zudem, daß sich die russischen Streitkräfte nach wie vor in einem zum Teil desolaten Zustand befinden, die Generalität keine rechte Antwort auf die Guerilla-Taktik der Tschetschenen weiß und viele Soldaten nicht einmal eine halbwegs hinreichende Grundausbildung erhalten haben.«

Unterdessen ging der politisch Verantwortliche für den »Vernichtungskrieg« in den Ruhestand. In warmen Abschiedsworten erinnerten die westlichen Regierungen, einschließlich der deutschen, an Jelzins Verdienste im Kampf gegen den Kommunismus, im großen und ganzen sei er ein verläßlicher und berechenbarer Partner gewesen. Die Presse sah das ähnlich: »Er hat das Undenkbare gewagt und geschafft: das Ende der sowjetischen Diktatur fast ohne Blutvergießen, eine demokratische Verfassung für Rußland«, so exemplarisch der »Stern«. Daß Jelzin 1993 das Parlament von Panzern zusammenschießen ließ, bezeichnete die »Zeit« augenzwinkernd als »Blitzbürgerkrieg« gegen »erzkonservative Parlamentarier«, und daß nach der von Jelzin verfügten Freigabe der Preise ein Verelendungsschub einsetzte, hat ganz spezielle Gründe: »Als die Preise explodierten und die Läden sich mit Waren füllten, ging es den meisten schlechter; nur wenige erkannten die Gunst der Stunde und die Chance, die sich ihnen bot.«

Selbstverständlich erscheint in solchen Analysen die spezifisch postsozialistische Dialektik kapitalistischer Ent- und Aneignung nicht als Zusammenhang, sondern man trennt nach Gusto die guten Seiten von den schlechten. So würdigt auch der »Spiegel« Jelzin für die Überwindung des Kommunismus, entdeckt jedoch auch ein paar Flecken in der Bilanz: »Resultat nach beinahe neun Jahren Jelzin-Herrschaft: Das Sozialprodukt hat sich halbiert, fast die Hälfte erbringt die Schattenwirtschaft, die keine Steuern zahlt. Die Industrieproduktion ging um fast 60 Prozent zurück. Heute lebt der russische Staat wie ein Entwicklungsland vom Verkauf seiner Rohstoffe. Doch vom privatisierten Erlös flossen schätzungsweise 350 Milliarden Dollar in den Westen und seine Steueroasen, im letzten halben Jahr jeden Monat anderthalb Milliarden Dollar. Und jeder vierte Russe vegetiert unter der Armutsgrenze.«

Insgesamt können aus den einschlägigen Rückblicken auf die Jelzin-Ära ohne Mühe folgende Merksätze des Fortschritts extrahiert werden: 1. Daß Russen jetzt reich werden können, ist die gute Hauptsache, daß fast alle arm geworden sind, die schlechte Nebensache. 2. Daß Rußland den Kommunismus überwunden und eine Präsidialverfassung hat, ist begrüßenswert, daß real die Mafia herrscht, ist bedauerlich. Die Erkenntnis, daß das Einerseits mit dem Andererseits unter den gegebenen Bedingungen eine Zwangsehe eingehen mußte, ist bei einer solchen Zählweise von vornherein ausgeschlossen.

In den Plus-minus-Besichtigungen der Jelzin-Ära taucht der »Vernichtungskrieg« gegen Tschetschenien übrigens nur als Fußnote auf: Keineswegs als der verzweifelte, aber völkerrechtskonforme Versuch der reaktionären Moskauer Elite, ihr ruiniertes Herrschaftsgebiet als Pfand für die Zukunft zusammenzuhalten, sondern eher als Verrat an den von Jelzin selbst propagierten Idealen.

Während der warm verabschiedete Jelzin die politische Verantwortung für den »Vernichtungskrieg« trug, war Ministerpräsident Putin bis zum Jahreswechsel der Stratege des Feldzuges. Diese Position trug zum Durchmarsch ins Präsidentenamt entscheidend bei, allerdings nicht im Sinne der Legende, der Tschetschenien-Krieg sei von Putin planmässig entfesselt worden, um den eigenen Ambitionen eine Bühne zu verschaffen. Es war vielmehr so, daß die korrupten und gegeneinander konkurrierenden Clans der Privatisierungsgewinner im Kreml eine Figur suchten, mit der glaubwürdig Staat und Mafiaherrschaft gleichzeitig zu machen sei. Sie fanden den organisationstüchtigen und Jelzintreuen Geheimdienstmann und nutzten, bedrängt durch die keineswegs abwegige Vision verlorenener Duma- und Präsidentschaftswahlen, dessen gefährlichste Eigenschaft: Im Gegensatz zu Jelzin und den Mafia-Oligarchen scheint Putin ein seriöser Vertreter russischer Staatlichkeit.

Den Krieg allerdings hatten nicht Putin und seine Unterstützter begonnen, sondern die tschetschenischen Warlords, spätestens mit ihrem Überfall auf Dagestan. Allerdings definierte Putin nach seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten das Kriegsziel neu: Hatten die vorangegangenen Regierungen die von Kriminalität und islamistischem Terror geprägten Zustände in Tschetschenien eher als polizeiliches Problem betrachtet und es gemäß dem in Rußland etablierten Eifer bei der Verbrechensbekämpfung vernachlässigt, erklärte Putin die Sache zu einer Frage der nationalen Existenz. Diese neu akzentuierte strategische Prämisse mobilisierte unter Zuhilfenahme der von den Mafia-Paten bereitgestellten Medien die Wähler, schützte aber Putin vor allem vor der unangenehmen Frage, warum er die Moskauer Kriminellen nicht mit ähnlicher Energie bekämpfe wie die tschetschenischen. Wobei einige Indizien, etwa die Personalpolitik des neuen Präsidenten, darauf hindeuten, daß er diesen Widerspruch womöglich ausräumen möchte. Wagen würde Putin die riskante Konfrontation mit den vaterlandslosen und korrupten Geldmagnaten einzig in der Absicht, die Verschleuderung des Nationalreichtums zu stoppen und Rußland erneut eine vordere Position in der Staatenkonkurrenz zu verschaffen.

Weil dies wiederum nachhaltige Änderungen der russischen Politik nach sich ziehen könnte, war den insgesamt freundlichen Kommentierungen aus den westlichen Hauptstädten sehr explizit auch die Warnung an Putin zu entnehmen, man erwarte innen- und außenpolitisch eine Fortsetzung der Jelzin-Linie. Bezüglich des »Vernichtungskrieges« war von völkerrechtlichen Bedenken nirgendwo die Rede; Bundeskanzler Schröder, so präzisierte die »FAZ« nach Erkundigungen im Kanzleramt, habe die Hoffnung auf ein schnelles Ende des Krieges nur deshalb an Putin adressiert, weil die Bundesregierung fürchte, »der Krieg könne die russische Führung dauerhaft schwächen. Das liege nicht im Interesse des Westens.«

Auch in den Redaktionen wurde in der Folge die Propaganda vom »Vernichtungskrieg« durch die Freude über den Sieg des Antikommunismus in den Hintergrund gedrängt. Den Sieg der Putin-Unterstützer bei den Duma-Wahlen deutete ein »Taz«-Kommentar als »Zeichen der Hoffnung«, die »FAZ« freute sich über »die Chancen, daß sich eine antikommunistische Mehrheit in der Duma zusammenfindet.« Die »Zeit« befand, »der neue russische Präsident könnte sogar berechenbarer werden als der alte«, in der »Welt« schrieb die Enkelin Chruschtschows, Kriegsheld Putin sei »genau das, was Rußland braucht, nachdem es der Helden, Revolutionäre, Kriminellen und auch der Retter überdrüssig ist.« Kurz: Neben der Halluzination, die Putin als Massenmörder vorstellt, haben je nach Tagesbedarf auch allerlei andere Projektionen Platz. Eine der in der Berliner Republik beliebtesten machte der »Focus« zur Schlagzeile: »Die Russen setzen mit Putin auf einen starken Führer. Der kühle Jelzin-Nachfolger gilt als berechenbar und deutschlandfreundlich.«

---

Ralf Schröder schrieb in KONKRET 1/2000 über die deutschen Sympathien für die tschetschenischen Islamisten.

Konkret 02/00, S. 38

**Christel Dormagen**

# Feminismus 2000

**Statt Revolution die »Balance zwischen Arbeit und Freizeit«, statt Abschaffung der Herrschaft die Kollaboration – was als neueste Ausgabe der Frauenemanzipation daherkommt, ist der reine Revisionismus**

Mädelschaft klingt wirklich nicht besonders gut, ja sogar ziemlich nazimäßig. Aber wenn ich so lese, was »Spiegel«- und andere Erfolgsdamen seit kurzem als die neue, mit Macht voranpreschende Frauenpower verkaufen, dann kommt mir das so vor, als sei da quasi eine Burschenschaft für Frauen angetreten, nicht die Hälfte des Himmels einzufordern, sondern sich ein paar von den wenigen Plätzen in den oberen Rängen der Erde zu sichern. Und das Verwirrende dabei ist:Dieses mit viel Disziplin betriebene Rangeln um Macht und Einfluß läuft unter dem Label »Feminismus«. Natürlich handelt es sich um den »neuen« Feminismus, der jetzt die Nachfolge der »alten« Frauenbewegung angetreten habe. Denn die habe sich teils »zu Tode gesiegt«, teils beleidigt und verstockt zurückgezogen und merke gar nicht, daß sie ihren selbstbewußten Töchtern längst auf den Keks geht, im eigenen dogmatisch vermufften Saft schmort und ganz und gar nichts mehr zu melden hat.

Susanne Weingarten und Marianne Wellershoff, beide jüngere »Spiegel«-Redakteurinnen, haben unlängst ein Buch geschrieben (*Die widerspenstigen Töchter. Für eine neue Frauenbewegung*) und in einer »Spiegel«-Titelgeschichte (»Fordert, was ihr kriegen könnt«, Nr. 47/99) noch mal nachgelegt bzw. die im Buch noch vermißte und herbeibeschworene Frauenbewegung im Artikel dann wundersamerweise prompt tatsächlich entdeckt.

Die Autorinnen gestehen der Siebziger-Jahre-Frauenbewegung durchaus zu, »daß sie die Einstellungen der jungen Frauen zu ihrem Leben, ihre Erwartungen und Hoffnungen, radikal verändert hat. Diese jungen Frauen sind sozusagen Feministinnen après la lettre.« Dann aber habe sie die Kurve nicht gekriegt, sich bequem in die Daueropferrolle fallen lassen, dem Patriarchat die Schuld für alle Übel der Welt zugeschoben und schlicht die Zeichen der Zeit nicht mehr erkannt. Immer noch verachte sie Kinderkriegen und Familienarbeit, sei blind für die Umstrukturierung der Arbeitsgesellschaft, propagiere weiter die volle Erwerbstätigkeit für Frauen als allein seligmachend und habe sich schließlich vollkommen realitätsfern in die geschützten Räume des Wissenschaftsbetriebs zurückgezogen, wo sie akademische Frauenstudien ohne praktischen Anwendungsgewinn betreibe. Ideen und Vorschläge angesichts des Umbaus der Welt zur Informationsgesellschaft, politische Forderungen zur Absicherung von Teilzeitarbeit, Modelle zur weiblichen Karriereunterstützung habe sie nicht mehr zu liefern gewußt und nur noch besserwisserisch das frische, freche, freie Handeln der nachwachsenden emanzipierten jungen Frauen verurteilt. Kurzum, die Mütter haben ausgedient, jetzt seien die Töchter dran.

In ihrer Bucheinleitung zitieren Weingarten und Wellershoff u. a. Pieke Biermann, die, selbst einst frauenbewegt, mit den alten Feministinnen kritisch abrechnet und sich fragt, »ob es sich bei der Frauenbewegung letztlich nicht nur um einen ›exklusiven Karriereclub für Frauen mit einem ganz bestimmten Lebenskonzept‹ gehandelt habe«. »Viele Veteraninnen«, heißt es in der Einleitung weiter, hätten »in den Institutionen Karriere gemacht, durch die sie einst hindurchmarschieren wollten (eine Entwicklung, die sie mit den Apo-Kämpfern derselben Generation verbindet)«. Wobei ich den allermeisten meiner Veteraninnenschwestern doch zugute halten möchte, daß sie ihr Mäntelchen nicht so unverfroren in die neuen ideologischen Windrichtungen gehalten haben wie ihre männlichen Genossen.

Das ganz und gar Komische aber ist, daß das, was nun im Fortlaufenden emphatisch als neuer Feminismus der 20- bis 40jährigen ausgerufen wird, haargenau dasselbe ist, was Pieke Biermann am alten beklagt, nämlich, um es noch mal zu wiederholen, ein exklusiver Karriereclub für Frauen mit einem ganz bestimmten Lebenskonzept! Nur sieht dieses Konzept jetzt ein bißchen anders aus. Die beiden Leitbegriffe lauten Pragmatismus und Macht. Gesellschaftsveränderung gehört nämlich in die Rubrik Utopien, und die sind komplett out. *Erfolg ist sexy* – so der Titel eines neueren Frauenratgebers (Untertitel: »Die weibliche Formel für mehr Lust im Beruf«) – , und Einfluß haben, egal wo und wie und zu welchem Zweck, ist mega-in.

In einem Interview in der besagten »Spiegel«-Nummer wird – es darf dreimal geraten werden, wer – gefragt: Solche »Ratgeber zielen darauf ab, innerhalb eines Männersystems erfolgreich zu sein. Kann das nach feministischer Theorie der richtige Weg sein?« Antwort von Alice Schwarzer: »Natürlich. Frau kann ja nicht jeden Morgen beim Kaffee darüber nachgrübeln, wie sie heute die ganze Welt verändert.« Tja, wenigstens eine Veteranin hat also mithalten können in der Rat race und wirkt fleißig mit an der Botschaft: Was Frauen tun, ist wohlgetan!

Sehr hübsch und beispielhaft hat sich auch Luka, eine weibliche DJ, die die zwei Autorinnen in ihrem Buch porträtieren, aus der lästigen Frage nach etwaiger gesellschaftlicher Verpflichtung herausmanövriert. Sie erzählt, wie sie bei einer Frauen-und-Musik-Veranstaltung Frauen kennenlernte, »die gar nicht erst in Machtpositionen vorrücken wollten, weil Macht patriarchalisch sei, das Patriarchat sei Kapitalismus, und Kapitalismus und Feminismus paßten nicht zusammen. ›Da blieb mir die Spucke weg‹, sagt Luka. Sie las sich bei Foucault ein, und seither denkt sie darüber nach, daß man Macht wahrscheinlich nicht abschaffen kann und deshalb richtig einsetzen muß.«

Es geht also nicht mehr darum, Institutionen zu *unter*wandern, sondern in denselben *hoch*zukommen, ein anständiges Stück vom Kuchen abzukriegen. Es gelte, so die neue Losung, Gleichberechtigung »innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen« durchzusetzen. Es soll allerdings nicht verschwiegen werden, daß Weingarten und Wellershoff in ihrem Buch differenzierter vorgehen als im herrisch zugespitzten Zeitschriftenartikel. Trotzdem bleibt unterm Strich: Feminismus 2000 heißt offenbar, daß ein paar wenige extrem durchsetzungsfähige, ziel- und machtbewußte Frauen es – mal mit, mal ohne unterstützende Lobbyarbeit, Seilschaften und Netzwerke, mal mit, mal ohne Kinder, Hausmann und Kindermädchen – geschafft haben, in der herrschenden Verdrängungsgesellschaft nicht hinten runterzukippen. Ganz im Gegenteil, sie sind voll dabei! Wie zum Beispiel die prominente amerikanische Feministin neuerer Fassung Naomi Wolf (»ein Feminismus, der den Kontakt zum realen Leben der Frauen verloren hat, ist unproduktiv«), die jüngst »zur offiziellen Beraterin des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Al Gore ernannt worden« ist. Und ebenso stolz werden im »Spiegel« die entsprechenden erfolgreichen Karrieristinnen mit Foto und Kurztext vorgeführt, wie etwa »Corinna Steinauer, 36, Managerin«. »Zehn bis zwölf Stunden arbeitet Steinauer pro Tag, in ihrer Freizeit spielt sie Tennis und Golf oder geht ins Fitnesscenter. ›Wichtig ist‹, sagt sie, ›die Balance zwischen Arbeit und Freizeit zu schaffen.‹«

So sieht es also aus, das richtige emanzipierte feministische Leben in den »Rahmenbedingungen«. In diesem Sinne ein verdattertes Glückauf euch widerspenstigen Rahmenbedingungs-Töchtern! Mit ein wenig besser gebündelter Seilschafterei kann es da ja nur immer aufwärtser gehen.

Susanne Weingarten, Marianne Wellershoff: *Die widerspenstigen Töchter. Für eine neue Frauenbewegung*. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1999, 269 Seiten, 24,90 Mark

---

Christel Dormagen schrieb in Literatur Konkret 1999 über Luise F. Pusch und die feministische Sprachkritik

Konkret 02/00, S. 41

**Rayk Wieland**

# Kannibale im Anzug

**Kulturkolumne**

Das kann man sich eher nicht vorstellen: Daß Ernst Busch eines Tages den »FAZ«-Herausgeberposten ergattert, in der »Zeitung für Deutschland« Ehrenerklärungen für die Ustascha abgegeben und Schmähtiraden gegen Titos Partisanen abgehalten haben könnte. Dies aber auch nicht: Daß z. B. »FAZ«-Ex-Herausgeber Johann Georg Reißmüller eine CD mit Kampfund Arbeiterliedern aufnehmen würde, die er mit der Inbrunst eines Badewannen-Baritons und Klavierbegleitung vorträgt. Und doch ist eine der beiden abstrusen Spekulationen leider wahr, und zwar natürlich die zweite. Reißmüller hat gesungen.

Das ist allerdings auch sein gutes Recht, wir leben in einem freien Land. Reißmüller kann singen, was und wie es ihm gefällt, und warum nicht Agitprop-Songs aus den frühen Jahren der DDR? Gewiß, hätte er' - »Die Fahne hoch, die Reihen fest geschlossen...« - eine CD mit Horst-Wessel-Liedern aufgenommen, man wäre weniger verwundert gewesen. Er hat sich aber anders entschieden und also »Das Lied von der Partei«, »Ohne Kapitalisten geht es besser«, »Der rote Wedding«, »Mit Walter Ulbricht kämpft sich's gut« und weitere 16 Lieder eingespielt, die jetzt unter dem Titel »Uns gefällt diese Welt« bei Zweitausendeins erschienen sind.

Vom artifiziell-ästhetischen Standpunkt aus ist diese seine Einspielung jedoch eine öde Partie. Reißmüllers Stimme klingt dumpf und belegt wie ein alter Tischgong, und sie ist so ausdrucksstark wie die elektronisch generierten Ansagen in japanischen Anrufbeantwortern. Vielleicht sollte man nicht nur immer die Kirche im Dorf lassen, sondern mit Mitgliedern von Kirchenchören ebenso verfahren. Reißmüllers musikalisches Temperament jedenfalls, und er gibt sich keine Mühe, dies zu verbergen, muß in den frühen fünfziger Jahren die letzte Ausprägung erfahren haben. Es ennuyiert in allerhöchstem Maße. Und es verdrießt nicht wenig, eine ausgediente »FAZ«-Charge hier mit Busch und Eisler rummachen zu hören.

Die Sichtung und die Rezeption des gestrandeten DDR-Liedguts erfolgen seit 1989 auf zweierlei Weise. Es gibt die dokumentarischen Kompilationen, die Originalfassungen edieren und so dem Vergessen entziehen, und es agiert die denunziatorische und Spaßfraktion, die sich an der Beschränktheit vieler Exponate des DDR-Liedschaffens delektiert. Reißmüllers verdächtige Inbrunst und sein preziöses Kammerton-Gehabe aber umgehen diese ambivalente Fixierung der Öffentlichkeit auf die DDR-Weltanschauungs-Exponate, und er scheint eine Art dritten Weg im Rezitationswettstreit der Systeme einzuschlagen.

Aber warum singt Reißmüller überhaupt und singt nicht vielmehr nicht?

Das CD-Booklet erteilt keine Auskünfte darüber, und Reißmüller selber hält sich völlig bedeckt. Klar ist, daß hier kein Spätkonvertit am Werke ist, der mit 67 Jahren den Kommunismus für sich entdeckt hat, auch wenn die Tageszeitung »Junge Welt« in ihrer Rezension ihm schon einen Redakteursposten angeboten hat: »Den mutigen Anspruch auf Glück, der in vielen der 20 Lieder verfochten wird, macht Reißmüller nicht lächerlich. Da singt kein Sieger, eher ein Nachdenker.« Die Lieder der frühen DDR wirkten »im gedämpften Klang des Reißmüllerschen Gesangs reflektiert und aufgehoben: Man kann sich in Zeit und Umständen irren, nicht im humanistischen Ziel.« In ihrem heillosen Bedürfnis, noch so versprengte Volksgruppen als revolutionäre Kräfte zu entdecken, scheuen die »J-W«-Genossen nicht einmal davor zurück, einen wie Reißmüller für ihr Humanistisches-Ziel-Palaver zu rekrutieren, nur weil dieser, dem man es bestimmt nicht abnimmt, Stalin und den Kommunismus lobpreist und »die Partei, die Partei, die hat immer recht« ohne jegliches Zwinker-Zwinker vorträgt.

Welche Sorte Beton in Reißmüllers Kopf angemischt ist, kann ermessen, wer sich vergegenwärtigt, welche Pamphlete ihm in seinem langen und zähen »FAZ«-Herausgeberdasein passiert sind. Herausragt aus seinem Schaffen ein Leitartikel vom März 1993, in dem er geißelt, »daß zugezogene Nachbarn nicht grüßen«, »daß Autofahrer, auch akademisch gebildete, ihre Zigarettenkippen nur noch aus dem Fenster werfen«, »daß nur eine Minderheit der Radfahrer mit Licht fährt«. Könnte es sein, daß die in den Kampfliedern und Märschen perhorreszierte Welt (»Amerika stopft Affen in die Satelliten / und jagt sie halb lebendig in den Raum«) dem Ordnungsfanatiker Reißmüller ebenfalls mißbehagt? Und er den starken Mann und den starken Staat in Ulbrichts DDR wiedererkennt? Schwebte ihm mit der Wiedervereinigung womöglich die Errichtung einer neuen Kraft-durch-Freude-Kolonie vor?

Auffällt bei der Auswahl der 20 Lieder, daß hier die hymnischen und frohgemuten Melodien überwiegen. »Allen die Welt und jedem die Sonne. / Fröhliche Herzen, / strahlender Blick«, jubiliert Reißmüller, wünscht »den Kindern ein Leben von Blüten beschneit / In einer glückstrahlenden Welt« und stellt fest: »Uns gefällt diese Welt, sie ist schön. / Unsre Kraft, unser Glück, sie bestehn. / Und wir singen das Lied der neuen Zeit, / wir schaffen das Werk der neuen Zeit.« Doch auch die militärische Absicherung der Idylle ist nicht vergessen: »Jung sind die Linden, / und jung bleibt Berlin, / weil wir auf Wache zum Spreeufer zieh'n«, intoniert Reißmüller euphorisch, alles ist unter Kontrolle und »Für den Frieden der Welt

steht die Menschheit auf Wacht«. Ohne es strapazieren zu wollen: Nahe liegt, daß hier die heile Welt der Sekundärtugenden das Ziel von Reißmüllers zwanghafter Emphase ist. Aus der Geschichte der frühen Bundesrepublik existieren keine gemeinschaftsstiftenden Aufbau- und Marschlieder, wohl aber aus der Zeit des Dritten Reiches, die Reißmüller lediglich aus Gründen der Opportunität zu singen vermied. Was aber nicht heißt, daß er nicht demnächst mit ein paar unverfänglichen Kleinodien aus den Beständen dieses Archivs aufwarten könnte.

Sowieso stehen neuerdings wieder viele Zeichen auf Volkssturm. Der Lichtdom zur Milleniumsfeier in Berlin, die Renaissance von Leni Riefenstahl, der Rammstein-Furor, Christoph Schlingensiefs Kameradschaftsabende, die Schließung der Wehrmachtsausstellung, die Wahlerfolge von Protonazis im deutschsprachigen Ausland geben recht deutliche Kunde von den Revisionen, die anstehen werden.

Reißmüller, der gelernte Kriegstreiber und Wehrmachtsfan, ist da mit seinen Gesängen nur scheinbar in der anderen Richtung unterwegs. Nichts wäre törichter, als anzunehmen, daß er nun als nächstes Zuflucht im Altersmeisenheim der PDS nehmen würde, wo er gewiß freundliche Aufnahme fände. Ein Auftritt beim »UZ«-Pressefest oder bei irgendeinem »JW«-Bratwurststand sollte sich aber arrangieren lassen. Nicht selten wächst auch zusammen, was nicht zusammengehört.

In ihrer Besprechung der CD hat übrigens die »Zeit« Reißmüller als »beißwütigen Kämpfer gegen Willy Brandts Ostpolitik« und »Kommunistenfresser« tituliert. Reißmüller hat das, den Kommunistenfresser, dem Vernehmen nach sofort scharf zurückgewiesen und erklärt, er sei lediglich »Kommunistenesser«. Das ist der Humor von Kannibalen im Anzug, der gepflegte Herrenreiterwitz. Weil es kaum noch Exemplare von Kommunisten gibt, beschwören und imaginieren diese nur anzivilisierten Wilden deren Welt und Geschmack, wie Hungrige sich die Genüsse eines Sonntagsbratens ausmalen. Vielleicht will er sie auch nur anlocken, wenn er singend und trommelnd den Herd in seiner Küche umtanzt: »Du hast ja ein Ziel vor den Augen, / damit du in der Welt dich nicht irrst, / damit du weißt, was du machen sollst, / damit du einmal besser leben wirst. / Denn die Welt braucht dich, genau wie du sie. / Die Welt mag ohne dich nicht sein. / Das Leben ist eine schöne Melodie! / Kamerad, Kamerad, stimm ein.«

Wann eigentlich nimmt Zweitausendeins in sein CEuvre getrocknete Katzenschwänze als Lesezeichen auf?

Konkret 02/00, S. 42

**Fritz Tietz**

# Kunst & Gewerbe

Nachdem

der befürchtete Jahr-2000-Crash ausgeblieben ist (bzw. dessen Prognose sich bloß als eine von der Kerzenindustrie lancierte Kampagne entpuppt hat), bot das frisch angezapfte Drei-Nullen-Jahr nurmehr wieder den üblichen Gesprächsstoff: nämlich über die guten und gleich wieder zu brechenden Vorsätze usw., also über das Rauchen, das man endlich anfangen, das Joggen, das man wieder aufhören, und die Spender, deren Anonymität man wahren wollte. Ein guter Vorsatz wurde allerdings noch im alten Jahr gefaßt. Den Anlaß lieferte der bekloppteste »Spiegel«-Titel aller Zeiten – jene Vorweihnachts-Nummer, die nach dem Verbleib der Moral fragte. Wo ist sie denn nun, drei- bzw. zweitausend Jahre danach (nämlich nach Moses bzw. Christus)? Immerhin ist so neben der berühmten Zigarette endlich auch die »Moral danach« ein Gesprächsthema geworden.

Und wenn über Moral schwadroniert wird, darf natürlich ein Goldenes Kalb nicht fehlen. Natürlich ist auch eins auf dem »Spiegel«-Titel zu entdecken, heftig umtanzt von irgendwelchen Hanseln. Davor gewahrt man eine Art Moralapostel, der wohl den Moses darstellen soll, der aber seltsamerweise da, wo auch einem Moses Haare wachsen müßten, Spaghettis hat; man kennt solche eigenwilligen biblischen Darstellungen aus diesen Fibeln, wie sie die Zeugen Jehovas feilbieten; und genau daraus wurde der »Spiegel«-Titel samt dazugehöriger Story offenbar auch entnommen. Was aber ist auf den merkwürdig um den Spaghettiträger versammelten mutmaßlichen Gesetzestafeln zu sehen? Adolf Hitler, Marilyn Monroe, eine Kosovo-Albanerin auf der Flucht und ein kindliches Opfer des Vietnam-Kriegs, die, folgt man der biblischen Vorgabe, dann doch wohl allesamt Gott persönlich dem Moses zum Zwecke der Verkündigung auf die Steine gepinnt haben muß. Und was steht auf dem überdimensionalen Radiergummi geschrieben, den der »Spiegel«-Moses in die Höhe stemmt? »Du sollst nicht ...« Genau. Du sollst nicht länger »Spiegel« lesen, geschweige denn je wieder einen kaufen. Wenigstens ein guter Vorsatz, der nicht so schnell wieder gebrochen werden wird.

Außerdem

und ebenfalls sehr löblich: jener gute Vorsatz, den etliche prominente, in Köln lebende oder arbeitende Männer nicht nur gefaßt haben, sondern per Plakat öffentlich bekunden: nämlich fortan dagegen zu sein, daß Frauen Gewalt angetan wird – als ob man auch dafür sein könnte. Sei's drum! Immerhin haben es auf diese Weise zwölf Männer auf den aktuellen »Emma«-Titel geschafft, was wiederum keine Selbstverständlichkeit ist. »Wir Männer gegen Männergewalt!« lautet die Botschaft. Männer gegen Männergewalt sind u. a. Cem Özdemir, Hans Meiser, Ralph Giordano, Henry Maske und – um in dieser Melange der Unvermeidlichen den derzeit Unvermeidlichsten nicht zu vergessen – Benjamin von Stuckrad-Barre.

Dagegen ist aber auch der Komiker Ingolf Lück, der immerhin, wie wir als Augenzeuge gern bestätigen, selbst einmal beinah das Opfer von Männergewalt geworden wäre. Skibinsky hieß der Mann, war ein Mitbewohner Lücks und jagte diesen eines Tages hammerschwingend durch die WG. Lück fürchtete mit Recht um seine Gesundheit, und am Ende hat ihn der Hammer nur sehr, sehr knapp verfehlt. Auch daß die männergewaltächtende Plakatidee in Lücks Heimatstadt Bielefeld geboren wurde, gibt ihm vielleicht mehr als anderen die Berechtigung, sich an ihrer Realisierung zu beteiligen. Schließlich wurde er einst in Bielefeld von der dortigen Frauenszene arg bedrängt – wg. eines angeblich die Gewalt gegen Frauen propagierenden Theaterstücks, in dem Lück mitwirkte; zufällig übrigens ein Stück des spanischen Dramatikers Arrabal, der wiederum in den späten 60ern der noch späteren »Emma«-Herausgeberin Alice Schwarzer ein Interview gab, während dem ihr Herr Arrabal rohe Gewalt antat, als er sie mittenmang und ohne jede Vorwarnung kräftig ohrfeigte. Arrabal ist denn auch nicht auf dem »Emma«-Titel abgebildet, lebt und arbeitet allerdings auch nicht in Köln.

2000 möchte ich endlich meinen autobiographischen Text veröffentlichungsreif vollenden, ansonsten erwarte ich gern unerwartete Sachen.

---

Lutz Rathenow

Trotzdem

wollte sich eine Vorfreude bei Greisin Marion Dönhoff nicht so recht einstellen. »Warum ist das Fest so unbefriedigend?« jammerte sie in der Weihnachts-»Zeit«, eingedenk auch sehr anderer Zeiten: »Es ist sehr anders als vor 100 Jahren«, so weiß sie – obwohl doch erst 90 Jahre jung – verblüffend präzise zu berichten. »Damals standen Ruhe, Besinnlichkeit und das für alle verbindliche Religiös-Philosophische im Vordergrund.« Heute dagegen ... ach, da wird die Gräfin erst einen

tiefen religiös-philosophischen Seufzer getan haben, ehe sie aufzuschreiben in der Lage war, was man in ihren Kreisen aktuell für verwerflich hält (und erneut fällt auf, daß es immer wieder die Saturiertesten sind, die am larmoyantesten über Mißstände lamentieren, von denen sie selbst am wenigsten tangiert werden): So beklagt denn die Gräfin in ihrer Weihnachtspredigt, daß heutzutage »Ich-Bezogenheit und Gewinnstreben das Wichtigste« seien; was natürlich putzig ist, weil es ja genau diese beiden Tugenden sind, die derzeit die Läden ihrer Klientel so ausgezeichnet brummen lassen. Und auch Dönhoffs werden ihren blühenden Blankeneser Acker nicht unbedingt mittels Nächstenliebe und Verluststreben bestellt haben. Aber heute jage eben »eine Nachricht die andere«, so bemäkelt die Gräfin dann anschließend auch noch ihren eigenen Berufsstand; und als ob das jemals anders gewesen wäre, seien es nun »meist Schreckensbotschaften: Tschetschenien ... Bomben ... Granaten ... Trümmer ..., Hunderte, Tausende getötet, Hunderttausende auf der Flucht ... ohne Hoffnung schleppen sie sich über vereiste Straßen«, so wehklagt da ausgerechnet eine, die es wie kaum eine andere verstand, die eigenen Kriegs- und Fluchtgeschichten zu versilbern.

Natürlich muß Frau Dönhoff in dieser Litanei auch noch das Hohe Klagelied von der angeblich zunehmenden Gewalt- und Mordbereitschaft deutscher Jugendlicher anstimmen: »Gewiß ... Mörder, Diebe, Einbrecher gab es auch früher – aber es war eine andere Kriminalität, nicht so brutal und hemmungslos wie heute.« Ja, gewiß, das war eine andere Kriminalität. Früher, als die deutsche Jugend zwar gerne mal plündernd, brandschatzend und mordend durch Europa zog, dabei aber – glaubt man der Gräfin – offenbar nicht so brutal und hemmungslos war wie heute. Wir allerdings glauben, daß es allein der Gräfin Lattenschuß ist, der ihr mittlerweile brutal und hemmungslos sämtliche Wahrnehmung vernebelt.

Zwischen dem

alten und dem neuen Jahr, also zwischen den Jahren, wie man die Tage zwischen den Jahresend- und Neujahrsfesten gemeinhin auch nennt, veranstalten »die Medien« (Sabine Christiansen) traditionell ihre Jahresrückblicke. Da man aber 1999 meinte, zusätzlich auch noch aufs Jahrzehnt, Jahrhundert und Jahrtausend zurückblicken zu müssen, reichte diese traditionelle Rückblickzeit natürlich hinten und vorne nicht. Also wurde diesmal über die gesamte Jahresfrist zurückgeblickt, und das zeitweise derart heftig, daß es nur so krachte.

Aus dem Erinnerungslärm besonders hervor sticht die »Hip-Hop-Chronik« (»Bravo«) des Braunschweiger Rappers MC Aleksey (22). »Millennium-Song« heißt sein rückblickend angelegtes Werk, dessen Botschaft zugleich – so jedenfalls steht's in »Bravo« – Alekseys Hoffnung ist, nämlich: »... daß die Menschheit im neuen Jahrtausend die Kurve kriegt und das Leiden in der Welt ein Ende hat«. Da das eine ebenso berückende Botschaft wie schöne Hoffnung ist, wird hier, stellvertretend für alle anderen, Alekseys Rückblick auf das letzte Jahrhundert dokumentiert, das – oh gnadenvolle jugendliche Logik! – für Aleksey natürlich erst mit seinem Geburtsjahr beginnt.

Millennium-Song (zitiert nach »Bravo«): *1977 geboren, im Kino läuft der 1. Rocky. Der Kölner SC wird Deutscher Meister im Eishockey / '79 die Sowjets überfallen Afghanistan und Jody Scheckter wird Ferrari zum Sieg fahr'n / 1980 Militärputsch in Liberia, viele Menschen sterben beim Volksaufstand in Südkorea und / 1982 kommt E.T. auf die Leinwand / Die Kassen klingeln von L.A. bis ins Rheinland / 1984 entdeckt man das HIV und die Discovery ist unterwegs in den Weltraum / Die NDW rockt die Clubs immer mehr, und die Jahrtausendwende rückt ein bißchen näher ... 1985 Live-Aid-Concert für Afrika und Boris Becker wird mit 17 zum Tennisstar / 1986 explodiert die Challenger, ein Jahr später feuert Köln Toni Schumacher / 1988 gibt's 'n Atommüllskandal und Steffi Graf schafft den Grand Slam zum 1. und zum letzten Mal / Bremen wird Meister, die Kids spielen Computer, noch ohne Ronaldo, Rivaldo, Preetz oder Batistuta / 1989 Ceaucescu hingerichtet, DDR öffnet Grenzen, »Bild« berichtet / Greg Le Mond gewinnt die Tour de France nur sehr schwer und die Jahrtausendwende rückt'n bißchen näher / 1990 vereinigt sich Deutschland wieder, und das Team von Kaiser Franz wird in Rom WM-Sieger / 1991 Saddam verliert den Golfkrieg und Michael Stich holt in Wimbledon den Sieg / 1995 kommt O. J. Simpson wieder frei und zwei Jahre später stirbt Lady Di / Die Männerwelt freut sich über Natascha Kinski und Clinton '98 über die Dienste von Lewinski / 1999*

*im Kosovo roll'n Panzer, SPDs Gerhard Schröder ist Bundeskanzler/ Es ist so viel passiert und es geschieht noch viel mehr und das Millennium rückt näher und näher ...*

Da sage noch einer, die deutsche Jugend scheue die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit.

Ich habe genug Sachen im Schrank hängen.

---

Marika Rökk auf die Frage, was sie sich im nächsten Jahrtausend noch wünscht

Auf dem

Gebiet der KFZ-Sicherheit wird der deutschen Jugend hingegen kein so gutes Zeugnis ausgestellt. Niemand Geringerer als Michael Schumacher beklagt in einer Schrift der Dekra den mangelhaften Zustand manch flotten Flitzers. Inständig

appelliert der Formel-1-Pilot an die jungen Leute, mehr in die Sicherheit ihrer Autos zu investieren und »nicht immer einer HiFi-Anlage den Vorzug vor guten Winterreifen« zu geben.

Ein Appell, den wir gern unterstreichen, auch wenn es uns, ehrlich gesagt, bisher nicht bekannt war, daß man seinem Auto statt Winterreifen auch eine HiFi-Anlage aufziehen kann.

Ehedem

ein gefeierter und in jeder Beziehung voluminöser TV-Master, brillierte er einst als Gastgeber von »Phettbergs Nette Leit Show« und zeigte als ebenso begnadeter wie gnadenloser Stegreifparlierer Harald Schmidt und anderen Kopisten, wie Lustig- und Geistreichsein wirklich geht. Mittlerweile ist's leider sehr ruhig geworden um Hermes Phettberg, den Wiener »Schaumann und Redemeister«, wie ihn das Vorwort seiner Kolumnensammlung *Predigtdienst* (erschienen 1995 im Wiener Falter-Verlag) nennt. Weiter heißt es dort: »Kaum eine Zeitung, kaum ein Magazin mag sich mehr dem Wettbewerb um Phettbergs Gunst entziehen. Auch das Interesse deutscher TV-Anstalten legt die Vermutung nahe, daß die Hermes'sche Popularität bald ebensolche Fülle umfassen wird wie sein Leibesumfang.«

Diese Prognose erfüllte sich leider nicht. Phett zwar, wie eh und je, ist's heute eher die Phülle der Schulden, die mit der seines Wanstes konkurriert. »Es sind mir«, wie Phettberg in einem Bittbrief, den herumzuschicken er die »Frechheit« besitzt, »alle Stricke gerissen, und ich weiß nicht weiter«. Auf 1,5 Millionen Schilling (über 200.000 DM) sei sein Schuldenberg angewachsen, und so bittet ein »ebenso elender wie elendiger Hermes Phettberg« inständig: »Bitte, wenn Sie irgend etwas für mich übrig hätten, erflehe ich eine langfristige Leihgabe mit hohem Risiko.« Oder wenigstens eine kurzfristige Spende für die dringlichsten Lebenshaltungskosten von monatlich 12.000 Schilling, das sind 1.700 Mark. Zu überweisen auf das Konto 2 920 254 bei der Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien, BLZ 3200.

Da das Fressen (in diesem Fall das des verehrten Hermes) vor der Moral (nämlich der des doofen »Spiegel«) kommt, empfehlen wir, mindestens jenen, durch Nichtkauf des »Spiegel« künftig eingesparten monatlichen Zwanziger, Hermes Phettberg zukommen zu lassen. Das machte die Güte des oben angedeuteten 2000er Vorsatzes vollends komplett

Konkret 02/00, S. 44

**Kay Sokolowsky**

# Schon faul!

**Nie hatte das Feuilleton ihn so lieb wie heute: Rainald Goetz' Theaterstück »Jeff Koons« eint die Schmöcke der Nation**

Es gibt eine Sorte Literatur, die ist so doof, daß sie nicht mal die Klugheit besitzt, Langeweile zu vermeiden. Und zwar nicht die gediegene, einschmeichelnde, utopische Langeweile, die weite Passagen der Goetheschen Prosa durchweht und alle Romane Tolstois, diese dem Weltall gleichsam einen Takt und was Humanes verleihende Langeweile (von »herrlichen Längen« wird zu Recht bei Schubert geschwärmt, herrlicher nur die Zettelkastenleviathane Jean Pauls). Die super-, ach was: megadoofe Literatur freilich hat gar keinen Begriff von tröstender, erhabener Langeweile; sie produziert vielmehr die üble und nervtötende, die rasende Langeweile, den blanken und blöden, das passendere Fremdwort einzuführen, Ennui. Aus welchem heraus diese Literatur übrigens auch entsteht: Sie ist das Werk von Dilettanten und wird ausschließlich von anderen Dilettanten goutiert, die, wenn man Pech hat, und man hat ja immerzu Pech, irgendwann selber anfangen, ihren Ennui in die Welt hinauszuschreiben.

Die megadoofe Literatur kokettiert mit der trivialen, ohne je deren Tugend: nicht mehr scheinen zu wollen, als sie ist, trivial eben, zur eigenen zu machen. Die megadoofe Literatur hat nichts zu erzählen, darum ist sie so schlecht erzählt, aber permanent verbreitet sie um sich die Aura von Druidenmagie und Weltsinnhaftigkeit, auf daß bloß niemand merke, wie wenig Substanz sie enthält. Die megadoofe Literatur findet ihre besten Freunde im bürgerlichen Feuilleton, denn sie ist selbst nichts anderes als Feuilleton: narzißtisch, modisch, ins Raunen und Schwafeln verliebt und gänzlich unfähig zu einer Selbstironie, die es ernst meint, statt schlecht verhohlen auf den Widerspruch der Kollaborateure und Fans zu schielen.

Der z. Zt. erfolgreichste Exponent der megadoofen Literatur hierzulande heißt Rainald Goetz. Seit er sich 1983 in Klagenfurt die Stirn aufschnitt, wird er gehätschelt und angestaunt, wie nur die richtig Schlechten und mit Aplomb Unleserlichen verwöhnt und gepriesen werden. Seine Gedichte erfüllen formal und gedanklich nicht mal die Sonderschulstandards, die Erich Fried einst setzte; das ästhetische Programm seiner Prosa stammt aus den 20er Jahren, als Breton, leider, die Ecriture automatique erfand; seine Aphorismen sind so verstaubt und verblasen, wie alle postmoderne Philosofaselei bereits im Augenblick ihrer Entstehung gewesen ist; sein »Haß« ist abgekupfert bei Rolf Dieter Brinkmann, dessen Texten die Verwechslung von Cholerik mit Polemik auch schon nicht allzu gut bekam; und seine Theaterstücke – aber dazu gleich mehr. Die Schmöcke der Republik etikettieren Goetz – einen Autor, der stets auf der Höhe der Zeit treibt und ihr darum nie voraus sein wird – als Avantgardisten, weil Schmöcke für Avantgarde immerzu dasjenige halten, was von sich selber mit viel Gefuchtel behauptet, radikal und visionär zu sein. Sie verehren den lärmenden Schriftstellerdarsteller, wie ihre Väter Peter Handke adorierten, ihre Großväter Hermann Bahr.

Anläßlich von »Jeff Koons«, dem neuesten Sprechstück Goetz', das seit Dezember 99 am Hamburger Schauspielhaus aufgeführt wird, hat das deutsche Feuilleton sich schier überschlagen vor Begeisterung. Es konnte gar nicht anders: Pausenlos schwadroniert das Un-Drama von den höchsten und letzten Dingen, der Lahiebe, der Kahunst, was das Loben sehr leicht gestaltet, denn wo dem Gegenstand jegliche Konkretion abgeht, schwärmelt der Schmock nur um so unbefangener. Und wird darüber das, was unter seinesgleichen für lyrisch gilt.

Georg Diez z. B. berauscht sich in der »Süddeutschen Zeitung« an paradoxen Formulierungen, die (aber das ahnt er nicht mal, weil Diez, wie sein Held, von Sprache nichts versteht) in einem anderen, rationaleren Kontext als blanker Hohn auf einen Nichtskönner und Schwallkopf zu verstehen wären: »(Goetz) ist sicher der abgeklärteste Naivling des deutschen Schreibbetriebs, der romantischste Aufklärer, der wirrste Klardenker, der textgläubigste Weltverehrer.« Gerhard Jörder in der »Zeit« hört Dialoge, die keine sind, Sätze, die ganz zufällig auf die Schauspieler verteilt werden konnten, weil allen Zeilen Goetz' dieselbe überspannte, nervtötende Geschwätzigkeit eignet, und glaubt, einem Stück von revolutionärer Vielschichtigkeit huldigen zu müssen: »Die offene Form, der Verzicht auf klare dialogische Strukturen macht den Text faserig, flirrig, aber auch reizvoll und rätselhaft, erlaubt der Regie alle denkbaren Les- und Spielarten.« Wie »flirrig« und »faserig« aber erst muß es im Kopfe Jörders zugehen, wenn er einen Text, der weder Figuren noch »dialogische Strukturen« kennt, überhaupt als Theaterstück akzeptiert und die totale Beliebigkeit des Materials nicht etwa als Stümperei gewahrt, sondern als Vorzug?

»Jeff Koons«, das Libretto, zerfällt in sieben Pseudo-Akte mit degoutant großartigen Überschriften wie »Liebe«, »Kunst«, »Nacht«, »Gesellschaft« und »All«; die auftretenden Figuren tragen keine Namen (was weniger ein Kunstgriff sein könnte als die Einsicht Goetz' in seine Unfähigkeit, Charaktere zu entwickeln und glaubhaft zum Sprechen zu bringen). Regisseur Stefan Bachmann und Dramaturg Wilfried Schulz griffen begeistert zu: Einen Text, mit dem sich alles machen läßt, weil ihn außer Geräusch und Wichtigtuerei nichts motiviert, fürs Theater einzurichten, ist eine sichere Sache – die Schauspieler freuen sich, ihre Rolle nicht studieren zu müssen, sondern »ausfüllen« zu dürfen, die Kritikeresel loben bereits den Versuch, dergleichen »faseriges, flirriges« Material angegangen zu haben, und der Autor, dem eh der Plan fehlte, wird sich

dankbar zeigen, daß ihm endlich wer erklärt, was er sich eigentlich bei der Sache gedacht hat. »Die sinnliche Phantasie der Theaterleute«, jodelte Goetz denn auch im »Hamburger Abendblatt«, »reagiert ... auf das Abstraktum des Textes.«

Bachmanns Inszenierung läßt Phantasie in der Tat sich nicht absprechen. Es wird viel mit der Drehbühne gezaubert, um filmartige »Überblendungen« zu erzeugen; das Ensemble darf singen, pissen, scheißen, kopulieren, sich alle paar Minuten umkleiden und überhaupt fast alles zeigen, was an der Schauspielschule gelehrt wird; das sparsame Bühnenbild von Barbara Ehnes läßt reichlich Platz für große Gesten und grelle Beleuchtungseffekte; und wenn das Fehlen einer auch nur rudimentären Handlung gar zu offensichtlich wird, bollert die Trance-Musik von Stefan Pucher satt aus den Saallautsprechern. All der technische Aufwand vermag die Eintönigkeit des Textes, der ja leider auch noch da ist, freilich nicht zu verbergen; und rasch bedauert man, daß es keine Erben gibt jenes Wiener Theaterbesuchers, von dem Karl Kraus berichtet, er habe, noch ehe der Vorhang sich ganz geöffnet, gebrüllt: »Schon faul!«

»Jeff Koons«, verlautbart Goetz, sei ein Stück »über die Kunst und den Künstler«, in dem es »also um den Schöpfer, die Kritik, den Markt, die Macht, das Geld, das Kunstwerk, das Sinnliche« gehe. Weil er aber niemandem, den er für seine eigenen Geschäfte braucht, zu nahe treten wollte, kommt die Ökonomie in seinem Text nirgends vor, und der Kulturbetrieb wird so dargestellt, daß kein Feuilletonist und kein »Spex«-Autor sich verraten fühlen muß. Dem Text, der jede Historisierung und jede dechiffrierbare Anspielung auf echte Kulturschranzen vermeidet, der, wenn er ein bestimmtes Reden über Kunst karikiert, zielsicher jenes aufs Korn nimmt, das in der Branche schon lange verpönt ist, das Benjaminsche nämlich – diesem windelweichen Text folgt die Hamburger Inszenierung ganz konsequent und verkleidet eine Horde Künstler uniform als Andy Warhol (tot), einen Trupp Vernissagetouristen als Plüschtiere (hihi).

Der »Künstler«, den Oliver Mallison mit etwas zu viel Eifer und Körpereinsatz spielt und den das Stück (in der Bachmannschen Reihenfolge) bei dem Besuch einer Bohèmekneipe und beim Musenfick zeigt, unter die Clochards fallen läßt (die – Ironie, Ironie! – in prächtigen Barockkostümen stecken), bei der »Arbeit« in seinem Atelier-Büro beobachtet, aus der ewig langen Vernissageszene heraushält, um ihm danach, vor geschlossenem Vorhang, ein endloses Selbstgespräch zu spendieren – dieser »Künstler« hat mit dem Titelhelden nicht viel mehr zu tun, als daß Rainald Goetz gern so wäre wie der Kitschskulpteur, aber, seinen Fans zuliebe, den Kitsch, den er selbst verfertigt, weiter als abgründiges Wühlen im Bergwerk der Worte verkleiden muß.

In »Jeff Koons« dreht sich, wie immer bei Goetz, alles um Goetz. Keiner kokst, keiner bumst, keiner schafft, niemand leidet, lacht, träumt intensiver als er. Diesen Größenwahn hat er allerdings mit Koons gemein – und ist, indem er sein Stück »Jeff Koons« und nicht »Rainald Goetz« nennt, obwohl jener darin nur als Requisitenlieferant vorkommt, schlau genug, den evtl. Vorwurf der Ego- und Megalomanie an den Titelhelden verweisen zu können. Außerdem: Bei Familie Künstlers sind alle so eigen. »Der Künstler«, diktiert Goetz dem »Spiegel«, »ist der paradigmatische, der allgemeine Mensch. Er sieht sein Leben experimentell, auch der äußerste Glücksentwurf scheint möglich. Ein Pop-Märchen also, das ist die Grundidee des Stücks.«

Solche neoromantischen Schmarren – an denen neu, so neu aber auch nicht mehr, nur die Begeisterung für »Pop«, also die industrialisierte Trivialität ist – lieferte Goetz, der paradigmatische Produzent megadoofer Literatur, zeitlebens ab. Allein die bombastische Ungenauigkeit seines Stils und seine, frühere, Begeisterung für die »Tatmenschen« der RAF verhinderten jahrelang, daß das Gesamtfeuilleton ihn als den zutiefst reaktionären Oberflächenbewohner erkennen und begrüßen konnte, der er von jeher war. Nachdem er jedoch in dem mehrbändigen Textmonster *Festung* sein gewundenes, »titanisch« sich aufspielendes Bekenntnis zur Nation abgelegt hatte (wozu, in KONKRET 10/93, Stefan Ripplinger alles Nötige bemerkte), begann Goetz' Karriere erst richtig. Er, den von einer Million Love-Parade-Ameisen kaum jede tausendste kennt, wurde als »Scene«-Autor gefeiert, weil er, der keinen Zug verpaßt, *Rave* nicht nur schrieb, sondern angeblich lebte. Man bestaunte seine Kühnheit, Texte übers Internet zu verbreiten, als alle anderen Schmöcke über 30 sich noch damit brüsteten, von Computern nichts zu verstehen. Und heute jubelt das Feuilleton über den durch nichts, keine pseudolinke Einlassung, keinen verwirrenden O-Ton, gebremsten, dem Jetzt, dem »tollen« (Goetz), plump-ekstatisch ergebenen »großen Gesang« (Diez) »Jeff Koons«.

Das glauben sie nämlich alle wahrgenommen zu haben, eine »Sprachmusik«. Da hatte man schon gehofft, diesen letzten epidemischen Unsinn der Literaturkritik, dieses Gebabbel von den Texten, die vielmehr Partituren seien, habe inzwischen ein anderer Nonsens abgelöst – und Goetz läßt die ganze Bande wieder spinnen. Die »Sprache ist durchgängig rhythmisiert, musikalisiert«, deliriert exemplarisch Gerhard Jörder. Was Goetz tatsächlich treibt, ist allererbärmlichstes Skandieren in Blankversen und Trochäen, die nicht und nicht zu ganzen Sätzen zusammenwachsen wollen (dazu gehörte ja auch ein Talent), und eine obsessive, der klinischen Beobachtung durchaus zu empfehlende Parataxenhäufung, ach was: -wucherung. Mit »Musik« hat es wirklich nichts zu tun, wenn einer über Seiten hinweg alle Partizipien notiert, die ihm einfallen, und aus dem Wörterbuch die Synonyme abschreibt, bis die Finger bluten wie einst die Stirn. Es hat nicht mal mit Dichtung besonders viel zu tun – außer daß dergleichen Kunstgewerbe und aufgepumptes, pseudoekstatisches Geröhre und Gemöhre nur zu gern welche wäre.

Sie wird es aber so wenig je sein wie die Porzellanpornographie Mr. Koons' ein Gegenstand, dem sich, jenseits der Polemik, jemals Erheblicheres abgewinnen ließe als ein zum Sterben ennuyantes, megadoofes Stück Literatur.

---

Kay Sokolowsky schrieb in KONKRET 1/2000 über Amokläufe im und nach dem Fernsehen

Konkret 02/00, S. 46

**Jürgen Roth**

# Adorno campte nicht

**Die neudeutsche Vollidiotensoziologie widmet sich dem Unternehmen, die Kritische Theorie abzuschaffen. Wie aktuell diese tatsächlich ist, läßt sich an einer Sammlung der Radiovorträge Theodor W. Adornos überprüfen**

»Die kleinsten innerweltlichen Züge hätten Relevanz fürs Absolute, denn der mikrologische Blick zertrümmert die Schalen des nach dem Maß des subsumierenden Oberbegriffs hilflos Vereinzelten und sprengt seine Identität, den Trug, es wäre bloß Exemplar. Solches Denken ist solidarisch mit Metaphysik im Augenblick ihres Sturzes.«

Theodor W. Adorno: *Negative Dialektik*

»Adorno hat uns jungen Studentinnen und Studenten ungeheuer imponiert«, erinnerte sich kürzlich Elisabeth Lenk (»FAZ«, 23.10.99), »nicht nur, weil er in seinen Vorlesungen auf virtuose Weise stundenlang frei und druckreif sprechen konnte, und zwar so, daß er immer mit einem imaginären Gesprächspartner dialogisierte, sondern auch dadurch, daß er zugleich in den Medien präsent war, was damals noch vor allem den Rundfunk betraf ... Es war die Art des Sprechens, des sorgfältigen Formulierens, eine aussterbende (und heute fast ausgestorbene) Kunst, die mir imponierte.«

Dem frisch nachrückenden Typus des Kulturwurstlers gilt weder das Gespräch, das vermittelnde, rücksichtsvolle, Probleme hervortreibende, konturierende und transzendierende Verhandeln der Sache – und nicht des Habitus, der Affektiertheit, des Chics – , irgend etwas noch der Gedanke, der erst zu sich kommt, findet er seine Form und geht er zum kurrenten Gewusel auf Distanz. Präsenz allerdings ist gefordert. Forsches Gequackel dominiert. Eine vollends lächerliche, kostenlose »Abrechnung« mit »der deutschen Hochkultur« unternimmt z. B. im Rahmen des jüngsten Ullstein-Projekts »Quadriga – Generation Berlin« der »promovierte Medienwissenschaftler« Jürgen Bräunlein, notorisch geworden mit *Ästhetik des Telefonierens* (1997). Seine komplett überraschungsfreie und paradigmatisch dämliche Schrift *Schön blöd – Der unheimliche Medienerfolg der Untalentierten* »spürt dem bizarren Phänomen nach«, warum V. Feldbusch, G. Horn, Lump und Co. – neueste Insignien der »Kultur- und Bewußtseinsindustrie« (Adorno) – endgültig jeden Einwand, jeden Maßstab der Kritik obsolet werden lassen.

Was er in den Slips seiner Trashheroen »lustvoll« erschnüffelt, mufft tatsächlich wie's jungdeutschrevolutionäre Pop-Berlin-Feuilleton der »FAZ«. Ebenda, zu Berlin, scheint nicht nur die standorttypische, spezifische »Berliner Kultur« sich durchgerangelt und -gesetzt, sondern der Geist auch zu den hierzulande üblichen Hochqualitäten gefunden zu haben – vorzüglich als Bekleidungskultur der beautiful Berliner Republik: »Trittin hockt schon mal im Berliner Promischuppen Paris Bar und läßt sich durch die Fensterscheibe bestaunen. Auch Guido Westerwelle schneidet nicht schlecht ab: Zu Fragen des Lifestyles nimmt er in diversen Illustrierten gerne und nicht zu knapp Stellung.« Das, schwafelt Bräunlein, wahrscheinlich Mitglied der »Generation Berlin« (Bräunlein), »macht uns alle glücklich«, daß nämlich »die Camp-Kultur, die endlich auch Deutschland erreicht hat«, »alles vermischt«: »Günter Grass guckt ›Peep‹!«

»Wow!« fiepte Andy Warhol, »wauwau!« kötert Bräunlein und unterwirft sich dem Terror der Oberfläche, jener Mixtur aus purer Machtarroganz, repräsentativem Dandytum und schreiender Nichtigkeit, dem Lack und Leder der Affirmation. »Gib uns die Scheiße!« feiert der Zwangscharakter John Waters' »Pink Flamingos« (»Im Finale des Films findet sich dann jene Szene, mit der ihr (des Transvestiten Glenn Muldoon, genannt ›die Göttliche‹;J. R.) Aufstieg zum Star begann: Sie verspeist frischen Hundekot«) und gibt die Marschrichtlinie ins transgressive Crossoverzeitalter vor – das zur letzten Jahreswende, wir berichteten (KONKRET 2/99), freilich bereits Reichshauptkulturamtsleiterin Dana Horakova (»Bild«) ausgerufen hatte.

»Oft genug ist Camp die Rache«, erläutert Bräunlein. »Dann pißt es dem Wahren und Guten ans Bein, mit Grandezza und im eleganten Bogen.« Ein schönes Bild, ein Entertainmentprogramm des Bohememittelstandes für die Schröderwelles dieser singulär geschmacksverwirrten und aufgeblähten, gierigen und hysterisierten Republik, der Ausfluß des alles einschmierenden und verschleimenden Popparadigmas, in dessen Rahmen jeder Knarz und Alltagsaspekt, jede Regung und jeder Schritt zur »Kunst« erklärt, manisch ästhetisiert wird. Kultur für alle, proklamierte ehedem die Sozialdemokratie Hilmar Hoffmanns, Kultur ist alles, preisen die Lettern heute, denn alles ist Kultur. Und ergo nix mehr.

Die Kultur der Nullen treibt die Nullkultur hervor – ob konzerngebaute (Michael Jackson), kultinstitutionalisierte (Ed Wood) oder jene diverser Identitätssubkontexte. »Die Sehnsucht nach der Echtheit des falschen Gefühls« (Guildo Horn) generiert offenbar nicht lediglich Techniken des »Create yourself!« (eine Art Bastel- oder Häkelarbeit, von der gelungenen Individuation und vom autonomen Ich so weit entfernt wie der Mars von Mama Erde); nein, der Wahrheit hilft sie auf die Sprünge. »Bei Feldbusch sind ihre medialen Unfälle Sequenzen der Wahrheit«, und Wahrheit meint: das Glück der Begünstigten und Starken, Etablierten, Hinaufkatapultierten, Durchsetzungsfähigen (»Glückliche Verona. Sie kennt keine kleinlichen Ängste, die zum Hormonhaushalt der meisten Versager gehören«), meint darüber hinaus: Bejahung.

Mitlachen ist die neue deutsche Pflicht – Kultur definitiv Müll, Dreck und Bückseife. »Man lacht nicht über, sondern mit Camp«, verkündet Bräunlein. Ironie, gar solche, die der einzelne sich selbst angedeihen ließe, gehört der Katz'. Nahtlos geht, wer's Dasein zelebriert, im Bestehenden, im Angebot der Zeichen, Waren und sinnlichen Values, auf. Bequem dünkt das Leben zwischen Kuschelecke, Danceparaden, Clubs, Jeff Koons, B-Movie und Talkshow. »Es ist das Erleben einer gescheiterten Ernsthaftigkeit, die beglückt und nicht enttäuscht«, denn Enttäuschung bedeutete, die Täuschungen (der Inszenierung, des Scheins) zu destruieren. Jetzt triumphieren die »Untalentierten«, die – Figuren aus dritter Hand und genauso versiert – erlebt sein wollen. Kunstrezeption, bei Adorno eine Frage des Nachvollzugs und der Versenkung in die Komposition, ward ubiquitär. Das Leben lebt nicht mehr, deshalb *erleben* wir, und das Erleben gleicht einer Erfahrung zweiter Ordnung, jener des Mythos: der blinden Anerkennung des »sekundären semiologischen Systems« (Roland Barthes).

Froh hinter Gittern, kindlich staunend vor den »Mythen des Alltags«, glücklich, dumm zu sein – Bräunleins Apologie plaudert den Zeitgeist aus, »die Entdeckung der Welt als Bilderbuch«: »Es ist die intelligente Rache der ersten Fernsehgeneration an der Gutenberg-Galaxis ihrer Eltern. Haben sich die Alt-68er die Welt noch lesend erschlossen, finden die Jüngeren vor allem visuell Zugang zu ihr, sie denken in Bildern.«

Woran genau rächen sich die Affenrudel? Und was goutieren sie statt dessen? Ihr Feldzug zertrümmert den Bildungskanon. »Seien Sie doch mal locker!« posaunt der Schnösel und diagnostiziert, die Respektlosigkeit, ein anderes Wort für Unkenntnis, komme »dem nach ästhetischem Vergnügen Dürstenden aller Schichten entgegen. Wie im Fall der klassischen Musik.« Dieser Fall »täuscht darüber, daß nichts, was mit Fug Bildung heißen darf, voraussetzungslos ergriffen werden kann« (Adorno, »Theorie der Halbbildung«). Die Voraussetzungslosigkeit jedoch hat sich zur Voraussetzung gemausert, der postmoderne Schwatz möge den selbst aufgerichteten negativen Götzen der Hochkultur ein letztes Mal anbeten. »Einst gehörte die klassische Musik«, schnabelt Bräunlein, »zum Entertainment einer kleinen Gruppe von Menschen: lateinisch sprechenden Studienräten und vitalen Bankierswitwen. Jetzt endlich hat sie auch die Ohren von Woolworth-Verkäufern und Friseusen erreicht. Dank der ›Drei Tenöre‹.«

Quel Tabubruch! Quel Witz! Quel liberation all across the mighty nation! »Fußballstadien ... sind zu Kultstätten der Volksbildung geworden: Klassik unter freiem Himmel bei frischer Luft«, ein New sport listening wohl avec Picknick mood, strahlender Gesinnung und »Beinfreiheit«, deutsche Befreiung zwischen Radlerhosensaum und Sockenrand. »Verständlich, denn wer hat nicht schon unter dem engen Gestühl in Schauspiel- und Opernhaus gelitten?«

Adornos Theorie der Halbbildung nahm dazumal den Casus des Buches *Great Symphonies*, welches zwecks Einprägung ›zeitloser‹ Hauptthemen empfahl, einzelnen Motiven singbare Worte zu unterlegen (statt »Dadadadaa, dadadadaa« etwa »I am your fate, come, let me in!«), zum Anlaß, von der »Explosion der Barbarei« zu sprechen, von einem opaken, Klassiksampler und das inferiore Klassik-Radio durchrumpelnden, prophetischen Idiotismus, »dem kaum ein milderer Name als satanisch gebührt«. Es wird, schloß er, »Menschen, die einmal jene Themen mit den Greuelworten auswendig gelernt haben, schwer möglich sein, je wieder von den Worten sich zu befreien und die Musik überhaupt noch als das zu hören, was sie ist.«

Allein, die Vorliebe für »singletaugliche Opern-Smash-Hits ohne die störenden Rezitative dazwischen« (Bräunlein), die elende Versklavung durch den Nudelbetrieb, kommt Bräunlein, dem »Lehrbeauftragten für Literatur«, regelrecht zupaß. Der »Kulturmix der Zukunft« beerdigt die lästige Vergangenheit, die Ambition zu wissen, wie es um (inner- und außerästhetische) Verläufe und Traditionen bestellt sei, und revidiert die Grundlagen aller bisherigen Kunstgeschichte: »Die Oper wie auch der Bildungsroman, den Goethe so gewaltsam vorantrieb (*Wilhelm Meisters Lehrjahre*), wurden erfunden in einer trägen, ereignislosen Zeit, damals, als Menschen noch länger ruhig sitzen konnten, ohne gleich Hämorrhoiden zu bekommen.«

Gewiß, der Geist der Zeit ist der Arsch der Welt. Um ihn legen sich die Windeln des Camp, des Bad smell und »Bad taste« (Bräunlein), und »darin steckt kritisches Potential«, der Podex der Poppostmoderne, Gestalt geworden in Joachim »Hamburg-Mannheimer« Kaiser (»In einfachen Sätzen spricht hier [in der »Bunten«; J. R.] ein Professor zu den Menschen«), Casanova (»Mustergültige Kunst? Was soll das? Auch Casanova wählte seine Frauen nicht nach bestimmten Kriterien aus«), Camp-Propagandistin und Sarajevo-Vortänzerin Susan Sontag (»keine Professorin ohne Unterleib«), Ulf »Mode- und DJ-Kulterer« Poschardts »SZ-Magazin« (»Bosheit ohne Zynismus, Ernst ohne Moral, Spaß ohne intellektuelle Verklemmtheit«, eben »frech« und anti-»lustfeindlich«), Leander Haußmann (»Ihm ist es zu verdanken, daß den Theaterintendanten in Deutschland ein neues, modernes Image anhaftet«), irschendwie plötzlich Goethe (»Goethe war bisexuell«) und Punkgeiger »Nigel Kennedy, der angeblich sehr oft keine Unterhosen trägt«; sowie, den Höllenkreis des »neuen, modernen Images« zu komplettieren, Schröders Schranzencrew, da »unser Kanzler« Garderobe zu 10.000 Mark »locker spazierenträgt ... Das ist neu in unserem Land.«

Wo Kohl – der bald wirklich zu schätzende, gemütliche, unbeholfene Mann, der retrospektiv nicht völlig abwegig verkörpert, was Adorno an Hegel bemerkte: »der Herkunft die Treue« zu halten, sei »Bedingung eines starken Ichs und jeglicher Erhebung des Gedankens« – ; wo Kohl »resistent gegenüber ästhetischen Reizen« war, initiiert Schröder die

»ästhetisch-kulturelle Wende«: »In schlimmen Zeiten kann ein schöner Mantel Seelenfrieden stiften. An so etwas dachte Helmut Kohl in seiner Amtszeit keine Minute lang.« Auch konsultierte er nie Wolfgang Joop, der neuerdings plüstert: »Gott beschütze unseren schicken Kanzler.« Das ist denn auch die erbärmliche ideologische Quintessenz des breiten Lobes der Identifikation mit der Macht und deren Insignien: »Wir gehen keinen finsteren Zeiten entgegen, vielmehr befinden wir uns inmitten einer aufgeklärten Heiterkeit. In Deutschland herrscht Aufbruchsstimmung. Im Politischen wird sie erwartet; man sehnt sich danach, daß dem Reformstau die Schleusen geöffnet werden. Kulturell hat er bereits klammheimlich stattgefunden, der Aufbruch zu neuen Ufern, auch wenn es noch nicht von jedem verstanden, ja noch nicht einmal überall bemerkt wird. Feldbusch und Horn sind die deutlichsten Symptome dafür.«

Ästhetische Innovation – nichts anderes denn marktgängige Symbolproduktion – als reaktionäres Gefasel, Feuilleton als Regierungssprecheramt: Auf diesen »Level« der administrierten »Sehnsucht« und des Volksgemeinschaftsappells runtergetrimmt, gelingt Bräunlein ein besonders waghalsiger Vatermord. »Die Deutschen sind das Land der Bedenkzeit.« Die Deutschen sind das Land. »Ob Ladenschlußgesetz oder Steuerreform, ob Holocaust-Mahnmal oder Polyesterhemd, man vertagt oft und gerne«, schwätzt zu ausgiebig und ermangelt der Hauruckunddruff-, der Frontdenkermentalität.

Keiner verkörperte in der Bundesrepublik den besonnenen, universalgebildeten, taktvoll nachdrücklichen Gelehrten genauer als Theodor W. Adorno. Er besaß Esprit, das Gegenteil dessen, wessen sich Jungspunde, Modeschnösel und Up-to-date-Akademiker befleißigen, denen jedes antiintellektuelle Ressentiment recht ist. Bräunlein: »Lieber hören sie aufs Wort – und noch lieber auf das Wort, das nichts Konkreteres beschreibt als eine Idee. So passierte es, daß in diesem Land, wo soviel gedacht und geschrieben wurde, sich die Überzeugung durchsetzte: Das Äußerliche ist frivol, der Geist aber heilig.« Das krampfhafte Festhalten am Praktischen, am Greifbaren, und die blanke Wut auf »die Idee« und den »Geist«: Sie führen schnurgerade in den Revisionismus der gefönten Kerle. »Viele spüren einen Überdruß gegenüber der deutschen Neigung, sich unablässig selbst Asche aufs Haupt zu streuen.«

Bräunleins gewagte Intervention zugunsten künstlerischer Emanationen, die gut, weil schlecht seien, schön, weil campy, geschmackvoll, weil geschmackvoll geschmacklos (und was an hohlen Paradoxien sich konstruieren läßt), nährt umstürzlerische Phantasien: »Vermutlich haben Gebildete schon immer in diesen Gefilden des Verbotenen (des Trivialen, Glitzernden etc.; J. R.) gewildert, aber sie haben es bisher nicht zugeben können«, die verklemmten Tröpfe »haben sich dafür geschämt. Doch jetzt ist das unsichtbare Gängelband der Hochkultur schlaff geworden: Lese statt Adorno lieber einen Porno!«

Nun muß man hier nicht partout Marcuses »regressive Entsublimierung« ins Feld führen, daselbst das Ich (»Das Ich macht sich frei und bekennt sich zu seinen Neigungen«, Bräunlein) keins ist, weil bloß Effekt des Trugs, es sei eins, wenn es lang genug behaupte und der Welt verklickere, eins zu sein, nur: Das Dogma, die Distanz zwischen Kunst und Leben, Artefakt und Wirklichkeit opportun-spätavantgardistisch zu absorbieren, entzieht Theorie, zumal kritischer, ihre Existenzberechtigung; sie soll auf den Schrott, während der Trash an jeder Ecke obsiegt – wenn da auch noch analytische Restbestände abzuräumen sind, »denn bedauerlicherweise gibt es mit Verstandeskräften begabte Menschen, denen das Gefühl für Camp fehlt«. Nein, Adorno campte nicht.

Rolf Tiedemann, der die jüngst erschienene Zusammenstellung von Rundfunkdokumenten Theodor W. Adornos besorgte, Aufnahmen aus den Jahren 1955-1969 (»Aufarbeitung der Vergangenheit – Reden und Gespräche«), beschreibt die »Funktion« Adornos, der 1949 zusammen mit Max Horkheimer nach Deutschland zurückgekehrt war, als jene »eines Praeceptor Germaniae«, ohne daß er diese »gesucht« und sie lange überdauert hätte: »Als er 1969, unerwartet und kaum 65jährig, starb, blieb freilich keine Uhr stehen, eher konnte man ein Aufatmen beobachten, mit dem eine unirritierbare Öffentlichkeit Abschied ... nahm.«

»Das Banale kann nicht wahr sein«, dekretierte Adornos Vortrag »Meinung Wahn Gesellschaft« (in: *Eingriffe. Neun kritische Modelle*), obgleich es sich um die eigene Unwahrheit wenig schert. Dagegen operierte noch jeder seiner – vielfach öffentlich dargebrachten – Texte. »Er hat«, würdigte ihn der Religionsphilosoph Georg Picht, »das Wahnsystem, das sich als Realität ausgibt, beim Namen genannt und sich nicht abbringen lassen von dem ›machtlosen Versuch des Gedankens, seiner selbst mächtig zu bleiben‹. Die Erkenntnis eben dieser Machtlosigkeit bricht der Entdeckung einer neuen Form der Autonomie des Denkens ihre Bahn. Durch das Entsetzen vor dem Trug der Affirmation legitimiert sich hier Philosophie zu einer höheren Stufe jener Kritik, in der nach seiner Interpretation die Geschichte des europäischen Denkens ihre Wahrheit hat.«

Das europäische Denken war korrumpiert. »Für den zurückgekehrten Adorno war es nach dem, was in Auschwitz und anderen Vernichtungslagern geschehen ist, alles andere als selbstverständlich gewesen, daß weiterhin Philosophie so betrieben werden konnte, als ob sich nichts geändert hätte« (Tiedemann). Dafür stand die *Dialektik der Aufklärung*, die zu klären suchte, »warum die Menschheit, anstatt in einen wahrhaft menschlichen Zustand einzutreten, in eine neue Art von Barbarei versinkt«; dafür stand die Frage der *Negativen Dialektik*, »ob nach Auschwitz noch sich leben lasse«; dafür stand Adornos Rede aus dem Jahr 1962: wozu noch Philosophie, welche der »Bewegung des Begriffs« die Möglichkeit eines

»Rettenden« zuwies, und dafür stand der ebenfalls vom Hessischen Rundfunk (am 7. Februar 1960) gesendete Essay »Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit« (vgl. *Eingriffe*), ein eindrückliches Beispiel, wie Adornos »Philosophie des Eingedenkens ans Jüngstvergangene« (Tiedemann) den Primat des Inhaltlichen, der erinnernden Erkenntnis, die ihres »Zeitkerns« gewahr ist, und der konfigurativen Sprache gegen den »Ausfall jedes historischen Bewußtseins« (ders.) setzt: ein der Sache verpflichtetes, ›kreisendes‹ Verfahren, abhold der (leeren) Subsumtion resp. systemischen Deduktion und der abstrakten Faktenversammlung – und zuweilen künstlerischer Linienführung und expressiver Komplexität äußerst nahe.

Sei »das Bedürfnis, Leiden beredt werden zu lassen, Bedingung aller Wahrheit« (Adorno), so strebte Adorno die Beförderung historischer und gesellschaftlicher Wahrheit dort an, wo die Konzentration auf das gesprochene Wort die Ressentiments der »nicht-öffentlichen Meinung« zu konterkarieren fähig war – im Rundfunk, inmitten der Kulturapparatur. Zwar schrieb er nicht für den Äther. Gleichwohl glaubte Adorno, der die schärfsten Verdikte wider die monströse Regressionsmaschinerie der Massenmedien formuliert hatte, die lebendige Stimme habe ein Gewicht, das einige wenigstens nicht ignorieren könnten. Hier setzte er seinen Befund, die Menschen seien zu Anhängseln des Marktes erniedrigt, zeitweilig außer Kraft. Das »Unakademische«, die »Abneigung gegen alles Schulmeisterliche« (Elisabeth Lenk), prägte die Rede. Kritisierte er etwa vehement die »Denaturierung der klassischen Musik im Radio«, verlieh er der ungeschmälerten Artikulation den Ausdruck des Hartnäckigen, Unkorrumpierbaren. »Um es besser zu machen«, begab er sich vors Mikrophon, spielte aber nicht mit dem Medium, sondern nutzte es, den Ernst der philosophischen Reflexion zu transportieren. »Es macht tatsächlich Spaß, dem großen alten Mann der Frankfurter Schule zuzuhören«, urteilte läppisch die Pop-»Taz« (23.10.99); Adorno verstand den öffentlichen Auftritt vielmehr als Einübung in die »Arbeit des Begriffs«, als konzentrierte Mimesis an den Gang des Gedankens, in dem sich Humanität mitteilt, und zwar zu keinem Zeitpunkt dekretierend, gebieterisch, philiströs, nein: Dem freundlichen Tonfall korrespondierten die Strenge der Diktion, das Beharren auf sachbezogene Terminologie und die Verzweigung des Satzbaus, ohne Konzession an eingängige, entlastende, Vernunft delegierende »Verständlichkeit« oder den »Schwindel der Kommunikation« (»Sittlichkeit und Kriminalität«, in: *Noten zur Literatur*).

Man müsse immer mit dem Schwersten beginnen, lautete Adornos pädagogische Formel. Dem trägt »Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit«, eine dezidiert pädagogisch orientierte Untersuchung, Rechnung. Adorno verteilt keine Rezepte; er zieht die titelgebende Formulierung, »als Schlagwort höchst verdächtig«, in Zweifel, denn »man will einen Schlußstrich ziehen und womöglich es selbst aus der Erinnerung wegwischen«, ein Gestus, der »von den Parteigängern derer praktiziert« wird, die das Unrecht begingen. Andererseits lastet Vergangenheit genauso sehr als Alp der Vorgeschichte: »Man will von der Vergangenheit loskommen: mit Recht, weil unter ihrem Schatten gar nicht sich leben läßt, und weil des Schreckens kein Ende ist, wenn immer nur wieder Schuld und Gewalt mit Schuld und Gewalt bezahlt werden soll; mit Unrecht, weil die Vergangenheit, der man entrinnen möchte, noch höchst lebendig ist. Der Nationalsozialismus lebt nach, und bis heute wissen wir nicht, ... ob die Bereitschaft zum Unsäglichen fortwest in den Menschen wie in den Verhältnissen, die sie umklammern.«

Daß der Bann materieller Verknechtung und der Zerstörung des Bewußtseins ferner besteht, dürfte kaum zu bestreiten sein; ebensowenig, daß die Campkulturnation Deutschland nichts zäher betreibt als die offizielle Mumifizierung und Beseitigung des Gedächtnisses. »Ich betrachte«, führte Adorno vor dreißig Jahren aus, »das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie.« In eins mit dem Syndrom der Verdrängung gehe die Zurichtung, Leugnung und Instrumentalisierung des Geschehenen: »Wir alle kennen auch die Bereitschaft, heute das Geschehene zu leugnen oder zu verkleinern – so schwer es fällt zu begreifen, daß Menschen sich nicht des Arguments schämen, es seien doch höchstens nur fünf Millionen Juden und nicht sechs vergast worden. Irrational ist weiter die verbreitete Aufrechnung der Schuld, als ob Dresden Auschwitz abgegolten hätte.« Das neurotische Kalkül dient der Umkehrung der Schuldverhältnisse, »Rationalisierungen der törichtsten Art« – »für die Untaten des Hitler sollen diejenigen verantwortlich sein, die duldeten, daß er die Macht ergriff, und nicht jene, die ihm zujubelten. Die Idiotie alles dessen ist wirklich Zeichen eines psychisch Nichtbewältigten, einer Wunde, obwohl der Gedanke an Wunden eher den Opfern gelten sollte.«

Adorno schreibt die Dominanz der Realitätsabwehr und des autoritären Charakters dem »Schrumpfen des Bewußtseins historischer Kontinuität in Deutschland« zu, »einem Symptom jener gesellschaftlichen Schwächung des Ichs, die Horkheimer und ich schon in der *Dialektik der Aufklärung* abzuleiten versucht hatten«. Dabei gehorchen die wahnhaften Reflexe, die zum Inventar des Massenbewußtseins, des politischen Verlautbarungsrituals und der allgemeinen Kulturalisierung zählen, »höchst realitätsgerechten Zwecken. Die Abwehrenden selbst plaudern sie aus, wenn sie etwa praktischen Sinnes darauf hinweisen, daß die allzu konkrete und hartnäckige Erinnerung ans Geschehene dem deutschen Ansehen im Ausland schaden könne.«

In der Druckfassung entschärfte Adorno manche Passage. Ursprünglich zeichnete er das »Schreckbild einer Menschheit ohne Erinnerung«; seltene Emphasen, Gegenentwürfe zur Verwaltung des Gedächtnisses und seiner Zerstörung, milderte er ab. »Aufgearbeitet wäre die Vergangenheit erst dann«, endet der Text strikt, »wenn die Ursachen des Vergangenen beseitigt wären. Nur weil die Ursachen fortbestehen, ward sein Bann bis heute nicht gebrochen.« Davon jedoch ist eine Epoche weit

entfernt, in der Rationalität instrumentell verkürzt, Erfahrung aufs äußerste reglementiert, Bewußtsein beschnitten, ja verstümmelt erscheint. Die Wut, mit der man Auschwitz vom Tisch fegt, gehorcht der Logik totaler Administration und Bestätigung des realen Seienden und erzeugt den fürchterlichen Sinn, »daß, wer so reagiert, sich einig weiß mit dem Zeitgeist. Ein solches Reagieren kommt unmittelbar dem Fortkommen entgegen. Wer sich keine unnützen Gedanken macht, streut keinen Sand ins Getriebe.«

Statt wahrer Demokratie, in der nicht länger »die Mehrheit der Menschen sich als potentielle Arbeitslose, Empfänger von Wohltaten und damit eben erst recht als Objekte, nicht als Subjekte der Gesellschaft« fühlen, regiert, objektiv, die Ohnmacht, subjektiv »die eigene Naivität«, die ein zweites Mal verklärt und Ideologie wird – Verblendung, welche der Spätkapitalismus erzeugt, da er hinter dem Rücken der Individuen über deren Geschicke gebietet und Angst sowie Konformismus etabliert, die in Wahn und Aggressionen umschlagen. Die »mangelnde Fähigkeit zur Erfahrung« konstituiert autoritäre Charaktere. »Sie identifizieren sich mit realer Macht schlechthin, vor jedem besonderen Inhalt. Im Grunde verfügen sie nur über ein schwaches Ich und bedürfen darum als Ersatz der Identifikation mit großen Kollektiven und der Deckung durch diese.«

Adornos finstere Lesart der Nachkriegsgeschichte hat sich allerorten bestätigt. »Die, deren reale Ohnmacht andauert, können das Bessere nicht einmal als Schein ertragen; lieber möchten sie die Verpflichtung einer Autonomie loswerden, von der sie argwöhnen, daß sie ihr doch nicht nachleben können, und sich in den Schmelztiegel des Kollektiv-Ichs werfen.« Unverändert und zusehends unwidersprochen krakeelen die Propagandisten des Deutschen. »Daß der Faschismus nachlebt«, daß Freiheit weniger erreichbar denn je scheint, daß »die zur Totalität ausgebreitete Kulturindustrie« alles verblendet und Devianz in sublime Anpassung verkehrt, »daß die vielzitierte Aufarbeitung der Vergangenheit bis heute nicht gelang und zum Zerrbild, dem leeren und kalten Vergessen, ausartete, rührt daher, daß die objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen fortbestehen, die den Faschismus zeitigten« – die »ökonomische Ordnung«.

Der Mitschnitt des HörVerlags präsentiert den angriffslustigen Adorno, der »antiintellektuelle Intellektuelle«, die sich der »Besänftigung geistiger, auch realer Nöte« verschreiben und das »Unheil als Heil« ausfällen, bisweilen der verdienten Lächerlichkeit anheimgibt – Ideologiekritik bei der Sache und formvollendet. »Unablässig blähen sich Begriffe und Situationen auf«, führt er das Florett, »edel und anheimelnd in eins« komme ein amorpher, raunender Habitus daher, der »überfließt von der Prätention tiefen menschlichen Erfahrenseins«. Da wird »salbadert«, der »Jargon ist die Wurlitzerorgel des Geistes«, Dokument der Heuchelei und Inhumanität, »Untersprache als Obersprache«, Priestertum, »präfabrizierte Ergriffenheit«, Bennscher »Weg zu den Müttern«, »anthropologische Soße«, das ganze Geseich – »Begriffe als Schmieröl« – die »Signatur nachlebenden Kunstgewerbes«. Selten war Adorno Karl Kraus näher. Er zitiert prononciert, nahezu »genüßlich«, veralbert die Quellen, etwa Pfarrer Schnitzkes, und Bollnows Papier zur Not des Wohnens, »die eigentlich besteht darin, daß die Sterblichen erst wohnen lernen müssen«.

Fünfeinhalb Stunden umfaßt Tiedemanns kaleidoskopische Zusammenstellung, die ein gemeinsames Zentrum besitzt: die Ermöglichung der Freiheit. Fachwissenschaftliche Bescheidung kannte Adorno nicht. Er überwand die akademische Arbeitsteilung, indem er Philosophie, Musikphilosophie, Soziologie, Ästhetik und Pädagogik an die materialistische Gesellschaftstheorie und das Denken der europäischen Aufklärung verwies. »Camp als Sieg des Stils über den Inhalt. Man ahnt die Entlastung, die das bereitet«, schnauft derweil Jürgen Bräunlein im Gefolge Arnold Gehlens und erkennt immerhin: »Klassische Musik und Camp: Fehlanzeige.«

Ginge es nach Bräunlein, der Fluch des mächtigen Adorno wäre vom politischen und kulturellen Leben der Republik genommen. »Der panische Schrecken, den Formen gesellschaftlicher Aufklärung erregen, die im offiziellen Kommunikationssystem nicht eingeplant sind«, indes bleibt, solange Adorno zu lesen und zu hören ist. Das Radiokompendium beschließt ein Gespräch, das Adorno mit Hellmut Becker am 16. Juli 1969 führte, kurz vor seinem Tod. »Erziehung zur Mündigkeit« reaktualisiert Motive aus »Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit« und zeigt einen Denker, der engagiert, drängend, beinahe feurig den Plan verfolgt, »in diesen Muff einige Funken zu bringen, die ihn explodieren lassen«, der »synthetischen Verdummung, die wir heute in allen Ecken und Enden zu gewärtigen haben«, zu wehren und »Bindung und Ordnung« zu desavouieren. Sein Wunsch war: die »Erziehung des Madigmachens«.

Nein, Adorno campte nicht. Und kämpfte nicht länger. Er starb am 6. August 1969, von Arbeit überlastet, von den Prüfungsverpflichtungen, denen er nicht ausweichen konnte oder mochte, und von den politischen und akademischen Angriffen (Popper, Hochhuth, Soziologentag, SDS) zermürbt. Dreißig Jahre später treten dem, der Schwäche zeigte und sich gehetzt fühlte, zuzeiten selbst dort, wo er dem Argument im größten Tumult Raum zu geben verstand, die Loveparadesoldaten nach. Das Erleben des Hierundjetzt ist halt wahrlich und wirklich und bombengerade richtig schön bunt; und blöd.

Jürgen Bräunlein: *Schön blöd – Der unheimliche Medienerfolg der Untalentierten*. Quadriga Verlag, Berlin 1999, 208 Seiten, 28 Mark

Theodor W. Adorno: Aufarbeitung der Vergangenheit – Reden und Gespräche. HörVerlag, München 1999, 4 MCs 62 Mark / 5 CDs 129 Mark

---

Von Jürgen Roth ist im Haffmans Verlag gerade die unautorisierte Biographie »Verona Feldbusch. Geschichte eines Lebens« erschienen

Konkret 02/00, S. 50

**Gerhard Henschel**

# Grass in Sibirien

»Der Machthaber Mißlaune zwang Sokrates, den Giftbecher bis zur Neige zu leeren, trieb Ovid in die Verbannung, nötigte Seneca, seine Pulsadern zu öffnen.« Daran erinnerte der Literatur-Nobelpreisträger Günter Grass in seiner »Nobelvorlesung« im Dezember 1999 in Stockholm. Auch er selbst, Günter Grass, gelte »als umstritten«: »Dabei befinde ich mich, was nach Sibirien oder sonstwohin verwünschte Schriftsteller betrifft, in guter Gesellschaft. Wir sollten uns deswegen nicht beklagen. Vielmehr dürfen wir den Zustand permanenten Umstrittenseins als belebend empfinden und auch dem Risiko unserer Berufswahl angemessen.«

Sein permanentes Umstrittensein zu verdeutlichen, sei abermals (und ausführlicher als in KONKRET 8/99, S. 63) daran erinnert, was Grass im Laufe seines riskanten Berufslebens von der wechselnden Machthaber Mißlaune und anderen alles aufgenötigt worden ist:

1955 der Hauptpreis des Stuttgarter Rundfunks für das Gedicht »Lilien aus Schlaf«,

1958 der Preis der Gruppe 47 und der Förderpreis des Kulturkreises im Bundesverband der Deutschen Industrie,

1960 der Literaturpreis des Verbandes deutscher Kritiker,

1962 ein französischer Preis für die *Blechtrommel* als »Le meilleur livre étranger«,

1965 der Büchner-Preis und die Ehrenpromotion des Kenyon College, Ohio,

1968 der Fontane-Preis, der Theodor-Heuss-Preis und die Carl-von-Ossietzky-Medaille,

1976 ein Ehrendoktorhut der Harvard University,

1977 der Premio Internazionale Mondello,

1978 der italienische Premio Letterario Viareggio,

1979 die Goldene Schale des Bundesfilmpreises, die Goldene Palme der Filmfestspiele Cannes und der Oscar für die Verfilmung der *Blechtrommel* (Grass hatte nicht nur die Vorlage geliefert, sondern auch am Drehbuch mitgearbeitet), dazu in Gdansk die Alexander-Majakowski-Medaille der kaschubisch-pommerellischen Schriftstellervereinigung,

1980 der Weinpreis für Literatur,

1982 in Rom der Antonio-Feltrinelli-Preis für erzählende Prosa,

1988 der Leonhard-Frank-Ring der Stadt Würzburg und der kleine Studentennobelpreis des Germanistischen Instituts der Universität Szczezin,

1990 die Ehrendoktorwürde der Universität Poznan,

1992 die Plakette der Hamburger Freien Akademie der Künste, der Premio Grinzane Cavour und der Hidalgo-Preis der spanischen Zigeunervereinigung,

1993 der spanische Premio Hidalgo, der italienische Premio Comites, die Ehrenbürgerschaft der Stadt Gdansk und dazu ein Ehrendoktortitel der Universität Gdansk,

1994 der Große Literaturpreis der Bayerischen Akademie der Schönen Künste, die Medaille der Universidad Complutense, Madrid, und der Prager Karel-Capek-Preis,

1995 die Hermann-Kesten-Medaille und der Hans-Fallada-Preis,

1996 der Thomas-Mann-Preis der Hansestadt Lübeck und der dänische, mit umgerechnet 130.000 Mark dotierte Sonning-Preis,

1998 der Fritz-Bauer-Preis der Humanistischen Union,

1999 in Oviedo der Prinz-von-Asturien-Preis und wenig später in Stockholm, siehe oben, der Literatur-Nobelpreis.

Voilà un homme.

---

Gerhard Henschel schrieb in KONKRET 12/99 u. a. über Eberhard v. Brauchitsch

Konkret 02/00, S. 51

**Peter Köhler**

# Buch & Deckel

**Egon Bahr: Der Nationalstaat: überlebt und unentbehrlich. Brandt-Heft Nr. 1, herausgegeben vom Willy-Brandt-Kreis. Steidl, Göttingen 1999, 60 Seiten, 8 Mark**

Was für einer war eigentlich Willy Brandt? „Kein Volk kann auf Dauer leben, ohne sein inneres Gleichgewicht zu verlieren, ohne in Stunden der inneren und äußeren Anfechtung zu stolpern, wenn es nicht ja sagen kann zum Vaterland“, fabulierte er 1966 auf dem Dortmunder SPD-Parteitag: „Auch wenn der Nationalstaat als Organisationsform gewiß nicht das letzte Ziel politischer Ordnung bleibt, die Nation bleibt eine primäre Schicksalsgemeinschaft.“ Kein Wunder, daß Egon Bahr, der das Zitat seinem Buch über die Zukunft des Nationalstaats voranstellt, „nationale Identität“ und „Wir-Gefühl“ prima findet, auf daß man „Geschichte annehmen“ könne, statt sie, vor allem die deutsche, bekloppt zu finden: Bahr nämlich will „Willy Brandt weiter denken“ – womit eigentlich?!

Die Zeit, da Sozialdemokraten sich als vaterlandslose Gesellen geehrt fühlen durften, ist lange vorbei. Konsequent wendet Bahr die ökonomische und soziale Frage zur nationalen: Da Unternehmen weltweit agieren und die Kontrolle durch eine Gegenmacht fehlt, sollen die Nationalstaaten durch Absprachen und Konventionen den Primat der Politik wiederherstellen, denn nur sie könnten „dafür eintreten, daß Kommunen, Regionen, Ländern ihr Entscheidungsraum erhalten bleibt“. Glaub der Realpolitiker, dem es weder in den Sinn kommt, daß z. B. die Gewerkschaften sich international organisieren könnten, noch daß die in seiner Aufzählung fehlenden, sonst so gern bequakten „Bürgerinnen und Bürger“ ihr Schicksal am Staat vorbei in die eigene Hand nehmen könnten.

Auch für einen Realpolitiker läge es nahe, der ökonomischen Globalisierung durch eine politische beizukommen und über die Nationalstaaten die Uno zu stärken. Bahr verschwendet daran keinen Gedanken: Sein Horizont endet bei Europa und recht eigentlich schon bei Deutschland, denn wenn er „Europa“ sagt, klingt das wie „Deutschland“ im nationalkonservativen Gerede aus den 60er, 70er Jahren. Da trapst die Nachtigall: „Der europäische Wirtschaftsriese ist außen- und sicherheitspolitisch ein Zwerg“, beklagt Bahr, strebt „ein handlungsfähiges Europa“ an und fragt: „Will Eur groß im Markt sein und klein in seiner politischen Selbstbestimmung bleiben?“ Selbstbestimmung meint die Bestimmung über andere. Oder will Europa „den Primat der Politik aufgeben, indem es eine Rolle als Weltmacht nur wirtschaftlich annimmt und die Übernahme einer politischen Verantwortung ablehnt?“ Europa muß Weltmacht sein, oder es wird nicht sein – und Bahr wirft den Köder aus, um auch die letzten grünen Kritiker „für die außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit“ zu fangen: Europa soll „eine unverwechselbare, friedensbewahrende und friedensstiftende Rolle entwickeln, die über den Kontinent hinausreichend (!) internationale Regelungen im Interesse von Menschenrechten und Umwelt verficht.“ Auf diesem Weg soll Deutschland in Europa „die Führung durch Ideen und Vorschläge“ übernehmen. Weltmacht, Handlungsfähigkeit, Führung: ein Sozialdemokrat als Nationaldemokrat.

Konkret 02/00, S. 51

**Fritz Tietz**

# Buch & Deckel

**Bodo H. Hauser/Ulrich Kienzle: Küchenkabinett – Essen und Trinken bei Rechten und Linken. Heyne, München 1999, 352 Seiten, 39,80 Mark**

Als politischer Journalist hat man, sofern man seinen Beruf einigermaßen ernst nimmt, vor allem einen Auftrag: die Regierung zu stürzen; oder wenigstens doch das ein oder andere Denkmal, wie es ja derzeit beim mutmaßlichen Schwarzekassenwart Kohl beispielhaft praktiziert wird.

Solch zielbewußte Berufsauffassung sucht man bei dem TV-Moderatorengespann Bodo H. Hauser und Ulrich Kienzle allerdings vergebens. Wie auch? Sind sie doch als die Frontmänner, oder besser: Fronthampelmänner des ZDF-Magazins »Frontal« bloß zwei journalistische Simulanten bzw. zwei als politische Kontrahenten sich gerierende Komiker, die, in ihren lausigen Dialogen sich ständig öffentlich bestammelnd, immer bloß so tun als ob. Dafür braucht's keine Berufsauffassung, sondern nur zwei stets grinsebereit entsicherte Köpfe mit möglichst häufiger TV-Präsenz.

Immerhin bildeten sich Hauser und Kienzle so eine recht einträgliche Geschäftsgrundlage für allerhand unerträgliche Nebenerwerbsmöglichkeiten. Deren aktuellste heißt *Küchenkabinett*, eine Art Kochbuch für »Linke und Rechte«, wie ein Untertitel fettaugenzwinkernd andeutet. Mit Journalismus hat aber auch das eher weniger zu tun. Wie man schon daraus ersehen kann, daß man als Küchenhilfen ausgerechnet den Grünen Rezzo Schlauch und den vorbestraften Grafen Lambsdorff anheuerte; und damit auch so zwei, denen man als rechtschaffener Journalist eigentlich eher in die Suppe pinkeln muß, anstatt sie mit ihnen gemeinsam auszulöffeln. Was Hauser und Kienzle jedoch und offenbar auch sehr genüßlich taten, und zwar bei einem ausgedehnten schwäbisch-rheinischen Gourmet-Menü im Brandenburger Hof, nahe dem gleichnamigen Tor, wo sie sich erst gegenseitig ihres guten Geschmacks bezichtigten und dann die, so wörtlich: »bange Frage« erörterten: Warum gibt es immer weniger genußfreudige Politiker?

Ja, das sind so bange Fragen, Mann, zu deren zusätzlicher Beantwortung man zwar nicht jenen europaweit bekannten Politiker und zugleich Genußexperten Martin Bangemann gewinnen konnte, sondern nur einen gewissen Hanjo Seißler. Als »streitbarer Feinschmecker« angekündigt, führte der denn auch gleich manch knatternd streitbares Wort wider die vermeintlich deutsche Feinschmeckerfeindlichkeit; die sich ja z. B. darin äußere, daß der Deutsche an der Tankstelle immer nach dem teuersten Motoröl verlange, sich selbst jedoch meist mit dem schlechtesten Olivenöl bescheide. Auch finde es hierzulande angeblich kein Mensch anstößig, wenn man für ein Auto achtzig- oder hunderttausend Mark hinlege. Wer aber – wie er, Seißler, das gelegentlich tue – 500 Mark für ein gutes Essen ausgebe, gelte gleich als meschugge. Wer will da widersprechen?

Graf Lambsdorff (der sich nach eigenem Bekunden viermal jährlich daheim von einem Gourmet-Koch vollstopfen läßt) sicher nicht, hat der doch selbst so seine Probleme mit den angeblich ewig sinnenfeindlichen und ständig genußknackenden Deutschen. Selbst die eigene Tochter beanstande regelmäßig seine Vorliebe für die so lecker verruchte Gänsestopfleber.

So reihert sich eine kulinarische Banalität an die andere. Und während der grüne Genießer Schlauch irgendwas Ungenießbares von gelben Rüben und roten Tomaten faselt, steuern auch Hauser und Kienzle noch einige, wenn auch eher unappetitliche Häppchen bei. So erfährt man, daß das »Tagegeld« genannte Sitzungssalär für Bundestagsabgeorndete keineswegs deshalb »Tagegeld« heißt, weil – Zitat Kienzle: »... Parlamentarier ihre Zusammenkünfte so lästig empfinden wie Frauen ihre Tage«. Von Hauser dagegen lernt man, daß Björn Engholm schon rein genetisch ein Süßer sei. Schließlich habe dessen Vater in einer Marmeladenfabrik gearbeitet. Und Hausers Vater vermutlich in der Doofenfabrik.

Man ist eben, was man ißt! Zu dieser küchenphilosophischsten aller Erkentnisse kommen zudummerletzt auch Hauser und Kienzle; was nicht weiter schlimm wäre, wenn sie diese nicht verkündeten, als sei's der Weltenrätsel Lösung. Husch, husch, möchte man da den beiden zurufen, schnell zurück ins Fernsehen. Da gehen solche Phrasen noch als Weisheiten durch.

Konkret 02/00, S. 52

**André Thiele**

# Staatlichkeit und Poesie

**Lebensgeschichte und lyrische Abenteuer des Bauern Hinrich Janssen (1697-1737)**

1. Ist alles unsers Blicks und der Betrachtung werth

»Ach! hätt ich Armer doch die Bücherlust verlohren, / Da mein Verhängniß mich zum Baurenstand erkohren«.

Ist ein seit 250 Jahren toter Bauer ein amüsantes Thema? Dieser hier, Hinrich Janssen, hat nicht nur gesät und geerntet, er hat auch geschrieben, zum Beispiel: »Wär ich reich, so dürft ich sprechen, / Und mein Sprechen hätte Kraft«. Das klingt verwegen obrigkeitskritisch und sozialrevolutionär.

»Reiche Leute, weise Leute! / Armer Stachel packe dich! / Geld bringt Ehr und Lob zur Beute: / Arm zu seyn steht liderlich«. Jeder aufrecht Fühlende hört interessiert zu, wenn das meist stumm duldende Volk den Mund auftut und Politisches sagt, noch dazu im Jahr 1730. Tief in seinem Innern ist jeder von uns ein bißchen Demokrat. Man muß sich nicht schämen, das geht den Besten so.

War Hinrich Janssen ein Demokrat? Ein Verhängnis sei ihm der Bauernstand, steht oben. War dieser Mann aus dem Volk ein Volksfreund?

Beginnen wir mit Fragen, auf die wir Antwort haben. 1697 wurde Hinrich Janssen geboren. Sein Vater war freier Bauer in dem Weiler Hofswürden der Butjadinger Vogtei Eckwarden. Butjadingen ist eine Marschhalbinsel im Land Oldenburg, zwischen Unterweser und Jadebusen. Einerseits hatte die Familie Geld, den Sohn zur Schule gehen zu lassen, erst in eine der sehr guten Dorfschulen, 1713 nach Jever, schließlich im Herbst 1716 zum Gymnasium in Quedlinburg, zur Vorbereitung auf die Universität. Andererseits zählte Hinrich Janssen 1716 schon neunzehn Jahre, wahrscheinlich weil er zwischendurch immer wieder hatte ackern müssen.

1718 brach Janssen die Ausbildung ab: »Phöbus nennt mich den ihm entlaufnen Sohn / Weil, da ich den Parnaß kaum halb hinan gekommen, / Ich umgekehrt, und schnell den Pflug zur Hand genommen«. Was war geschehen?

2. See bricht Deich, oder: Wer nur den lieben GOtt läßt walten

Neuntausend blieben tot und Zehntausende Stück Vieh auf den Feldern. Wie ein kalt brennender Stier hatte das Meer sich nachts aufs norddeutsche Küstenland geworfen und alle und alles zermalmt. Die Gründe lagen auf der Hand.

Naturkatastrophen sind eine langweilige Sache. Schlimm und allein interessant ist ihr menschgemachter Teil. Das nichtverhinderte Verhinderbare fasziniert und läßt schaudern. Und die Sturmflut der Weihnachtsnacht 1717 war wirklich schauderhaft.

Oldenburg stellte an Geld ein reiches Land, und am reichsten war Butjadingen. Bauern mit 100.000 Talern Eigentum lebten dort. Seit 1667 gehörte die Grafschaft dem dänischen König, der die Administration durch die Deutsche Kammer in Kopenhagen besorgte. Der Oldenburger Adel war schwach, der staatsfreien Rittergüter waren wenige. Zwei Wunden im Landeskörper schwärten gefährlich. Kopenhagen hatte seine Statthalter gewähren lassen. Die bauten zwar eine anständige Verwaltung auf, zum Personal zogen sie jedoch bequemerweise viel vom landsässigen Adel heran, eine Funktionsaristokratie entstand, und den privatisierten Edelleuten wurde ein machtvolles politisches Instrument geschenkt. Im Gegensatz zum dänischen Hofadel bezogen die oldenburgischen Verwaltungsritter ihre Gewinne aus der Landwirtschaft und waren deichpflichtig. Jede Arbeit an den Dämmen kostete die grundbesitzenden Herrschaften Geld.

Für Küsten- und Marschland gibt es keine wichtigere Frage als die Organisation der Deiche. In den fünf Oldenburger Ämtern und zwölf Vogteien war diese Frage schlechtestmöglich eingerichtet, es herrschte eine freiheitlich-demokratische Grundordnung. Jeder Landbesitzer war persönlich verantwortlich für ein bestimmtes Deichstück. Geschworene wurden gewählt. Sie bestimmten, welche Aufgaben wann und von wem zu erfüllen seien. Manche Vogteien hatten Material zu liefern, manche die Arbeit zu leisten, manche Höfe mußten nur eine seit 1682 unverändert geringe Gebühr zahlen. Die Deichpfänder wurden untereinander getauscht oder verkauft, die Droste als Aufseher des Ganzen waren korrupt, kurz, wären nicht hin und wieder königliche Soldaten aufgetaucht, um an Pflichten zu erinnern, und hätte nicht die eine oder andere Sturmflut das allgemeine Interesse manifestiert, jede Maulwurfsfamilie hätte besseren Küstenschutz geleistet.

Nicht das unschuldige Meer hatte die Menschen getötet, die Deichordnung hatte dies getan.

3. Der Ursprung dieses Übels kombt nicht von dem lieben Gott

Als des Sterbens ein Ende war, begann die Verwaltungsreform.

Hinrich Janssen muß im Januar 1718 erfahren haben, daß seine Heimat vernichtet lag. Die Reise zurück von Quedlinburg dauerte einige Wochen, so kam er zur Zeit der größten Not. Ende Februar brach das Wasser noch einmal als Eisflut über die zerschlagenen Wälle. Niemand hatte Kraft, Leichen zu beseitigen, jeder Fußmarsch bahnte sich zwischen Tierkadavern.

»Es versucht einer dem andern die Last des Teichwesens auf den Halz zu schieben.« Der dies im Sommer 1718 nach Kopenhagen schrieb, war Johann Rudolf von Münnich, Chef der von König Friedrich IV. im Frühjahr eingesetzten Deichkommission. Seit 1699 auf dem Thron, hatte Friedrich im Rahmen seiner Möglichkeiten unerhört effektiv absolutistische Politik betrieben, Steuern eingeführt, Wissenschaft und Industrie forciert, sich an Frankreich gehalten, England kalt angefahren, Hamburg besetzt, kurz: die Vernunft befördert.

Die Regierung in Oldenburg sprach der königlichen Deichkommission prompt ihr Mißtrauen aus. Sie hatte vor dem Eintreffen von Münnichs im August 1718 noch keine Besichtigung der Schäden vorgenommen, keine Handlung getan, die übers Jammern hinausging, die Situation war wie zu Jahresbeginn.

Die Menschen fanden »das liebe trockene Brot nicht mehr im Haus, sondern müßten, weil der Eine dem andern nicht zu helfen vermag, fast hungers crepiren«, meldete der Eckwarder Pfarrer im September. Die Ernte war ausgefallen, die Menschen flohen, das wenige verbliebene Vieh verreckte am Salzgras. Ein Drittel der Häuser war vollkommen zerstört, der Rest meist desolat, die Äcker unfruchtbar, Butjadingen am schwersten verwüstet, und die Regierung tat das Allerdringlichste, sie pflegte die zahllosen verbrieften und wohlerworbenen Freiheiten. Der Damm, wurde verbreitet, hätte die Menschen ohnehin nicht gerettet, wer so rede, zeige ein Herz, »das nicht mit wahrer Ehrerbietung gegen GOtt erfüllt« sei.

Von Münnich löste das Theodizee-Problem mit kurzen harten Schlägen. Der inkompetente Oberlanddrost Pritzbuer als Oberaufseher des Deichwesens wurde verscheucht, an seiner Stelle kam der dänische Admiral Christian Thomsen von Sehestedt. Die Regierung wurde de facto abgesetzt, die Kommission lenkte die Beamten, Deichbänder und Gemeinden direkt. Unterschleif wurde mit unbekannter Schärfe und ohne Verzug bestraft, zurückgehaltene Gelder aus den Deichlasten rigoros eingezogen, 35.000 Taler kamen sofort zusammen. Ein Proteststurm brandetete gen Kopenhagen. Alte Urkunden wurden geschwenkt, der Freiheit dauerhafte Rechte kunstvoll beschworen. Friedrich IV. reagierte richtig und stärkte seine Kommission. »Wie es denn bey Einem ohnedem sich vornehm gnug dünckenden Beamten schlechten Egard causiret, wann Ihm über unsere Relationes zu raisonniren Anlaß gegeben wird«, raunzte von Münnich zufrieden. Junker halts Maul, heißt das. Kusch.

Kopenhagen zentralisierte den Getreideeinkauf, die Mittel stellte die aufgefrischte Deichkasse. Soldaten zwangen Schiffer zum Transport und Bäcker zur Versorgung der Deicharbeiter. Das Maximum wurde eingeführt, der private Kredit durch den staatlichen ersetzt.

Von der Schönheit dieser Maßnahmen ist heute schwer sich einen Begriff machen. Während der englische GeorgeI. in seinen Gebieten Kollekten für die Flutopfer durchführen ließ, entwickelte von Münnich ein ausgebufftes Cash-flow-Modell:

Zunächst wurde alle Privatliquidation ausgesetzt. Die Bauern, die alte Schulden aus der Zeit vor der Flut bedienen mußten, schöpften Atem. Nicht froh waren die Bremer Gläubiger und – der landesherrliche Beamtenadel, der bis September 1718 schon ein Drittel der Höfe versteigert und sich, ganz entre nous, zugeschanzt hatte. Diese Treuhandgesellschaft auf beamtliche Privatinitiative mochte von Münnich nicht dulden. Die Nahrung wurde gesichert, man zwang die Bauern zum Bleiben und erhöhte den Lohn für Deicharbeiter. Alles binnen Monaten. Gleichzeitig war die Kommission nicht generös. Zwar besorgte sie in Kopenhagen Gelder, allein für Butjadingen bis 1724 730.000 Reichstaler für Deichbau und Landwirtschaft. Aber alle Unterstützung galt als Darlehen. Von den weniger betroffenen Gemeinden wurden noch im Winter Zins und Tilgung eingehoben, die nahezu ausgelöschten Marschvogteien blieben bis 1729 von Rückzahlungen unbelastet, aber gleichwohl nicht tributfrei.

Das war die Basis für eine erstaunliche wirtschaftliche Erholung des Landes aus eigenen Kräften. Die Abgaben deckten die Kapitalaufwendungen. Die rasch gesundende und durch die Landkonzentration prosperierende, konsequent besteuerte Wirtschaft führte so viel Geld in die königliche Kasse, daß die Rentkammer schon 1724 alle bisherigen Zinsen und ein Drittel der Schulden erlassen konnte. Wahrscheinlich stand da auch bereits fest, daß sieben Jahre später, 1731, ein weiteres Drittel der Restanten erlassen werden würde, worüber noch zu sprechen sein wird.

4. Staat bricht See, oder: Die Staatskunst und dein Rechtsverstand / Hat uns zum Heil dich hergesandt

Der zweite Kampfplatz neben der Verwaltung waren die Dämme. Im Februar 1719 hatte von Sehestedt die neue Deichordnung fertig. Zum ersten Mal wurden präzise Register und Journale geführt, eine Planung hub an. Das Deichgesetz sah im Gegensatz zur alten Pfanddeichung die Kommuniondeichung vor. Alle, auch die Bauern des Landesinnern, sollten unter staatlicher Aufsicht gemeinsam verantwortlich sein für den gesamten Damm, im Anteil je nach Größe und Bonität des Grundbesitzes. Der Deich wurde vergesellschaftet. Und die Gesellschaft stand dagegen auf. Bis Oktober 1729 kämpfte

von Sehestedt zäh gegen die Verbände der Gemeinden um deren noch verbliebene lächerliche Autonomie. Gerade die am meisten Betroffenen, die Marschkirchspiele, wehrten sich am heftigsten gegen den Fortschritt, mit einer Kraft, wie nur überholte Sozietät sie hat. Neujahr 1721 ersoffen nochmal viele hundert in einer Flut, aber Einsicht, scheinbar, ist keine Frage erlebter Wirklichkeit. »Daß die Hartnäckigkeit der Unterthanen einmahl möge gestraffet werden«, fluchte von Münnich, »Ordres gibt man hier, niemand aber pariret weiter alß ihm gut deucht.«

Im Winter 1729 endlich war das Recht beseitigt, das Gesetz hatte gesiegt. Bis heute ist die Kommuniondeichung das gültige Modell.

Wenn Sie Ihr Schicksal einmal nach Oldenburg führt und Sie machen einen Spaziergang am Meer, dann packen Sie doch Ihren Flachmann aus und stoßen Sie mit mir im Geiste drei Mal an: auf Johann Rudolf von Münnich, diesen Richelieu des deutschen Nordens; auf Admiral Christian Thomsen von Sehestedt, den tapferen Kämpfer gegen die Butjadinger Fronde; und auf den Segen der Fremdherrschaft in Deutschland.

## 5. Der Falk wird keine Meise zeugen

Eckwarden war die am schwersten geschädigte Gemeinde im verwüsteten Butjadinger Marschland. Ob Hinrich Janssens Familie die Katastrophe überstand, ist unbekannt. Die nächste Nachricht stammt von 1724, als Janssen die Eckwarder Bauerstochter Metta Behrens heiratete.

In dieser Zeit kam Hinrich Janssen zum Schreiben, vermutlich über Liedchen zu Hochzeiten, Geburtstagen oder Leichfeiern. Solche Carmina entstanden damals jedes Jahr Tausende, von Akademikern, meist Pfarrern, auf Bestellung gefertigt, die Archive sind voll davon, alle gleich und schlecht, mit in der Art der Drehleier gereimten banalen Floskeln. Janssen muß sich in diesem Metier einen Namen gemacht haben. Später hat er über Erwerbslyrik gelacht und Aufträge genutzt, um weit über den Anlaß hinausgehend, die Regeln des Genres verachtend, eigene Aussagen zu treffen. Der Wendepunkt von der Schrummelreimerei zur Dichtung liegt im Herbst 1730.

König FriedrichIV. war am 31.Oktober gestorben, ChristianVI. wurde gekrönt. Die eben im Streit um die Deichordnung unterlegenen, frisch gedemütigten Butjadinger Gemeinden beschlossen, zur Krönung ein Lobgedicht nach Kopenhagen zu schicken. Verfasser sollte Hinrich Janssen sein. Ein Lobgedicht ist nichts anderes als ein Erpressungsversuch. In flotten Versen wird gepriesen, also gedroht, denn wer preist kann auch das Gegenteil, und aufgeschrieben, was man fordert. Dieses gereimte Volksbegehren ward »Leid-Cypressen und Freuden-Palmen« betitelt und sehr lang. Es ist heute vollkommen unlesbar und war es wohl damals schon.

Hinrich Janssens Ruhm zu Lebzeiten fußte auf einem Mißverständnis. In den »Leid-Cypressen« bittet er inständig, der König möge doch die Deichdarlehen erlassen. Und tatsächlich, am 14.Mai 1731 verkündete Christian den Verzicht auf ein Drittel des Geldes. Eine Sensation, die verwaltungstechnisch seit 1724 zu erwarten gewesen war. Gut gemachte Pläne haben für das Publikum immer etwas herrlich Spontanes.

Janssen galt plötzlich als hoffähig. Sein Gedicht wurde lanciert und Mitte Februar 1732 in der »Leipziger Gelehrten Zeitung« gedruckt. Das war damals mehr wert als heute ein Literaturnobelpreis, allerdings schlechter dotiert, nämlich gar nicht. Ende Februar rückte die »Gelehrte Zeitung« eine Nachricht zu Janssen ein und im Dezember 1732 erneut ein langes Gedicht, 1733 und wieder 1734 lobende Erwähnungen. Die Bedeutung dieser Aufmerksamkeit war ungeheuer. Zitate brachte die »Leipziger« so gut wie nie und niemals so ausführliche. Ihr Einfluß war enorm. Die Ehre erheblich.

Alle waren begeistert. Alle, bis auf Hinrich Janssen.

## 6. Traugott und Christian

Den Stolz über den Erfolg begleitete ein später deutlich geäußertes Unwohlsein über das Gedicht und seinen Inhalt. Den empfand Janssen als verfehlt. Man habe ihm Passi hineinredigiert, »ob ich es nun wol sehr ungern that, und die Folgen schon vorher sah«. Der gemeinte Absatz droht dem König offen mit Landflucht der Bauern. Es ist schwer verständlich, wie ein Gedicht, das mit geschickter Hand Sprachregeln bricht; das dem Hof vorwirft, das Land »creditlos« gemacht zu haben, ein unerhörtes Wort; das vom Monarch »Witz viel mehr, als Purpur« verlangt, Witz zu lesen als Verstand; das den offensichtlichen Erfolg der Maßnahmen des Hofes anzweifelt; wie ein solches Gedicht von einem sich seiner selbst und seiner Feinde bewußten König gelobt werden konnte. Leider war der König tot, und der neue wollte keiner mehr sein.

Christian VI. gab das exakte Gegenteil seines Vaters. Ein grauenhafter Frömmler und Dummkopf, verheiratet mit einer pathologischen Pietistin, dominiert von seinem Hofprediger, dem Mystischen zugewandt. Friedrich hatte ein Königtum geschaffen, der Sohn verbetete es in wenigen Jahren. Die Gelder flossen aus dem Land, am Ende hatte Dänemark zwei Millionen Reichstaler Schulden und wurde von den Bürgerlichen einfach gekauft.

Die Pietisten, die immer halb den König morden wollten und halb sich selbst, übernahmen das Regiment. Man sagt so gern, LouisXIV. habe gegen die Hugenotten ungerecht gewütet, aber man muß sich den Wahnsinn an Niedergang

anschauen, die deren nordische Brüder anrichteten, kaum ließ man sie. Sie seufzten und weinten über die Welttorheiten, ganz im Verlangen nach zukünftigem Leben. Lachen Sie nicht, das ging so weit, daß Eltern erst ihre Kinder und dann sich ausrotteten. Die paar Minister, die dem Königtum gegen den König treu geblieben waren, griffen zu Rechtsmitteln und ließen führende Pietisten unter Martern öffentlich hinrichten. Das führte dann dazu, Sie lachen ja doch!, daß die Pietisten bei der Polizei Schlange standen, sie wollten bitte auch derart sterben, und zwar bitte rasch. Entnervt kam einem Klugen die rettende Idee, als Strafe lebenslange Einkerkerung zu verhängen, bei blutiger Auspeitschung am Jahrestag der Verhaftung. Das endlich hielt wenigstens einige ab.

Der allgemeine Glaubensklamauk. Die schwärmerische Schreckensherrschaft. Natürlich war ChristianVI. ein Libertin.

Das Denkproblem, vor dem Hinrich Janssen stand, war, wie man als Königstreuer einem König treu bleiben kann, der dem Königtum untreu geworden ist. Wie zu einer Sache stehen, deren Walter sie verraten haben? Hinrich Janssen hat keine Lösung gefunden. Sein Wahlspruch, quakt er oft, sei »Trau Gott und Christian«. Aber seine Gedichte rufen immerzu: Wo bleibt mein König? Nie erkannte er in Christian VI. den Königsfeind. Und wenn er erkannt hätte, was wäre aus ihm geworden? Der einsamste Mensch im Oldenburger Land. Und der war er so schon.

7. Ein Royalist mit Rübenhippe

»Du zwingst, die gerne müßig gehn, / Den Uebermuth der Privatisten, / Die nur auf eignen Nutzen sehn, / Sich mästen und im Luder nisten«, schrieb Janssen 1734 dem greisen Admiral von Sehestedt: »Du hast für Herr und Unterthan / Dich nie gespart, du hieltst den Wahn / Vor falsch, und würdig zu verfluchen, / Es müsse in Monarchen Dienst / Nur ein Minister stets Gewinnst, / Ja Ruh, Gemächlichkeit und gute Tage suchen«.

Wir reden hier über einen Bauern, wissen Sie?, einen deutschen Bauern. Mit Leuten, die auf dem Niveau des Hinrich Janssen Politik reflektieren, kann man in Deutschland nicht eben Bibliotheken füllen. Hier galt Talent immer mehr als Haltung. Hinrich Janssens Talent war eins zur Arbeit. Seine Sprache kommt dahergestapft mit kleibeschwerten Stiefeln, man läßt sie nicht gern in die gute Stube. Jedes Wort ist getrieben, jede Zeile macht Mühe. Niemand liebt, beim Lesen zu schwitzen.

Doch Janssens Bewußtsein hebt sich deutlich von dem seines Standes. Er hat gelernt, daß Freiheiten für die Unterklasse eine kostspielige Sache sind. Daraus zieht Janssen die Konsequenzen. Die Bürgerlichen mag er nicht, und so die Großbauern, die wenig von den Bürgerlichen trennt. Sein Blick tastet zurück zur patriarchalischen Bauernwirtschaft. Aber es ist ein Blick zurück nach vorn. Seine Hoffnung ist der Staat. Und in dieser Hoffnung liegt die Lösung. Noch das ganze achtzehnte Jahrhundert entscheidet sich, wo es zur Feder greift, gegen den Staat und für die Freiheit. Wir wollen mit diesem Bauern nicht härter ins Gericht gehen als mit der gesamten deutschen Denkelite bis Hegel.

»Wo hat mein König sich verborgen? / Der mich sonst liebreich angeschaut«. Mir fällt nur einer ein, der 1735 ähnliches dachte. Voltaire. Und der war weder Deutscher, noch war er Bauer. Können wir uns einigen, daß dieser Vergleich, bei aller Übertreibung, ein entschieden vorteilhafter ist?

8. Seht! da kommt der Träumer her

»Bauren nützt das Dichten selten«. Für welches Publikum sollte er schreiben, der Hinrich Janssen? Daß der dänische Hof ihn nicht an sich zog, zeigt, daß der dänische Hof keiner mehr war. Die deutschen Bürgerlichen, ach Gottchen, die paar, die es gab, haben nie wen anders geliebt als ihre eigenen Pöker. Die Bauernkollegen haben ihn gehaßt (»Bauersleute, meines gleichen / Lachen meine Grillen aus«), und auch Hinrich Janssen war kein Aktivist der Nächstenliebe. Sein gehaltreichstes Gedicht, »Treuholds unruhige Grillen und satyrischer Traum«, lebt von der Sehnsucht, den eigenen Stand zu verlassen, ohne dessen Kraft zu verlieren. »Ich glaube würklich, du Baurenfeind zweifelst wol gar, ob auch ein Bauer ein Mensch, und nicht vielmehr eine Creatur sey, die mit den Ochsen Stroh frißt. Glaube nur feste, mein ehrlicher Baurenschinder und Schänder, der Leib des Bauren ist von derselbigen Materie, wovon dein Madensack gemacht ist. Du magst dich so klug schätzen, als wie du willst; so hat ein Bauer auch noch wol einen vernünftigen Einfall, und zu Zeiten einen klugen Traum«, eröffnet die Vorrede. Dann aber prügeln sich die Bauern zeilenlang im Wirtshausdreck aufs Blut. »Laß das kahle Versenmachen«, raten sie dem Dichter, »werd ein Handelsmann«, »Jeder ist ihm selbst der nächste; / Heist das Ding gleich galgenwerth«. Janssen sieht die Bauernschaft als längst nicht mehr einheitliche Klasse, sieht, daß sie zerfällt in solche, die wirtschaften, und solche, die bewirtschaftet werden, sieht, daß die, die pflügen, nicht die sind, die ernten.

Das verschlägt ihm die Sprache, er rutscht ins Plattdeutsche – war es Ihnen aufgefallen, das Hochdeutsch dieses Küstenbauern? Die »Buhrenfloit« hat ihm »myn Unglück bloyt«, aber was soll er tun?, weiß er zu »hücheln«, zu »schmycheln« »Un mit falscher Politik / Ut B Moll een Stück to spehlen«?

Sagen wir es klar, Hinrich Janssen hat geheuchelt und geschmeichelt, und gar nicht mal schlecht, aber den Weg der Romantik, »mit falscher Politik / Ut B Moll een Stück to spehlen«, den zwei Generationen später Horden von Dichtern

einschlagen würden, die doch wahrlich anderes dulden mußten als dieser Ackersmann, den schneidet er sich mutig ab. Der romantische Stil hatte gerade sein Haupt erhoben in dem Johann Christian Günther (1695 – 1723), dem Vater der Lenz, Schelling, Büchner. Janssen erkennt die Gefahr und nennt Günther einen Saufkopp: »Schlurft euer Musengaul ein Maas Tokayer ein;/ So eilt er feurig gnug, wenn ihn der Wein beflügelt, / Wie man an Günthern sieht, doch gar zu ungezügelt«.

»Ick wull dem Minschen / Woll een beter Glücke wünschen. / Ja gewiß! hee wär et wert« dichtet Janssen in seinen »Grillen«, bevor er reumütig ins Hochdeutsche zurückkehrt.

9. Doch Joost ist kein Platonicus

Hinrich Janssen schrieb für den König, und er bekam den Hans Hinrich von Stöcken. Eigentlich bekam der den Johann Christoph Gottsched (1700-1766). Vielleicht haben Sie von dem mal was gehört, wahrscheinlich Schlechtes. Er gilt der deutschen Philologie für trocken und hohl. Gottsched war Gelehrter, später Professor in Leipzig und dort Herausgeber und erster Bearbeiter der oben erwähnten »Gelehrten Zeitung«. 1732 erschien sein »Sterbender Cato«, ein republikanisches Stück und stark aufmuckend. Erinnern Sie sich, daß 1732 auch der Janssen in der »Gelehrten Zeitung« gestanden war? 1751 schrieb Gottsched den »Agis«, ein ganz anderes Werk, in dem der Fürst die adligen Großgrundbesitzer zerschlägt und die Gesellschaft rettet. Zwischen diesen Dramen war Gottsched vom Freiheitsfreund zum Freund des Fortschritts geworden. Natürlich schimpfte alle Welt ihn fortan einen Fürstenknecht. 1732 druckte Gottsched den Janssen, weil in diesem Bauern der Rousseau aufschien, er druckte ihn 1733 und 1734; dann ließ er die Finger von ihm.

Ab 1736 dafür druckten den Janssen die »Hamburgischen Berichte von neuen gelehrten Sachen«. Die »Hamburgischen Berichte« gehörten zum Kreis des Bartold Hinrich Brockes (1680 – 1747). 1737 schrieb der berühmte Brockes an den todkranken Janssen und nannte ihn »den besten Land= und Feldpoeten dieser Zeit«. Janssen, der den großen Dichter verehrte, war überwältigt. 1738 hob Brockes den Janssen in Weichmanns schulbildende Anthologie *Poesie der Niedersachsen*, 1744 widmete er ihm einen Nachdruck.

Die Gründe, aus denen Gottsched die Finger von Janssen ließ, waren, vermute ich, dieselben, aus denen Brockes ihn herausgab. Als Gottsched sah, daß Janssen nicht als Poet, sondern als Naturbursche ankam, in dem »ein edles Feuer« brannte, schreckte er zurück. Als Brockes dasselbe sah, griff er zu.

Wer Hinrich Janssen mögen konnte, waren die Oldenburger königstreuen Verwaltungsbeamten, war der dänische Staatsrat Hans Hinrich von Stöcken. Er zog den Bauern auf sein Gut Hahn bei Varel, machte ihm bemerkenswerte Geschenke, so eine silberne Teekanne, über die Janssen, artig dienernd, hintenrum murrte, Teetrinken sei »freywillige Wassersucht«.

Janssen schrieb für von Stöcken mehrere seiner besten Piècen. Stöcken bedankte sich, indem er Janssen, der von der lokalen Pfaffenwelt massiv attackiert wurde, aus Prozessen vor der Kirchenkommission herauspaukte. Solche Streitereien konnten Haus und Hals kosten.

Janssen hatte auf Hahn seine besten Tage. Befreit von der Knechtsmaloche am Pflug (»Wenn ich zur Lust bey Nebenstunden, / Oft naß geschwitzt ans Dichten geh«), schreibt er so lebensvoll wie nie zuvor. Seine Lage sieht er klar und vergleicht sich mit einem »kunstreich singenden Papagey«. Von Stöcken besaß einen sprechbegabten Sittich, genannt Joost. Der, entdeckt Janssen, habe den goldenen Kerker der Kultur gebraucht, um Reden zu lernen: »Erst ließ ihn gleiche Barbarey / Zwar weder singen oder sprechen; / Allein! die Perl wird endlich frey, / Und muß durch Nacht und Muschel brechen«. Janssen holt Bildung nach, übersetzt aus dem Lateinischen, lernt Französisch, liest Boileau, Gottsched, Opitz, Bentivoglio, sein Kanon ist beachtlich »Und zeigt, daß auch in Sklaverey / Die Tugend stets erhaben sey«.

Papagei ist, wer nicht weiß, daß er einer ist. Sehen Sie sich um, wer da so alles kräht und feste glaubt, das sei schon Denken.

10. Ich bin ein Baur, nichts mehr, geblieben

1737 stirbt Hinrich Janssen am kalten Fieber. Er hatte sich totgeschuftet. (Bauer im Nebenberuf? Es geht wohl doch nicht.) Eine Stelle, die ihn vom Acker befreite, hat er nicht bekommen. Gut Hahn war einmal kein Hof, die Kirche blieb verschlossen, und Berufsschriftsteller? Selbst wenn das möglich gewesen wäre, er hätte es nicht gewollt: »Ich mag durch solcher Bücher Reiten / Die man Postillen titulirt, / Nicht hin zum Käs= und Brodkorb schreiten«.

Hinrich Janssen war »im Elendsstand ein Exulant«. Des Hofes Würden wollte er, und in Hofswürden starb er dann. Beamter, »Wenn er für Staat und König wacht, / Und für ihr Wohl Projecte schmiedet«, das war sein Traum, die Ereignisse von 1718 wiederholen, dem Fürsten zur Vernunft dienen, »Myn Herr is t, dat ji t wetet«.

11. Der Freyheit erster Welt den Untergang gebohren

Von Stöcken blieb seinem Schützling treu. 1736 druckte er aufwendig und mit Noten versehen die Papageien-Ode, später ein weiteres Werk, das nicht erhalten ist. Wichtiger noch, 1743 begann er einen Briefwechsel mit Gottsched.

Seit 1741 erhoffte Gottsched sich von Preußens Friedrich II. die Einigung Deutschlands und half dem König gegen Frankreich, weil nun der Fortschritt ein deutscher geworden war. Gottsched, das heißt die großartige Gottschedin, besorgte eine Übersetzung von Bayles berühmtem Dictionnaire, eine Übersetzung ins Bessere. Die stupiden königsfeindlichen Phrasen darin wurden mit einem gediegenen Kommentar richtiggestellt.

Von Stöcken und Gottsched mochten sich, und zwar heimlich. Die Korrespondenz lief über eine Tarnadresse in Bremen, das Handelskontor Elmcken. Von Stöcken bezahlte für Redaktion und Druck eines Buches, unter Umgehung der Zensur. Druckart und Papier wurden so gewählt, daß das Werk aus Holland zu kommen schien. Er schickte dem Professor ein Exemplar von Janssens »Papagey« und lud ihn auf Gut Hahn.

»Dieser Dienst war größer, als Sie glauben könnten, auch bin ich außer Stande, es Ihnen zu erklären«, schrieb von Stöcken und sendete Gottsched Abschnitte eines entstehenden Buches, eines »Livre noir« gegen die »États Unies bzw. die Sieben Vereinten Provinzen«, also gegen die republikanischen Generalstaaten Hollands, diese »kapitalistische Musternation« (Marx). Deren vier Regenten, die Bürgermeister von Amsterdam, werden als »Grand Baillif« verhöhnt, als demokratische Sultane. »Der Gegenstand ist außergewöhnlich und wissenswert«, schmunzelte der Staatsrat. Die rechte Hand des Germanisten W. Daniel Wilson gäbe ich hin, dies Werk lesen zu dürfen.

So viel zum trockenen Gottsched. Haben Sie noch einen Schluck in Ihrem Flachmann? An die Lippen damit und auf einen 250 Jahre toten niedersächsischen Bauern getrunken, von dessen Format unsere Nation gern mehr Poeten hätte haben dürfen. Auf Hinrich Janssen, der nicht Tee noch Wein saufen wollte, und auf seine Freunde. Der Trinkspruch lautet:

»Geduld! beklommner Geist!

wer weiß was einst geschicht.

Das Glücke schläft zwar noch,

die Hoffnung aber nicht.«

12. Ich hab auch nicht einmal den zehnten Theil gesagt

Materiell kann Hinrich Janssen sich über seine Nachwelt nicht beschweren, die hat sich an ganz anderen ganz anders versündigt.

Sein Sohn, der sich zum Pastor mauserte, besorgte 1768 eine Werkausgabe in 460 Seiten oktav, die 1864 nachgedruckt wurde. Der Inhalt ist verstümmelt, 1864 schlimmer als 1768, aber alles im Rahmen der Schlamperei, die halt so üblich ist. Seit 1794 taucht Janssen in Nachschlagewerken und Sekundärliteratur auf, erst spärlich, seit 1880 oft und ausführlich bis etwa 1905, dann Pause bis 1955, von da ab brav regelmäßig und in namhaften Werken.

Um die inhaltliche Bestimmung des Hinrich Janssen steht es deutlich weniger gut. Schon die Ausgabe von 1768 entstand auf Betreiben des Generalsuperintendenten Johann Hinrich Pratje (1710-1791), eines Antirationalisten, der den Ursprung des Bösen im Verstande suchte, eines Herrn mit degoutantem Hang zum Landmann. Seit 1768 wird Hinrich Janssen für einen Naturdichter propagiert, er, der seinem Gehirn Furchen zog, um das Natürliche an sich auszumerzen, der hinter aller Natur nur der Menschen Wirken lieben wollte, der für sein Dichten Maß und Regel erstrebte, »Nicht wie ein Vogel tireliert / Der muttermäßig musiciert / Wie ihm der Schnabel wächst, die hat man allerorten«; für einen Bauernpoeten, der der ungesunden Welt die Poesie des Ackers entgegengehalten habe.

1790 waren Naturdichter bei uns Deutschen große romantische Mode. 1807 trat diesem Unsinn einer in einem Artikel anonym entgegen, von dem ich vermuten möchte, daß es der große Berliner Denker Saul Ascher war (1767-1822): »Warum sie sich den Namen Naturdichter geben, begreift man nicht wohl. Es scheint, sie halten andere Dichter für gelehrte und durch Kunst gebildete Sänger, sich selbst aber für geborne, durch die Natur selbst zu Sängern geweihte Männer, weil sie mit einer Leichtigkeit Reime machen können, ohne in Schulen besondere Erziehung genossen zu haben ... Ist es denn etwas Verdienstvolles, Reime aufzufischen? Es gehört dazu nichts, als etwas Geläufigkeit in der Sprache, und Reimgedächtniß. Reime aber sind so wenig das Wesen der Poesie, als die Trommeln Seele der Taktik und Strategie. Unsere Naturdichter sind weit geringeren Gehalts, als die Improvisatoren Italiens ... Jedes Kammermädchen weiß heute in Deutschland so gut, als ein in Landshut zum Professor der Aesthetik Geweihter, was schlechte Verse sind.«

Der in Landshut Geweihte ist Schelling. Verstehen Sie, was Janssen gegen die Benennung Naturdichter gehabt hätte?

Nach Gottsched und vor mir ist nur dem dänischen Germanisten Leif Ludwig Albertsen Kluges zu Janssen eingefallen. Die deutsche Philologie kann ja durchaus Bedeutendes leisten, wenn sie will, und wenn sie entweder nicht von Philologen oder nicht von Deutschen betrieben wird. 1966, out of the nothing, mißt Professor Albertsen Janssen in einem Aufsatz poetischen Rang bei, er tut dies detailreich und vorbildlich solid und packt außer den ästhetischen und inneren Zügen auch

das Wesen Janssens: »Er verkündet nicht eine verklärte Moral eines antihöfischen Landlebens, sondern ringt höchst persönlich, sich ein sinnnvolles Leben zu gestalten.«

Seitdem und bis heute ist die Literaturwissenschaft wieder eingehend damit beschäftigt, von sich die Landpoeten-Idee abzuschreiben. Der aktuelle Erkenntnisrückschritt heißt Holger Böning und hat sich bis in Walther Killys gepriesenes Literatur-Lexikon durchgefressen.

Für Herrn Böning ist der Johann Hinrich Pratje ein Volksaufklärer. Das kommt daher, daß Pratje in den 1760er Jahren Zeitschriften betrieb, die so teuer waren, daß kein Bauer sie sich leisten konnte, die aber z. B. unter dem Titel »Zum Besten des Landmannes« erschienen, worin, hätten die Landmänner sie nur lesen können und hätten sie lesen können, sie erfahren hätten, mit welchem »Mittel den Schimmel des Brotes zu nutzen und denselben zu verhüten« geht und so allerlei.

Herr Pratje ist auch einer der Erfinder der Meinungsvielfalt. In seinem Blättchen ließ er einen Artikel drucken, der die Notwendigkeit der Stallfütterung propagiert, um kurz darauf einen erscheinen zu lassen, der »Bedenklichkeiten gegen die Stallfütterungen« vorbringt. »Das Bild eines guten Landwirths« heißt ein Aufsatz, einer »Anmerkungen über die Sorge eines Hausvaters für seine und seiner Hausgenossen Gesundheit«. Also, wenn das keine Volksaufklärung ist, dann weiß ich auch nicht.

Lassen wir Herrn Böning und Herrn Pratje sich miteinander wohlfühlen, sie werden ihre Gründe haben. Unsere Liebe ist mit Janssen, und er hat sich auch schon artig dafür bedankt:

»Meid ich, Thoren zu gefallen,

Das, was ihnen mißgefällt?

Nein, ihr Haß wird rückwärts prallen;

Liebt mich nur die kluge Welt.«

*Die 1., 5., 8. bis 12. und der zweite Teil der 4. Zwischenüberschrift sind Janssen-Zitate, die 3. ist ein Zitat von v. Münnich. L. L. Albertsen: »Der Bauernpoet H. J. aus Butjadingen«, in:* Oldenburger Jahrbuch 65, *1966. H. Böning und R. Siegert:* Volksaufklärung, *Stuttgart u.a. 1990, Bd. I, Nrn. 707, 722.*

---

André Thiele schrieb in KONKRET 1/2000 über Peter Hacks' »Jetztzeit«

Konkret 02/00, S. 58

**Mark-S□ efan Tie□ □ e**

# Sha□ ne leb□

**Die Krimis □ on Paco Taibo □ idmen sich nich□ n□ r der A□ fkl□ r□ ng □ on Morden**

»Wie ein Krimi ausgeht, wissen die Zuschauer aus Tausenden gesehener Kriminalfilme und -serien. Die Gewißheit, daß der Kommissar oder der Privatdetektiv am Ende den Täter stellt, findet sich jedesmal wieder bestätigt«, bemerkt Knut Hickethier am Ende seiner *Geschichte des de□ tschen Fernsehens*. Genau diese Absehbarkeit werde vom Publikum auch gewünscht. Hauptfunktion des Mediums sei nämlich, in stürmischen Zeiten durch einfach gestrickte Welterzählungen zur individuellen wie kollektiven Stabilisierung beizutragen □ eine Aufgabe, für die das Krimischema besonders geeignet sei: »Daß das Kriminalgenre mit seinem Muster der Normverletzung, der Normsicherung und Beseitigung der Störung inzwischen fast alle Formen der Fernsehfiktion durchdrungen hat, ist ein Zeichen dafür, daß es vor allem um die Gewißheiten der scheinbar rationalen Ordnung der Welt, die in der Detektion und der Eliminierung von Irritationen liegt, geht.«

Trotz der Konkurrenz von Film und Fernsehen sind Kriminalerzählungen in der Literatur populär geblieben; auch auf den Buchmärkten ist der Krimi meist eine sichere Bank. Daß Kriminalliteratur den Verdacht, es handele sich bei ihr um eine durchgehend konservative Gattung, bisweilen zerstreuen kann, mag daran liegen, daß die Bücher nicht immer und von vornherein für den Mainstream produziert werden. Seit Hammett und Chandler haben sich überdies eine ganze Reihe von Krimi-Autoren an mehr oder weniger harscher Gesellschaftskritik versucht, indem sie das Verbrechen in eine möglichst realistische Kulisse pflanzten oder den Blick des Außenseiters in die Verbrechensaufklärung einführten. Als □schwarz□ oder □hartgekocht□ etikettierte Kriminalromane verzichten deshalb schon mal auf einen beruhigenden Ausgang des Geschehens oder hinterlassen am Ende der Reparaturmaßnahmen einen schlechten Geschmack, weil die wiederhergestellte Ordnung eben schlecht und verkommen ist.

Zwar wurde der einsame Privatdetektiv im Kampf gegen die Machenschaften der Macht bald auch eine Masche unter vielen. Zunehmende Versuche von Autoren, im Interesse unterdrückter Minderheiten investigativ tätig werden zu lassen, konnten das Genre jedoch in den vergangenen dreißig Jahren zuverlässig politisieren. Marginalisierte Underdogs schnüffelten sich nun durch die korrupten und repressiven Strukturen, die Plots wurden drastischer und in alternative Milieus verlegt, und vor realen Schauplätzen wurden lokale Politprobleme bearbeitet (»Stadtkrimis«). Nach und nach entstand so ein geschmeidiges Genre, das auch die Bedürfnisse vieler kritischer Leser zu befriedigen vermochte.

Der mexikanische Autor und Journalist Paco Ignacio Taibo II ist ein typischer und ziemlich erfolgreicher Vertreter dieser Art von Kriminalliteratur. Als Veteran der 68er Studentenbewegung hat er nie einen Hehl daraus gemacht, daß seine Krimis Vehikel seiner Ideenwelt sein sollten. Es ging ihm von Anfang an darum, die Geschichte jener gescheiterten Revolte nachzuzeichnen und die Erinnerung an ihre sozialen und historischen Ursachen festzuhalten □ das erklärt vielleicht seinen weltweiten Erfolg in links-alternativen Kreisen, wo man auch seine □literarischeren□ Romane und biographischen Werke zu Ché Guevara schätzt. Gleichzeitig aber werden seine Krimis von erklärten Fans des Genres goutiert, weil die Serienromane um den Privatdetektiv Hector Belascoarán Shayne die Genrekonventionen einerseits zu respektieren scheinen und sie andererseits um Nuancen erweitern.

Taibos Lieblingsheld Shayne ist ein großer Grübler vor dem Herrn, der seine bürgerliche Existenz als Ingenieur aufgab, als ihm klar wurde, daß er in dieser Position lebenslang »Komplize der Unternehmer« sein würde. Das Herz des linken Romantikers schlägt nämlich für das einfache Volk, er teilt sein Büro mit einem Klempner, einem Möbelpolsterer und einem Abwasserexperten, weil er weiß, »daß Einzelgänger meist in aller Stille sterben, ohne etwas an den Sachverhalten zu ändern«. Also ist er Fatalist, in Maßen selbstironisch (»Es war ein einziger Witz. Privatdetektiv in Mexiko □ ein Witz«), notorisch schlaflos und natürlich »verdammt einsam«, denn seine große tragische Liebe, das Mädchen mit dem Pferdeschwanz, reist aus unerklärten Gründen in Europa herum.

Einen Gutteil ihrer Attraktivität verdanken die Romane der haßgeliebten »größten Stadt der Welt«, in der sie spielen. Mexiko-City als Schauplatz ist natürlich mal was anderes als Los Angeles oder New York, zumal Taibo seine Schilderungen gern mit kleinen Dosen des berühmten magischen Realismus Südamerikas anreichert: »Die Ameisen zerfressen die Augen eines Fußballspielers aus der Ebene, der halb unter den Ruinen der armseligen Hütten einer von Obdachlosen besetzten Siedlung begraben ist, die von Bulldozern und mit Hilfe der berittenen Polizei niedergerissen wurde. ... Ein blauuniformierter Polizist hält ein Taxi an und verlangt 5.000 Pesos Schmiergeld, nachdem er dem Taxifahrer erklärt hat, daß er noch nichts gefrühstückt habe. In den Müllhalden von Santa Fe schießen wilde Amazonasindianer mit Curare vergiftete Pfeile ab. Die Kinder, die davongekommen sind, sterben an verseuchter Schokolade, die sie im Müll gefunden haben und die dort von Lady-Baltimore-Firmenwagen abgeladen wurde.«

In Mexiko, wo die Repression noch nicht im Gewand der Toleranz auftritt, ist Taibos Strategie ja vielleicht auch sinnvoll, mit Hilfe des Kriminalromans »das ganze Spektrum institutionalisierter staatlicher Korruption und Kriminalität zu

durchleuchten und zu denunzieren«. Jedenfalls nehmen die Romane konstant die dazugehörigen offiziellen Medien mitsamt ihrer eskapistischen Massenkultur aufs Korn. Offenkundig hegt der Autor die Hoffnung, daß die Armen und Ungebildeten durch eine andere Populärkultur aufzuklären und aufzurütteln wären: »Man muß als Autor mit der Geschwindigkeit des Kinos und des Fernsehens konkurrieren. Man muß die Literatur mit den literarischen Mitteln verteidigen. Es hat keinen Sinn, die audiovisuellen Medien zu dämonisieren. Man muß statt dessen die Möglichkeit, in die Tiefe zu gehen, anbieten, über die das Buch verfügt, woran Film und Fernsehen jedoch meist scheitern« (Interview in »Kommune« 3/97).

Um diese Tiefe herzustellen, streut der 1949 geborene Taibo auch in seinen Kriminalromanen jede Menge Wissen über linke Mythen und vergessene Geschichte. Sein Vorsatz, die Begrenzungen des Genres aufzubrechen und mit neuen literarischen Formen zu experimentieren, resultiert zudem in metafiktionalen Einsprengseln, einer oft ungewöhnlichen Handlungsführung und einer multiperspektivischen Erzählhaltung. Daß auf diese Weise die unglamouröse Macho-Blues-Stimmung der Romane immer mal wieder ironisch geknackt wird, tut ihnen meist sehr gut: Ernsthaft möchte wohl niemand mehr von lädierten einsamen Helden lesen, die in Großstadtnächten verletzliche Frauen beschützen.

Obwohl nur zum Teil ein Krimi, zeigt der Doppelband *1968 / Ger□ fene Helden: Ein Handb□ ch □ □ r Erober□ ng der Mac* vielleicht am deutlichsten (und dabei am wenigsten subtil) Taibos Methode, politische Reflexion und populäre Narration miteinander zu verbinden. Der erste Teil, 1968, beinhaltet in Tagebuchform die persönliche Erinnerung an das Jahr der versuchten Erhebung. Während sich Studenten »mittlerer und höherer Bildung«, u. a. angestoßen von Vietnamkrieg, Ché Guevara, engagierter Romanliteratur und Folkmusik, in linken Zirkeln ohne viel Publikum befehden, weitet sich ein Studentenstreik aus, ergreift alle Fakultäten und viele Berufsschulen und führt zu Demonstrationen, die von schwer bewaffneter Polizei angegriffen werden. Daraus entsteht eine Bewegung, mit der auch Teile der nichtstudentischen Bevölkerung zaghaft sympathisieren. In der darauffolgenden Zeit der Agitation, der Vollversammlungen, Forderungen und Verhandlungsscharmützel mit der Regierung, spielt die Herstellung von demokratischer Öffentlichkeit eine große Rolle; nicht umsonst sind die Episoden, in denen es um Flugblattherstellung und den heimlichen Transport von Abziehpressen geht, die spannendsten.

Schließlich rücken die Panzer an, die Armee besetzt die Universitäten, und das Massaker von Tlatelolco mit mehr als vierhundert Opfern beendet alle Träume von Revolte oder Reform. Was bleibt, sind die »Gespenster von 68«, darunter eben auch der Autor, mit ihrer sentimentalen Erinnerung an »jenes Gefühl der Unsterblichkeit, jenes andere Ich aus jenem unendlichen Jahr«.

Der angeschlossene Kurzroman *Ger□ fene Helden* ist eine wild collagierte Erzählung, deren Handlung zwei Jahre später spielt. Nestor, der Protagonist, ist nach seinem Studium Boulevardjournalist geworden und liegt mit einem berufsbedingten Messerstich im Krankenhaus. Briefe, Zeitungsartikel und Zitatsammlungen unklarer Herkunft informieren ihn über die politische Entwicklung im Lande und den traurigen Werdegang der Freunde und Kommilitonen nach der großen Niederlage. In einer Stunde der Verzweiflung entschließt Nestor sich dazu, seine Jugendhelden zu Hilfe zu rufen: »Ich werde sie alle zusammenbringen, und wir werden ihnen den Arsch aufreißen.« Als unter anderem Sherlock Holmes, Sandokan, Wyatt Earp, die vier Musketiere und Winnetou in Mexiko einfallen, bricht endlich die Revolution los, Gefängnisse und Ministerien werden gestürmt, und Spitzel und korrupte Politiker kriegen ihr Fett ab □ auch wenn die letzten Seiten zeigen, daß alles nur ein märchenhafter Wunschtraum war und die Depression nun erst richtig einsetzt.

So klar strukturiert sind Taibos Kriminalromane beileibe nicht. In dem soeben bei Nautilus neuaufgelegten Roman *Eine leichte Sache* wird Detektiv Hector Belascoarán Shayne in eine Unzahl von Plots und Aufträgen verwickelt. Unter anderem soll er die suizidgefährdete Tochter einer Filmschauspielerin beschützen, die in zwielichtigen Kreisen verkehrt, soll den Mord am leitenden Angestellten einer bestreikten Fabrik aufklären, und er soll den Revolutionshelden Emiliano Zapata finden, der einem Gerücht zufolge 1919 nicht ermordet wurde, sondern nach Nicaragua floh, wo er den Sandinisten als Revolutionsberater diente, und der seit seiner Rückkehr nach Mexiko in einer Höhle lebt. Da der Detektiv überdies den geheimnisvollen Nachlaß seiner verstorbenen Eltern erforscht □ der Vater war Gewerkschafter und republikanischer Kämpfer im spanischen Bürgerkrieg, die Mutter bei den Internationalen Brigaden □ , prasseln die Ereignisse nun wild durcheinander: Entführung, Korruption, Erpressung, schwule Machenschaften, kompromittierende Politikerfotos, MP-Salven ... Dann ist der Roman plötzlich zu Ende, ohne daß die Plots mehr als skizzenhaft aufgelöst wurden: Die wesentlichen Passagen der Detektion erspart sich der Autor, der wahrlich keinen Wert darauf legt, seine Kriminalfälle ordentlich zu erzählen und aufzuklären, nämlich einfach, um statt dessen ein Loblied auf die Solidarität der einfachen Leute anzustimmen.

Wie gesagt: Tendenziell ist der Krimi ein konservatives Genre. Taibos Kriminalromane sind da ambivalenter. In ihnen wird die Ordnung lediglich der Form halber wiederhergestellt; der Autor will dem Leser die bittere Pille seiner Anschauung eben mit unterhaltsamen Krimiplots verzuckern. Daß er seine Methode dabei offenlegt und mit Ironie nicht geizt, kann man raffiniert finden, muß es aber nicht, zumal die Strategie ästhetisch, nun ja, einiges zu wünschen übrig läßt. Denn wie im richtigen Leben entwickeln die Kriminalhandlungen auch bei Taibo notwendigerweise ein Eigenleben, das nicht immer und

überall fasziniert, und die implantierten Meinungen und Wissensbrocken gibt es schließlich auch anderswo.

Paco Ignacio Taibo II: *1968 / Ger□ fene Helden. Ein Handb□ ch □ □ r Erober□ ng der Macht.* Verlag Libertäre Assoziation/Schwarze Risse/Rote Straße, Hamburg/Berlin 1997. 156 Seiten, 24 Mark; *Olga Fore□ er. Krimi in □ □ ei F□ ll* Edition Nautilus, Hamburg 1998, 187 Seiten, 28 Mark; *Eine leichte Sache. Kriminalroman.* Edition Nautilus, Hamburg 1999, 190 Seiten, 15 Mark

---

Mark-Stefan Tietze schrieb in KONKRET 10/99 über Kunst & Gewerbe im Zeichen des Goethe-Geburtstages

Konkret 02/00, S. 60

**Martin Krau**

# Buch des Monats

**Arthur Heinrich: Der Deutsche Fu ballbund. Eine politische Geschichte. Pap Rossa Verlag, K In 1999, 296 Seiten, 29,80 Mark**

Kaum zu glauben, aber wahr, möcht' man dichten, der Deutsche Fußballbund wird heuer schon hundert Jahr'. Literarische Vorbilder lieferte einem der so besungene Verband selbst. O Vaterland, du heilig Land, / An Helden reich von Herz und Hand. / Wo Hermann einst das Eisen schwang, / Und Luther für den Glauben rang, / Dir weihen wir unser junges Blut / O weih' uns zu Männern, zu Ernst und Muth! heißt es etwa in Des Fußballspielers Gelöbnis von 1900, wo auch empfohlen wird: So stählen wir alle uns Herz und Hand / Zu leben und sterben fürs Vaterland.

Gefunden hat solche Lyrik Arthur Heinrich, Redakteur der Blätter für deutsche und internationale Politik und Verfasser von *Der Deutsche Fußballbund. Eine politische Geschichte.* Eine solche Geschichte fehlte erstaunlicherweise bislang, was vielleicht nicht überrascht, vergegenwärtigt man sich, daß Sport hierzulande als unpolitisch gilt. Aber es überrascht vielleicht doch, wenn man bedenkt, daß der DFB der größte nationale Fachsportverband der Welt ist und daß die Nationalelf als dreimaliger Weltmeister (1954, 1974, 1990), als dreimaliger Europameister (1972, 1980, 1996) und als Gastgeber einer Weltmeisterschaft (1974) für einige sehr wichtige Eckpunkte deutscher Geschichte gesorgt hat. Obendrein ist DFB-Vizepräsident Franz Beckenbauer der weltweit bekannteste lebende Deutsche - getoppt nur von einem, der a) schon tot ist und b) sowieso Österreicher war.

Die aktuelle Kampagne des DFB, die Weltmeisterschaft 2006 nach Deutschland zu holen - die härtesten Konkurrenten sind England und Südafrika - verweist auf Probleme, die der DFB bereits vor hundert Jahren hatte, als er sich am 28. Januar 1900 in Leipzig gründete. Schon da waren die Engländer auf verflixte Art und Weise Konkurrenten. Auf der einen Seite stammte das Fußballspiel aus England, dort wurde der beste Fußball gespielt, und alle wichtige Fachliteratur, das Regelwerk eingeschlossen, kam von der Insel. Auf der anderen Seite aber wehrte sich der DFB wacker gegen den Vorwurf, nur englischer Fußlümmelei zu huldigen und etwa nicht deutschnational zu sein. Als die gehorsamen Affen des Auslandes wurden die Fußballer beschimpft und fühlten sich - zu Recht - sehr mißverstanden. Schon auf der Gründungsversammlung wurde der Ruf nach Ausmerzung englischer Spielausdrücke laut. Bei seinem Bemühen, endlich als richtig deutscher Verband anerkannt zu werden, half das Militär. Die Fußballer waren in den Anfangsjahren der Spielbewegung zu der Überzeugung gelangt, tief in der Schuld der Militärs zu stehen , schreibt Heinrich und konstatiert: Ohne die Kulanz seitens der Uniformträger wäre der unaufhaltsame Aufstieg des Fußballs in Deutschland entschieden langsamer vonstatten gegangen.

Die Niederlage im Ersten Weltkrieg wurde vom stets der Republik feindlich gesonnenen DFB ähnlich interpretiert, wie es in deutschen Offiziersschädeln üblich war: als Dolchstoß. Konsequent kooperierte der DFB auch beinah die ganze Weimarer Republik hindurch nicht mit Frankreich. Als der französische Präsident des Fußball-Weltverbandes FIFA, Jule Rimet, 1923 einmal nicht mit deutschen Vertretern an einem Tisch sitzen wollte, wurde das im DFB begrüßt: Solange auch nur ein Welscher zu sagen wagt, bei den Deutschen sei es im Kriege gang und gäbe gewesen zu rauben, zu morden, zu schänden, zu stehlen , hieß es im Verbandsblatt, hätte auch jeder Deutsche das Gespräch mit Franzosen zu verweigern müssen. Das erste Länderspiel der Nachkriegszeit zwischen Deutschland und Frankreich fand erst 1931 statt.

Als die Nazis 1933 an der politischen Macht waren, installierten sie zwar sofort einen Reichssportführer, der die Neuordnung des deutschen Sports betrieb - aber wegen des DFB wär' das nicht nötig gewesen. Der Vorsitzende des westdeutschen Verbandes erklärte zur sogenannten Gleichschaltung 1934: Nicht weil wir uns nicht einordnen können, gehen wir, sondern weil wir uns ein- und unterordnen wollen, weil wir ein Beispiel von Disziplin geben wollen! Sein von den Nazis bestellter Nachfolger gab ihm recht: Die Gleichschaltung sei im Fußball überflüssig, da hier nie demokratische Strömungen zutage getreten seien.

Im April 1933 - lange vor einem staatlichen Arisierungsbefehl - meldeten eine Reihe von Vereinen, daß sie freudig und entschieden , so hieß es in einer Resolution, in der Frage der Entfernung der Juden aus den Sportvereinen voranschreiten möchten. Zu den Clubs gehörten u. a. die Stuttgarter Kickers, der FSV Frankfurt, Eintracht Frankfurt, der 1. FC Nürnberg, die SpVgg Fürth, der SV Waldhof Mannheim, Bayern München, 1860 München und der FC Kaiserslautern. Erst als der deutsche Fußball fast judenfrei war, kam die juristische Absicherung. Wie sie funktionierte, zeigt ein bemerkenswertes Beispiel, das Heinrich zutage förderte: Im Verbandsblatt der Fußballer erschien 1936 der Nachdruck eines Artikels aus der

 Turnerzeitung , in dem ein Jurist argumentierte, daß fehlende arische Herkunft alleine nicht für einen Vereinsausschluß ausreiche. Korrekt sei ein Ausschluß erst, wenn gegen sehr wohl justitiable Erfordernisse wie  Vereinsdisziplin  oder  Vereinskameradschaft  verstoßen worden sei. Eine Argumentation, die wahrscheinlich noch heute so manchen ansprücheabwehrenden deutschen Juristen erfreuen könnte.

Nach 1945 machte der DFB da weiter, wo er 1945 aufgehört hatte. Um das Verbot der Alliierten, Vereine oder einen organisierten Sportbetrieb zu errichten, kümmerte man sich nicht. Peco Bauwens, Bauunternehmer aus dem Rheinland, schon vor 1945 führender DFB-Funktionär und seit 1933 auch NSDAP-Mitglied, legte mit etwa zwanzig Getreuen einfach los.  Beauftragt hatte sie keiner , schreibt Heinrich,  sie agierten aus eigener Machtvollkommenheit, nicht einmal darum bemüht, sich irgendeine Legitimation zu verschaffen.  Unter Bauwens, der 1948 auch erster DFB-Präsident werden sollte, kamen etliche - Heinrich zählt elf - NSDAP-Fußballfunktionäre zurück in den Bundesvorstand. Bis Anfang der sechziger Jahre stemmten sich die alten Kameraden gegen die vermeintlich aus dem feindlichen westlichen Ausland kommenden Professionalisierungsideen, und der WM-Erfolg der Mannschaft von 1954 um Sepp Herberger und Fritz Walter gab ihnen zunächst recht. In einem anderen Buch hat Heinrich diese Wir-sind-wieder-wer-Weltmeisterschaft als  die Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Wankdorf-Stadion zu Bern  bezeichnet.

Die Einführung der Bundesliga 1963 zeigt zwar, daß der DFB dem Professionalisierungsdruck letztlich nachgeben mußte, aber so ganz hat der Verband bis heute den Kampf gegen den in anderen Ländern respektierten Typus des Berufssportlers nicht aufgegeben. Heinrich zeigt, wie die gleichen Argumente Jahrzehnte später wieder vorgetragen wurden, als der Europäische Gerichtshof 1995 das Verlangen von Ablösesummen nach Ablauf eines Arbeitsvertrags fiür illegal erklärte und obendrein noch die Ausländerbegrenzung kippte. Da schimpfte DFB-Vize-Präsident Gerhard Mayer-Vorfelder über einen  enteignungsgleichen Eingriff .

Diese Entwicklungslinien in hundert Jahren organisiertem deutschen Fußball zeichnet Arthur Heinrich in seiner politischen Geschichte des DFB sehr genau nach. Ohne daß Heinrich selbst diese Analyse entwickelt, wird doch deutlich, daß der DFB in seiner Wirkung für diese Republik sogar die zwei Großkirchen plus ADAC in den Schatten stellt, die Gewerkschaften sowieso. Und damit ist Heinrichs Buch ein Geburtstagsständchen, das der DFB durchaus verdient hat.

Konkret 02/00, S. 61

**Jan Pehrke**

# Filmtheater

## The Green Mile

*Regie: Frank Darabont; mit Tom Hanks, David Morse, Sam Rockwell; USA 1999 (UIP); 197 Minuten; ab 10.2. im Kino*

Kaum eine Film-Szene der letzten Zeit ist von so abgrundtiefer Brutalität wie diejenige aus der Stephen-King-Adaptation »The Green Mile«, die Tom Hanks als Strafvollzugsbeamten Edgecomb gemeinsam mit einem Untergebenen beim Polieren des elektrischen Stuhls zeigt. Ein Sinnbild für ein besonders widerwärtiges System wollte Regisseur Frank Darabont damit allerdings nicht liefern. Er stellt die Death row eines amerikanischen Gefängnisses der Depressionsära vielmehr als nettes Familien-Unternehmen dar, wo der Chef auch mal mit anpackt und »seine« Gefangenen sogar ab und zu mit Selbstgebackenem von Missis Edgecomb verwöhnt. Aber nicht nur die selbstgerechte Anständigkeit von »Captain America« Tom Hanks verleiht dem Töten von Staats wegen ein menschliches Antlitz, wider Willen tut dies auch der sadistische Wärter Wetmore. Daß dieser bei einer Exekution den Schwamm, der die Stromstöße schnell durch den Körper des Verurteilten leiten soll, nicht in Wasser tränkt und den Todeskampf so qualvoll verlängert, gilt dem Film als Skandalon, der Routine-Mord aus der Steckdose hingegen nicht. Er erscheint in »The Green Mile« in seiner alttestamentarischen Aug'-um-Aug'-Schuldökonomie als verdiente Strafe, die die Delinquenten auch willig, manchmal sogar noch um Vergebung bittend, akzeptieren.

Werden ungerechterweise einmal die Guten von einer Pein geplagt, so kommt ein Wundermittel aus Stephen Kings Hausapotheke zum Einsatz: der sanfte Riese Coffey. Er, der möglicherweise zwei Kinder getötet hat, verfügt über magische Kräfte und kann Edgecombs Blasenentzündung genauso einfach absaugen wie das Krebsgeschwür der Direktoren-Gattin. Nach verrichteter Arbeit prustet der Hüne die bösen Flüche einfach in Form eines riesigen Fliegenschwarms aus. Es geht aber auch umgekehrt: Um den absolut Bösen des Films, den Serienmörder Wharton, angemessen unangemessen zu töten, verhext Coffey den grausamen Wetmore, der Wharton prompt erschießt und dafür in der Psychiatrie landet. Zwei Fliegen mit einer Klappe. Hat jemand mit so wundersamen Fähigkeiten einen so unwürdigen Tod wie den auf dem elektrischen Stuhl verdient? Natürlich nicht. Deshalb gestattet es Regisseur Darabont dem Todeskandidaten im Körper von Edgecomb weiterzuleben, der es durch diese lebenserhaltene Maßnahme bis zum Ende des Films auf stolze 108 Jahre bringt. So ist also alles geregelt, ohne daß irgend jemand irgend etwas geregelt und irgendwann einmal auch nur der Hauch eines Diskurses über die Todesstrafe, die Strafjustiz oder die Kriminalität eingesetzt hätte. Gespenstisch.

## Das Ende einer Affäre

*Regie: Neil Jordan; mit Ralph Fiennes, Julianne Moore, Stephen Rea; USA 1999 (Columbia); 105 Minuten; ab 17.2. im Kino*

Auch in Neil Jordans »Das Ende einer Affäre«, der Adaptation eines Graham Greene-Romans, sind die Figuren nicht handlungsmächtig. Ein Gottesversprechen steht zwischen Maurice Bendrix und Sarah Miles. Aber damit sind der Verhängnisse nicht genug; es gibt noch eine Krankheit zum Tode, ganz viel Regen und ein bißchen Zweiter Weltkrieg. So viel Schicksal hätte selbst in der Hochzeit des Melodrams für drei Filme gereicht, entsprechend indiskutabel fällt das Ergebnis aus.

Die Handlung setzt im Nachkriegs-London ein. Bendrix bietet seinem alten Bekannten Henry Miles, der sich um den Lebenswandel seiner Frau Sarah sorgt, an, Nachforschungen anzustellen. Allerdings handelt Bendrix nicht ganz uneigennützig: Als ehemaliger Liebhaber Sarahs, der sich seinerzeit brüsk abserviert wähnte, ist er plötzlich genauso von Eifersucht gepackt wie der Ehemann. Mit Beginn der Observationen bewegt sich der Film dann in zwei Richtungen. Zum einen legen Rückblenden immer mehr Details der Liebe im Krieg bloß, zum anderen läßt der Fortgang der Ermittlungen Bendrix wider Willen tief in den Sog der alten Geschichte geraten.

Das von deutschen Bomben heimgesuchte London bleibt dabei immer nur eine schemenhafte Kulisse, obwohl das Paar den Angriffen viel verdankt, denn die heimliche Liebe kann nur im Chaos einer aus den Fugen geratenen Welt verborgen bleiben. »Ich wünschte, die Sirenen würden nie verstummen«, sagt Maurice einmal und offenbart damit ein ebenso zynisch-amoralisches Weltbild wie einst der »Dritte Mann« Harry Lime. Aber hinter der Unbedingtheit der Liebe tritt nicht nur die Außenwelt zurück, ein autonomes Innenleben gestattet der Regisseur seinen Figuren auch nicht. Schließlich verlangt die »Macht des Schicksals« ihr Recht, und das bekommt sie in dieser unsäglichen Kriegsschmonzette nicht zu knapp zugesprochen.

Felicia, mein Engel

Regie: Atom Egoyan; mit Bob Hoskins, Elaine Cassidy; Canada 1999 (Arthaus); 116 Minuten; ab 3.2. im Kino

Während des Vorspanns von »Felicia, mein Engel« läuft ein alter Schlager, der die Vertrauensseligkeit reiner Kinderherzen anpreist. Wie ein höhnischer Kommentar dazu wirkt dann, was sich im Folgenden ereignet. Atom Egoyan hat das Rattenfänger-Motiv aus »Das süße Jenseits« wieder aufgegriffen. Bob Hoskins spielt den Serienmörder Hilditch, der ein sicheres Gespür für Mädchen in verzweifelten Lagen hat, sie mit seiner sanften, warmen Stimme ködert und bei passender Gelegenheit tötet. Als jüngstes Opfer hat er sich Felicia auserkoren. Sie ist aus Irland in die englische Provinz gereist, um ihre große Liebe, einen ehemals in ihrem Heimatort stationierten britischen Soldaten, wiederzufinden, von dem sie ein Kind erwartet.

An den Thriller-Aspekten seiner Geschichte ist Egoyan nicht interessiert. Weder gibt es ein Ermittlungen führendes Polizei-Departement, noch setzt der Regisseur die Mordtaten in Szene. Der hingeworfene Motiv-Brocken hat eher den Charakter einer semi-freudianischen Groteske und erklärt nicht viel. Hilditch hat eine gestörte Beziehung zu seiner Mutter, einer inzwischen verstorbenen Fernseh-Köchin, und kocht in einer allabendlichen Zeremonie nach alten Videoaufzeichnungen minutiös ihre Gerichte nach. Übrig bleibt so ein vag-diffuses, schwermütiges Katastrophen-Szenario, dessen entropisches Zentrum der das Gute zu einem Instrument des Bösen machende Killer ist. Nur der Zufall verhindert, daß es sich ganz vollendet, Hoffnung kommt dadurch aber nicht auf.

Vordergründig scheint »Felicia, mein Engel« nichts mit den postmodernen Kabinettstückchen des »Schätzers« gemein zu haben. Bei genauerer Betrachtung erweisen sich jedoch auch alle anderen Werke Egoyans als Katastrophenfilme, die nur in ihren Grundtönen zwischen ironisch, überladen oder archetypisch reduziert variieren. Und »Felicia« ist der katastrophalste von allen. Hier gibt es keine Figur mehr, die mit dem Rüstzeug der praktischen Vernunft den Windmühlenkampf gegen die Kontingenz aufnähme wie der Versicherungsangestellte in »Der Schätzer« oder der Rechtsanwalt in »Das süße Jenseits«. Wodurch der Film zu einem klaustrophobischen Stilleben erstarrt und seine ohnmächtigen, sich ausgeliefert fühlenden, von Zwangshandlungen angetriebenen Figuren sich als Wahlverwandte des paralysierten Personals der oben vorgestellten Filme erweisen.

Konkret 02/00, S. 62

**Georg Seeßlen**

# Amokomedia

**oder: Das Spiel von Apathie und Hysterie. Notizen zu Teletubbies, □ Glamourama□ und Geschichte im Rückwärtsgang**

1

Theo Adorno war der erste Pop-Star der Philosophie (okayokay, aber Nietzsche war da ja schon längst tot). Das ist ja mehr als bekannt, du lieber Himmel. Die Frage ist jedoch immer noch, wie Theo Philosophie und Pop so sehr vermischen konnte, daß wir uns noch heute nicht entscheiden können, ob wir die Verhältnisse und Begriffe besser verstehen oder lieber zum Tanzen bringen wollen und ob wir gerade dabei sind, diese Verbindung zu verarbeiten oder rückgängig zu machen. Den Nachgeborenen bleibt ja sowieso immer nur die liberale Lösung: ein bißchen von beidem. Vermutlich ist der ganze Ballyhoo mit der Postmoderne nichts anderes als ein Versuch, sich dieses fade Sowohl-als-Auch gehörig aufzupeppen. Texte jedenfalls sind bei The Big T. W. A. nicht nur Texte, sondern »Gesten aus Begriffen«, eine Performance, die sich nach einer Wirkung sehnt, wie sie nicht der alte Marxist ersehnen konnte, sondern nur der ironische Narziß des Pop.

Man darf sich also nicht wundern, wenn wir in seinem Geist nach unnützen Gedanken suchen, weil: »Wer sich keine unnützen Gedanken macht, streut keinen Sand ins Getriebe.« Freilich dürfen wir dabei unnütze Gedanken nicht als Beweis dafür mißbrauchen, daß es entweder gerade deswegen oder im Gegenteil trotzdem nicht unnütz sei, sich überhaupt Gedanken zu machen. Der unnütze Gedanke ist so utopisch wie der Gedanke, der von Nutzen wäre (wenigstens für den, der ihn faßt – der Gedanke, den sich entweder niemand oder nur die gerade Richtigen zunutze machen können): Popmäßig jedenfalls ist ein Gedanke das, was zwischen dem Begriff und der Geste passiert. In beiden Richtungen. Deswegen ist eine Geste, die nicht nach ihrem Begriff sucht, auch nicht Pop, sondern höchstens Fernsehen, und ein Begriff, der nicht nach seiner Geste sucht, ist höchstens ein Schein.

2

Man kann sich gelegentlich des Eindrucks nicht erwehren, Medien-Phantasmen könnten in den Kreisen gewisser höchst moralisch argumentierender Menschen in den Rang virtueller Feindbilder (und Feindbilder der Virtualität) aufrücken. Sie sind, wie die »Ausländer« an anderem Ort, wie das Haß-Objekt des Rassisten, zugleich verführerisch und aggressiv, sie bedrohen uns von außen (von »Hollywood« aus, zum Beispiel, von den Schaltzentralen der amerikanischen Popular culture als dem Ort der nächsten »Weltverschwörung«), aber genauso und schlimmer auch von innen: Sie unterwandern uns, sie sind zugleich minderwertig dumm und teuflisch klug. Wir selber, die Autoren von Einwurf und Widerstand, hielten das ja aus, aber die gegen die »Schwächeren«, die Kinder allzumal, eingesetzte Verführungskraft gebietet uns das Einschreiten. Die Teletubbies sind mediale Schnuller und schwul, sagen die fundamentalistischsten unter den fundamentalistischen Medien-Fürchtern.

Wenn wir also Medien-Projektionen in einer ähnlichen Weise hassen können, wie wir als Rassisten andere hassen, die wir uns rassistisch zurechtprojizieren, dann heißt das wohl auch, daß sie uns auf unheimliche Weise naheliegen. Diese Nähe wird von den einen als »realistisch« und von den anderen als »Kitsch« bezeichnet. Kitschig, zum Beispiel, ist ein mediales Wesen, das kein Kind ist, sich aber so bewegt als wäre es eins.

Daß sie das Medium schon gefressen haben, zu »Halbwesen« geworden sind, ohne daß wir die tragische Geschichte solcher Verschmelzungen erleben, wie, sagen wir, bei David Cronenberg (»Es lebe das neue Fleisch!« – Und das neue Fleisch hat vaginale Öffnungen für allerlei mediale Inputs, so wie die Teletubbies den Fernsehapparat in ihren Plüschkörper integriert haben.), macht uns auch solche Wesen zu romantischen Wiedergängern unserer verlorenen Träume: Etwas will da wiederkehren, was nicht wiederkehren soll. Die Teletubbies können also nur die Kinder von David Cronenberg und Verona Feldbusch sein, und die Kritik an ihnen, mitten durch die offenkundige Belanglosigkeit hindurch, ist ein Exorzismus, der auf eine viel tiefergreifende Störung reagiert: Was ist überhaupt »Kindheit« in der Medienwelt (und umgekehrt: Ist ein Erwachsenwerden noch möglich, wo doch die eine Initiation so verschwindet, daß sie überall und nirgends ist: die Sexualität, und die andere, die Arbeit so, daß sie nirgends mehr und überall erscheint?). Kurzum: Der »Feind« in den Medien muß zugleich sexualisiert werden und im Widerspruch zu der Arbeit gesetzt werden, die uns erlösen sollte aus der endlosen Abfolge von Apathie und Hysterie.

Wie beim bösen Anderen ist auch beim Medien-Objekt des Hasses der verborgene Wunsch, ebenjene Regression der Auslöser, die wir uns nicht bis zum Ende, bis zu Laa-Laa und Winke Winke, die Besseren von uns nicht mal bis zum Mitklatschen beim Neujahrskonzert mit Riccardo Muti, erlauben wollen. Aber wenn die Teletubbies das Ende sind, der Kurzschluß zwischen dem realen Nicht-Wissen der Kleinsten und der virtuellen Dummheit des Mediums, wo hat das alles seinen Anfang?

Ein Noch-Nicht auf der einen Seite des Bildschirms trifft auf ein Nicht-Mehr auf der anderen; in den Teletubbies bildet sich vermutlich nicht das Sehnen nach Kindheit, sondern das nach Vergreisung aus. Kinder sehen, wenn sie denn überhaupt anders als im Blick der Medien-Spezialisten etwas sehen, sich selber so wie das greise Weltraumkind aus Stanley Kubricks »2001«. Man ist so vollkommen auf sich selber zurückgeworfen, daß gewissermaßen die Geschichte aus dem Leben verbannt ist. Die Teletubbies sind nichts Besonderes, eine weitere Waren- und Zeichenwelt, aber sie treffen auf ein vages Gefühl einer letzten Grenze. Gibt es etwas, was nicht Fernsehen ist? Gibt es überhaupt ein Leben vor dem Fernsehen?

Fatalerweise liegt dem Diskurs ein kognitives Modell unserer Medien zugrunde, das in jedem neuen »Streitfall« von beiden Seiten verwendet wird, nämlich der Mythos der »Verständlichkeit« (die unter ungünstigen pädagogischen Bedingungen zu so etwas Furchtbarem wie dem »Kindgerechten« mutiert). Diesem Dogma zufolge muß ein Sender nicht nur (schon aus ökonomischen Gründen) darauf achten, empfangen, sondern auch darauf, »verstanden« zu werden, woraufhin sich in der vollkommenen »Angemessenheit« einer Sendung an den Empfänger – hier also in der Angemessenheit einer auf einfache Farben, Formen und Worte reduzierten künstlichen Lebenswelt einer selber nicht mehr klaren Kinderwelt der Ein- bis Dreijährigen – Kommunikation als tautologischer Austausch ereignet. Die Teletubbies verhalten sich daher zur Kinderpornographie wie die Apathie zur Hysterie.

Dorothy in *The Wizard of Oz* gelangte über den Regenbogen in eine (übrigens sich gewissermaßen selbst de-illusionierende) Welt der unendlichen Suggestionen – im »kindgerechten« Medienangebot wie den Teletubbies dagegen verhält es sich genau andersherum: »Hinter den Bergen und keinem bekannt: Hier liegt das Teletubby-Land.« Und es ist ein Land der Reduktion, der Vereinfachung. Die Verheißung der Mediokratie ist nicht das Utopia hinter den Bergen, sondern das Immernochkindlichere, das Verschwinden der Kindheit in sich selbst.

3

Der erste Teil des bezeichnenderweise rückwärts numerierten Romans *Glamourama* von Bret Easton Ellis hat mir gut gefallen. Es passiert eigentlich nicht viel, der Held ist an der Eröffnung einer neuen Diskothek beteiligt, er will als Model Karriere machen, ist mit einem anderen Model zusammen, kokst und sieht vor allem Namen und Marken von Handys, Klamotten und Armbanduhren. Er betrügt seinen Boß und seine Geliebte und wird dafür am Ende verprügelt, ohne irgend etwas kapiert zu haben. Kein Buch in der letzten Zeit hat so perfekt von nichts gehandelt wie dieses, und deswegen ist es schon beinahe ein Euphemismus, wenn man Ellis als »Satiriker« bezeichnet, schließlich beschreibt er, daß es für die Satire kein Objekt mehr gibt. Wir wissen, daß es diese Welt gibt, wir schauen ab und zu sogar hinein, machen große Augen und, naja, haben das Gefühl, noch ein wenig wirklicher zu sein.

Der zweite Teil handelt von der Überfahrt nach Europa und ist eine dieser Drogen-Blablas, die wir mittlerweile als Genre kennen. Nicht der Rede wert, und dann muß in Europa noch einiges geschehen, wie zum Beispiel Bombenattentate, hinter denen eine Model-Veschwörung steckt. Die Idee ist vielleicht gar nicht so schlecht: Es gibt keine Rebellen mehr gegen die Apathie des Glamourama, sondern Glamourama-Apathen werden zu ihren eigenen Terroristen. Insofern ist *Glamourama* eine Art *1984* für das Jahr 2001.

Es ist die Apathie, die uns allein zur Tat noch drängt. Der Amoklauf ist der Aufstand der Apathie gegen die Apathie. Es ist aufregend beruhigend, daß dann eben doch etwas passiert. So sind die bombenden Models nichts anderes als Teletubbies für Erwachsene, so wie die Teletubbies nichts anderes als die Amokläufer der Kindheit sind; die paradoxe Selbstreflexion der hysterischen Apathie. Die Welt der Teletubbies ist die Welt des Nichts – was sie übrigens nicht zufällig bei Konsumenten gewisser Drogen sehr populär macht.

4

Wir haben, nach ein paar hundert Jahren, doch tatsächlich Platos Höhle verlassen. Nein, Quatsch, natürlich haben wir uns das nur eingebildet. In Wirklichkeit ist die Höhle einfach nur eingebrochen. Jedenfalls ist ein anderes Bild an die Stelle der Schatten getreten, nicht der Widerschein, sondern ein jedes Original Überglänzendes. Was wir in diesem Fensterspiegel sehen, ist wirklicher als die Wirklichkeit, aber wahrscheinlich kein »draußen« mehr. Von allem, was es erzählt, erzählt es zugleich eine Rückwärtsgewandtheit. Ja, vor Jahren, als zum Beispiel das Fernsehen gerade begann, da glaubten wir möglicherweise an eine Gleichzeitigkeit. Da sahen wir zuerst einen Kulturfilm über die Balz- und Jagdspiele des Komodo Waran oder des Buntspechts, und dann eine Quiz-Show wie »Am Laufenden Band«. Mittlerweile wissen wir, daß die Quizshow an kulturellem Reichtum nicht das Fütterungsverhalten eines Eisvogels erreicht, und je genauer wir das wissen, desto süchtiger werden wir nach »Marienhof«, Karl Moik, Skirennen und Talkshows. Wir wissen, daß wir fernsehend unsere Geschichte im Videotempo im Rücklauf durcheilen und nur Null unser Ziel sein kann. Geschichte? Wir schreiben unsere Geschichte nach rückwärts. So wird etwa die deutsche Geschichte mit der Wiedervereinigung nach rückwärts geschrieben, so schrieb der Kosovo-Krieg die Militärgeschichte nach rückwärts; im globalen Ausmaß schreibt das Fernsehen die Kulturgeschichte rückwärts, schreiben die Teletubbies die Geschichte des Subjekts zurück. Wo aber ist der

Punkt, an dem sich das bricht? Das nun ist ein wirklich unnützer Gedanke.

---

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 12/99 über David Lynchs »the Straight story«; eine Neuausgabe seines Buches »David Lynch und seine Filme« ist im Schüren Verlag erschienen

Konkret 02/00, S. 64

**Gerhard Scheit**

# Melodie & Rhythmus

**Diverse: Zeitgenossen Ost. Hastedt Musikedition**

Eine neue CD-Reihe möchte einen Querschnitt durch Musikschaffen und Konzertleben der DDR bieten. *Zeitgenossen Ost* präsentiert auf bisher 13 CDs bekannte und weniger bekannte Komponisten wie Johann Cilensek, Friedrich Goldmann, Ottmar Gerster, Günter Kochan, Rainer Kunad, Gerhard Rosenfeld, Kurt Schwaen, Manfred Schubert, Manfred Weiss u. a.

Den Auftakt macht nicht etwa Hanns Eisler oder Paul Dessau, sondern Rudolf Wagner-Régeny. Dies mag damit begründet werden, daß von Eisler und Dessau bereits manches auf CD erhältlich war oder ist, daß beide als Komponisten der DDR sozusagen auf dem Markt – freilich nur einem kleinen Segment – eingeführt sind. Darüber hinaus ist Wagner-Régeny womöglich beispielhaft für die Konzeption der ganzen Reihe: Im Unterschied zu Eisler und Dessau verkörpert dieser Komponist Kontinuität. Während jene ins Exil gehen mußten, erlebte Wagner-Régeny unter den Nazis seine ersten großen Erfolge. Die Nonchalance, mit der das Begleitheft diese Jahre behandelt, gehört selbst noch zum schlechten Erbe der DDR, die immer wieder bereit war, den Bruch mit dem Nationalsozialismus einem taktischen Vorteil im Kalten Krieg zu opfern: »Neher schrieb die Textbücher für Wagner-Régenys bekannteste Opern, die ihn, beginnend 1935 mit ›Der Günstling‹ an der Staatsoper Dresden unter Karl Böhm, schlagartig berühmt machten. Es folgten 1939 in Berlin ›Die Bürger von Calais‹ unter Herbert von Karajan und 1941 in Wien ›Johanna Balk‹ ... Diese musikdramatischen Werke setzten in ihrem Stil der Durchsichtigkeit und Sparsamkeit der musikalischen Mittel, das von Brecht und Weill entwickelte gesellschaftskritische Musiktheater mit lehrhaft-epischen Inhalten fort.«

In solcherart Musikauffassung wird immer etwas fortgesetzt und niemals begriffen, daß etwas ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr fortgesetzt werden kann, es schlägt sonst um in sein Gegenteil. Daß sich die »lehrhaft-epischen Inhalte« wohl geändert haben dürften, um im Dritten Reich einen Erfolg zu haben und nicht vielmehr KZ-Haft und Folter zur Folge, wird als vernachlässigbare Tatsache angesehen. Die ganze Einführung erwähnt mit keinem Wort, daß es den Nationalsozialismus überhaupt gab und daß darin die Komponisten um die Wette komponierten, wer den schönsten »arischen« Ersatz für Mendelssohn-Bartholdys »Sommernachtstraum«-Musik zuwege bringt. Nach dem Krieg, so berichtet das Beiheft weiter, entwickelte Wagner-Régeny ebenfalls seine Musik fort, nun aber in der DDR (nach dem Motto: Die Hitlers kommen und gehen, der deutsche Komponist aber bleibt). Und davon bietet die CD eine kleine Auswahl. Mit der »Genesis«, die den lateinischen Text der Schöpfungsgeschichte des *Alten Testaments* vertont, schreibt Wagner-Régeny für den Aufbau Ost eine verhaltene, in Teilen sogar düstere Kantate, die zwar unangenehm beschwichtigende Anleihen bei christlichen Kirchengesängen macht, in der sich aber (insbesondere im sechsten und letzten Teil) niederschlägt, woran der Kommentar im Beiheft gleichgültig vorbeigeht: wirkliche Trauer über die deutschen Verwüstungen, die kein »Sozialismus in einem Land« wiedergutmacht.

Als Kontrast hierzu bietet die CD-Reihe Ottmar Gersters Kantate »Eisenkombinat Ost« von 1951 nach einem Text von Hans Marchwitzka. Gerster war ebenfalls bereits im Dritten Reich als Opernkomponist hervorgetreten – unter anderem 1941 mit einer Vertonung des Stücks *Die Hexe von Passau* des österreichischen Blut- und Boden-Dichters Richard Billinger. Vor 1933 wiederum hatte Gerster als Agitprop-Komponist innerhalb der Arbeiterbewegung gewirkt (»Das Lied vom Arbeitsmann«, »Rote Revue« u. a.). Daran konnte er nun in der DDR wieder anknüpfen. Verblüffend ist, wie präzise Musik und Text zueinanderpassen, etwa wie Musik und Bild in einem zeitgenössischen Hollywood-Western, an den diese Kantate in vieler Hinsicht erinnert. Aber dann schlägt doch immer wieder die deutsche Eigenart durch: Aus den Schuldgefühlen wird die Verpflichtung und der Elan zum Aufbau abgeleitet. Was in Westdeutschland ganz von alleine funktionierte, muß hier, in der DDR, wo der Staat den Markt lahmgelegt hat, die Propaganda herbeibeschwören, die allerdings in Marchwitzkas Text immerhin die Schuldgefühle artikuliert. Da singt dann der Tenor: »Baut das Werk, Genossen«, und es klingt wie eine Parodie auf »Das Ewig-Weibliche zieht uns hinan« in Mahlers Achter. Statt eines produktiven Werks schaffen Musik und Text aber deutsches Nationalgefühl, weil es sich nun einmal schöner in Musik setzen läßt als die häßliche, schmutzige Arbeit, die immer nur schändet. »Sie kommen aus ganz Deutschland, und sie sprechen die gleiche deutsche Sprache, und sie singen die gleichen deutschen Lieder. Was ist West? Was ist Ost? Was ist Zone? Wir sind Deutschland! Wir sind einiges Deutschland, sind Brüder ...«

Von der Produktion wie auch von der Nation nehmen die jüngeren Komponisten in den sechziger und siebziger Jahren deutlich hörbar Abstand. Allerdings existierte in der DDR kein elektronisches Studio, wohin sie sich hätten zurückziehen können, und auch keine Donaueschinger Musiktage, bei denen sie ganz unter sich geblieben wären. Einige fanden in der Kirche Ersatz, wie etwa Manfred Weiss, ein Herrenhuter; im übrigen aber wurde einfach für den allgemeinen Konzertbetrieb komponiert, über dessen enorme Kapazitäten im realsozialistischen Deutschland sich nachträglich staunen läßt. (Wo hat es jemals eine solche Dichte an Konzert- und Opernhäusern und Orchestern gegeben?) Im Westen wurden sie kaum wahrgenommen.

Hier liegt das Verdienst der von Wolfgang Smitmans in Bremen herausgegebenen Reihe. Sie dokumentiert zahlreiche Uraufführungen und zeigt damit nicht nur, wieviel der Staat sich die zeitgenössische Musik kosten ließ. Sie verschafft auch Gelegenheit, viele unbekannte Werke kennenzulernen. Die Aufnahmen und Mitschnitte zeugen dabei von einem beachtlichen Niveau der Interpretationskunst. Vielleicht gibt es in den Kompositionen selbst mehr zu entdecken, als der Rezensent heraushören konnte: Ihm erscheinen die meisten dieser Werke als handwerklich beachtliche Etüden, gemacht, die Ensembles, Instrumentalisten und Vokalisten in Form zu halten. Und darum hinterläßt der staatlich geförderte Reichtum dieser untergegangenen Musikkultur den Eindruck eines Mangels, der wiederum davon zeugt, wieviel Staat sich mit dieser Musik machen ließ: Was hier fehlt, ist eine Ästhetik, die sich selbst in Frage stellt. In all ihrer unterschiedlichen Qualität und in der Vielfalt, in der sie an die Avantgarde anzuknüpfen suchen (es überwiegt allerdings unter den vorliegenden Aufnahmen das Repräsentative, die experimentellen Außenseiter sind bisher nicht in die Reihe aufgenommen worden), bauen die Kompositionen vertrauensselig auf eine Selbstverständlichkeit des Ästhetischen in einer Zeit, in der eben nichts, was die Kunst betrifft, mehr selbstverständlich ist.

Konkret 02/00, S. 65

**Mathias Wedel**

# Unsterbliche DDR

**Noch eine üble Folge des Mauerfalls: die Bücher, die es ohne ihn nie gegeben hätte**

Es ist eines jeden Angelegenheit, womit er seine Lebenszeit vergehen läßt. Auch Lesen von Druckwerk ist möglich, auch von flauen Texten (wie vielleicht diesem). Weil Lesen von Büchern, im Unterschied zu Essen, Trinken, Joggen, Vögeln, Fernsehen nicht krankmacht – nur Häkeln, Stricken usw. ist ebenso gesundheitsneutral – kann es rundweg empfohlen werden. Wie ein Schild »Warnung vor dem Hunde« an der Gartenpforte sollte lediglich die Botschaft »Warnung vor dem Buche« über der Abteilung »Bücher aus, über, für, gegen die DDR« stehen. Da gibt es inzwischen mehrere hundert Titel – und halbjährlich werden es mehr. Die DDR kann nicht sterben, deswegen muß man sie ja ständig »ehemalige« nennen. Das westdeutsche Publikum nimmt in der Regel nicht zur Kenntnis, was aus dem Osten kommt, es sei denn Thomas Brussig und sein »Werner«-Humor werden vom westdeutschen Feuilleton ausdrücklich als unbedenklich, westkompatibel empfohlen.

Nach meinem lückenhaften Überblick sind die meisten Bücher, die sich an der DDR bedienen, sogenannte »Lebensbeschreibungen« – also dürre Rechtfertigungsepistel kleinerer oder höherer Funktionäre und einiger Berufsopfer. Vordergründig tun sie fast alle so, als müßten sie an einem einzig wahren Geschichtsbild meißeln – gegen die Lügen der Altstalinisten oder gegen die Verfälschungen der westdeutschen Sieger. Aber was sind sie anders, als die Elaborate von mehr oder weniger, wirklich oder nur vermeintlich an irgend einer Stelle zukurzgekommener Leute?

Mancher will sich nicht auf diese plumpe Art wichtig machen und entwickelt einen Zug ins Fiktionale. Meistens ist das dann lustig gemeint. Bei Kiepenheuer & Witsch hat Christian von Ditfurth schon mit dem Buchtitel *Die Mauer steht am Rhein  Deutschland nach dem Sieg des Sozialismus* seinen einzigen Einfall ausgeplaudert. Gottchen, wie lustig! Der Gag ist im Kabarett seit zwei Jahren durch! Die satirische Zeitschrift »Eulenspiegel« schleppte ihn noch eine Weile mit einer monatlichen »Neues- Deutschland«-Titelseite, die für das sozialistische Gesamtdeutschland bestimmt ist. Da sind so ziemlich alle Witze gemacht, die man auf dieser Ebene machen kann. Ditfurth schreibt sie nur fort – aber es sind so wenige, daß sie wirklich auf den Klappentext passen: Peter Boenisch ist ZK-Sekretär, Graf Lambsdorff wird wahrscheinlich hingerichtet, die »FAZ« ist so was wie ein neues SED-Kampfblatt, auf ein Kleinauto aus Wolfsburg, das jetzt irgendwie russisch heißt, muß man ein halbes Leben lang warten usw.

Der Erzähler höchstselbst, ein Zeitungs-Sportreporter, hat sich angeekelt in die Schweiz zurückgezogen, von wo aus er gemeinsam mit anderen Emigranten (Geißler, Fischer, Engholm) die Rote Wende beäugt. Von dort aus erzählt er die Geschichte der Opportunisten im Westen, in Journalismus und Politik. Aber auch der guten Charaktere: Hermann Rappe, IG Chemie, kriegt in einem Schauprozeß 12 Jahre Bau. Den Helden hätte es sicherlich auch erwischt, wenn er sich nicht seines Zwillingsbruders Willi für die Flucht ins freie Ausland bedient hätte. Zu diesem Zweck will er auf dem Düsseldorfer Hauptbahnhof ein »Intercity-Ticket« für den Städteexpreß »Feliks Dsershinski« (lustig!) nach Basel erstehen. »Der Schalterbeamte, an der Uniform das Parteiabzeichen mit den verschränkten Händen (lustig!), schaute mich irritiert an. ›Sie sind wohl im neuen Deutschland noch nicht angekommen?‹ schnauzte er (lustig!). Ich begann zu zittern und verfluchte mich wegen meiner Fahrlässigkeit. ›Wir dulden hier kein Amikauderwelsch, sondern deutsch, klar! Ich rate jetzt mal, daß Sie einen Fahrschein für den Städte-Expreß nach Basel wollen.‹« Lustig!

Und so immer fort. Ein paar Leute kann v. Ditfurth besonders nicht leiden, wie Hermann Kant, einige etwas besser. Man könnte das ertragen, wenn der Autor sich nicht anheischig machte, literarisch zu schreiben. Hinter manchen »Was-wäre-wenn«-Szenarien, diesem probaten Spielbein der Geschichtsschreibung, stecken recht kluge Analysen. Aber es soll ja sowas wie ein Roman sein. Zumindest läßt v. Ditfurth sein Buch in der Anmoderation von Fernsehbeiträgen gern so nennen. Es ist wie geschaffen für Magazinbeiträge von zwei Minuten dreißig, in denen die Kamera ein wenig böse DDR im Westen aufstöbert und der Autor wehenden Mantels durch die Gegenwart läuft.

Der Autor selbst bevorzugt für sein Werk die Umschreibung »fiktionales Sachbuch«. Also, Literatur ist es nicht, und das ist auch in Ordnung so. Aber es ist versuchte Literatur, und der Versuch ist strafbar: Das Mindeste, was hier nötig gewesen wäre, ist, daß einer spannend und mit Humor erzählen kann. Das Buch hat 256 Seiten. Faul war von Ditfurth also nicht.

Freundlicherweise hat der Autor eine Website für das Buch angegeben. Dort erfahren wir (aus einer Rezension des »Tagesspiegel«, Berlin), daß er bei einer Lesung in Berlin selbst vor Lachen über seine Einfälle nicht hat weiterlesen können. Was will man mehr?

Wieso war die deutsche Wiedervereinigung eigentlich eine »sogenannte Wiedervereinigung«, wie Heinrich Senfft mit dem Titel seines Buches bei Rowohlt Berlin behauptet? Weil wir nicht »richtig« vereinigt sind? Nein, auf die angeblich »mentalen«, gefühlsmäßigen, gruppenpsychologischen Probleme der Einheit, die immer wieder gern genommene »Mauer in den Köpfen« will Senfft nicht hinaus. Ihm geht es vor allem um die Anstrengungen der altbundesrepublikanischen Justiz

und Politik bei der nachträglichen Delegitimierung der DDR. In diesen Sphären hat wahrlich keine »sogenannte« Wiedervereinigung stattgefunden, sondern die wirkliche. Schließlich wurde der Status quo der europäischen Nachkriegsordnung revidiert und man war historisch wieder da, wo man vierzig Jahre lang nicht sein durfte. Also, das hat doch wunderbar geklappt!

Senfft, ein anerkannter Jurist und Autor, geht mit uns noch einmal die ganze Ochsentour: Die nachträgliche Dämonisierung der Stasi zum Staatsfeind Nummer 1, die Verbiegung des Rechts im Umgang mit den Stasi-Akten, die kalte Politisierung der deutschen Justiz, die gegen Verantwortliche des DDR-Systems ungleich gründlicher vorgeht als jemals gegen alte Nazis, die Ideologisierung des öffentlichen Lebens im Osten nach den Werten des Sieger-Staates – und über allem der Antikommunismus als Kontinuum westdeutscher Geschichtsschreibung (zum Beispiel in Bezug auf Antifaschismus in der DDR) und westdeutscher Herrschaftskultur, der sich für alles und jedes gebrauchen läßt und auch den »politikfreien Raum« bestimmt, wie die Rechtssprechung oder Geschäftsbeziehungen. Das ist redlich argumentiert und sauber formuliert und von einer beachtlichen Materialfülle – wenn dem Leser auch die akribisch gesammelten ideologischen Seifenblasen, die einst die Star-Kommentaroren der »FAZ«, »Welt« oder »Zeit« aufsteigen ließen, bald vor den Augen tanzen.

Aber neu ist diese Sicht der Dinge nicht. Die Argumente, vor allem zu den Mauerschützen-Prozessen und zum Krenz-Urteil, und die verfassungsrechtlichen zu den Anstrengungen, Gysi zu Fall zu bringen, werden langsam grau. Und mit Argumenten ist die herrschende Kaste nicht zu erweichen, wahrscheinlich nicht einmal zu erreichen. Gerade im Umfeld der jüngsten nationalpatriotischen Feiertage hat sich doch gezeigt, daß der alte Westen seine Abstrafungshaltung gegenüber den Ostdeutschen auch im neuen Jahrhundert beibehalten will.

Christian von Ditfurth: *Die Mauer steht am Rhein □ Deutschland nach dem Sieg des Sozialismus*Kiepenheuer & Witsch, Köln 1999, 200 Seiten, 36 Mark

Heinrich Senfft: *Die sogenannte Wiedervereinigung*. Rowohlt, Berlin 1999, 208 Seiten, 34 Mark

---

Mathias Wedel schrieb in KONKRET 1/2000 über das Prinzip »Hacks«

Konkret 02/00, S. 66

**Horst Tomayer**

# Tomayers ehrliches Tagebuch

**Pactum generatiorum mausetot est**

Einst!
Hielt die Jugend dem Alter
Beim Erlöschen desselben
Des gleisnernden Winkens
Des Tanzsaals nicht achtend
Höflich die dehy
Drierende Hand

Heut?
Nimmt die Jugend
Beim Filzen des Habsels
Des LeckmichdochAlter!
Keine proprern Beträge
Zur Deckung des Debets
Beim Dealer vorfindend
Fluchend vorlieb mit
Dem Flaschenpfand

Hekatomben von Kleinkrediten
Drückte Deutschlands Jugend ab
Im letzten Jahr für
Durch Papilla mammae
Labia maiora Minora pudendi
Umbilicus Präputium Ophryon
Und Labulus auriculae
Getriebne Metalle
Lockten doch in den Schaufenstern
Des global operierenden
Flagellantenlieferanten Mc Pierce
Leuchtschriften wie
ClitBränding tut not und
TongueSplitting ist mehr wie bloß Muß

Während das Alter
Sparflämmlich morfiniert gegen die
Wie Munchs Mann an Nordens Strand
Schreienden Schatten an der Wand
Bäckwärz versuppte

Im Dekubitus

**Manchmal**

Manchmal fühl ich mich ausgedichtet wie Leer/Ostfriesland oder das Echo vom Königssee
Doch dann fällt mir etwas bis dato weder per Sie geschweige per Du Bekanntes ein
Und ich wickl die Arme um mich und bin soo mich herzend
Von mir immer wieder überrascht
Wie die Nordsee vom Rhein

Zum Beispiel vom Gedicht namens
**Holger**

Holger, frage nicht nur allerweil das
Rauschgift: He, Rauschgift, was kannst du
mir geben, laßma sehen
Frage, Holger, auch dich, was du dem
Rauschgift zu geben vermagst
Denn bringt ihr in Einklang nicht eure Interessen, so kanns wohl geschehen
Daß entweder das Rauschgift dich Holger,
verklagt oder daß Du, Holger, das Rauschgift verklagst

PS.: Beim Amtsgericht des Lebens

Anrührend wie blinden Kindes Hand
Ist die Rede dieser
An Desinteresse am Ausbeutungsgeschehen
Verstorbnen und desderwegen
Vom Tod in Hollywood frisierten und
In der Leserbriefleichenhalle der
Unsterblichen Illustrierten »Spiegel«
Aufgebahrten Förstwörldrange
Und muß aber doch
Da lediglich auf Totendeutsch gehalten
In atmender Leute Sprache
Übersetzt wern, wa:

Da ist die ganze Gulasch- und Lavendelwelt des banal stäubenden Mehlismus in den Rhombus einer makulösen und irrititösen U-Bahn verschwunden, die >Nuttennacht< samt ihrer deutschen Bakelittentruppe K 2 R synthetisiert - aber in den Schnepfen der Jesus, Zeus, Mercedes und Beuys, zungenbelegte NochschlimmerwieimmerFristverstrichisten, quinquiliert der kranke Kaktus Klo Andante. Für diesen pinken Igel der Hintertriviale der Weinsäumigen, die in der Verhängung inzwischen genauso auf den Schund gekommen sind wie ihr bezechtes Fondant, darf es nur eine einzige,

längst siebenschläfige und mauselochbediente Schiefe geben: die Zerfetzten, die Knallallererbszerfetzten ihrer Klingonen zu sein.

Alaaf/Rhein

King Ralph Schabidabadu I.

Vereinbart war, daß wir uns am Hohenauskunftsschild der Catiadas auf Tenerife treffen, am 13.12.99 um 14 Uhr. Er wollte vom Norden her kommen, aus dem Orotavatal, mit seinem liederlichleichten Luxusbike für 7.000 Dollar. Ich aus dem Süden, von El Medano, mit meinem schlichten Stevens-Gerät, das sowohl in »Ein Bayer auf Rügen« wie im »Tierarzt Doktor Engel« schon mitgespielt hat. Nach dem Gipfelhandschlag sollte in der Jausenstation etwa hundert Höhenmeter tiefer, bei einem Fläschchen Heineken (ich) und einem mohammedkompatiblen stillen Wasser (er) die Frage erörtert werden, ob es, vergleichbar dem Verzehrüberhang von Escorial Grün, Heroin, Spielothek, Bigotterie und benachbarten Exzessen, auch den Sprengstoffabusus gebe, mit den klinischen Implikationen von High and Low, Dollerei und Depression. Ich machte, nachdem ich bei sunrise aufgebrochen war, mein Jamon-Serrano-Päuschen in Granadilla (654 m), brach in Vilaflor (1.161 m) mit einer Handvoll Bananen den zweiten Hungerast und schob mich von dort den letzten, herrlich frisch asphaltierten Höhenkilometer hinauf nach Retamar, was übrigens nicht ZurückzumMeer bedeutet, sondern Ginster, der wo da oben noch gedeiht. Doch wer erschien zum Gipfeltreffen nicht? Er. So daß es nichts wurde mit unserm Sprengstoffdiskurs und mir nur bleibt, ihm von hier aus zuzurufen:

Du hast mich ganz schön verladen

Mein lieber Bin Mladen

Jedoch laß uns möglichst

Bald neu terminieren

Um den Diskurs endlich

Durchzuführen

Und halt in der Zwischenzeit

Inne Bin Mladen

Mit diesem Zuzu

Fügen von Schaden